



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Wir wünschen Ihnen frohe Ostern!

Die Seite 2

Liebe Landsleute, liebe Leserinnen und Leser,
nach der Landtagswahl in Tirol wurde am 28. März eine ÖVP/Grüne-Regierungskoalition angelobt und in Kärnten haben sich SPÖ und ÖVP – ebenfalls am 28. März – auf eine gemeinsame Regierung geeinigt (siehe Innenpolitik). Jetzt steht noch am 22. April die Landtagswahl in Salzburg auf dem Kalender. Die nächste ist dann erst die EU-Wahl am 26. Mai 2019.

Liebe Grüße aus Wien

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 173

Historischer China-Besuch	3	Perle des Südburgenlandes – Der Bezirk Güssing	60
Staatsbesuche in der Ukraine und in Liechtenstein	4	-----	-----
Österreichs EU-Ratsvorsitz 2018	7	Konjunktur auf dem Höhepunkt	61
Besuch aus Südtirol	13	Konjunktur läuft, doch Risiken durch globalen Protektionismus	64
Besuch aus Liechtenstein	14	Wirtschaftswachstum läßt Kunden- kredite in allen Segmenten steigen	65
BMEIA: Internationaler Frauentag	15	Immobilienpreise in Wien	66
BMEIA: Besuch aus der Türkei und Irland	17	Die Gründung der Republik	67
BMEIA: Südosteuropa-Reise	18	Das demokratische Wunder	69
Europäisches Kulturerbejahr 2018	20	Die Achter-Jahre – in Originaltönen und Videos	70
Mexikoplatz 1938 – 2018	21	Rede des Bundespräsidenten anl. des Gedenkens an den 12. März 38	71
Land Kärnten richtet Europa- Informationszentrum ein	23	Shoah – wie war es menschlich möglich?	75
Niederösterreich: eljub E-Book Woche 2018	23	Spatenstich zur Sanierung der Schafbergbahn	77
Oö Automobilzulieferer loten Chancen im Iran aus	24	Neue(r) Kinderbürger- meister(in) in Graz	79
Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Salzburg	24	Cityjet Zugtaufe am Wiener Hauptbahnhof	80
Internationale Leuchtturm- projekte in der Steiermark	25	Salzburger Festspiele gratulieren Christa Ludwig	81
Tirol: Die Blockabfertigung ist heuer an 25 Tagen fix	25	Wr. Landespolizeivizepräsident Karl Mahrer offiziell verabschiedet	82
Rhesi: Vorarlberg und St. Gallen ziehen an einem Strang	26	Josef Krainer-Preise 2018	83
Wien und London: Life-Science- und FinTech-Abkommen	26	Sobotka und Lessing trauern um Johannes Schwantner	84
2019 wird es erstmals seit 65 Jahren Budgetüberschuß geben	31	Wien zeichnet Direktorin des Tier- gartens Schönbrunn aus	84
Johanna Mikl-Leitner zur Landeshauptfrau gewählt	38	Diözese Graz-Seckau: Ein Geschenk weiterschenken	85
»Kärnten-Koalition«	42	Salzburger Pfarrer W. Rehner ist neuer steirischer Superintendent	86
Neue Tiroler Landesregierung	43	arte »Cuisine Royale« zu Gast auf Schloß Artstetten	87
Öffentliche Finanzen 2017	45	Next-Generation Biopharmazeutika	88
»Burgenland Journal«	-----	Heilen mit Licht?	90
SMART Pannonia Mid-term- Konferenz	46	Umwelt Belastung in Bronzezeit	91
Botschafter der Slowakischen Republik zu Besuch im Burgenland	47	Suche nach dem Ursprung von Planetenatmosphären	92
FF: 6.679 Einsätze – 103.811 Einsatzstunden	48	Hotspot der Green Technology	93
Frischzellenkur für Kneippkurhaus Marienkron	49	Byzanz & der Westen. 1000 vergessene Jahre.	95
»INTRO Shopping CenterSiegen- dorf« eröffnet	50	Gedenken an Egon Schiele	101
Neue Neusiedler See Card	53	Cranach natürlich	108
Schloss-Spiele in Kobersdorf	56	ÖJ-Kreuzworträtsel	100
Seefestspiele Mörbisch 2018 mit Gräfin Mariza	57		



Auslandsreisen des Bundespräsidenten 4



Österreichs EU-Vorsitz 2018 7



Budgetrede von Finanzminister Löger 31



Die Gründung der Republik 67



Niederösterreichische Landesausstellung 95

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 2: HBF / Peter Lechner; BKA / Dragan Tatic; Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen; anno.onb.ac.at / Austrian Newspaper "Sport und Salon", Nov. 17, 1918; Schallaburg / WWW_kpic_at / Klaus Pichler

Historischer China-Besuch

Bundespräsident und Bundeskanzler kündigten bisher größten Staatsbesuch mit vier Bundesministern und einer 250köpfigen Delegation zwischen 7. und 12. April an – auch Menschenrechte und Chinas Wirtschafts-Dumping werden angesprochen.

Große Geste vor einem historischen Ereignis: Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Sebastian Kurz sind am 19. März in der Präsidentschaftskanzlei gemeinsam vor die Presse getreten, um den größten Staatsbesuch in der Geschichte Österreichs anzukündigen: Im April reisen Bundespräsident, Bundeskanzler und vier Bundesminister mit einer 250köpfigen Delegation nach China.

Die beiden Staatsspitzen werden von Außenministerin Karin Kneissl, Umweltministerin Elisabeth Köstinger, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck und Infrastrukturminister Norbert Hofer begleitet, um neben Peking auch ein Wirtschaftsforum in Heinan sowie die Regionalmetropole Chengdu zu besuchen, wo anlässlich der Visite ein österreichisches Generalkonsulat eröffnet werden wird.

„Bei keiner Auslandsreise bisher hat es eine höherrangige Begleitdelegation gegeben“, sagte Alexander Van der Bellen zu der zwischen 7. und 12. April stattfindenden Visite. Rund 170 UnternehmerInnen, darunter WKÖ-Präsident Christoph Leitl, sowie 30 WissenschaftlerInnen und Kulturschaffende würden mitreisen. „Wir hoffen, daß verschiedene Abkommen zwischen chinesischen und österreichischen Firmen unterzeichnet werden können“, sagte der Bundespräsident.

„Der Staatsbesuch soll dem weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen dienen, vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Umwelt“, sagte der Bundespräsident. So könne China etwa beim Umweltschutz oder Städtebau vom österreichischen Know-How profitieren. „Auch China will saubere Seen und Flüsse“, sagte der Bundespräsident. „Viel zu bieten“ hätten österreichische Unternehmen auch im Hinblick auf die Olympischen Winterspiele 2020 in Peking. Außerdem wolle Österreich im Forschungsbereich an der sehr dynamischen Entwicklung in China partizipieren. In Vorbereitung seien auch Vereinbarungen zum Kulturaustausch.

„Mich persönlich interessiert besonders das reiche Kulturerbe Chinas und der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung des Lan-



Foto: HBF / Carina Karlovits

Pressekonferenz von Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) und Bundeskanzler Sebastian Kurz anlässlich des bevorstehenden Staatsbesuches in China im April.

des“, sagte der Bundespräsident. Neben Präsident Xi Jinping, Ministerpräsident Li Keqiang und Parlamentspräsident Li Zhanshu will Alexander Van der Bellen auch Menschenrechtler treffen. „Das haben wir vor“, sagte er auf eine entsprechende Frage der Austria Presseagentur. Er wolle es diesbezüglich ähnlich halten wie jüngst in der Ukraine. Daß die kommunistische Führung in Peking verschnupft reagieren könnte, glaubt der Bundespräsident nicht. „Das sind keine Geheimtreffen. Die Schnupfengefahr ist gebannt“, scherzte er. Alexander Van der Bellen räumte ein, daß Österreich und China in Menschenrechtsfragen unterschiedliche Auffassungen haben und verwies diesbezüglich auf die Teilnahme Österreichs am EU-China-Menschenrechtsdialog.

Sebastian Kurz betonte, daß die UNO-Vetomacht China etwa beim Kampf gegen den Klimawandel oder dem Nordkorea-Konflikt ein wesentlicher internationaler Player sei. Das Land sei aber auch wirtschaftlich „eine aufstrebende Supermacht“. Mit einem Wirtschaftswachstum von heuer 6,5 Prozent zähle China zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften, und auch die dortige

Mittelschicht wachse „extrem schnell“. China sei somit ein „Land mit einem irrsinnigen Potential“ für österreichische Unternehmen, von denen schon jetzt über 900 im Land tätig seien.

Neben gemeinsamen Interessen gebe es aber auch „heikle Themen“, räumte der Bundeskanzler ein. Es gehe nämlich darum, „die europäische und österreichische Wirtschaft vor unlauterem Wettbewerb oder auch Überkapazitäten zu schützen“, sagte der ÖVP-Chef. Zum als gering kritisierten österreichischen Engagement beim chinesischen Milliarden-Infrastrukturprojekt „Neue Seidenstraße“ räumte Kurz ein, daß es „immer Luft nach oben“ gebe. Österreich sehe die chinesischen Pläne „grundsätzlich positiv“. Die schwarz-blaue Bundesregierung wolle diesbezüglich besser abgestimmt vorgehen, versprach der Bundeskanzler. So werde in China das gemeinsame Auftreten verschiedener Ministerien im Rahmen des bevorstehenden Besuchs „sehr positiv wahrgenommen“, fügte er hinzu. ■

<http://www.bundespraesident.at>

<http://www.austria.gv.at>

Quelle: apa/prk

Staatsbesuche in der Ukraine und in Liechtenstein

Bundespräsident Alexander Van der Bellen traf Präsident Petro Poroschenko in Kiew und Erbprinz Alois und Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein in Vaduz.



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen wurde von Präsident Petro Poroschenko (l.) mit militärischen begrüßt.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen war am 14. März in Kiew mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko zusammengetroffen. Van der Bellen wurde von Poroschenko beim Präsidentenpalast mit militärischen Ehren empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand der Konflikt um die Ostukraine und der Streit um die Entsendung einer Blauhelm-Mission.

Die ukrainische Seite erhofft sich zudem klare Aussagen in der Frage der Krim, nachdem Spitzenvertreter der neuen österreichischen Regierungspartei FPÖ Verständnis für die Annexion durch Rußland geäußert hatten. Van der Bellen und Poroschenko traten ihrem Gespräch vor die Presse und nahmen danach auch an einem Wirtschaftsforum teil.

Der Bundespräsident wurde auf der dreitägigen Ukraine-Reise von seiner Ehefrau Doris Schmidauer und Außenministerin Karin Kneissl begleitet, die in Kiew von ihrem

ukrainischen Amtskollegen Pawlo Klimkin empfangen wurde. Im Beisein beider Staats-

oberhäupter wurde zudem der österreichische Umweltaktivist Christoph Otto für sein



Foto: HBF / Peter Lechner

Die beiden Staatsoberhäupter bei ihrer gemeinsamen Pressekonferenz

Österreich, Europa und die Welt

langjähriges Engagement zugunsten von Tschernobyl-Kindern mit dem ukrainischen Iwan-Mazepa-Orden geehrt.

Der Bundespräsident strich am Vorabend des Treffens mit Poroschenko die engen Beziehungen zwischen Österreich und der Ukraine hervor, nicht nur politisch, aber auch wirtschaftlich und im wissenschaftlichen Bereich. Österreich zähle zu den größten Auslandsinvestoren in der Ukraine und sei auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. „Österreichische Firmen beschäftigen rund 30.000 Personen in der Ukraine“, betonte er. Außerdem sei Österreich einer der ersten Staaten gewesen, der die Ukraine nach der Unabhängigkeit im Jahr 1991 anerkannt habe.

Beeindruckt zeigte sich Van der Bellen auch von einer Führung durch die Stadt Kiew. „Der Maidan ist mir jetzt nicht nur historisch ein Begriff, sondern auch physisch“, sagte Alexander Van der Bellen. In der Früh erwies er zunächst den Opfern der wechselvollen ukrainischen Geschichte die Ehre, indem er einen Kranz am Denkmal des unbekannten Soldaten niederlegte, Getreideähren am Mahnmahl für die Millionen Opfer der Hungerkrise Anfang der 1930er-Jahre sowie Blumen beim Gedenkkreuz für die 100 Opfer des Maidan im Jahr 2014.

Vier Tage vor der russischen Präsidentenwahl hat Österreich bekräftigt, daß Moskau keine legale Wahl auf der annektierten Halbinsel Krim abhalten könne. „Das ist aus österreichischer Sicht eindeutig“, sagte der Bundespräsident auf einer Frage einer von der Krim stammenden ukrainischen Journalistin, die Krim-Annexion „war und ist rechtswidrig“. Das sei auch die Position der Europäischen Union. „Daher können auch auf dem Gebiet keine rechtsgültigen Wahlen zum russischen Parlament stattfinden.“

Poroschenko dankte Österreich für diese Haltung und auch dafür, daß es „keine Beobachter auf die Krim senden“ und die Wahlergebnisse „aberkennen“ werde. „Diese Anstrengungen werden dazu führen, daß die Krim-Annexion wieder abgebaut wird“, gab sich der ukrainische Präsident zuversichtlich.

Den Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin an 14. März auf der Halbinsel bezeichnete Poroschenko als „äußerst gefährliche Provokation“. Zugleich drohte er all jenen, die sich an der Organisation der Wahlen an der Krim beteiligen, mit rechtlichen Maßnahmen „einschließlich Sanktionen“.

Gegenüber österreichischen Journalisten hatten Bundespräsident und Außenministerin betont, daß der umstrittene Putin-Besuch



Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Gespräch mit Wolodymyr Hrojsman, dem Premierminister der Ukraine (r.)



Arbeitsgespräch der Staatsoberhäupter – rechts, neben dem Bundespräsidenten, Außenministerin Karin Kneissl, vorne: KommR Richard Schenz, Vizepräsident der Wirtschaftskammer

nichts an der österreichischen Position in Sachen Krim ändere. Kneissl unterstrich vor Journalisten zudem, daß sie bei ihren Gesprächen nicht auf die umstrittene Haltung der rußlandfreundlichen FPÖ gegenüber der Krim angesprochen worden sei.

Poroschenko bezeichnete seinen österreichischen Amtskollegen als „wahren Freund“ der Ukraine, während dieser auf die engen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hinwies.

Der Intensivierung der bilateralen Beziehungen beider Länder auf allen Ebenen, vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Politik, widmete sich Außenministerin Karin Kneissl auch in ihrem Arbeitsgespräch mit dem ukrainischen Außenminister Pawlo

Klimkin. Im Bereich der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sei eine Vertiefung weiter möglich, wichtig dafür sei jedoch die Umsetzung notwendiger Reformen, etwa im Bereich der Korruptionsbekämpfung.

Kneissl betonte zudem, daß solche Reformen unabdingbar für wirtschaftliche Entwicklung und ausländische Investitionen seien. Auch die Umsetzung des Minsker-Abkommens wurde erörtert. Während des Besuchs kam es zudem zur Unterzeichnung eines bilateralen Kulturabkommens zwischen Österreich und der Ukraine. Dadurch sollen verstärkte Kooperationen in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft entstehen und der Austausch zwischen den beiden Ländern weiter intensiviert werden.

Fotos: HBF / Peter Lechner

Verbundenheit mit dem Fürstentum Liechtenstein

Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Liechtensteins Erbprinz Alois haben am 20. März die Verbundenheit Österreichs und des Fürstentums betont. Es bestehe eine „besondere Verbindung“ – politisch, wirtschaftlich und kulturell – über Jahrhunderte hinweg, unterstrichen sie bei ihrem Treffen in Vaduz. Zum Ausdruck brachten dies auch Ordensverleihungen an Alexander Van der Bellen und an Erbprinzessin Sophie.

Der Bundespräsident nannte die Zeitspanne der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und dem Haus Liechtenstein bzw. dem Fürstentum – mehr als 900 bzw. 300 Jahre – „einmalig“. Die Zusammenarbeit werde laufend gestärkt, verwies er etwa auf polizeiliche Kooperation, die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen oder auch „ähnliche außenpolitische Ziele“ wie Rechtsstaatlichkeit oder die Wahrung der Menschenrechte.

Erbprinz Alois seinerseits erklärte, daß die Anlehnung an das österreichische Recht Liechtenstein nachhaltig geprägt habe und trotz des Zollvertrags beibehalten worden sei. Durch den Beitritt des Fürstentums zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und zum Schengen/Dublin-Abkommen seien die Beziehungen noch vertieft worden. „Wir sind über mehr als 40 Verträge miteinander verbunden“, stellte der Erbprinz fest. Alexander Van der Bellen versprach dem Monarchen auch einen Informationsaustausch in Sachen „Brexit“, von dem Liechtenstein sowohl direkt als auch indirekt betroffen sei.

Das offizielle Programm des Treffens von Van der Bellen in Liechtenstein bildete ins-



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) mit seiner Frau Doris Schmidauer und Erbprinz Alois mit seiner Frau, Erbprinzessin Sophie

besondere die Themenbereiche Wirtschaft, Bildung und Nachhaltigkeit ab. So besuchten die Delegationen das Marxer Active Energy Building, ein Grüne Energiehaus des österreichischen Architekten Anton Falkeis, sowie die Heiztechnik-Firma Hoval. Ebenso wurde die Universität Liechtenstein besucht. Auch in dieser Hinsicht betonten Van der Bellen und Alois die vielfältigen Verflechtungen der beiden Länder – etwa daß über 10.000 österreichische Staatsbürger in Liechtenstein bzw. bei liechtensteinischen Firmen arbeiten. Großteils handelt es sich dabei um Grenzgänger aus Vorarlberg. Umgekehrt kommt ein erheblicher Anteil der Studenten an der Universität Liechtenstein aus Österreich.

Um die Verbundenheit Österreichs mit Liechtenstein auch symbolisch zum Ausdruck zu bringen, verlieh Erbprinz Alois dem

österreichischen Bundespräsidenten den „Groß-Stern des fürstlich liechtensteinischen Verdienstordens“, was sich das Staatsoberhaupt nach eigenen Worten gar nicht verdient hatte. Er seinerseits zeichnete Alois' Gattin, Erbprinzessin Sophie, mit dem „Großen Goldenen Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich“ aus und lud das liechtensteinische Fürstenpaar zu einem Gegenbesuch in Wien ein.

Mit der Reise nach Liechtenstein schloß Van der Bellen den Reigen der Auftaktbesuche in den österreichischen Nachbarländern ab. ■

<http://www.bundespraesident.at>

<http://www.bmeia.gv.at>

<http://www.president.gov.ua/en>

<https://www.fuerstenhaus.li>

Quellen: APA/PRK, BMEIA



Foto: HBF / Peter Lechner

Feierlicher Empfang des österreichischen Staatsgastes mit Ehefrau im Schloßhof durch Erbprinz Alois und Erbprinzessin Sophie

Österreichs EU-Ratsvorsitz 2018

Unser Land übernimmt in der zweiten Jahreshälfte bereits zum dritten Mal den Vorsitz des Rats der Europäischen Union.

Österreich übernimmt am 1. Juli 2018 zum dritten Mal, nach 1998 und 2006, für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Der Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2018 findet jedoch unter anderen Rahmenbedingungen statt als die früheren. Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon wurde die Stellung des rotierenden Vorsitzes durch die Schaffung des Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie durch die Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments verändert.

Auch wenn die freien Gestaltungsmöglichkeiten im Vergleich zu den Ratsvorsitzen 1998 und 2006 eingeschränkter sind, die Aufgaben des Ratsvorsitzes sind aber nach wie vor vielfältig und anspruchsvoll:

- Erstellung von Tagesordnungen und Festlegung der Themen für die Sitzungen des Rates sowie der zahlreichen Vorbereitungsgremien und Arbeitsgruppen;
- Führen des Vorsitzes in den Sitzungen der Räte, die nicht von der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik oder dem Präsidenten des Europäischen Rates geleitet werden, wie z.B. Rat Allgemeine Angelegenheiten (RAA), Rat Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) und Rat für Justiz und Inneres (JI);
- Vorsitzführung in den meisten Vorbereitungsgremien und Arbeitsgruppen;
- Verhandlungsführung in den so genannten Trilog mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission, um Gesetzesvorhaben zu einem Abschluß zu bringen und
- Koordinierung der politischen Maßnahmen der Mitgliedsländer.

Die Übernahme des Vorsitzes im Rat der Europäischen Union bedeutet somit zusätzliche Aufgaben und Verpflichtungen für Österreich im Dienste Europäischen Union.

Die Rahmenbedingungen

Der Rahmen für die inhaltliche Arbeit für den Ratsvorsitz wird von mehreren Faktoren bestimmt. Seit dem Vertrag von Lissabon erstellen Gruppen von jeweils drei Mitgliedsländern („Trioratspräsidentschaft“) ein gemeinsames Arbeitsprogramm für 18



Foto: BKA / Dragan Tatic

Bundeskanzler Sebastian Kurz (m.), Bundesministerin Karin Kneissl (2.v.l.), Bundesminister Gernot Blümel (2.v.r.), Regierungssprecher Peter Launsky-Tieffenthal (r.) und Sektionsleiter Alexander Schallenberg (l.) bei der Pressekonferenz zum EU-Ratsvorsitz Österreichs

Monate. Diese engere Koordinierung über einen längeren Zeitraum soll die Kontinuität der Arbeit des Rates erhöhen. Österreich befindet sich mit Estland (Vorsitz im Rat der EU im 2. Halbjahr 2017) und Bulgarien (Vorsitz im 1. Halbjahr 2018) in einer Trioratspräsidentschaft. Das Trioprogramm, welches am 20. Juni 2017 durch den Rat angenommen wurde, basiert auf der „Strategischen Agenda für die Union in Zeiten des Wandels“ des Europäischen Rates vom Juni 2014. Als weitere Orientierung dienen das Jahresarbeitsprogramm der Europäischen Kommission sowie die Gemeinsame Erklärung der EU-Institutionen, die im Dezember 2017 verabschiedet wurde und die legislativen Prioritäten bis zu den Europawahlen 2019 festlegt.

Das Trioprogramm gliedert sich in folgende fünf Themenbereiche:

- eine Union der Arbeitsplätze, des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit,
- eine Union, die jeden ihrer Bürger befähigt und schützt,
- auf dem Weg zu einer Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik
- eine Union der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, und
- die Union als starker globaler Akteur.

Die wichtigsten Punkte des Trioprogramms sind: Umsetzung der Europäischen

Sicherheitsagenda sowie der Europäischen Migrationsagenda; Kampf gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus; Umsetzung der Globalstrategie der Europäischen Union; Erweiterung betreffend Westbalkan; Kooperation mit Partnern im Mittelmeerraum, um Ursachen für Fluchtbewegungen und illegale Migration zu bekämpfen; Fortsetzung und Abschluß von unterschiedlichen Vorhaben zum digitalen Binnenmarkt; effiziente Besteuerung, Kampf gegen Steuerbetrug; Förderung von jungen Menschen (Bildung und Training); weitere Umsetzung der „Agenda 2030“ der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung; Investitionen in Wachstum und Arbeitsplätze, inkl. Forschung und Innovation; Kampf gegen Armut sowie soziale Ausgrenzung; Fortsetzung der Arbeit an einer nachhaltigen, widerstandsfähigen und effektiven Energieunion; Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der EU 2030 Ziele zur Reduzierung von Treibhausgasen.

Der Fahrplan für den EU-Ratsvorsitz

Bundeskanzler Sebastian Kurz, EU-Minister Gernot Blümel und Außenministerin Karin Kneissl informierten am 9. März im Rahmen einer Pressekonferenz über den an-

Österreich, Europa und die Welt

stehenden österreichischen EU-Ratsvorsitz. „Wir stehen vor einem Ratsvorsitz, der in einem sehr herausforderndem Umfeld stattfindet“, so Kurz. Zu diesen Herausforderungen zählen geopolitische Umwälzungen in der Welt, die andauernden Spannungen zwischen der Ukraine und Rußland, unberechenbare wirtschaftliche Veränderungen sowie Differenzen innerhalb der Europäischen Union in einigen Themenbereichen, so Kurz.

Während des Ratsvorsitzes wird die EU mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert sein: den Brexit-Verhandlungen und den Verhandlungen zum neuen EU-Budget ab dem Jahr 2021. Die Brexit-Verhandlungen werden dann in der finalen Phase stehen, damit der Austritt Großbritanniens mit 29. März 2019 vollzogen werden kann.

„Eine weitere große Aufgabe während des österreichischen Ratsvorsitzes sind Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union ab dem Jahr 2021.“ Beim Thema EU-Budget werde sich Österreich für einen effizienten und sparsamen Umgang mit den Steuergeldern der europäischen BürgerInnen einsetzen, so der Bundeskanzler. Österreich fühle sich jedenfalls „in der Gruppe der Nettozahler sehr wohl, weil es ein positiver EU-Zugang ist und mit Geld sorgfältig umgegangen wird.“

Europa, das schützt, als Schwerpunkt

Das Motto der österreichischen Ratspräsidentschaft wird lauten: „Europa, das schützt.“ Diese schwerpunktmäßige Akzentuierung soll durch ein Drei-Säulen-Modell hervorgehoben werden. Dieses werde aus den Bereichen Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration, Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung sowie Stabilität in der Nachbarschaft (insbesondere Heranführung des Westbalkans an die EU) bestehen. Der Zugang, um dies zu erreichen, ist das Subsidiaritätsprinzip. „Europa hat die Aufgabe zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir auf den Zugang der Subsidiarität. Eine Europäische Union, die sich stärker fokussiert auf die großen Herausforderungen. Und eine Europäische Union, die sich gleichzeitig in den kleineren Fragen zurücknimmt, damit die Vielfalt in Europa gewahrt bleiben kann, so Kurz. Dazu gelte es, „statt Streit über die Verteilung von Flüchtlingen, den Fokus auf den Außengrenzschutz zu legen“, denn dieser dürfe nicht allein Italien und Griechenland überlassen werden. Er sei „zu 100 Prozent überzeugt, daß es zu stärkerer Hilfe vor Ort kommen wird“, aber auch eine Ausweitung des Mandats der EU-



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Sebastian Kurz (m.l.) gemeinsam mit Vizekanzler Heinz-Christian Strache (m.r.) freuen sich mit Bundesminister Gernot Blümel (r.) über die Anerkennung der Vorsitz-Vorbereitungen unter dem Motto »Europa, das schützt« durch den Generalsekretär des Rates der Europäischen Union, Jeppe Tranholm-Mikkelsen (l.).

Grenzschutzagentur Frontex werde diskutiert, so Kurz. „Wenn es uns gelingt, die illegale Migration zu stoppen, wird das für mehr Sicherheit in der EU sorgen“, zeigte er sich überzeugt.

Ein wichtiges Ziel zur Stärkung der EU-Wettbewerbsfähigkeit sei die Vollendung des digitalen Binnenmarktes. Durch Fortschritte bei der gemeinsamen Besteuerung von internationalen Internet-Großkonzernen wie Facebook, Amazon oder Google könne eine faire Wettbewerbssituation für alle Marktteilnehmer geschaffen werden, so der Bundeskanzler: „Es gibt hier das Konzept der digitalen Betriebsstätte.“ Das Ziel sei es, hier „Waffengleichheit“ zu schaffen und dort zu besteuern „wo die Gewinne anfallen“.

Der Bundeskanzler und die Außenministerin betonten zudem die große Bedeutung von Stabilität am Westbalkan für die Sicherheitslage in Österreich und Europa. „Die Stabilisierung der Region ist ein wesentliches Element für die Sicherheit in ganz Europa. Hier ist ein Vakuum entstanden, dem die EU-Kommission und Österreich entgegenwirken wollen“ so Kneissl. Bei der Integration der Westbalkanländer arbeite Wien eng mit Bulgarien, das derzeit den EU-Ratsvorsitz innehat, zusammen. So findet am 17. Mai auch eine Westbalkankonferenz in Sofia statt.

Österreich bestmöglich präsentieren

Bundesminister Blümel informierte über die gut laufenden Vorbereitungsarbeiten, den nächste Woche anstehenden Besuch des Generalsekretärs des Rates, Jeppe Tranholm-Mikkelsen, und verwies auf die große medi-

ale Aufmerksamkeit, die Österreich durch den EU-Ratsvorsitz zu Teil werde: „Die Ratspräsidentschaft wird auch dazu führen, daß unser Land eine gewisse Sichtbarkeit innerhalb Europas und der Welt haben wird. Das wollen wir entsprechend nutzen, um Österreich bestmöglich zu präsentieren – sowohl politisch, als auch was die kulturellen Aspekte und die Schönheit unseres Landes betrifft“, so Blümel.

Österreich, so betonte der Bundeskanzler abschließend, werde zudem als Brückenbauer tätig sein, um die bestehenden Spannungen in der Europäischen Union abzubauen und den Zusammenhalt zu stärken.

Der österreichische Ratsvorsitz wird also eine große Anzahl von komplexen und anspruchsvollen Dossiers zu bearbeiten haben, u.a. innere und äußere Sicherheit, Schutz der Außengrenzen, Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, digitaler Binnenmarkt, Energieunion, Budget 2019, Mehrjähriger Finanzrahmen nach 2020, Erweiterung der EU, Europäische Nachbarschaft sowie Abschluß der Verhandlungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (Brexit). Das nationale österreichische Programm wird zeitgerecht vor Beginn des Ratsvorsitzes zur Verfügung stehen.

Wahlen zum Europäischen Parlament

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Arbeit des österreichischen Ratsvorsitzes sind die Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2019. Da sich die Legislaturperiode des Parlaments ihrem Ende nähert, wird ver-

Österreich, Europa und die Welt

sucht werden, möglichst viele offene Dossiers rechtzeitig abzuschließen bzw. nahe an einen Abschluß zu bringen. Die Hauptaufgabe des österreichischen Ratsvorsitzes wird hierbei die Erarbeitung gemeinsamer Positionen der Mitgliedsstaaten im Rat in den einzelnen Dossiers sein. Diese gemeinsamen Ratspositionen sind die Voraussetzung für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament. Die Verhandlungen mit dem Parlament, auch Trilogie genannt, sind in der Regel sehr intensiv und stellen den Vorsitz vor eine besondere Herausforderung.

Nach Österreich übernimmt eine neue Trioratspräsidentschaft den Vorsitz: Rumänien (1. Jahreshälfte 2019), Finnland (2. Jahreshälfte 2019) und Kroatien (1. Jahreshälfte 2020).

Blümel: Enge Zusammenarbeit wichtig

Für Bundesminister Gernot Blümel ging es am selben Tag weiter nach Sofia. Neben der Teilnahme an einer Konferenz zur Zukunft des mehrjährigen Finanzrahmens standen einige hochrangige Treffen zum Arbeitsaustausch und der Übernahme wichtiger Dossiers im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft ab Juli im Vordergrund.

Bulgarien hat derzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne. Somit begann der Aufenthalt von Blümel mit einem Arbeitsgespräch mit der Vize-Ministerpräsidentin für Justizreform und Außenministerin, Ekaterina Zaharieva, im bulgarischen Außenministerium. Übereinstimmung gebe es in bezug auf die EU-Perspektive für die Westbalkanstaaten, Migration und Schutz der Außengrenzen, gaben beide in einer gemeinsamen Pressekonferenz bekannt.

Die Ausgestaltung des zukünftigen mehrjährigen Finanzrahmens diskutierte der Bundesminister anschließend auf der hochrangigen Konferenz „Next MFF: distributive, allocative and stabilization functions“.

Im Kongreßzentrum tauschte sich Blümel mit seiner französischen Amtskollegin Nathalie Loiseau aus. Dort standen die Frage der Zukunft der Europäischen Union und damit die für Österreich zentrale Frage der Subsidiarität im Vordergrund.

Mit dem schwedischen Staatssekretär für EU-Angelegenheiten, Hans Dahlgren, sowie dem niederländischen Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten, Thijs van der Plas, erfolgte eine Abstimmung auf Ebene der Nettozahler, die gemeinsam mit Österreich eine Nettoposition bei den Verhandlungen um den mehrjährigen Finanzrahmen einnehmen.



Bundesminister Gernot Blümel traf in Sofia mit Bulgariens Vize-Ministerpräsidentin für Justizreform und Außenministerin, Ekaterina Zaharieva ...



... dem niederländischen Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten Thijs van der Plas ...



... und seiner französischen Amtskollegin Nathalie Loiseau.

Foto: s BKA / Andy Wenzel

Kurz und Blümel informierten den parlamentarischen Verfassungsausschuß über Schwerpunkte des Ratsvorsitzes

Am 14. März bestätigte Bundeskanzler Sebastian Kurz im Verfassungsausschuß des Nationalrats den von Innenminister Herbert Kickl angestrebten Kurswechsel in der europäischen Migrations- und Asylpolitik. Wie Kickl ist auch Kurz der Meinung, daß die gemeinsame europäische Antwort auf die Migrationsfrage im Schutz der EU-Außengrenzen sowie in der Hilfe vor Ort liegen muß und nicht in einer „Zwangsverteilung“ von Asylsuchenden auf einzelne Mitgliedsstaaten. Italien und Griechenland dürften im Außengrenzschutz nicht mehr alleine gelassen werden, neben finanziellen Mitteln brauche es vor allem eine politische Entscheidung darüber, daß MigrantInnen an den EU-Grenzen gestoppt, versorgt und rückgeführt werden. „Ein Weiterwinken nach Europa wird es nicht mehr geben“, so Kurz. Er geht davon aus, daß der genannte Kurswechsel in der EU-Migrations- und Asylpolitik während des österreichischen Ratsvorsitzes vorangetrieben werden kann.

Einer der Schwerpunkte der österreichischen Ratspräsidentschaft ist neben dem Brexit und dem EU-Budget, die im zweiten Halbjahr ohnehin bereits am Verhandlungstisch liegen, der Kampf gegen illegale Migration und Sicherheit. Innenminister Kickl und er würden in dieser Frage jedenfalls an einen Strang ziehen, sagte Kurz. Zwei weitere nationale Schwerpunkte Österreichs während des Vorsitzes liegen in der EU-Wettbewerbsfähigkeit mit dem Fokus auf Digitalisierung sowie in der Heranführung des Westbalkans an die EU bzw. in der Nachbarschaftspolitik. Von Bedeutung seien dabei die sogenannten „digitalen Betriebsstätten“, dadurch sei es möglich, Internetgiganten zu besteuern. Alles in allem sei der Vorsitz eine Möglichkeit, eine gute Visitenkarte abzugeben, Österreichs Gastfreundlichkeit zu zeigen und sich noch stärker als Brückenbauer und Vermittler in Europa zu positionieren, informierte Kurz u.a. Johann Singer (ÖVP), der es als positiv erachtet, daß Treffen wie der Gipfel der Staats- und Regierungschefs im September in Salzburg und damit in anderen Bundesländern und Regionen als der Bundeshauptstadt stattfinden.

„Wir wollen ein ehrlicher Makler für verschiedenste Anliegen sein und eine neutrale Vermittlerposition einnehmen“, so auch EU-Minister Gernot Blümel im Ausschuß. Über die Schwerpunkte Österreichs meinte er, daß

es sich dabei um jene Punkte handle, in denen es eine europäische Antwort brauche. Von den 190 Dossiers, die bis jetzt vorliegen, will Blümel so viele wie möglich vor der Europawahl 2019 auf den Weg bringen. Ein Fokus gilt weiters der Subsidiaritätsfrage, die dafür eingesetzte Taskforce wird ihren Bericht Mitte Juli vorlegen. „Wir sollten von einer Überregulierung und Überbürokratisierung wegkommen“, nicht nur in Österreich, sondern auch in der EU, sagte dazu Blümel. Ein stärkeres Europa sieht er in großen Fragen der Migration oder Sicherheit gefordert, die EU solle sich aber zurücknehmen, wenn es etwa um die richtige Farbe von Pommes frites gehe.

Kritik an der Schwerpunktsetzung der Regierung kam von Andreas Schieder (SPÖ). Er vermißt darin die Stärkung der sozialen Dimension in der EU sowie einen entschiedeneren Kampf gegen Steuerflüchtlinge. Was die soziale Komponente der EU betrifft, meinte Kurz, daß es sich dabei um einen Bereich handelt, in dem es nicht unbedingt mehr europäische Regelungen brauche. Die Sozialunion sei für ihn Utopie. Die österreichischen Sozialstandards könnten nämlich nicht auf beispielsweise rumänisches Niveau gebracht werden oder umgekehrt.

In bezug auf den Brexit meinte Blümel, daß es nun darum geht, die „lose-lose situation“ für beide Seiten zu minimieren. Sicherheitspolitisch werde Großbritannien in der EU fehlen, hier brauche es eine neue Perspektive. Auch sei noch nicht klar, wie die künftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Briten und der EU aussehen werden. Das hänge davon ab, auf welches Übergangsszenario man sich einigen wird.

Regierung schließt höhere Beitragszahlungen nach wie vor aus

Hinsichtlich des mehrjährigen EU-Finanzrahmens kritisiert Blümel die Herangehensweise der Kommission an die Budgeterstellung. Es sei ein falscher Zugang, von Erfordernissen und Wünschen auszugehen und nicht – wie in Österreich – Defizit-Vorgaben und Einnahmen als Ausgangsbasis heranzuziehen. Außerdem sei es notwendig, von Seiten der Kommission Zahlenklarheit herzustellen. Geht man vom Nettobetrag aus, der durch den Brexit im EU-Budget fehlen wird, handle es sich um 7 bis 8 Mrd. und nicht um über 10 Mrd. €, die zu stemmen seien.

Daß Österreich als Kompensation mehr ins EU-Budget einzahlt, schließt Blümel nach wie vor aus. Auch ohne dem Austritt der Briten aus der EU komme es in absoluten Zahlen bereits zu einer Beitragserhöhung für Österreich, meinte Blümel mit Verweis auf den Rahmen für das EU-Budget von derzeit 1 % des Bruttonationaleinkommens.

Zur Sprache kamen außerdem das Verhältnis zwischen Serbien und Kosovo in Verbindung mit der EU-Beitrittsperspektive beider Seiten sowie das Interview, in dem Vizekanzler Heinz-Christian Strache laut Medienberichten den Kosovo als „einen Teil Serbiens“ bezeichnet hatte. Kurz meinte dazu, daß es keinen Grund zur Sorge gebe und Österreich ein gutes Standing in dieser Region habe. Es bestehe sogar die Hoffnung, daß der EU-Vorsitz Österreichs einen Beitrag zur Annäherung zwischen Belgrad und Pristina leisten könne. Straches Aussage, die gleich zurückgezogen worden sei, hätte daran nichts geändert. Die Aufregung sei bei der österreichischen Opposition größer gewesen als bei den VertreterInnen Kosovos und Serbiens, meinte Kurz.

EU-Parlament: Kurz gegen transnationale Listen

Zu klären gibt es innerhalb der EU in den nächsten Monaten auch institutionelle Fragen wie die Sitzverteilung im Europäischen Parlament für die nächste Funktionsperiode bis 2024. Kurz tritt für eine Einsparung der durch den Brexit freiwerdenden Sitze und damit eine Verkleinerung des Parlaments ein, abgelehnt wird die Aufteilung über transnationale Listen. Wird das Mißverhältnis der sogenannten degressiven Proportionalität wie vorgeschlagen korrigiert und damit 22 der 73 frei werdenden Sitze des Vereinigten Königreichs unter den Mitgliedsstaaten verteilt, bekommt Österreich in Zukunft ein Mandat mehr und damit 19 Sitze im Europäischen Parlament.

Im Raum steht eine Reserve für zukünftige EU-Erweiterungen, wofür auch der Bundeskanzler einsteht. Er spricht sich für ein schlankes System und gegen ein „künstliches Auffüllen der freigewordenen Plätze“ aus, das Europaparlament sei ohnehin nicht unbedingt zu klein, meinte er auf Nachfrage von Nikolaus Scherak (NEOS). Für diesen transnationale Listen ein Schritt in Richtung mehr europäischer Identität bedeutet.

Österreich, Europa und die Welt

Bundesrat erörtert Vorbereitungen für die österreichische EU-Präsidentschaft

Die Schwerpunkte des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im 2. Halbjahr 2018 debattierte der Bundesrat am 15. März in einer Aktuellen Aussprache mit EU-Minister Gernot Blümel. „Ein Europa, das schützt“ sei das Motto der Ratspräsidentschaft, hielt Blümel fest. Österreich wolle an einer EU mitarbeiten, die auf große Themen wie Außengrenzschutz fokussiert, den Mitgliedsländern aber mehr Selbstbestimmung zu läßt.

Während die BundesrätInnen von ÖVP und FPÖ die Schwerpunktsetzung im Sinne der Subsidiarität als richtungsweisend für mehr Sicherheit und Wohlstand in Europa würdigten, vermissen die SPÖ – MandatarInnen der Länderkammer vor allem Arbeiten an einer sozialpolitischen Union. Für die Grünen VertreterInnen im Bundesrat fehlt überdies der Klimaschutz als entscheidender Faktor für globale Stabilität im Ratsprogramm der Regierung. In weiterer Folge diskutierte der Bundesrat den EU-Vorhabensbericht des Bundeskanzleramts und nahm ihn mehrheitlich zur Kenntnis.

Regierung sieht Ratspräsidentschaft als Chance für mehr Subsidiarität

Blümel unterstrich, die Ratspräsidentschaft bilde eine große Chance, Vertrauen in Europa aufzubauen. Die Regierung wolle mit dem Motto „Ein Europa das schützt“ einen professionellen Vorsitz leisten, getragen vom Prinzip der Subsidiarität gemäß aktuellem Weißbuch der EU-Kommission zur Weiterentwicklung der Union. Die Präsidentschaft werde thematisch auf drei Säulen ruhen, führte Blümel aus: Migration und Sicherheit, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sowie Stabilität in der Nachbarschaft. Immerhin sei ganz Europa infolge der Migrationsströme politisch verändert worden, erklärte Blümel die Schwerpunktsetzung. Das Ziel des ökonomischen Wachstums verband er mit der Vorgabe, in den Mitgliedstaaten auf einen ausgeglichenen Haushalt zu achten, da ansonsten Entwicklungen wie im hochverschuldeten Griechenland drohten. Die stabile Nachbarschaftspolitik der EU will die Regierung vor allem in Richtung Westbalkan ausgerichtet wissen, sodaß den dortigen Ländern weiterhin eine EU-Beitrittsperspektive geboten wird.

Die Vorbereitungen für die Ratspräsidentschaft laufen Blümel zufolge auf Hochtouren, auch in organisatorischer Hinsicht. In

den Bundesländern plane die Regierung eine Reihe informeller Räte, am 20. September tagt der Europäische Rat in Salzburg. Viele der ungefähr 90 EU-Dossiers, die heuer zur Beschlußfassung vorliegen, seien noch bis Ende des Jahres, also vor den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament 2019, abzuarbeiten. Zum voraussichtlichen Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU, dem Brexit, meinte der Minister, die beste Option wäre ein Verbleib der Briten. Im Falle ihres Ausstiegs gelte es, die Nachteile für beide Seiten zu minimieren. Entscheidend sei jedenfalls, daß die EU-27 eine harte Verhandlungsposition gegenüber Großbritannien beibehalten. Nicht allzu erfreulich gestalten sich laut Blümel die laufenden Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen. Er monierte Bestrebungen der Europäischen Kommission, die auf eine Vergrößerung des Budgets hindeuten, obwohl eine verantwortungsvolle Budgetplanung aber stärker auf die vorhandenen Einnahmen und Ausgaben achten sollte, wie er festhielt.

ÖVP begrüßt Kampf gegen illegale Migration

Bundesrat Edgar Mayr (ÖVP/V) betonte die klare pro-europäische Haltung der Regierung, die sich auch in ihrem Programm wiederfinde. Der Ratsschwerpunkt Kampf gegen illegale Migration beziehungsweise mehr Sicherheit in Europa seien von höchster Bedeutung für die EU-Mitgliedstaaten, ebenso wie der Brexit und das kommende EU-Budget. Der anstehende EU-Austritt des Vereinigten Königreichs biete in budgetärer Hinsicht die Gelegenheit, auf EU-Ebene Einsparungspotentiale in der kleineren Union anzudenken. Die Beiträge der Nettozahler sollten nicht automatisch erhöht werden. Zur Sicherung des Wohlstands in Europa gehe es neben dem Ausbau der Digitalisierung um die steuerliche Erfassung von Großkonzernen wie Facebook oder Google, skizzierte er die budgetären Pläne der EU. Österreich wolle in allen Bereichen als Brückenbauer wirken, so der ÖVP-Bundesrat, immer im Bewußtsein des Subsidiaritätsprinzips, das den Regionen erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten gibt.

Europa dürfe nicht Fehler aus der Vergangenheit wiederholen, erinnerte Andreas Köll (ÖVP/T) bei seiner Abschiedsrede vom Bundesrat an den Zerfall des Römischen Reichs

aufgrund von unzureichendem Außengrenzschutz und mangelnder innerer Sicherheit. Äußerer und innerer Schutz seien deswegen maßgeblich für alle weiteren Politiken, richtete Köll den Blick auf globale Veränderungen der Jetztzeit, beispielsweise den Arabischen Frühling und die folgenden Migrationsbewegungen. Zukunftsvisionen wie eine Sozialunion in Europa müssten im Sinne des Sicherheitsschutzes zurückstehen.

FPÖ: Sicherheit der BürgerInnen zentral für EU-Zusammenhalt

Die Wiener FPÖ-Bundesrätin Monika Mühlwerth warnte davor, die bisherige Migrationspolitik fortzusetzen, denn dies würde mit den Flüchtlingsströmen mehr Gewalt und Angst nach Europa bringen. Die FPÖ sei zwar EU-kritisch, aber nie gegen Europa positioniert gewesen. Um den Zusammenhalt der Europäischen Union als starke Bastion – auch in wirtschaftlicher Hinsicht – zu gewährleisten, sei es richtig, auf die Sicherheit der BürgerInnen das Hauptaugenmerk zu richten, lobte sie die Regierung. Dazu gelte es, den Schutz der Außengrenzen zu forcieren sowie die Ursachen für Migration zu beseitigen. Zum EU-Budget nach dem Brexit meinte Mühlwerth, die Union möge den Ausfall der Zahlungen aus dem Vereinigten Königreich für Sparmaßnahmen bei sich selbst nützen. Wichtig sei, große Herausforderungen auf EU-Ebene zu lösen, etwa die Besteuerung von Großkonzernen, aber nicht jene Fragen, die besser innerstaatlich behandelt werden.

An oberster Stelle der EU-Präsidentschaft steht für Christoph Längle (FPÖ/V) angesichts der Migration nach Europa die Sicherheitspolitik. Längle sprach sich hier deutlich für eine Kooperation mit der UNO zur Sicherstellung der Menschenrechte in den Herkunftsländern von Flüchtlingen aus. Bedauernd äußerte er sich über den Brexit, zumal dadurch ein wichtiger Wirtschaftsraum der EU weg falle. Die Freiheitlichen hätten sich immer für ein gemeinsames Europa ausgesprochen, jedoch stets die Subsidiarität betont, wertete er die Maßgabe „weniger, aber effizienter“ für die künftige EU-Politik positiv.

SPÖ verlangt ein soziales Europa

Für die SPÖ sollte dagegen die soziale Dimension der EU mehr Raum erhalten. So zeigte sich Michael Lindner aus Oberöster-

Österreich, Europa und die Welt

reich kritisch zu den Ratsvorsitzplänen, weil darin entscheidende Themen zur Zukunft einer prosperierenden, friedlichen EU nicht entsprechend behandelt würden. Die Schwerpunktsetzung zielt auf ein Europa der Angst und der Abschottung ab. Konkret vermisst er Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und für die Stärkung der sozialen Gemeinschaft sowie für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands in Europa. Vorschläge gegen Steuervermeidung und Gewinnverschiebung fehlten ebenfalls. Sicherheit in Europa dürfe nicht nur Grenzschutz bedeuten, hob Lindner hervor, sondern umfasse auch soziale Sicherheit, speziell in Hinblick auf verlässliche Arbeitsbedingungen. Österreich solle mit seiner dualen Ausbildung als Beispiel in Europa vorangehen. Nach dem Brexit brauche die EU einen echten Kraftakt, um Steuergerechtigkeit herzustellen und gegen Lohn- und Sozialdumping vorzugehen, etwa mittels EU-weiten Mindeststeuersätzen sowie einer Reform der Entsenderrichtlinie.

Die Souveränität der Europäischen Union will Stefan Schennach (SPÖ/W) sichergestellt sehen, das sei eine Voraussetzung für angewandte Subsidiarität. Die EU müsse ihre Kompetenzen gegenüber den Nationalstaa-

ten verwirklichen können, der EuGH müsse im Stande sein, seine Urteile auch gegen einzelne Mitgliedsstaaten durchzusetzen. Eine klare soziale Dimension erachtet Schennach für den Erhalt des Freihandels als unabdingbar, gerade in einer veränderten deregulierten Arbeitswelt.

Grüne appellieren für zukunftsweisende EU-Klimaschutzpolitik

Die Tiroler Bundesrätin von den Grünen, Nicole Schreyer, nutzte ihre letzte Rede im Bundesrat für einen Appell, in der EU offensiv gegen Steuerflucht anzugehen, ein gemeinsames europäisches Asylrecht mit verstärkter Zusammenarbeit zu schaffen und eine Sozialunion in Europa zu etablieren. Die Zukunft des Freihandels sei auf der Grundlage von Umwelt- und Sozialstandards zu steuern, warf Schreyer der Regierung speziell vor, den Klimaschutz während der Ratspräsidentschaft nicht ausreichend thematisieren zu wollen. Dabei gebe es in diesem Bereich viel zu tun, nannte die Grüne Bundesrätin als Beispiele die Positionierung der EU bei der nächsten UN-Klimakonferenz Ende 2018 und die Fertigstellung des EU-Energiepakets. Vehement wies sie angesichts der neuen

Aufgaben Regierungsüberlegungen zurück, künftig weniger Mittel für die EU zur Verfügung zu stellen. Stattdessen solle die EU zusätzliche Abgaben direkt einheben, etwa eine Kerosinabgabe oder die Finanztransaktionssteuer, wodurch nicht zuletzt die sogenannten Nettozahler-Debatte beendet wäre. Im Zusammenhang mit dem Brexit schlug Schreyer vor, die freigewordenen britischen Mandate im EU-Parlament mit gesamteuropäischen Listenplätzen zu füllen.

Klimaschutz habe eine globale Bedeutung für Frieden und Wohlstand, Europa dürfe davor nicht die Augen verschließen, appellierte Heidelinde Reiter (GRÜNE/S). Sie hielt der Regierung vor, eine falsche EU-Politik zu betreiben, wenn trotz weltweit begrenzter Ressourcen nur noch das Wirtschaftswachstum der Gemeinschaft im Vordergrund steht. Die Beschneidung der EU-Mittel sei ein falscher Ansatz, so Reiter im Einklang mit ihrer Fraktionskollegin, immerhin wüchsen die Aufgaben im gemeinsamen Europa an. ■

<http://www.austria.gv.at>

<http://www.bmeia.gv.at>

<http://www.parlament.gv.at>

Quellen: Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, Parlamentskorrespondenz

Neue Strukturen im Außenministerium

Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres hat sich mit 20. März 2018 eine neue Geschäftseinteilung gegeben, um dadurch eine zeitgemäße BürgerInnenbetreuung und Außenpolitik sicherzustellen. Umfassende Umstrukturierungen sind ebenso vorgesehen wie modernere begriffliche Änderungen.

Auch die für AuslandsösterreicherInnen zuständige Abteilung IV.3 wird dabei signifikant neu aufgestellt und beträchtlich vergrößert, bleibt aber natürlich Teil der „Konsularsektion und Unternehmensservice“ (bisher: „Service“).

Unter der Bezeichnung „Büro für AuslandsösterreicherInnen und digitale Anwendungen in der konsularischen BürgerInnenbetreuung“ wurden die bestehenden Aufgaben um Passangelegenheiten im Ausland erweitert. Damit ist die Abteilung nunmehr für sämtliche für AuslandsösterreicherInnen relevante Agenden verantwortlich, zu denen u.a. Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, Wahlen, Vermögensfragen, Sozial- und Arbeitsbelange zählen.

Darüber hinaus ist seit 20. März 2018 auch das für Beglaubigungen im Inland zuständige „Büro für Konsularbeglaubigungen“ Teil dieser Abteilung.

Um der wachsenden Bedeutung digitaler Anwendungen sowohl im In- als auch im Ausland gerecht zu werden, werden nunmehr auch alle zentralen Melderegister in der Abteilung vereint. Systematisch wird das Büro für digitale Anwendungen in der konsularischen BürgerInnenbetreuung neue Anwendungen in der Zukunft initiieren und begleiten mit dem Ziel, die Serviceleistungen des Außenministeriums für AuslandsösterreicherInnen weltweit zukunftsorientiert anzubieten.

Ein Beitrag des Büros für AuslandsösterreicherInnen im
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. ▼



Besuch aus Südtirol

Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher ist mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Außenministerin Karin Kneissl zu Arbeitsgesprächen zusammengetroffen.

Erste offizielle Arbeitsgespräche nach Angelobung der neuen österreichischen Bundesregierung am 18. Dezember vergangenen Jahres hat Südtirols Landeshauptmann Arno Kompatscher am 6. März in Wien geführt.

Um die Beziehungen Österreichs zu Südtirol und anstehende gemeinsame Herausforderungen ging es bei dem Treffen mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen in der Hofburg, der Südtirol einmal mehr als eine „Herzensangelegenheit“ bezeichnete.

Der Landeshauptmann traf erstmals mit Wolfgang Sobotka in dessen neuer Funktion als Nationalratspräsident zusammen. Der würdigte Südtirol als internationales Vorzeigemodell einer gelungenen und gelebten Autonomieregelung und sicherte Kompatscher zu, daß Österreich auch in Zukunft an der Schutzfunktion für Südtirol festhalten werde, wie vom Pariser Vertrag von 1946 vorgesehen, und verwies in diesem Zusammenhang auf den parteiübergreifenden Konsens, der darüber im Nationalrat herrsche.

Im Mittelpunkt des Arbeitsgesprächs mit Bundeskanzler Sebastian Kurz im Bundeskanzleramt stand die Weiterentwicklung der Südtiroler Autonomie auch im Lichte der jüngsten Parlamentswahlen in Italien. „Eine enge Abstimmung mit der österreichischen Bundesregierung ist für Südtirol angesichts der Schutzfunktion, die Österreich für Südtirol ausübt, sowie der internationalen Veran-



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing Südtirols LH Arno Kompatscher in Wien

kerung der Autonomie sehr bedeutsam“, betonte Kompatscher. Bundeskanzler Kurz bekräftigte seine Unterstützung für die Autonomiepolitik Südtirols: „Österreich wird seine Schutzfunktion ernst nehmen und die Autonomieentwicklung weiter aufmerksam im Blick behalten.“

Beim Besuch bei Außenministerin Karin Kneissl standen die Wahlen zum italienischen Parlament, Südtirols Autonomie und die Frage der Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler im Mittelpunkt. Nach einer kurzen gemeinsamen Wahlanalyse wurde die Frage der österreichischen Staatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen erörtert. Kneissl sprach sich

für einen konstruktiven Dialog auf der Achse Wien-Rom-Bozen aus. Vorrangig, so die Außenministerin, gelte es die rechtlichen Fragen zu klären. Dafür werde eine interministerielle Arbeitsgruppe sorgen, erklärte Kneissl, die betonte, daß es „keinen unilateralen Vorstoß Österreichs“ geben werde. Kneissl verwies auch auf „dynamische Entwicklungen, die im Gruber-De-Gasper-Abkommen nicht vorherzusehen waren“.

Kneissl versicherte Kompatscher, daß sich die österreichische Bundesregierung entsprechend dem Regierungsabkommen weiterhin voll für Südtirol engagieren werde. ■

<http://www.provinz.bz.it>



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Der LH mit NR-Präsident Wolfgang Sobotka,



Foto: BKA / Dragan Tatic

mit Bundeskanzler Sebastian Kurz und



Foto: BMEIA / Mahmoud

mit Außenministerin Karin Kneissl

Besuch aus Liechtenstein

Liechtensteins Regierungschef Adrian Hasler traf Bundeskanzler Sebastian Kurz und Außenministerin Karin Kneissl zu einem Arbeitsbesuch in Wien.

Liechtensteins Regierungschef Adrian Hasler traf am 8. März Bundeskanzler Sebastian Kurz zu einem ersten offiziellen Besuch in Wien. In einem Arbeitstreffen wurden schwerpunktmäßig die freundschaftlichen bilateralen Beziehungen gewürdigt sowie europapolitische Themen besprochen. Weiters tauschten sich die beiden Regierungschefs über die Chancen und Risiken der Digitalisierung sowie die Erfahrungen mit eGovernment in den beiden Staaten aus.

Kurz betonte im Anschluß an das Treffen das intensive Niveau der bilateralen Beziehungen und dankte für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit, die ihn bereits als Außenminister mit seiner Amtskollegin Aurelia Frick verbunden hatte.

„Unsere beiden Länder zeichnet eine sehr gute Kooperation in nahezu allen Bereichen aus, insbesondere aber in Fragen der Wirtschaft, Kultur und Bildung, im Sozialwesen, im Justizsektor sowie bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Auf dieser guten Basis können wir auch in Zukunft aufbauen“, so Sebastian Kurz. Zwischen Österreich und Liechtenstein gebe es überdies enge wirtschaftliche und gesellschaftliche Verflechtungen: Österreich sei etwa der drittgrößte Handelspartner des Fürstentums. Zudem verzeichne das Fürstentum rund 8.000 österreichische Tagespendler.

„Wir konnten sowohl die bilateralen Beziehungen unser beider Länder als auch die Prioritäten für den EU-Ratsvorsitz Österreichs ausführlich besprechen. Der regelmäßige Austausch ist gerade im derzeitigen Umfeld sehr wichtig und wertvoll“, so Hasler. Nach der Angelobung von Sebastian Kurz als Bundeskanzler im Dezember 2017 trafen sich die beiden Regierungschefs erstmals zu einem offiziellen Arbeitstreffen. Liechtenstein und Österreich sind historisch und freundschaftlich auf das Engste verbunden. Die Beziehungen sind in über 40 Verträgen, dem EWR und Schengen verankert.

Regierungschef Hasler hielt fest, daß die aktuellen und zentralen Herausforderungen in Europa sowohl Liechtenstein als auch Österreich unmittelbar betreffen. In die Phase des EU-Ratsvorsitzes Österreichs fallen nicht nur die Weichenstellungen im Zusammenhang mit dem künftigen Verhältnis der EU



Bundeskanzler Sebastian Kurz (r.) empfängt Adrian Hasler, Regierungschef Liechtensteins.

zu Großbritannien, sondern auch die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die weitere Entwicklung der EU. „Wir sind an einer stabilen und wirtschaftlichen starken EU interessiert. Die EWR/EFTA-Staaten sind Teil des Binnenmarkts. Die Homogenität dieses gemeinsamen Marktes muß auch beim Austritt von Großbritannien aus der EU bewahrt werden“, hielt Hasler fest.

Besprochen wurden auch die österreichische Kandidatur für den UN-Menschenrechtsrat und die anstehende österreichische EU-Ratspräsidentschaft. Ebenso stand der laufende Steuerdialog der Europäischen Union mit Liechtenstein auf der Agenda.

Kneissl trifft liechtensteinische Amtskollegin Aurelia Frick

Tags zuvor, am 7. März, empfing Karin Kneissl die Außenministerin des Fürstentums Liechtenstein im Außenministerium. Liechtenstein und Österreich verbindet eine breite und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Durch die geographische Nähe der beiden Länder, sowie durch die ähnlichen Interessen bei der Zusammenarbeit in internationalen Organisationen, schätzen sich die beiden Länder gegenseitig als wichtige Gesprächspartner. Hauptthemen des Treffens waren vor allem wirtschafts- und europapolitische Themen.

Bilaterale Kooperationen, etwa im Rah-



Außenministerin Karin Kneissl (r.) und Liechtensteins Außenministerin Aurelia Frick

men gemeinsamer Kulturvorhaben, wie auch im Rahmen der OSZE und der UNO, sollen weiter ausgebaut werden. Auch der Austritt Großbritanniens aus der EU wurde behandelt. Als EWR-Land ist Liechtenstein ebenso wie die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vom Austritt Großbritanniens direkt betroffen. Außenministerin Kneissl versicherte, daß der österreichische EU-Vorsitz diesem Umstand im Hinblick auf die Brexit-Verhandlungen entsprechende Aufmerksamkeit schenken werde. ■

<http://www.austria.gv.at>

<http://www.bmeia.gv.at>

<http://www.regierung.li>

Internationaler Frauentag

Außenministerin Karin Kneissl setzt starkes Zeichen gegen Gewalt an Frauen –
Neue Leiterin der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit ernannt



Foto: BMEIA / Mahmoud

Außenministerin Karin Kneissl im Außenministerium in Wien bei der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 2018

Bei mehreren vom Außenministerium organisierten Veranstaltungen im Rahmen des Internationalen Frauentages am 7. März kündigte Außen- und Integrationsministerin Karin Kneissl Maßnahmen für den Kampf gegen Gewalt an Frauen an: „Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit stellt eine Million Euro zur Unterstützung von Aktivitäten gegen Weibliche Genitalverstümmelung (FGM), einschließlich Unterstützung von Rückoperationen, und für Frauengesundheit und Familienplanung bereit.“ Davon werden Frauen und Mädchen in verschiedenen afrikanischen Ländern, vor allem im Sahel und am Horn von Afrika, von den Projekten profitieren. Denn weltweit sind mehr als 200 Millionen Frauen und Mädchen Opfer weiblicher Genitalverstümmelung. Zudem sterben täglich rund 800 Frauen und Mädchen an Komplikationen bei der Geburt und während der Schwangerschaft. Auch die HIV-Rate bei Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern ist um ein Vielfaches höher als jene in Industrienationen.



Foto: BMEIA / Mahmoud

In der Bildmitte: Außenministerin Karin Kneissl, links von ihr Botschafterin Mara Marinaki – hochrangige Beauftragte im Europäischen Auswärtigen Dienst für die Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit, rechts von der Ministerin Botschafter a. D. Rudolf Lennkh und Sektionsleiterin Désirée Schweitzer

Österreich, Europa und die Welt

„Durch die verstärkte Zuwanderung, insbesondere aus dem afrikanischen und arabischen Raum sind auch in Österreich viele Mädchen und Frauen von weiblicher Genitalverstümmelung betroffen. Dies stellt eine grobe Menschenrechtsverletzung und einen Eingriff in die körperliche Integrität der Frauen dar, die in Österreich nicht toleriert werden darf“, so die Außenministerin bei einem Gespräch mit Expertinnen und Betroffenen am 6. März in der Krankenanstalt Rudolfstiftung. Die zugesagten Mittel sollen daher Frauen und Mädchen in den betroffenen Regionen, aber auch hier in Österreich, etwa durch verstärkte Präventionsarbeit, unterstützen: „Wir müssen jenseits der Schockstarre, die dieses Thema bei vielen Menschen auslöst, aktiv werden. Nicht nur die Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch der Bereich Integration kommt zum Tragen, wenn wir Betroffene erreichen wollen. Weibliche Genitalverstümmelung ist ein präsent und massives Thema in unserer Gesellschaft“, so Kneissl.

Bei einer Podiumsdiskussion im Außenministerium wurden gemeinsam mit Botschafterin Mara Marinaki – hochrangige Beauftragte im Europäischen Auswärtigen Dienst für die Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit – auch Möglichkeiten zur Stärkung der Rolle der Frauen in Friedensprozessen diskutiert. Kneissl betonte bei der Eröffnung der Veranstaltung die Notwendigkeit, sich außenpolitisch für die Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen: „Weltweit ist die Gleichberechtigung der Geschlechter noch nicht erreicht. Sie ist jedoch eine Voraussetzung für sozial gerechte, wirtschaftliche und nachhaltige Entwicklung. Der Einsatz gegen Diskriminierung und für die Verbesserung der Lage von Frauen und Mädchen weltweit ist ein langjähriges Thema der österreichischen Außenpolitik.“

Neue Sektionsleiterin ernannt

Die Außenministerin betraute – ebenfalls am 8. März – die Karrierediplomatin Désirée Schweitzer mit der Leitung der Sektion für Entwicklungszusammenarbeit im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. „Mit der Betrauung von Dr. Désirée Schweitzer am heutigen internationalen Weltfrauentag sind die Sektionsleitungen im Außenministerium erstmals paritätisch besetzt“, so Kneissl.

„Ich freue mich, daß wir mit Désirée Schweitzer eine kompetente und engagierte Diplomatin für diese verantwortungsvolle und



Foto: BMEIA / Mahmoud

v.l.: die Künstlerin Victoria Coeln, die Leiterin der Kultursektion, Botschafterin Teresa Indjein, und Beate Winkler, Künstlerin und ehemalige Leiterin der EU-Grundrechteagentur



Foto: BMEIA / Mahmoud

Die Leiterin der Kultursektion, Botschafterin Teresa Indjein (l.), und die stellvertretende Leiterin der Abt. I.1, Gesandte Gabriela Sellner

herausfordernde Tätigkeit gewinnen konnten“, erklärte die Außenministerin.

Désirée Schweitzer trat 1988 in den diplomatischen Dienst ein. Zuletzt war sie hochrangige Verbindungsbotschafterin des österreichischen OSZE-Vorsitzes 2017. Schweitzer ist der Entwicklungszusammenarbeit seit Jahrzehnten eng verbunden. Sie ist Gründungsmitglied und Obfrau des 1988 gegründeten Vereins „Club 0,7 %“ im Außenministerium, dessen Mitglieder sich dazu verpflichten, das UN-Ziel durch privates Enga-

gement umzusetzen und mit 0,7 Prozent ihres Gehalts Mikroprojekte in bisher 64 Ländern und Regionen unterstützt haben. Nach Jahren als hochrangige Internationale Beamtin in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, wo sie als stellvertretende Direktorin u.a. für den Bereich Umwelt und Energiesicherheit sowie die gesamte Thematik der Nachhaltigen Entwicklungsziele zuständig war, kehrt sie nunmehr in das Außenministerium zurück. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

Besuch aus der Türkei und Irland

Außenministerin Karin Kneissl traf den türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu und die irische Europaministerin Helen McEntee zu Arbeitsgesprächen in Wien

Außenministerin Karin Kneissl und ihr türkischer Amtskollege Mevlüt Çavuşoğlu trafen einander am 8. März zu einem intensiven Austausch in Wien: „Wir wollen uns Schritt für Schritt weiter annähern“, betonte die Ministerin bei der anschließenden Pressekonzferenz. Dies ist bereits das zweite Treffen der beiden Minister. Den ersten Besuch gab es bereits Ende Jänner, als Karin Kneissl für bilaterale Gespräche nach Istanbul gereist war. Auch in den kommenden Monaten sollen weitere Treffen stattfinden, um die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern weiter zu stärken. Außenministerin Kneissl betonte: „Wir möchten eine Atmosphäre erzeugen, in der wir auch schwierige Probleme angehen können“, so Kneissl.

Themen des diemaligen Treffens waren die beidseitigen Bemühungen um die weitere Verdichtung der bilateralen Kontakte auf allen Ebenen, vor allem auch im Bereich des Austausches auf Verwaltungsebene und im Wirtschaftsbereich. Auch die Umsetzung des Islamgesetzes in Österreich und die Bedeutung der türkischstämmigen Community wurden erörtert. Karin Kneissl und Mevlüt Çavuşoğlu sprachen auch über die aktuelle Lage in Syrien. Die Außenministerin sprach sich für eine Rückkehr an den Verhandlungstisch aus und betonte die Notwendigkeit einer friedvollen Lösung unter Rücksichtnahme auf die Zivilbevölkerung im Land.

Vor dem Arbeitsgespräch trafen die beiden Außenminister einander am Vormittag in der Spanischen Hofreitschule und besuchten dort die Morgenarbeit der Lipizzaner.

Am 16. März traf die Außenministerin die irische Europaministerin Helen McEntee im Außenministerium in Wien. Beim Arbeitsgespräch standen aktuelle EU-Themen, wie etwa der geplante Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie der EU-Erweiterungsprozeß, in bezug auf Südosteuropa auf der Tagesordnung. Österreich und Irland streben eine Vertiefung der ausgezeichneten bilateralen Beziehungen an, so etwa in den Bereichen des wirtschaftlichen und politischen Austausches.

In bezug auf den Brexit betonte Außenministerin Karin Kneissl, daß Österreich für



Foto: BMEIA / photonews.at / Georges Schneider

Außenministerin Karin Kneissl besichtigte mit ihrem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu die Morgenarbeit der Lipizzaner in der Spanischen Hofreitschule



Foto: BMEIA / Mahmoud

Die Außenministerin mit der Europaministerin von Irland, Helen McEntee

eine rasche Abwicklung der Austrittsverhandlungen und eine konstruktive Beziehung zwischen Großbritannien und der EU, auch nach dem Brexit, entsteht. Als Nachbarland von Großbritannien hat der Brexit auf Irland besondere Auswirkungen. Außenministerin Kneissl betonte, daß Österreich sich dieser

Problematik bewußt sei, weshalb resultatsorientierte Austrittsverhandlungen für alle beteiligten Akteure notwendig seien. Einig sind sich die beiden Ministerinnen auch in Bezug auf die EU Erweiterungsstrategie am Westbalkan. Diese trage zur Stabilität und zum Wohlstand der Region bei. ■

Südosteuropa-Reise

Am 26. März war Außenministerin Karin Kneissl zu einem dreitägigen Besuch nach Südosteuropa aufgebrochen.

Im Kosovo angekommen, besuchte die Außenministerin am 26. März das Projekt „Play4you“ der Austrian Development Agency (ADA). Der Kosovo zählt zu den Schwerpunktländern der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. „Für das Budget der Entwicklungszusammenarbeit haben wir es glücklicherweise durchgerungen, daß es zu keinen Kürzungen kommt und wir werden versuchen, daß wir unseren Stand halten können“, betonte die Außenministerin.

Bei „Play4you“ handelt es sich um ein Projekt, das von der ADA bereits seit längerer Zeit finanziert wird. Es zielt darauf ab, Schranken zwischen den ethnischen Gruppen zu überwinden, indem Kinder aus verschiedenen in Kosovo vertretenen ethnischen Gruppen miteinander spielen und Freizeit verbringen. Auch deren Eltern kommen dabei ins Gespräch und lernen einander kennen.

Anschließend besuchte Kneissl das österreichische KFOR-Kontingent. Mit 440 SoldatInnen ist Österreich der viertgrößte Truppensteller bei KFOR. Es handelt sich dabei um den größten Auslandseinsatz des österreichischen Bundesheeres. Bei einem Treffen mit dem österreichischen Kontingentskommandanten Oberst Markus Prammer, den österreichischen KFOR SoldatInnen sowie österreichischen MitarbeiterInnen von EULEX, UNMIK und der OSZE-Mission betonte Kneissl: „Österreich bleibt in der gesamten Region engagiert. Die KFOR ist ein wichtiger stabilisierender Faktor, der zur Erhaltung einer sicheren Umgebung und der Bewegungsfreiheit für alle beiträgt.“

Nach einem Arbeitsgespräch bei Präsident Hashim Thaci fand ein Treffen mit Premierminister Ramush Haradinaj, der EU-Ministerin Dhurata Hoxha sowie dem stellvertretenden Premierminister und Minister für Diaspora und strategische Investitionen, Dardan Gashi, statt. Dem Treffen mit dem stellvertretenden Premierminister und Außenminister Behgjet Pacolli folgte eine Pressekonzferenz. Dabei wurden die bilateralen Beziehungen, die regionalen Entwicklungen sowie der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und die Prioritäten des bevorstehenden österreichischen EU-Ratsvorsitzes 2018 angesprochen.



Karin Kneissl besucht das ADA-Projekt "Play4You"



Karin Kneissl wird von Oberst Prammer, Kommandant des österreichischen KFOR-Kontingents, im Kosovo begrüßt.

„Glückwunsch zum 10. Jahrestag der Unabhängigkeit! Österreich war unter den ersten Anerkennerstaaten und bleibt ein starker Befürworter der Unabhängigkeit Kosovos und der Bemühungen, internationalen Organisationen beizutreten“, betonte Kneissl. Zum Thema EU-Integration sagte die Außenministerin: „Die Strategie der Europäischen Kommission zeigt, daß die Beitrittsperspektive für Kosovo real ist. Wir setzen uns auf allen Ebenen für weitere konkrete Schritte und die Umsetzung der Strategie

ein. Es ist jedoch notwendig, dass jeder Staat die EU-Vorgaben umsetzt. Ein politischer Anstoß für Reformen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Grundrechte ist notwendig.“

Besuch in Skopje

Der zweite Teil ihrer Südosteuropareise führte Außenministerin Karin Kneissl am 27. März nach Skopje. Bei einem Arbeitsgespräch mit dem mazedonischen Außenminister Nikola Dimitrov dankte sie für die gute

Fotos: BMEIA

Österreich, Europa und die Welt

Zusammenarbeit beim Thema Migration und der Grenzsicherung.

Sie würdigte im Gespräch auch die mazedonischen Fortschritte bei der Annäherung an die EU und sagte hierfür auch die weitere österreichische Unterstützung zu, nicht zuletzt während des kommenden österreichischen EU-Ratsvorsitzes in der zweiten Jahreshälfte 2018.

Auch die ausgezeichneten Wirtschaftsbeziehung mit Mazedonien, in dem Österreich Auslandsinvestor Nr. 1 ist, wurden besprochen. Kneissl sprach sich in diesem Zusammenhang für einen weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen aus.

Das Wirtschaftsthema stand auch im Vordergrund des Gesprächs der Außenministerin mit Premierminister Zoran Zaev. In diesem Rahmen begrüßte Karin Kneissl nachdrücklich die neue Dynamik im Dialog mit Griechenland zur Namensfrage. Auch hier ist Österreich zur Unterstützung bereit. Mazedonien ist seit 2005 EU-Kandidatenland. Bevor die ersten Kapitel der Beitrittsgespräche eröffnet werden, muß jedoch vor allem die Namensfrage mit dem EU-Land Griechenland gelöst werden.

Besuch in Belgrad

Am dritten Tag, dem 28. März, besuchte Kneissl Serbien. Bei einem Arbeitsgespräch mit Premierministerin Ana Brnabić zeigten sich beide Seiten zufrieden über die guten Beziehungen zwischen Österreich und Serbien und hielten einen vertieften Meinungsaustausch über politische Fragen in Südosteuropa. Österreich unterstützt auch weiterhin die europäische Perspektive Serbiens. Besonders die Zusammenarbeit im Bereich E-Government und Verwaltungsaufbau stand im Vordergrund des Gesprächs über die bilateralen Beziehungen.

Mit österreichischen Wirtschaftstreibern diskutierte die Außenministerin über Chancen für österreichische Unternehmen, das Investitionsklima in Serbien, wirtschaftliche und politische Einflussphären, Fragen der Rechtssicherheit und die ökonomischen Rahmenbedingungen im Land.

Auch ein Zusammentreffen mit VertreterInnen der serbischen Zivilgesellschaft stand auf dem intensiven Programm des Serbien-Besuchs der Außenministerin, die sich über „einen wertvollen und umfassenden Überblick über das politische und wirtschaftliche Leben und die aktuellsten Fragen in Serbien und der Region Südosteuropa“ freute.

<http://www.bmeia.gv.at>



Karin Kneissl traf Kosovos Präsident Hashim Thaci ...



... Mazedoniens Präsident Zoran Zaev ...



... und Serbiens Premierministerin Ana Brnabić

Alle Fotos: BMEIA

Europäisches Kulturerbejahr

EU- und Kulturminister Gernot Blümel: Das Kulturerbe ist eine wichtige Ressource für Gesellschaft und Wirtschaft.

Wir wollen das Europäische Kulturerbejahr 2018 als Chance nutzen, die Bewußtseinsbildung für die Bedeutung unseres kulturellen Erbes zu erhöhen und speziell auch junge Menschen zu erreichen. Damit das Kulturerbe auch in Zukunft jenen Stellenwert hat, der ihm zusteht“, betonte Kulturminister Gernot Blümel anlässlich des gemeinsamen Themenjahrs unter dem Motto „Our heritage: Where the past meets the future“. „Kulturelles Erbe hat in Österreich eine hohe gesellschaftliche und identitätsstiftende Relevanz. Es prägt den Lebensraum und die Lebensqualität der Menschen und stärkt den sozialen Zusammenhalt“, so Blümel weiter. Ziel des Themenjahrs sei, das Kulturerbe als wichtige Ressource für Gesellschaft und Wirtschaft ins Rampenlicht zu stellen – sowohl europaweit als auch in Österreich. „Uns geht es darum, daß Weltkultur und Zukunftsentwicklung in Einklang gebracht werden. Denn mit unserem kulturellen Erbe muß sorgsam und behutsam umgegangen werden, wenn wir es für die Zukunft sichern wollen“, so Blümel.

kulturerbejahr2018.at

Rund um das Europäische Kulturerbejahr 2018 wurde vom Bundeskanzleramt eine neue Homepage ins Leben gerufen. Dort kann man von Informationen zu den vier Schwerpunkten Engagement, Nachhaltigkeit, Schutz und Innovation über einen Veranstaltungskalender und eine Projektdatenbank bis hin zu einer Fülle an Download-Material alles zum Thema finden. Auf [kulturerbejahr2018.at](https://www.kulturerbejahr2018.at) können ProjektträgerInnen in und aus Österreich auch um das Kulturerbe-Label der Europäischen Kommission ansuchen und ihre Veranstaltungen bewerben. Alle öffentlichen und privaten Träger sowie Vermittler des Kulturerbes, wie Museen, Erinnerungsorte, Archive, Bibliotheken und Vereine, sowie die Zivilgesellschaft sind herzlich dazu eingeladen, sich mit ihren Projekten am Europäischen Kulturerbejahr zu beteiligen.

„Es freut uns besonders, daß die Abschlußkonferenz des Europäischen Kulturerbejahrs 2018 unter österreichischem Ratsvorsitz am 6. und 7. Dezember 2018 in Wien stattfindet“, so Blümel. Gerade angesichts der derzeitigen Gespräche rund um das Weltkulturerbe Wien sei dies eine sehr passende



Foto: BKA / Regina Aigner

Bundesminister Gernot Blümel: »Kulturelles Erbe hat in Österreich eine hohe gesellschaftliche und identitätsstiftende Relevanz.«

Gelegenheit, um einmal mehr auf die Bedeutung des kulturellen Erbes hinzuweisen.

Für Blümel ist das Themenjahr Anlaß, um die weitreichende Bedeutung von kulturellem Erbe zu betonen: „Das Spektrum reicht von Filmerbe und neue Medien über traditionelles Handwerk, Tänze und Kulturlandschaften bis hin zu Baudenkmälern und Museen. Diese Fülle kultureller Techniken ist zentral für unser Selbstverständnis. Mit

dem Themenjahr sollen insbesondere Kinder und Jugendliche dazu ermuntert werden, Europas reiche kulturelle Vielfalt zu erkunden.“ Kulturerbe sei aber auch bedeutender Wirtschaftsfaktor, so Blümel weiter. Europaweit hängen 7,8 Millionen Arbeitsplätze indirekt mit Kulturerbe zusammen, beispielsweise in den Branchen Tourismus und Sicherheit. ■

<https://www.kulturerbejahr2018.at>

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at>



Foto: BKA

Screenshot der Startseite der von der Bundesregierung für das Europäische Kulturerbejahr 2018 gestalteten Homepage <https://www.kulturerbejahr2018.at>

Gekreuzte Geschichten. Mexikoplatz 1938 – 2018

Am 19. März 1938 protestierte Mexiko als einziges Land vor dem Völkerbund gegen den »Anschluß« Österreichs an Hitler-Deutschland. 80 Jahre danach wurde am Wiener Mexikoplatz ein Gedenkprojekt feierlich eröffnet.

Foto: Verein zur Aufarbeitung der Zeitgeschichte



Anlässlich des 80. Jahrestages beschäftigt sich das am 19. März 2018 eröffnete Gedenkprojekt »Gekreuzte Geschichten. Mexikoplatz 1938 – 2018« in unterschiedlichen Kunstformen mit der Erinnerung an Verfolgung und Asyl und die Verbindungen zwischen Österreich und Mexiko.

Der 19. März 1938 ist ein wichtiger Tag in der jüngeren Geschichte unseres Landes und in den Beziehungen zwischen Österreich und Mexiko“, erklärte Außenministerin Karin Kneissl anlässlich des 80. Jahrestages der Überreichung der Protestnote Mexikos im Völkerbund gegen den „Anschluß“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland. Mexiko war das einzige Mitglied des Völkerbundes, das schriftlich gegen den „Anschluß“ protestiert hat.

„Wir danken Mexiko für diesen mutigen Schritt“, so Kneissl. In der von Isidro Fabela, dem mexikanischen Vertreter beim Völkerbund, unterzeichneten Protestnote wird unmißverständlich festgehalten, daß „der politische Tod Österreichs unter den bekannten Umständen einen groben Verstoß gegen die Satzung des Völkerbundes und die Prinzipien des Völkerrechts darstellt“. Die Unabhängigkeit Österreichs hätte nicht nur von den Großmächten garantiert werden sollen. Auch Österreich wird in der Note an seine im Vertrag von St. Germain eingegangenen Verpflichtungen erinnert.

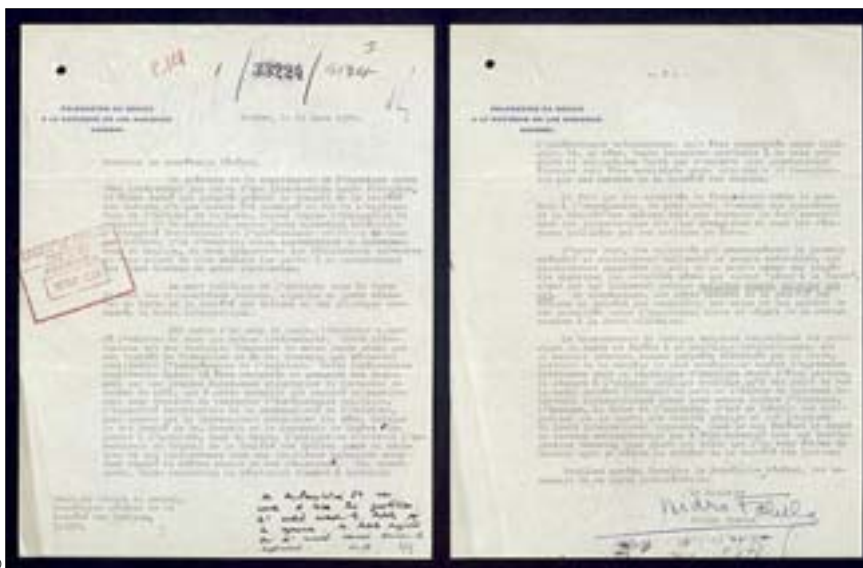
Die mexikanische Protestnote ist Anlaß verschiedener Konferenzen sowohl in Mexiko als auch in Österreich.

„Die Einhaltung des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen bleibt ein wesentlicher Garant für Sicherheit und Wohlstand unserer Staaten. Österreich tritt für ein starkes und wirksames multilaterales System ein, das auf dem Fundament festgelegter Regeln und des Völkerrechts gebaut ist. Mexiko ist ein wichtiger Partner in unseren außen-

politischen Bemühungen, dieses System zu stärken und weiter auszubauen“, erklärte die Außenministerin am 19. März.

Gedenken auf dem Mexikoplatz

Mexiko bot vielen Österreichern Asyl, als sie vor der NS-Verfolgung fliehen mußten. Durch seinen Namen erinnert der Mexiko-



Faksimile der Protestnote Mexikos vom 19. März 1938

Österreich, Europa und die Welt

platz seither an diese Ereignisse – und genau sie sind auch der Ausgangspunkt des am 19. März eröffneten Gedenkprojektes „Gekreuzte Geschichten. Mexikoplatz 1938 – 2018“. Bis Oktober 2018 stehen die Geschehnisse von damals und die Erinnerung an Verfolgung und Exil im Mittelpunkt, wobei das Projekt einen Bogen zwischen dem Wiener Platz und der weiten Welt, zwischen Vergangenheit und Gegenwart und zwischen Alt und Neu schlägt.

Dazu Heinz Fischer, Bundespräsident a.D. der Republik Österreich, anlässlich der Eröffnung: „Das Gedenkprojekt ‚Gekreuzte Geschichten‘ schlägt einen Bogen von der historischen Faschismuserfahrung Österreichs in unsere Gegenwart, in der Österreich selbst Ziel für Kriegs- und Diktaturflüchtlingen ist. Es verbindet daher historische Erinnerung mit aktueller Problematik und schafft im öffentlichen Raum Bewusstsein dafür, was Solidarität in schwierigen Zeiten bedeutet oder bedeuten sollte. Damit wird es den Mexikoplatz zum Begegnungsort machen und einen wichtigen Beitrag zu einer der großen Herausforderungen unserer Gesellschaft leisten.“

Ein Projekt – viele Herangehensweisen

Ins Leben gerufen und kuratiert vom Historiker Berthold Molden, beleuchtet das Gedenkprojekt nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart, um so Geschichte und Gegenwart zusammenzuführen. Durch die Zusammenarbeit von KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen sind vielfältige Herangehensweisen an das Thema entstanden, die in den einzelnen Projektteilen sichtbar werden:

Startschuß des Projektes war die Eröffnung der ständigen Plakatinstallation „Gekreuzte Geschichten“ am 19. März 2018. Auf vier Litfaßsäulen – zwei sind bereits aufgestellt, zwei weitere folgen im Mai – sind Plakate des Künstlers Thomas Fatzinek zu sehen. Sie beschäftigen sich mit einzelnen historischen Aspekten und erzählen so Geschichten, die eine Verbindung von Mexiko und Österreich rund um den „Anschluß“ und das Thema Exil herstellen.

Im Juni 2018 wird das von Doris Posch kuratierte Filmprojekt „Exiled Gaze – Der exilierte Blick“ dazu beitragen, die Erinnerung an das lebensrettende Asyl, das viele ÖsterreicherInnen auf der Flucht vor der nationalsozialistischen Verfolgung fanden, in die Gegenwart zu holen. Filmemacher aus Bulgarien, Syrien, dem Irak und dem subsaharischen Afrika verschränken in ihrer Ar-



Foto: Verein zur Aufarbeitung der Zeitgeschichte

v.l.: Berthold Molden (Historiker und Initiator des Projektes »Gekreuzte Geschichten«), Thomas Fatzinek (Künstler), Ricardo Loewe (Zeitzeuge), Jacqueline Ross (Professorin für Rechtswissenschaften in Illinois und Tochter des nach Mexiko geflüchteten österreichischen Ethnologen und Historikers Friedrich Katz), Alice Buenroostro Massieu (Botschafterin Mexikos in Wien), Heinz Fischer, (Bundespräsident a.D. der Republik Österreich) und Uschi Lichtenegger (Bezirksvorsteherin der Leopoldstadt)

beit teils eigene Erfahrungen der Flucht nach Österreich mit den Geschichten von Verfolgung und Flucht aus Österreich nach 1938.

Ab September 2018 schließlich zeigt die Ausstellung „Das Recht des Anderen – El derecho ajeno“ die Ergebnisse eines künstlerischen Forschungsprojektes, das sich mit „Momenten“ der gemeinsamen Geschichte Österreichs und Mexikos beschäftigt. Das Projekt entsteht derzeit in Mexiko unter der kuratorischen Leitung von Julio García Murillo und Nina Höchtl. Gezeigt wird es im Herbst in den Räumen des Mexikanischen Kulturinstituts in Wien.

Vermittlungsprogramm lädt zum Mitmachen ein

Neben der künstlerischen Auseinandersetzung mit Vergangenheit und Gegenwart hat das Wiener Büro für Kunstvermittlung und kritische Wissensproduktion trafo.K ein Vermittlungsprogramm entwickelt, das jeden und jede zum Mitmachen einlädt. Ab Mai 2018 finden Werkstätten im Park, Hausbesuche rund um den Mexikoplatz und Leseperformances im Park statt.

Die Idee hinter dem Projekt

Ins Leben gerufen hat das Projekt „Gekreuzte Geschichten. Mexikoplatz 1938 – 2018“ der Historiker Berthold Molden. Des- sen Arbeit über Aspekte der Globalgeschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere Interaktionen zwischen Europa und Lateinameri-

ka, brachten ihn zuletzt nach Mexiko. Dort forschte er im Rahmen der Familienbiographie des aus Österreich stammenden Mexikanisten Friedrich Katz über einige Protagonisten des österreichischen Exils. Im Gespräch mit dem Historiker Oliver Rathkolb wurde dann die Initiative geboren, diese österreichisch-mexikanische Geschichte ins Gedenkjahr 2018 zu holen. Dazu Molden: „Ziel des Projektes ist es, durch die Zusammenarbeit von Historikern und Künstlern mit unterschiedlichen Biografien die historischen und aktuellen Erfahrungen von Vertreibung und Exil zu verbinden und somit Gedenken in der Gegenwart zu aktualisieren.“ So sind unterschiedliche Wege – sozusagen Teilprojekte – entstanden, dieses Ziel zu verwirklichen und den Mexikoplatz als Platz der Erinnerungen bis Oktober 2018 beleben.

Über den Künstler Thomas Fatzinek

Thomas Fatzinek wurde 1965 in Linz geboren. Nach Abbruch der Schule und einer Lehre als Lithograph folgten Tätigkeiten als (u. a.) Altenhelfer, Häftlingsbetreuer, Lagerarbeiter, Siebdrucker, Spengler, Leiharbeiter, Scanner Operator, Briefträger und Zugfahrer im Zoo Schönbrunn. 2004 Diplomprüfung an der Wiener Kunstschule. Seither Einzel- und Kollektivausstellungen. Seine beiden jüngsten Grafischen Erzählungen erschienen bei Bahoe Books. ■

<http://www.mexikoplatz.org>

Österreich, Europa und die Welt

Land Kärnten richtet Europa-Informationszentrum ein

Die Europäische Kommission, Vertretung in Österreich, hat im Juni 2017 einen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen veröffentlicht, mit denen sich öffentliche Einrichtungen um die Partnerschaft für den Betrieb eines Europe-Direct-Informationszentrums (EDIC) für die Jahre 2018 bis 2020 bewerben können. Ein EDIC hat zur Aufgabe, zusammen mit derzeit rund 500 ähnlichen Einrichtungen in der EU, ein Netzwerk zu bilden, das sich mit EU-Themen befaßt, welche auf lokaler und regionaler Ebene für die Öffentlichkeit relevant sind, das den Dialog zu EU-Themen fördert und das mit anderen EU-weiten oder lokalen Informationsnetzen und Kontaktstellen zusammenarbeitet. Am 13. März wurde dieses neue EU-Projekt von EU-Referent LH Peter Kaiser vorgestellt.

„Die Informationszentren leisten einen Beitrag zur Kommunikation der Europäischen Kommission über die Europäische Union mit dem Ziel, den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern auf lokaler und regionaler Ebene zu pflegen“, betonte der Landeshauptmann. Damit würden auf lokaler und regionaler Ebene die Kommunikationsaktivitäten



»europe direct Kärnten« (v.l.): Prof. Valentin Petritsch, Edith Kampl, LH Peter Kaiser, Silvia Hrisic, Marc Germeshausen und Johannes Maier

der Vertretungsbehörden von EU-Institutionen im jeweiligen Mitgliedsstaat ergänzt und unterstützt. „Das Land Kärnten arbeitet seit dem EU-Beitritt kontinuierlich und erfolgreich mit dem Verein ‚Europahaus Klagenfurt‘ zusammen und es wurden schon zahl-

reiche innovative EU-Informations- und Dialogprojekte abgewickelt, daher habe ich vorgeschlagen, diese hervorragende Zusammenarbeit bei der Errichtung des neuen EDIC Kärnten zu vertiefen.“

<http://www.europainfo.at/home/edis/kaernten/10>

Niederösterreich: eljub E-Book Woche 2018

Bereits zum sechsten Mal veranstalten die eljub Europäischen Jugendbegegnungen eine eljub E-Book Woche mit etwa 60 Jugendlichen aus elf europäischen Ländern. Sie schreiben gemeinsam ein Buch über Themen, die sie selbst bestimmen dürfen. Es geht um gemeinsame Erlebnistage, die vom 30. Juni bis 7. Juli 2018 in Krems an der Donau und anderen Orten in Niederösterreich stattfinden. Jugendliche aus den Ländern des Donaumaums werden in ihrer Vernetzung und im Austausch unterstützt. Über die Beschäftigung mit Literatur und die Diskussion gesellschaftspolitischer Themen erfahren sie das Gemeinsame in Europa. Gemeinsam wird ein E-Book geschrieben.

In der abwechslungsreich gestalteten Projektwoche werden den Jugendlichen innovative Zugänge zum Lesen, Schreiben und Kommunizieren mit digitalen Medien eröffnet sowie Einblicke in den journalistischen Alltag von international tätigen JournalistInnen gewährt. In Workshops wird interkulturell zu selbst erarbeiteten Themenkreisen diskutiert. Schließlich wird in bunt gemischten Arbeitsgruppen ein Buch geschrieben. Dabei werden die Jugendlichen von ExpertInnen

des ELit Literaturhaus Europa unterstützt.

Der angeregte interkulturelle Austausch setzt auf das Gemeinsame, auf Solidarität und Kreativität europäischer Jugendlicher. Im umfangreichen Rahmenprogramm in Krems und der Wachau lernen die Jugendlichen ein modernes Österreich kennen.



Die Europäischen Jugendbegegnungen werden vom Verein p&s melk in Kooperation mit dem NÖ Landesjugendreferat und ELit Literaturhaus Europa organisiert. p&s melk wird dafür 2018 im EU-Programm „Erasmus+: Jugend in Aktion“ gefördert.

Die Webseite <http://www.eljub.eu> informiert regelmäßig über Neuigkeiten, gibt Einsichten in die Bildungs- und Kulturarbeit mit Jugendlichen und dient als Instrument der Kommunikation zwischen den Jugendlichen, die an den Europäischen Jugendbegegnungen teilnehmen.

Ziele des Wochenprogrammes und der Workshops sind das gegenseitige Kennenlernen und das spielerische, gemeinsame Schreiben eines E-Books in Teamarbeit. Dazu gibt es kulturelle Impulse, wie z.B. Museumsbesuche, Vorträge und gemeinsame gemütliche Abende. Bei Gesprächen mit den ExpertInnen und BetreuerInnen können die Schreibteams ihre Themen und Texte zwischen durch besprechen, verfeinern und eventuell neu justieren.

<http://www.noel.gv.at/noe/Internationales-Europa/Auslandsniederösterreich2.html>

Das komplette Programm zum Download (pdf)

http://www.oe-journal.at/Aktuelles/2018/0318/W2/31503Aeljub_2018.pdf

Österreich, Europa und die Welt

Oö Automobilzulieferer loten Chancen im Iran aus

Wirtschaftliche Beziehungen zum Iran bieten für Oberösterreichs Unternehmen ein großes Potential. Die Autoindustrie des Iran gehört zu den stärksten der Region und wir wollen zu den ersten gehören, die die Chance zum Einstieg in diesen großen Markt nützen“, betonte Oberösterreichs Wirtschaftsreferent LH-Stv. Michael Strugl anlässlich einer Wirtschaftsreise des Automobil-Clusters der oö. Wirtschaftsagentur Business Upper Austria in den Iran, an der er teilgenommen hatte. Dabei hatten vier mitgereiste Unternehmen aus der oberösterreichischen Automobil-Zulieferindustrie und ein Wiener Unternehmen die Möglichkeit, ihre Produkte und Dienstleistungen bei einem Lieferanteninnovationstag dem iranischen Großzulieferer SAPCO in Teheran vorzustellen. Die Firmen bekamen aber auch die Gelegenheit, neben SAPCO mit weiteren Zulieferfirmen im Iran Gespräche zu führen.

„Die Unterstützung auf politischer Ebene und die Pflege der guten Beziehungen sind ein wesentlicher Beitrag zum Erfolg der wirtschaftlichen Partnerschaft mit dem Iran. Es ist für heimische Unternehmen wichtig, international präsent zu sein, um auch den

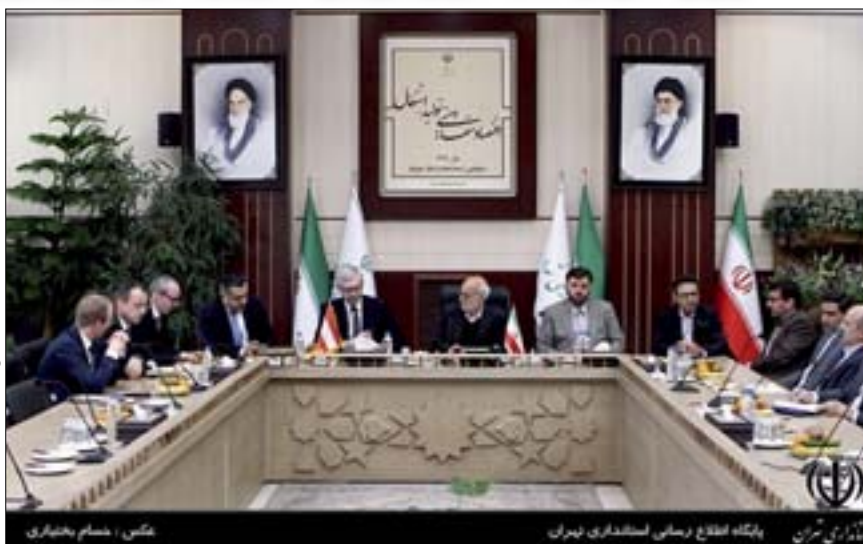


Foto: Büro des Generalgouverneurs von Teheran

Besprechung von LH-Stv. Strugl mit dem Generalgouverneur der Provinz Teheran, Mohammad Hossein MOGHIMI (im Bild rechts von LH-Stv. Strugl).

Heimatstandort abzusichern“, unterstrich Strugl weiters.

Die Qualität der österreichischen Produkte und Technologien hat im Iran einen sehr guten Ruf. Während der Sanktionen gegen den Iran fiel das Land technologisch zurück und möchte mithilfe österreichischer Inno-

vationen den Anschluss zur Weltspitze wieder erreichen. Österreichisches Know-how wird vor allem in den Bereichen Material & Massenproduktionsprozesse, Werkzeug und Ausrüstung, Teile und Komponenten und Technologiemanagement gesucht. ■

<https://www.biz-up.at>

Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Salzburg

Im Halbjahr der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft wird das Treffen der Staats- und Regierungschefs am 20. September in Salzburg stattfinden. „Bundeskanzler Sebastian Kurz greift mein Angebot auf und Salzburg wird ein sehr guter Ort für dieses zentrale Gipfeltreffen sein. Mit dem Kongresshaus, den Festspielhäusern und unserer Stadt wird dieses Treffen im Herzen der EU ein Meilenstein der österreichischen Präsidentschaft sein“, sagt Landeshauptmann Wilfried Haslauer.

Beim Gipfeltreffen werden die Weichen für die Entscheidungen der jeweiligen Präsidentschaft gestellt und die zentralen politischen Themen der Europäischen Union diskutiert. Es handelt sich dabei um das hochrangigste Treffen während der Präsidentschaft im Vorsitzland. Einher geht damit ein enormes Medienaufgebot. Salzburg wird als Konferenzort in den Fokus der Europäischen Union und darüber hinaus rücken.

„Wir haben in der Vergangenheit schon öfter gezeigt, daß Salzburg ein sehr guter Boden für hochrangige politische Gespräche ist. Unser Land zeichnet sich durch die Gastfreundschaft, den weltweit herausragenden



Foto: LMZ Franz Neumayr / SB

Zuletzt fand im August 2017 ein Sozialgipfel in Salzburg statt, zu dem der französische Präsident Emmanuel Macron anreiste – im Bild mit Landeshauptmann Wilfried Haslauer (r.)

kulturellen Ruf und seine Infrastruktur aus. Teilnehmer schätzen in Salzburg vor allem die kurzen Wege und das einzigartige Ambiente“, sagte Haslauer in einer ersten Reaktion. Salzburg hat wiederholt bei EU-Rats-

präsidenschaften als Gastgeberland fungiert. Bei der ersten EU-Ratspräsidentschaft 1998 war Salzburg bereits Schauplatz eines informellen Außenministertreffens. ■

<https://www.salzburg.gv.at>

Österreich, Europa und die Welt

Internationale Leuchtturmprojekte in der Steiermark

Bei seinem mittlerweile zweiten Besuch im neuen High-Tech-Drahtwalzwerk der voestalpine in Leoben/Donawitz konnte Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer am 23. März einen Einblick gewinnen, wie Digitalisierung im voestalpine-Konzern bereits gelebt wird. Im vollautomatisierten Werk, das im Herbst 2017 offiziell eröffnet wurde, werden jährlich 550.000 Tonnen höchstqualitativer Walzdraht für die weltweite Automobil-, Energie-, Maschinenbau- und Bauindustrie produziert. Als Wirtschafts- und Innovationsmotor generiert die voestalpine laut IWI ausgehend von ihren neun steirischen Standorten eine jährliche Bruttowertschöpfung von 1,6 Milliarden Euro für das Bundesland (GJ 2016/17). In den kommenden drei Jahren werden mit lokalen Investitionen im Gesamtwert von insgesamt einer Milliarde Euro weitere wichtige Impulse in der Steiermark gesetzt.

voestalpine beliefert aus ihren steirischen Produktionsbetrieben weltweit anspruchsvolle Kunden der Bahninfrastruktur-, Luftfahrt-, Automobil- sowie der Öl- und Gasindustrie mit höchstwertigen Produkt- und Systemlösungen. Im Geschäftsjahr 2016/17



Foto: Land Steiermark / Erwin Scherlau

v.l.: voestalpine-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Eder, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und voestalpine-Vorstandsmitglied Franz Kainersdorfer

erwirtschafteten die 13 Unternehmen mit ihren rund 9400 MitarbeiterInnen einen Gesamtumsatz von 3,1 Milliarden Euro.

Die Metal Engineering Division des voestalpine-Konzerns ist globaler Marktführer in

der Weichtechnologie und der zugehörigen Signaltechnik, sowie europäischer Marktführer bei Premiumschienen und Qualitätsdraht.

<http://www.voestalpine.com>

Tirol: Die Blockabfertigung ist heuer an 25 Tagen fix

Heuer werden bei Kufstein Nord an weiteren 25 verkehrsreichen Tagen Blockabfertigungen durchgeführt. Tirols Landeshauptmann Günther Platter verweist erneut auf die dringende Notwendigkeit dieser Maßnahme: „Die Aufzeichnungen haben im Jänner und Februar insgesamt eine 16 prozentige Steigerung des LKW-Verkehrs ergeben – und das sind erfahrungsgemäß nicht die stärksten Monate“, verwies Platter auf aktuelle Zahlen: So wurde an der Zählstelle Schönberg in den ersten beiden Monaten des Jahres jeweils die Grenze von 200.000 transitierenden LKW erreicht.

„Wir erwarten uns daher in den kommenden Monaten einen weiteren Anstieg des Transitverkehrs durch Tirol. Das verschärft die Lage zusehends, wodurch die Verkehrs- und Versorgungssicherheit entlang der Inntalautobahn als lebenswichtige Verkehrsader noch stärker gefährdet ist. In Kenntnis dessen ist es unsere Aufgabe dafür zu sorgen, daß die umfassende Sicherheit der Tirolerinnen und Tiroler an diesen Terminen gewährleistet wird“, sagte der Landeshauptmann.

Der Dosierkalender wurde in Zusammenarbeit von ExpertInnen des Landes sowie der



Foto: <https://www.bilderbox.biz>

An der Zählstelle Schönberg wurde in den ersten beiden Monaten des Jahres jeweils die Grenze von 200.000 transitierenden LKW erreicht.

Polizei und der Asfinag erarbeitet. Es wurden jene Tage eruiert, die im Zeitraum von September 2016 bis Februar 2018 ein erhöhtes Risiko für einen Verkehrskollaps aufwiesen. „Auf Basis dieser Analyse haben wir bestimmte Dosiertage fixiert. Die gesam-

melten Erfahrungen zeigen, daß durch das Abfangen der LKW zu Spitzenzeiten zwischen fünf und acht Uhr am Morgen ein Verkehrsinfarkt im Inntal vermieden wurde“, sagte Platter.

<https://www.tirol.gv.at>

Rhesi: Vorarlberg und St.Gallen ziehen an einem Strang

Vorarlberg und St. Gallen haben ihren Willen bekräftigt, das Rhesi-Projekt rasch umsetzen zu wollen. Das haben die Mitglieder beider Regierungen am 20. März bei ihrem alljährlichen Arbeitstreffen im Wissenschafts- und Weiterbildungszentrum Schloss Hofen in Lochau festgehalten. Neben Rhesi standen Verkehrsfragen im Mittelpunkt des gemeinsamen Informations- und Gedankenaustausches.

Die Regierungen von Vorarlberg und St. Gallen sind sich einig, daß das Hochwasserschutzprojekt Rhesi (Rhein-Erholung-Sicherheit) eine große Bedeutung für die Region hat, informierte der Landeshauptmann nach dem Treffen. „Es sind sich beide Seiten darüber im Klaren, welche enormen Schäden dem Alpenrheintal im Hochwasserfall drohen“, so Wallner. Daher würden Vorarlberg und St.Gallen gegen die Hochwasserbedrohung vereint an einem Strang ziehen. Der Landeshauptmann brachte die Regierungskollegen aus St. Gallen mit Regierungspräsident Fredy Fässler an der Spitze bezüglich Rhesi-Entwicklung in Vorarlberg auf den neuesten Stand. Sowohl das Land Vorarlberg als auch der Kanton St. Gallen bekennen sich



Foto: VLK / A. Serra

Vorarlbergs Landeshauptmann Markus Wallner (l.) brachte Regierungspräsident Fredy Fässler und die Regierungskollegen aus St. Gallen auf den neuesten Stand in Sachen Rhesi.

ausdrücklich zum Projekt und bemühen sich intensiv um eine rasche Umsetzung.

„Wie mit all seinen anderen Nachbarn unterhält Vorarlberg auch mit dem Schweizer Kanton St. Gallen traditionell sehr enge

Kontakte. Die intensiven und freundschaftlichen Beziehungen beruhen auf Wertschätzung, Vertrauen und gegenseitigem Verständnis“, verdeutlichte Wallner. ■

<http://www.rhesi.org>

Wien und London: Life-Science- und FinTech-Abkommen

Wien und London intensivieren ihre Zusammenarbeit in den Zukunftsbereichen Life Sciences und Financial Technologies (FinTech). Ein entsprechendes „City-to-City-Agreement“ haben Bürgermeister Michael Häupl und der Londoner Vizebürgermeister Rajesh Agrawal am 21. März im Roten Salon des Wiener Rathauses präsentiert.

Häupl lobte die schon bislang „vielfältigsten“ Beziehungen der Metropolen an Donau und Themse und freue sich, „daß London und Wien jetzt auch im Bereich der Life Sciences und der FinTechs kooperieren“. Gerade die Life Sciences, also die Biowissenschaften, seien ein gutes Beispiel dafür, wie Wien seine Bedeutung als internationaler Wirtschaftsstandort massiv verstärkte und weiter ausbaue.

Unterzeichnet wurde das Abkommen von Gerhard Hirczi und Sabine Ohler von der Wirtschaftsagentur Wien sowie von Tony Margiotta im Namen von London & Partners. Auch Leigh Turner, der britische Botschafter in Österreich, war anwesend.

Das „City-to-City Agreement“ ist ein globales Netzwerk von Städten, die zusammenarbeiten, um Unternehmenskollaborationen



Foto: PID / C. Jobst

Bürgermeister Michael Häupl (rechts hinten) empfängt Londons Vizebürgermeister Rajesh Agrawal (links hinten); Tony Margiotta und Gerhard Hirczi (vorne rechts) unterzeichneten Life-Science und FinTech-Abkommen

und Wirtschaftswachstum zu unterstützen. Ziel ist es, die Beziehung zwischen Städten zu stärken, und die wirtschaftlichen Bedingungen für Unternehmen im jeweils anderen Land zu erleichtern.

Fast 500 Unternehmen, 38.000 Beschäftigte und Wertschöpfung von 10 Mrd. Euro: Life Sciences sind neben IT das wirtschaftliche Stärkefeld von Wien. ■

<https://wirtschaftsagentur.at>

Österreich, Europa und die Welt

Klagenfurt: Länderspiel und Goldenes Buch

3:0 war das Ergebnis des Länderspiels Österreich – Slowenien am 24. März im Wörtherseestadion. Davor gab es einen freundschaftlichen Empfang und Eintragungen in das Goldene Buch.

Zum Empfang geladen hatten das Land Kärnten mit Landeshauptmann Peter Kaiser und die Stadt Klagenfurt mit Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz.

Beim Treffen war man sich einig, daß Sport die Aufgabe habe, Menschen zu verbinden und grenzüberschreitend zu wirken. Dementsprechend auch das Motto des Empfangs: „Fußball/Sport baut Brücken – Nogo met/sport gradi mostove“.

Die Gastgeber begrüßten prominente Gäste wie UEFA-Präsident Aleksander Čeferin, ÖFB-Präsident Leo Windtner, die slowenische Sportministerin Maja Makovec Brenčič und den Präsidenten des slowenischen Fußballverbandes, Radenko Mijatović.

Die Klagenfurter Bürgermeisterin freute sich, daß im Wörtherseestadion „zwei Nachbarn zusammentreffen, die sich sehr ans Herz gewachsen sind“ und lud alle zu den vielen Veranstaltungen anlässlich des Jubiläums „Klagenfurt 500“ ein.



Foto: Stadt Presse Klagenfurt / Pesentheimer

Bürgermeisterin Mathiaschitz, LH Peter Kaiser, ÖFB Präsident Leo Windtner, UEFA-Präsident Aleksander Čeferin, die slowenische Sportministerin Maja Makovec Brenčič und Stadtrat Franz Petritz bei der Eintragung ins Goldene Buch.

Die slowenische Sportministerin Maja Makovec Brenčič und UEFA-Präsident Aleksander Čeferin trugen sich über Einladung der Bürgermeisterin in das Goldene Buch der Landeshauptstadt ein.

ÖFB-Chef Leo Windtner gab ein für Klagenfurt wichtiges Versprechen: das Wörtherseestadion werde immer am Spielplan des ÖFB stehen.

<http://www.klagenfurt.at>

Delegation aus chinesischer Stadt Hancheng zu Gast in Melk



Foto: Stadt Melk / Franz Gleiß

Die Delegation der chinesischen Stadt Hancheng beim Besuch im Rathaus Melk

Möglichkeiten im Austausch von Kultur und Wirtschaft besprach eine Delegation der chinesischen Stadt Hancheng bei einem Treffen am 11. März im Rathaus Melk. Zu Beginn des Treffens zeigte Eva Kiss einige Tänze mit ihrer Kindervolkstanzgruppe. Im Anschluß zeigten die Gäste einen kurzen Film über ihre Heimatstadt.

Die 500.000 Einwohner-Stadt Hancheng ist eine der ältesten Chinas und verweist auf eine 5.000 Jahre zurückreichende Zivilisation. Die Altstadt besteht seit 3.000 Jahren.

Mit dabei bei der Delegation waren der stellvertretende Sekretär des Komitees der KP Chinas, Jia Jianwu, der Hauptdirektor des Tourismus Entwicklungskomitees, Gao Sha-

owu, die Leiterin der internationalen Tourismus-Abteilung vom Entwicklungskomitee der Stadt Hancheng, Sun Xueli, der Managing Direktor von China Travel Navigator, Zhang Fan, sowie der Korrespondent von TV Hancheng, Cui Zhexiong.

<http://www.stadt-melk.at>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Hancheng>

Die neue Nationalkathedrale in Rumänien

In der rumänischen Hauptstadt Bukarest entsteht eine orthodoxe Kathedrale von beeindruckenden Ausmaßen: Mit einer Länge von 124 Metern, einer Breite von 70 Metern und einer Höhe von 120 Metern (auf Basis des Kreuzes) wird das Kirchengebäude bis zu 5.000 Menschen Platz bieten und damit eine der größten christlich-orthodoxen Kirchen der Welt sein. Für die Schalung der komplexen geometrischen Strukturen setzt die STRABAG – mit Hauptsitz in Wien – auf die Schalungslösungen von Doka.

Die Idee zum Bau der „Kathedrale zur Erlösung des Volkes“ (rumänisch: Catedrala Mantuirii Neamului) stammte vom verstorbenen Patriarchen Teoctist I. und wird von seinem Nachfolger Daniel I. weitergeführt. Künftig wird sich der Sitz des Patriarchats der rumänisch-orthodoxen Kirche in der neuen Kathedrale befinden.

Der Baukomplex entsteht auf dem Gelände des Arsenalului Hügels in unmittelbarer Nähe des Parlamentspalastes und soll unter anderem auch zwei Mehrzweckhallen für je 1.000 Personen, zwei Pilgerherbergen sowie ein Gesundheitszentrum umfassen. Die Bauarbeiten laufen seit Dezember 2010 und sol-



Foto: Doka

Die »Catedrala Mantuirii« in der rumänischen Hauptstadt Bukarest wird eine der größten christlich-orthodoxen Kirchen der Welt sein.

len Ende 2018 abgeschlossen sein. Eine weitere Besonderheit dieses Bauprojekts ist die Glocke. Sie ist künftig mit einem Gewicht von 25 Tonnen und einer Höhe von 3,3 m die

größte freischwingende Glocke der Welt und wurde von der österreichischen Glockengießerei Grassmayr angefertigt.

<https://www.doka.com>

Boyne Resorts baut Nordamerikas erste 8er-Sesselbahn

Boyne Resorts in Petoskey, Michigan, in am 8. März eine Ergänzung zu ihrer außergewöhnlichen Sammlung von Neuheiten bekannt und beweist damit aufs Neue ihren Innovationsgeist: Im Big Sky Resort in Montana entsteht 2018 eine moderne 8er-Sesselbahn mit Bubble von Doppelmayr – die erste in Nordamerika. Dabei setzt das Skigebiet auf die nächste Seilbahngeneration D-Line des Weltmarktführers, der größte Komfort für Skifahrer und die modernste Technologie wird bereits im Winter 2018/2019 ihre Premiere feiern.

Seit fast 70 Jahren gehört Boyne Resorts zu den Pionieren im Wintertourismus, die mit ihren Investitionen stets das Erlebnis für die Gäste verbessern und als erste einige Neuheiten umgesetzt haben. Die Zusammenarbeit mit Doppelmayr, dem Weltmarktführer im Seilbahnbau, geht bis in die 1980er-Jahre zurück.

Einer der wichtigsten Meilensteine der Partnerschaft ist die gemeinsame Umsetzung der ersten kuppelbaren 6er-Sesselbahn der USA im Jahr 1992 im Boyne Mountain Resort in Michigan – mit dieser Anlage waren die USA sogar Europa einen Schritt voraus.



Foto: Doppelmayr

Im Big Sky Resort in Montana entsteht 2018 eine moderne 8er-Sesselbahn mit Bubble von Doppelmayr – die erste in Nordamerika.

Bereits damals entstand die Idee, eine 8er-Sesselbahn zu bauen.

„Für unsere Firmengeschichte ist dies ein sehr aufregender Moment. Wir können gemeinsam mit dem – meiner Meinung nach – besten Seilbahnhersteller der Welt eine weitere Branchenneuheit realisieren. Für Big

Sky Resorts ist es zudem ein wichtiger Schritt, um sich als international anerkannte Bergdestination zu etablieren“, erklärte der Präsident von Boyne Resorts, Stephen Kircher.

<http://www.doppelmayr.com>

<https://www.boyneresorts.com>

Google-Auszeichnung für Simulation von Quantencomputern

Wie testet man eine Technologie, die noch gar nicht existiert? ForscherInnen der Johannes Kepler Universität haben eine Simulation entwickelt, mit der man heute bereits scheinbar mit Quantencomputern arbeiten kann. Dafür erhielten sie den mit umgerechnet rund 50.000 Euro dotierten „Google Award“.

Quantencomputer sind der Heilige Gral der Hardware-Forschung, weltweit laufen Untersuchungen. Noch steht die Physik am Anfang, dennoch erlaubt es eine neu entwickelte Simulationen des JKU-Instituts für Integrierte Schaltungen, sich auf die Zukunft der Computer vorzubereiten.

„Für die Informatik stellt dies eine ganz spezielle Herausforderung dar: Wie kann man Algorithmen und Programme für Maschinen entwickeln, die es heute zwar noch nicht gibt, aber morgen bereits ganze Gebiete dominieren können?“, erklärt Univ.-Prof. Robert Wille die Herausforderung.

Die Kernidee ist dabei relativ einfach: Wie andere physikalische Phänomene auch lassen sich Quantenoperationen über mathematische Formeln beschreiben. Problematisch wird allerdings die Größe der Beschreibung. Bereits kleinste Quanten-Systeme mit



Foto: JKU

Ausgezeichnete Forschung: Univ.-Prof. Robert Wille (l.) und Doktoratsstudent Alwin Zulehner

wenigen sogenannten Quanten-Bits (auch Qubits genannt) übersteigen bereits den Speicherverbrauch heutiger High-End-Rechner. Das Team um Wille geht daher einen ande-

ren Weg: Anstatt alle Beschreibungen exakt zu speichern, werden Redundanzen ausgenutzt.

<http://www.jku.at>

Österreichs Weinexporte im Höhenflug

Trotz eines leichten Rückgangs in der Exportmenge übertraf das Exportjahr 2017 alle Erwartungen: Mit einem steilen Anstieg des Exportwerts auf 158,6 Mio. Euro wurde erstmals die 150-Mio.-Euro-Marke geknackt, zudem erreichte der Durchschnittspreis mit 3,39 Euro pro Liter ein neues Allzeithoch.

Rekordmarken trotz Mengeneinbußen

Die kleine Weinernte 2016 sorgte im Jahr 2017 wie erwartet für eine Minderung der Exportmenge von österreichischem Wein: 46,8 Mio. Liter bedeuten einen Rückgang von 3,3 % zum Vorjahr. Mehr als aufgefangen wurde dieser Dämpfer aber durch eine bemerkenswerte Steigerung im Exportwert: Mit der Rekordsumme von 158,6 Mio. Euro konnte ein Zuwachs von satten 7,4 % verzeichnet werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Reexporte nicht österreichischer Weine, die in die Gesamtexportstatistik mit einfließen, ebenfalls gestiegen sind. Erstmals wurde damit die 150-Mio.-Euro-Marke überschritten, der Durchschnittspreis kletterte auf stolze 3,39 Euro.



Foto: ÖWM / Armin Faber

Erfreuliche Marktentwicklungen

Besonders positive Exportentwicklungen zeigen die skandinavischen und die Benelux-Länder ebenso wie das Vereinigte Königreich. Merklichen Anteil am beeindruckenden Exportergebnis hatten darüber hinaus EU-Drittstaaten wie China, Kanada und Rußland, die neben der absoluten Wertsteigerung auch eine Steigerung im Durchschnittspreis pro Liter aufweisen konnten. Den außerordentlichen Anstieg des Gesamtdurchschnittspreises stützte mit historischen 2,60 Euro pro Liter auch der preissensible Exportmarkt Deutschland, da Österreich durch das mengenmäßig schwache Weinjahr 2016 im Preiseinstiegssegment weniger präsent war.

Die Zahlen sind auch Bestätigung des österreichischen Wegs der letzten Jahrzehnte: die Positionierung von Wein aus Österreich als hochwertiges Nischenprodukt in einem international heiß umkämpften Markt. Mit dem hervorragenden Jahrgang 2017 stehen die Chancen gut, daß Österreich auch 2018 neue Meilensteine auf diesem Weg erreichen kann.

<http://www.oesterreichwein.at>

Österreich, Europa und die Welt

Flughafen Wien: Eurowings mit neuen Destinationen

Mit Sommerflugplan 2018, der seit 25. März 2018 in Kraft ist, nimmt Eurowings neue Strecken ab Wien auf: So fliegt der deutsche Low-Cost Carrier neu nach Larnaca, Catania, Korfu, Chania, Heraklion, Kos und Rhodos. Spottertip: Eurowings setzt einen neuen Airbus A340 auf der Strecke Wien-Düsseldorf ein.

„Die mit sechs Flugzeugen am Flughafen Wien stationierte Eurowings trägt mit zahlreichen neuen Flugverbindungen zum erfolgreichen Wachstum am Standort bei. Der stetige Streckenausbau von Eurowings in Wien bestätigt neben dem Potential des Wiener Flughafens als leistungsfähiges Drehkreuz auch unsere gute Zusammenarbeit mit der Airline. Mit sieben neuen Routen in beliebte Feriendestinationen nach Griechenland, Italien und Zypern genießen Flugreisende ein vielfältiges neues Flugangebot für den Sommerurlaub ab Wien“, freut sich Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG über die Neuaufnahmen.

„Eurowings ist die am schnellsten wachsende Airline Europas. Es freut mich sehr, daß die Nachfrage nach unseren attraktiven Angeboten in Wien stetig steigt. Mit Beginn



Foto: Flughafen Wien AG

Die neuen Routen wurden von Belina Neumann, Head of Aviation Marketing der Flughafen Wien AG (5.v.l.) und Dieter Watzak-Helmer, GF der Eurowings Europe (6.v.l.), eröffnet.

des Sommerflugplans Ende März werden wir eine Vielzahl neuer Verbindungen ins Streckennetz aufnehmen“, sagt Dieter Watzak-Helmer, Geschäftsführer der Eurowings Europe. Mit einem breiten Angebot an Qua-

litätsflügen zu günstigen Preisen und unterschiedlichen Tarifoptionen bietet Eurowings für jeden Anlaß den richtigen Flug.

<http://www.viennaairport.com>

<http://www.eurowings.com>

Graz ist 6 Mal pro Woche per Direktflug an Berlin angebunden

Graz, am 26. März 2018: Pünktlich um 17.35 Uhr ist gestern der Erstflug der Schweizer Fluggesellschaft SkyWork Airlines aus Berlin kommend in Graz gelandet. Bereits 30 Minuten später ging es für die Fluggäste ab Graz direkt in die deutsche Bundeshauptstadt.

Die Crew, bestehend aus Captain Susanne Born, First Officer Mark Meyer, SCC Sonja Marti und FA Barbara de Girolamo wurde am Flughafen von Gerhard Widmann, Geschäftsführer des Flughafen Graz empfangen. „Erstflüge sind immer etwas Besonderes“, erklärt Widmann. „Berlin für unsere Fluggäste wieder an Graz anzubinden war eines unserer großen Ziele in den vergangenen Monaten – den heutigen Erstflug mit SkyWork Airlines empfinde ich als Belohnung für unsere Arbeit!“

Einige Details:

- Die Flüge finden 6 mal pro Woche, einmal täglich außer samstags statt
- Die Flugzeit beträgt rund 1,5 Stunden
- Entgegen dem allgemeinen Trend in der Luftfahrt sind bei SkyWork Airlines Getränke und ein Snack an Bord eine Selbstverständlichkeit. Dazu ist neben



Foto: Flughafen Graz. Erstflug SkyWork.

Captain Susanne Born, First Officer Mark Meyer, SCC Sonja Marti und FA Barbara de Girolamo wurden am Flughafen von GF Gerhard Widmann (r.) am Flughafen Graz empfangen.

- dem Handgepäck 23 kg Freigeepäck in beiden Ticketklassen im Preis inbegriffen
- Bequemes Plus für die Fluggäste: sie genießen einen außergewöhnlich großen Sitzabstand von mehr als 81cm

Zwischen Graz und Berlin erwartet Sie ein kleines Stück Schweiz: SkyWork Airlines!

<http://www.flughafen-graz.at>

<https://www.flyskywork.com>

2019 wird es erstmals seit 65 Jahren Budgetüberschuß geben

Finanzminister setzt auf Investitionen in die Zukunft und Sparen im System – die Opposition zerpfückt das Budget für 2018 und 2019 in Erster Lesung.



Foto: Parlamentdirektion / Thomas Jantzen

Im Ausweichquartier des Parlaments in der Hofburg während der Sanierung des Hohen Hauses am Ring – Blick über die Nationalratsabgeordneten während der Rede von Finanzminister Hartwig Löger zum Budget 2018 und 2019.

Mit den Worten „Wir starten in eine neue Zukunft. Es beginnt eine gute Zeit“ eröffnete Finanzminister Hartwig Löger am 21. März seine erste Budgetrede im Parlament. Ein klarer Beweis dafür sei, daß es im nächsten Jahr erstmals seit 1954 wieder einen Budgetüberschuß in der Höhe von 541,2 Mio. € geben wird. „Aufgrund der Altlasten der Vorgängerregierung“ werde dies heuer noch nicht möglich sein, bedauerte der Minister, der von einem negativen Saldo von rund 2,16 Mrd. € im Jahr 2018 ausging. Mit dem Doppelbudget für 2018 und 2019 werde eine Trendwende eingeleitet und die Weichen in die richtige Richtung gestellt, ist Löger überzeugt. Bei der Ausarbeitung der Budgets habe man sich an folgenden sechs Grundsätzen orientiert: konsequenter Abbau der Schulden, Förderung von Leistung, Entlastung der

BürgerInnen, Sparen im System, Nutzen der guten Konjunktur sowie Engagement für Europa.

All jenen, die Sorgen bezüglich eines möglichen Sozialabbaus geäußert haben, versicherte er mit Nachdruck, daß nicht bei den Ärmsten gespart wird. „Wir geben im Budget im Jahr 2018 49,6 % und im Jahr 2019 50,7 % für soziale Sicherheit aus.“ Gerade durch konsequentes und diszipliniertes Sparen im System und durch positive Wachstumsimpulse der Entlastung könne der Sozialstaat langfristig abgesichert werden. Dennoch müsse man den Mut haben, „alte Zöpfe“ abzuschneiden und ineffiziente Gewohnheiten aufzugeben.

Im zweiten Teil seiner 75 Minuten langen Rede ging Löger noch näher auf die Mittelzuteilungen für die einzelnen Ressorts ein,

wobei er insbesondere die Investitionen in die Bereiche Bildung und Forschung, Digitalisierung und Sicherheit hervorstrich. Die größten Herausforderungen liegen seiner Ansicht nach bei den Themen Pensionen und Pflege; hier müssen endlich echte Reformen angegangen werden, denn die Zeit der Worte sei vorbei.

Löger: Mehr Generationengerechtigkeit und Abkehr von der Schuldenpolitik

Die Bevölkerung habe am Wahltag deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es zu Veränderungen kommen muß, betonte der Finanzminister. Diesem Auftrag entsprechend wolle er eine neue budgetpolitische Zeitrechnung einleiten, die vor allem durch eine Abkehr von einer permanenten Schuldenpolitik geprägt ist. In der Vergangenheit wurde

Innenpolitik

bedauerlicherweise auch in Zeiten der Hochkonjunktur Politik auf Pump betrieben. Dieser untragbare Zustand, der sich vor allem auf die nächsten Generationen negativ auswirkt, müsse ein Ende haben. Die Politik der letzten Jahrzehnte habe unglaubliche 290 Mrd. € an Staatsschulden aufgebaut. Jedes einzelne Kind, jeder einzelne Jugendliche trage derzeit einen Schuldenrucksack von rund 33.000 € auf seinen Schultern.

Dank einer intensiven und disziplinierten Zusammenarbeit mit allen Regierungsmitgliedern wurde ein Ergebnis erzielt, das sich sehen lassen kann, hob Löger hervor: „2019 wird der Bund erstmals seit 65 Jahren weniger ausgeben als er einnimmt und einen Budgetüberschuß von 541,2 Mio. € erzielen. Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit wird 2018 minus 0,4 % betragen; im Jahr 2019 wird es ein Nulldefizit geben. Wichtig sei zudem, daß die enorme Schuldenquote von knapp 84 % des Bruttoinlandsprodukts kontinuierlich reduziert werde. Aufgrund der guten Konjunktur und der Abkehr vom Schuldenmachen werde sie 2018 74,5 % und 2019 70,9 % des BIP ausmachen. Eine weitere Absenkung bis 2022 in Richtung 60 % sei machbar, da die Regierung die konjunkturell richtigen Impulse setzen wird.

Als Finanzminister habe er die Verantwortung dafür, positive Anreize zu schaffen, damit möglichst alle ihren Beitrag zur Gemeinschaft leisten können. Es dürfe nicht dazu kommen, daß der Einkommensunterschied zwischen arbeitenden und nichtarbeitenden Menschen so gering ist, daß es sich gar nicht lohnt, die Anstrengungen eines Arbeitsalltags in Kauf zu nehmen. Er halte auch wenig von einem Leistungsbegriff, der ausschließlich als etwas definiert wird, was man sich holt, weil es einem angeblich zusteht. Diese Haltung sei eine Bedrohung für die staatliche Solidargemeinschaft. Erst aus der Bereitschaft jedes einzelnen, Leistung zu erbringen, entstehe die Grundlage für die Wertschöpfung einer Gesellschaft.

Erstes Entlastungspaket in der Höhe von 1,9 Mrd. € – Abgabenquote soll bis 2022 auf 40 % gesenkt werden

Da die Regierung die Leistungsbereitschaft der BürgerInnen schätzt, habe man unverzüglich damit begonnen, diejenigen, die mit ihren Abgaben und Steuern das Land erhalten, zu entlasten. Ziel sei eine deutliche Absenkung der Abgabenquote in Richtung 40 % bis zum Jahr 2022. Einige Maßnahmen der Regierung seien schon bekannt, wie etwa der Familienbonus Plus, der einen Steu-



Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) bei seiner Rede zum Budget 2018 und 2019; rechts von ihm: EU-Minister Gernot Blümel (ÖVP)

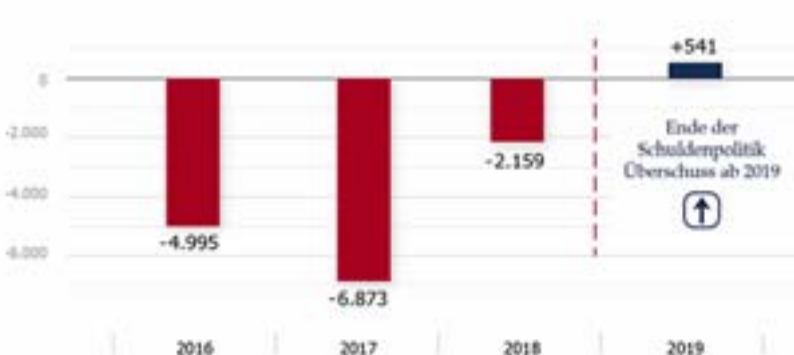
erbonus bis zu 1.500 € pro Kind und Jahr vorsieht und bereits mit 1. Jänner 2019 in Kraft treten wird. Davon profitieren 950.000 Familien und mit ihnen 1,6 Millionen Kinder, unterstrich der Ressortchef. Dies sei das größte Familienförderungspaket, das es je in Österreich gegeben hat. Die dafür veranschlagten 1,5 Mrd. € habe man im Budget durch Einsparungen im System refinanziert, hob Löger hervor. Da von einer steuerlichen Entlastung naturgemäß nur diejenigen profitieren können, die auch Steuern zahlen, werden auch alleinerziehende und alleinverdienende Mütter und Väter 250 € jährlich erhalten. Auch durch die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge ab 1. 7. 2018 werden Menschen mit geringen Einkommen pro-

fitieren. Als weitere Entlastungen hob Löger die Reduktion des Mehrwertsteuersatzes von 13 % auf 10 % im Bereich der Tourismuswirtschaft, die Abschaffung der Mietvertragsgebühren sowie die Halbierung der Flugabgabe hervor.

Sparen im System: Bei Förderungen, Mietkosten, ausgegliederten Einheiten und Beamten

Bis jetzt sind die meisten sogenannten Steuererleichterungen nach dem Prinzip verlaufen, „was ich dir in die rechte Tasche stecke, nehme ich dir dann aus der linken wieder heraus“, erinnerte Löger. Dies sei ein mehr als fragwürdiges Vorgehen, weil es nämlich dazu geführt habe, daß die Abgabenquote

Erster Überschuss seit 1954



© BMF

Innenpolitik

über viele Jahre auf einem Rekordniveau geblieben ist. Auch damit müsse Schluß sein. Da die Regierung keine neuen Steuern und auch keine Steuererhöhungen wolle, müsse im System gespart werden. „Einfach ausgedrückt – wir sparen bei uns selbst“, betonte der Finanzminister, und zwar konkret bei den vielen Förderungen des Bundes, den Kosten der ausgegliederten Einheiten und den Mietkosten der Bundesgebäude. Durch dieses Vorhaben sowie das Beenden „konjunkturell überflüssiger Maßnahmen der Vorgängerregierung“ werden in Summe nachhaltig 2,5 Mrd. € eingespart, rechnete der Minister vor. Gleichzeitig habe man sich darauf geeinigt, daß Pensionierungen im öffentlichen Dienst eingeschränkt nachbesetzt werden. Bürokratieabbau, Verwaltungsvereinfachungen sowie Prozessoptimierung und Digitalisierung seien Grundlage für konsequente Einsparungen im System.

Gute Konjunkturlage müsse für Reformen genutzt werden

Der Finanzminister räumte ein, daß die konjunkturelle Großwetterlage auf globaler, auf europäischer und auf nationaler Ebene derzeit sehr erfreulich ist. Es gebe positive Entwicklungen beim Wirtschaftswachstum (2018: 3,2 %, 2019: 2,2 %), beim privaten Konsum (plus 1,8 % bzw. 1,6 %) sowie den Exporten, die 2018 mit einer Zuwachsrate von 5,5 % aufwarten (2019: 4,5 %). Auch die öffentlichen Investitionen bleiben mit plus 1,1 % bzw. 1,2 % stabil auf hohem Niveau. Es handle sich dabei jedoch um kein Geschenk des Himmels, sondern um die Summe der Leistungen all jener, die durch fleißige Arbeit und durch engagiertes unternehmerisches Agieren einen Beitrag zur Steigerung der Wertschöpfung in unserem Land erbracht haben. Besonders erfreulich sei in diesem Zusammenhang auch, daß die Zufriedenheit von Seiten der UnternehmerInnen sprunghaft angestiegen ist. Diese gute Ausgangslage müsse aber nun genutzt werden, unterstrich Löger. Sie sei ein Auftrag an die Regierung, gerade jetzt die erforderlichen Reformschritte zu setzen und die notwendige Trendwende einzuleiten.

EU: Keine negativen Auswirkungen für die NettozahlerInnen und keine Reformen auf Kosten der kleineren Länder

Gerade in einer „Zeit voller gefährlicher Bruchlinien“ ist es für Österreich überlebenswichtig, Teil der Europäischen Union zu sein, betonte Löger. Die Übernahme des Ratsvorsitzes ab 1. Juli werde eine große Heraus-

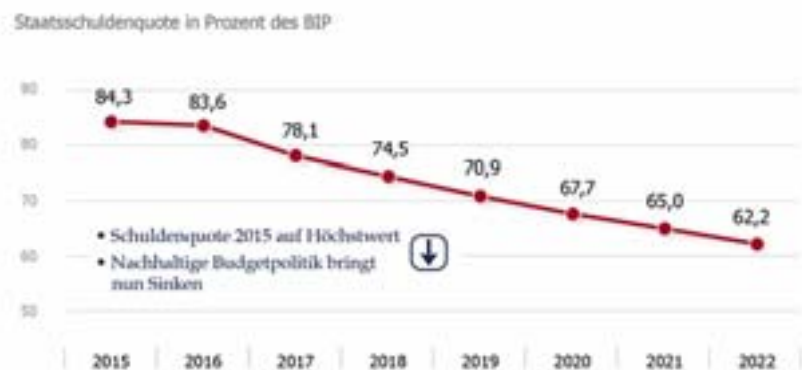
Langfristig weniger ausgeben als einnehmen



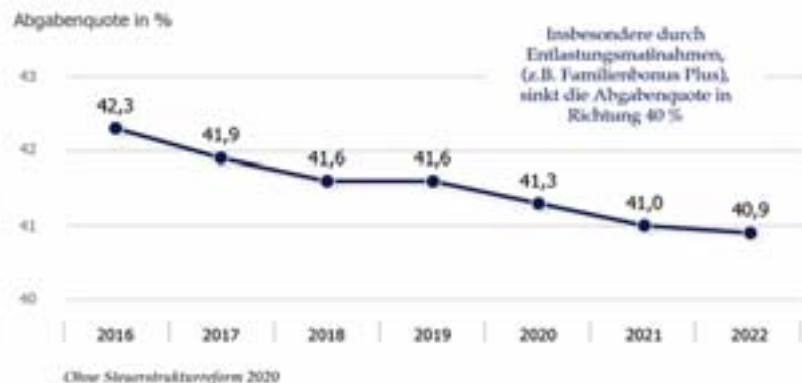
Budget-Eckdaten 2016-2019



Nachhaltigkeit und Schuldenabbau



Entlastung



Innenpolitik

forderung darstellen, da einige wichtige Themen, wie etwa der Brexit, einer Lösung zugeführt werden müssen. Aus finanzieller Sicht stehe dabei für ihn im Vordergrund, daß die Nettozahler nicht für den Ausfall des britischen Beitrags einspringen. Umso wichtiger werde es sein, daß es schon vor dem Inkrafttreten des mehrjährigen Finanzrahmens Gewissheit darüber gibt, welche finanziellen Folgen der Brexit hat. „Was wir uns selbst abverlangen – nämlich das Sparen im System – das müssen wir auch auf Unionsebene durchsetzen.“ Als Finanzminister und Anwalt der SteuerzahlerInnen werde er sich grundsätzlich dafür einsetzen, daß sich die EU nicht in Richtung einer Schuldenunion entwickelt. Auch Konzepte, die u.a. die Einrichtung eines europäischen Finanzministers beinhalten, sehe er kritisch. Er werde jedenfalls keine Änderung der Spielregeln akzeptieren, die darauf hinausläuft, daß diejenigen, die ordentlich wirtschaften, die Schulden anderer automatisch übernehmen müssen. Positiv sah der Finanzminister hingegen jene Pläne, die auf eine Weiterentwicklung des ESM in Richtung eines Europäischen Währungsfonds oder die Stärkung des Sicherheitsnetzes bei der Abwicklung von Banken abzielen; da werde Österreich dabei sein.

Budgetschwerpunkte: Von Asyl und Integration bis zu den Pensionen

Nach der Darstellung der sechs Grundsätze, auf denen das Doppelbudget aufgebaut ist, ging der Finanzminister detaillierter auf die einzelnen Kapitel ein. Wichtig war ihm dabei hervorzuheben, daß es bei den Zukunftsthemen keine Einsparungen gibt. Das Gegenteil sei der Fall, zeigte Löger auf, die Regierung verstärke sogar die Investitionen in Bildung und Forschung, in die Digitalisierung und die Sicherheit des Landes.

So steigen etwa die Ausgaben für die Bildung auf 8,82 Mrd. € bzw. auf 8,84 Mrd. € in den beiden kommenden Jahren, 2022 sollen sie 9,52 Mrd. € erreichen. Die viel beklagte Finanzierungslücke in der Bildung sei daher geschlossen. Da die heimischen Hochschulen bei den internationalen Rankings nicht an der Spitze liegen, investiere die Regierung schwerpunktmäßig in Wissenschaft und Forschung.

Von 2017 bis 2022 wachsen die Auszahlungen für diesen Sektor um 13,2 %. Damit finanziere man u.a. eine Erhöhung des Universitätsbudgets um 1,6 Mrd. €, den Ausbau der Studienbeihilfen um 300 Mio. € und die Forcierung des erfolgreichen Fachhochschulsektors mit 41 Mio. €. Weiters werde

Familie



8,7 Mrd. Euro/Jahr
für österreichische
Familien

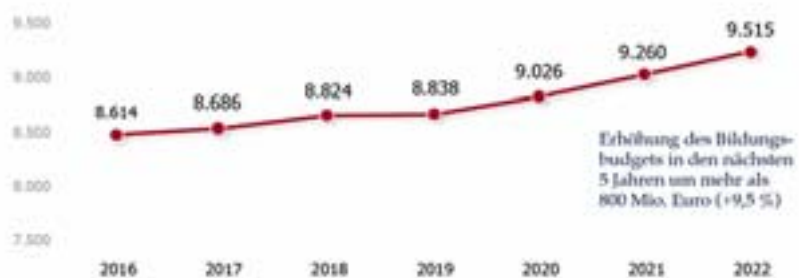
- Transferleistungen
- Steuerliche Maßnahmen
- Sachleistungen

Effizienzsteigerung,
Systemoptimierung

- Indexierung Familienbeihilfe (114 Mio. Euro)

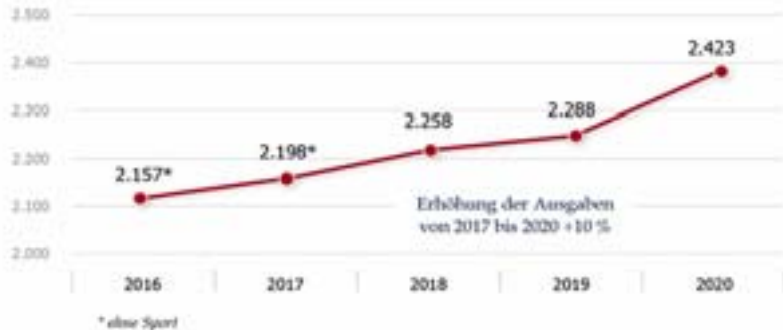
Bildung

Ausgaben in Mio. Euro



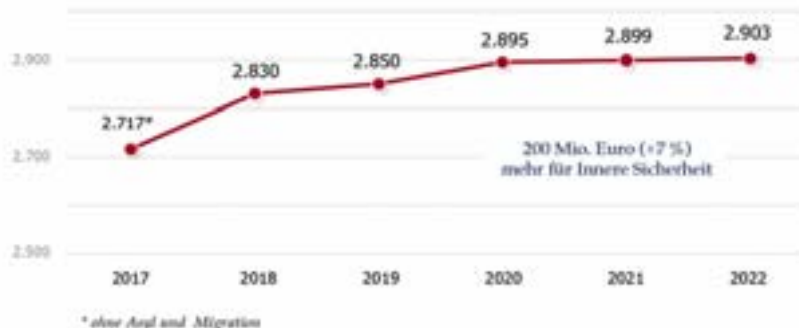
Landesverteidigung

Ausgaben in Mio. Euro



Sicherheit

Ausgaben in Mio. Euro



Innenpolitik

die Forschungsprämie auf 14 % erhöht (500 Mio. €) und die Spitzenforschung mit 230 Mio. € unterstützt.

Auch beim Thema Sicherheit nimmt die Regierung viel Geld in die Hand, führte Löger weiter aus: 700 Mio. € gehen 2018 bis 2023 in die Aufstockung und Ausbildung der Polizei, 250 Mio. € für 2018 und 2019 in Maßnahmen zur Terrorbekämpfung. In der Landesverteidigung ergeben sich ebenfalls budgetäre Steigerungen um 10 % bis 2020. Weitergeführt wird dabei auch der Grenzschutz. Für Asyl und Migration sind im Budget 2018 420 Mio. € vorgesehen; dieser Betrag sinkt 2019 um 50 Mio. € und nimmt bis 2022 auf 185 Mio. € ab.

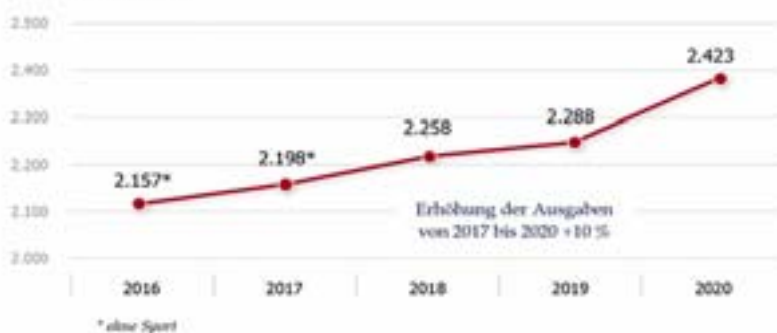
Im Bereich Arbeit wurde einiges redimensioniert, da die Arbeitslosenrate erfreuerlicherweise sinkt und die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt. Für 2018 sind 8,32 Mrd. € veranschlagt, informierte Löger, von einem Kahlschlag könne daher keine Rede sein. Bei älteren ArbeitnehmerInnen gehe es darum, daß sie nachhaltige und langfristige Jobs finden und nicht kurzfristige durch Steuergeld finanzierte Scheinjobs. Wie bereits angekündigt strebe die Regierung eine Neuregelung der Mindestsicherung an. Im Sinne der Fairness müsse klar gemacht werden, daß die Mindestsicherung nur eine Überbrückungshilfe sei und nicht als Dauerlösung gesehen werden könne.

Einen Paradigmenwechsel kündigte Löger in Bereichen Infrastruktur und Wirtschaft an, wobei vor allem die Digitalisierung als Chance begriffen werden müsse. Die Breitbandoffensive, das Forcieren von e-Government und die Entbürokratisierung seien dabei die drei wichtigsten Pfeiler. Dank der guten Zusammenarbeit mit Verkehrsminister Hofer war es möglich, in dessen Ressort Einsparungen und Umschichtungen vorzunehmen. Der Zuschuß zu den ÖBB beträgt 2018 jedenfalls 5,2 Mrd. € und steigt 2019 auf 5,4 Mrd. €.

Eine der größten Herausforderungen ist nach Ansicht des Finanzministers der Bereich der Pensionen, wo nachhaltige und neue Ideen entwickelt werden müssen. Wenn man sich vor Augen hält, daß jeder vierte Euro des Budgets für Pensionen ausgegeben wird, sei klar, daß Handlungsbedarf besteht. Österreichs Pensionsausgaben machen derzeit 13,8 % des BIP aus und sie werden immer weiter steigen – bis 2040 um weitere 1,1 %. Wenn wir nicht bald auf die Entwicklungen reagieren, könnte das System und damit die Menschen leiden, appellierte Löger. Die zweite große Herausforderung, die seit Jah-

Landesverteidigung

Ausgaben in Mio. Euro



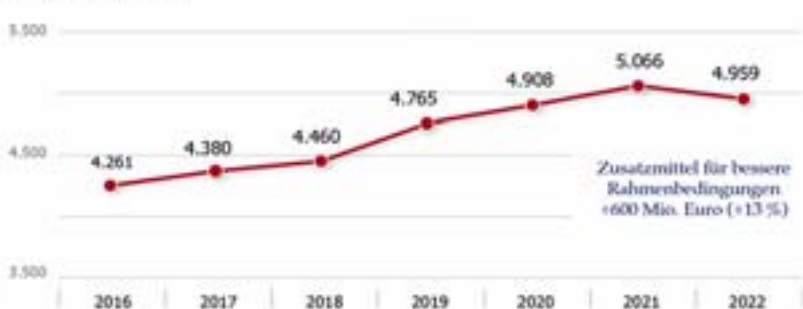
Asyl und Migration

Ausgaben in Mio. Euro

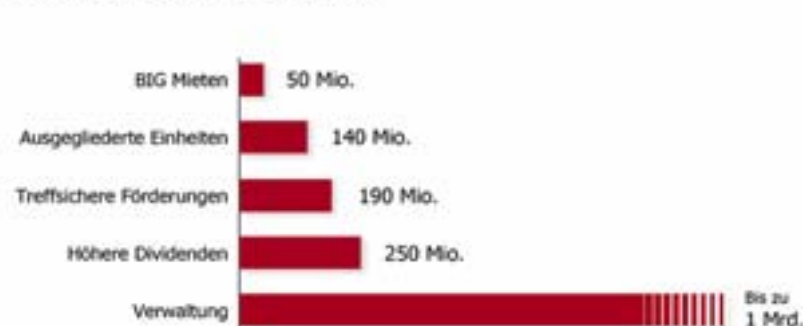


Wissenschaft und Forschung

Ausgaben in Mio. Euro



Einsparungen im System

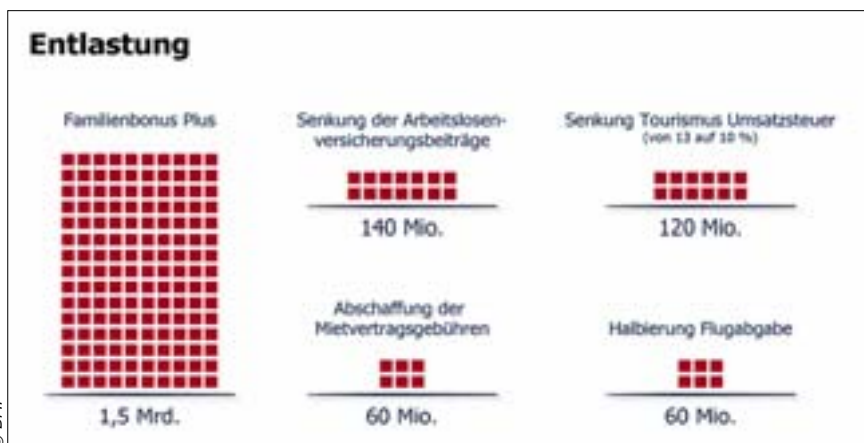


Innenpolitik

ren einer Lösung harre, sei das Pflegesystem. In den Jahren 2018 bis 2019 steigen die Mittel in diesem Bereich um 322,1 Mio. €. Es brauche eine umfassende und ausgewogene Lösung, um der steigenden Lebenserwartung der Menschen gerecht zu werden.

Löger gab zu bedenken, daß in knapp 100 Tagen nicht die Welt verändert werden könne. Die Regierung nehme aber ihre Verantwortung wahr und setze die richtigen Maßnahmen.

Um den sozialen Frieden nachhaltig zu sichern, werde man konsequent weiterarbeiten und nach folgenden Prinzipien vorgehen: Ausgaben prüfen, Prioritäten hinterfragen, Maßnahmen nach Effizienz und Effektivität bewerten, Sparpotentiale heben und



nützen, keine neue Schulden machen, Budgetüberschüsse erarbeiten und Schulden ab-

bauen. „Wagen wir doch gemeinsam den Start in eine neue Zukunft“, schloß Löger.

Erste Lesung im Parlament: Regierungsparteien sehen Trendwende – Opposition vermißt Strukturreformen und warnt vor Sozialkürzungen

Das von Finanzminister Hartwig Löger präsentierte Doppelbudget hatte tags darauf, am 22. März, im Nationalrat seinen ersten parlamentarischen Test zu bestehen. Die Erste Lesung bot den Abgeordneten Gelegenheit, die „in Zahlen gegossene Regierungserklärung“ einer eingehenden Analyse zu unterziehen, wobei das Urteil der Fraktionen erwartungsgemäß sehr unterschiedlich ausfiel. Während ÖVP und FPÖ eine Trendwende hin zu einem ausgeglichenen Haushalt orteten, warfen SPÖ und Liste Pilz der Regierung vor, nicht beim System, sondern bei den Menschen zu sparen. Die NEOS wiederum bemängelten, man habe die Gunst der Stunde nicht für Strukturreformen genützt.

ÖVP sieht Trendwende und begrüßt Entlastungen

August Wöginger sprach von einer Trendwende, die sich insbesondere durch den für 2019 geplanten ersten Budgetüberschuß seit 65 Jahren manifestiere, und hob die Entlastung der Menschen, die Stärkung des Standorts sowie Einsparungen bei der Zuwanderung als die drei Hauptaspekte hervor. Mit Nachdruck begrüßte der Klubobmann der ÖVP den Familienbonus plus, die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für BezieherInnen niedriger Einkommen sowie die Reduktion des Steuersatzes auf Nächtigungen im Tourismus von 13 % auf 10 %. Für Wöginger geht es bei den einzelnen Maßnahmen vor allem um eine neue soziale Gerechtigkeit. Jenen Menschen, die sich selbst



ÖVP-Klubobmann August Wöginger

helfen wollen, dies aber nicht können, solle geholfen werden, nicht aber jenen, die sich helfen könnten, dies aber nicht wollen, brachte er den Leitsatz seiner Fraktion auf den Punkt. Die Einsparungen bei den Mitteln für die Arbeitslosen begründete Wöginger mit der derzeit sinkenden Arbeitslosigkeit, stellte aber gleichzeitig klar, daß den einzelnen Arbeitslosen auch heuer wieder genauso viel Geld zur Verfügung stehen werde wie 2017.

Die gute Konjunkturlage müsse nun zum Schuldenabbau genützt werden, bestätigte seine Fraktionskollegin Angelika Winzig, die sich nun neue Spielräume für Zukunftsin-

vestition erwartet. Eingespart werde jedenfalls bei der Verwaltung, bei den Förderungen und insgesamt im System, und nicht bei den Menschen, betonte sie einer Meinung mit Wöginger. Die Regierung löse ihre Wahlversprechen ein, die Menschen werden entlastet, das Budget wird bereinigt, Arbeit und Leistung sollen sich wieder lohnen, steht für Georg Strasser fest. Auch für die Landwirtschaft werde es durch dieses Budget stabile Finanzen geben, zeigte sich der Präsident des Bauernbundes zuversichtlich, der in diesem Zusammenhang die Leistungen der heimischen Landwirtschaft im Sinne der Nachhaltigkeit hervorhob.

FPÖ: Leistung muß sich wieder lohnen

Die SPÖ habe in den letzten Jahren nichts anderes produziert als steigende Staatsverschuldung und importierte Armut, lautete der Befund von FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus. Die neue Regierung leite nun eine Trendwende ein, „um all das wieder gut zu machen“. Erstmals würden die Familien entlastet, man investiere überdies verstärkt in den Sicherheitsbereich. Insgesamt stehe das Budget unter dem Motto „Österreicher zuerst“, dies vor allem als Reaktion auf die unkontrollierte Zuwanderung der letzten Jahre, unterstrich Gudenus.

„Leistung muß sich wieder lohnen“, bekräftigte Erwin Angerer und bezeichnete das vorliegende Budget als ersten Schritt in die richtige Richtung. Neben einer Entlastung der Leistungsträger geht es ihm vor allem um

Innenpolitik



FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus

strukturelle Defizit hingegen erhöht habe. Kern kritisierte vor allem Aufblähungen bei der Bürokratie und wandte ein, das Sparen im System sei letztlich ein Kürzen bei den Menschen.

Heftige Kritik übte er dabei am Stopp der Aktion 20.000 sowie den Streichungen bei der Neuen Mittelschule und in der Integrationspolitik. Schieder wiederum warf der Regierung vor, bei den sozial Schwachen, bei Bildung, Altersteilzeit und Pflege zu sparen und insgesamt eine Klientelpolitik für ihre Sponsoren zu betreiben. Wichtige Strukturereformen sowie Investitionen in Zukunftsbereiche wie Pflege, Infrastruktur, Bildung und Umwelt vermißte er hingegen. Von einer Trendwende könne keine Rede sein, pflichtete ihm auch Kai Jan Krainer bei, der daran erinnerte, daß bereits letztes Jahr die Verschuldung abgenommen habe. Die Regierung kürze nun bei den sozial Schwachen und bei der Integration, zeige aber keinerlei Bereitschaft, Steuerschlupflöcher zu schließen und gegen Steuersünder vorzugehen, stellte Krainer irritiert fest.

NEOS: Regierung nützt die Gunst der Stunde nicht für Strukturereformen

Das Nulldefizit sei angesichts der hervorragenden Konjunkturlage eigentlich ein Selbstläufer, gab Matthias Strolz zu bedenken und warf dem Finanzminister vor, mit seinem Budget eine national-konservative Verwaltungspolitik mit rechtspopulistischen Fußnoten zu betreiben. Die Regierung nütze nicht die Gunst der Stunde für Weichenstellungen, von den notwendigen Strukturereformen bei Pensionen, Föderalismus, Förderungen, Sozialversicherungen und Transparenzdatenbank sei nichts zu sehen.

Die gute Konjunktur hätte der Regierung einen raketenhaften Start ermöglicht, stattdessen werde aber bloß verwaltet und nicht gestaltet, bekräftigte auch Karin Doppelbauer, die ebenfalls Lösungen für strukturelle Probleme vermißte. So werde allein die Abschaffung des Pflegeregresses zu neuen Ausgaben führen, die im Budget noch gar nicht berücksichtigt seien, warnte sie. Dazu komme noch, daß man die versprochene weitreichende Steuerreform verschoben und die Abschaffung der kalten Progression gänzlich abgeblasen habe.

Liste Pilz: Es geht gegen das untere Einkommensdrittel

Bruno Rossmann ortete eine Trendwende hin zu einer neoliberalen Politik, bei der Asylberechtigte, Langzeitarbeitslose und Gering-



NEOS-Klubobmann Matthias Strolz



interim. Pilz-Klubobmann Peter Kolba

verdienerInnen die Verlierer im System seien. „Es geht gegen das untere Einkommensdrittel“, faßte er seine Kritik am Budget zusammen und vermißte darüber hinaus eine Entlastung des Faktors Arbeit durch eine Reform der Steuerstruktur und die Einführung von Erbschafts- und Vermögenssteuern.

Die Regierung habe den Ärmsten den Krieg erklärt, pflichtete ihm Peter Kolba bei. Gerade jene Familien, die die Unterstützung am meisten brauchen, würden vom Familienbonus weniger bekommen, empörte er sich und kritisierte darüber hinaus auch Kürzungen bei älteren ArbeitnehmerInnen und bei der Integration. Dieses Budget trage zum Anheizen sozialer Konflikte bei, befürchte er. ■

<http://www.bmf.gv.at>

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz



SPÖ-Klubobmann Christian Kern

Investitionen in die Sicherheit und um eine Verschlinkung der Verwaltung im Sinne einer Föderalismusreform. Den Generationenaspekt sprach Marlene Svazek an, wobei sie betonte, die Regierung nehme mit dem Schuldenabbau ihre Verantwortung für die jungen Menschen wahr.

SPÖ: Regierung spart nicht im System, sondern bei den Menschen

Christian Kern warf ÖVP und FPÖ vor, ein Spektakel rund um das Nulldefizit aufzuführen, und stellte fest, der Regierung sei bloß ein Konjunktoreffekt in den Schoß gefallen. Der Überschuß hätte sich auch ohne Zutun des Finanzministers eingestellt, bemerkte der Klubobmann der SPÖ übereinstimmend mit Andreas Schieder und gab darüber hinaus zu bedenken, daß sich das

Johanna Mikl-Leitner zur Landeshauptfrau gewählt

Der Landtag von Niederösterreich trat am 22. März zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen – Wahl von Landtagspräsident und Landeshauptfrau



Foto: NLK / Pfeiffer

Bei der Eintragung ins »Goldene Buch«: Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit ihrem Regierungsteam (v.l.): Landesrat Martin Eichinger, Landesrat Ludwig Schleritzko, Landesrätin Petra Bohuslav, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, LH-Stellvertreter Franz Schnabl, Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig und Landesrat Gottfried Waldhäusl

Die Begrüßung zu Beginn der Sitzung am 22. März nahm Präsident Hans Penz (VP) vor. Es folgte die Angelobung der Mitglieder des NÖ Landtages, weiters verlas der Präsident die Namen der Klubobleute, die von ihren Parteien namhaft gemacht wurden.

Anlässlich seines Ausscheidens als Landtagspräsident betonte Penz, der Landtag sei der Tisch, an dem sich die Familie Niederösterreich zusammensetze, um Probleme zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen. Er verlasse mit dem heutigen Tag diesen Tisch, er fühle sich aber der Familie Niederösterreich weiterhin tief verbunden. Er appellierte, die BürgerInnen und vor allem die junge Generation noch mehr einzubinden. Die Demokratie sei das beste Mittel, um unterschiedliche Ansichten, Meinungen und Interessen auszutauschen und zu einem Ergebnis zusammenzuführen. Er betonte, föderale Strukturen stärkten grenzüberschreitende Perspektiven. Der Niederösterreichische Landtag präsentiere sich heute demokratisch-

modern, international vernetzt, aktiv für die Jugend und technisch innovativ. Er bedankte sich bei Landeshauptmann a.D. Andreas Maurer, der ihn in die Politik geholt habe, bei Landeshauptmann a.D. Erwin Pröll, für den er enger Wegbegleiter und Berater sein durfte, und bei Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, daß er auch ihr mit seinem Rat und seiner Erfahrung dienen durfte.

Bei der folgenden Wahl des Präsidenten wurde Karl Wilfing mit 56 von 56 abgegebenen Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt.

Präsident Wilfing (VP) bedankte sich für das große Vertrauen. Er sei seit über 40 Jahren in politischen Aufgaben tätig und dieser Moment ehre ihn ganz besonders. Er bedankte sich bei seinem Vorgänger, der sich durch ein unglaublich feines Sensorium für das, was die Menschen bewege, ausgezeichnet habe. Wilfing erinnerte an das heurige Gedenkjahr und ersuchte in diesem Zusammenhang um eine Schweigeminute. Er hielt

fest, daß man nicht zulassen dürfe, daß Geschichte umgeschrieben oder relativiert werde. Wer ein politisches Amt inne habe, müsse sich dieser Verantwortung bewußt sein, sprach er sich für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Geschichte aus. Das einstimmige Votum, das er heute erhalten habe, sei für ihn ein großer Vertrauensvorschuß, der ihn tief bewege. Er wolle ein Präsident sein, der sein Amt politisch, aber nicht parteipolitisch ausübe. Niederösterreich könne als starke Demokratie im Herzen Europas eine Vorbildwirkung einnehmen. Eine starke Demokratie sei eines der höchsten Güter, die man schützen müsse.

Bei der folgenden Wahl wurde Gerhard Karner (VP) mit 56 von 56 Stimmen zum Zweiten Landtagspräsidenten gewählt. Karin Renner (SP) wurde mit 55 von 56 Stimmen zur Dritten Landtagspräsidentin gewählt.

Abgeordnete Helga Krismer-Huber (Grüne) meldete sich zur Geschäftsordnung zu Wort. Sie meinte, wenn die Präsidentin

Innenpolitik

und Präsidenten des Landtages gewählt werden, sei es angebracht, wenn sich Abgeordnete zu Wort meldeten. Sie sagte dem Präsidenten a. D. Hans Penz ein Danke für die Zusammenarbeit.

Die Wahl der Landeshauptfrau

Im Zuge des nächsten Tagesordnungspunktes erfolgte die Wahl von Johanna Mikl-Leitner (VP) zur Landeshauptfrau mit 53 von 56 Stimmen. Nach der Angelobung der Landeshauptfrau durch Präsident Wilfing wurde die Wahl der Landeshauptfrau-Stellvertreter vorgenommen. Stephan Pernkopf (VP) erhielt 53 von 56 Stimmen, Franz Schnabl (SP) erhielt 47 von 56 Stimmen.

Im Zuge der Wahl der übrigen Mitglieder der Landesregierung entfielen auf Petra Bohuslav (VP) 53 Stimmen, auf Ludwig Schleritzko (VP) 53, auf Christiane Teschl-Hofmeister (VP) 53, auf Martin Eichinger (VP) 53, auf Ulrike Königsberger-Ludwig (SP) 50 und auf Gottfried Waldhäusl (FP) 52 Stimmen. Die Angelobung der Mitglieder der Landesregierung erfolgte durch Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

Auf die von den Regierungsmitgliedern zurückgelegten Mandate wurden folgende Abgeordnete nachnominiert: Margit Göll, Kurt Hackl, Jürgen Handler, Bernhard Heinrichsberger, Elvira Schmidt und Klaudia Tanner.

Die Regierungserklärung

Am Beginn ihrer Regierungserklärung sagte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner den NiederösterreicherInnen „Danke für das große Vertrauen“, das ihr am 28. Jänner geschenkt worden sei. Damit sei der Kurs des Miteinanders bestätigt worden: „Diese Entscheidung ist ein klarer Auftrag an mich und eine Verpflichtung für uns alle.“

Zum Zweiten bedankte sich Mikl-Leitner bei all jenen Mitgliedern der Landesregierung und des Landtages, die verabschiedet wurden, „für ihre engagierte Arbeit“ – im Besonderen Hans Penz, der „ein überzeugter Parlamentarier“ und „ein überzeugter Regionalpolitiker“ sei: „Du hast diesen Landtag zehn Jahre mit Kompetenz, Entschlossenheit und Besonnenheit geführt.“ Penz sei immer für die Interessen und die Bedeutung der Regionen eingetreten – auch international. „Du hast dem Föderalismus immer eine starke und laute Stimme gegeben“, betonte die Landeshauptfrau, daß die Arbeit des scheidenden Landtagspräsidenten die Autorität des Landesparlaments gestärkt und einen wichtigen Beitrag für das Ansehen Niederösterreichs geleistet habe.



Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landtagspräsident Karl Wilfing

Und zum Dritten bedankte sie sich bei all jenen, „die mir heute bei der Wahl ihre Stimme gegeben haben“: „Diese Wiederwahl bedeutet für mich: Verpflichtung gegenüber unseren Landsleuten und dem Niederösterreichischen Landtag und Verantwortung gegenüber unserem wunderschönen Bundesland.“

Seit ihrer ersten Regierungserklärung sei weniger als ein Jahr vergangen, vieles habe sich verändert, aber eines sei gleich geblieben – ihr wichtigstes Anliegen: „Niederösterreich als Land an der Seite der Menschen zu verstehen, Niederösterreich als Land an der Seite der Menschen zu gestalten und Niederösterreich als Land an der Seite der Menschen zu führen. Und das in den Fragen, die die Menschen bewegen. In den Chancen und Herausforderungen, die auf uns und unser Land zukommen.“

Ins Zentrum ihrer Regierungserklärung stellte die Landeshauptfrau die vier Bereiche Arbeit, Mobilität, Gesundheit und Familie. „Das sind die Themen, die die Menschen bewegen. Und für mich ist eines klar: Die wichtigsten Anliegen und Wünsche der Menschen müssen die wichtigsten Aufgaben der Politik sein.“

Arbeit

Das zentralste Thema für die Menschen im Land sei Arbeit, führte Mikl-Leitner aus, daß man „meßbare Ergebnisse und attraktive Rahmenbedingungen“ brauche. „Wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Gerechtigkeit. Wir brauchen weniger Bevormundung und mehr Hausverstand.“ Als klares Signal der Unterstützung für die Landsleute

habe man daher einen umfangreichen Beschäftigungspakt für Niederösterreich geschnürt. Damit stünden in den nächsten Jahren mehr als 1,3 Milliarden Euro zur Verfügung und damit wolle man die Menschen durch Qualifizierung und Weiterbildung in Beschäftigung halten und arbeitslose Menschen wieder an Arbeit heranzuführen und sie im Arbeitsmarkt integrieren. Diesen Auftrag nehme man als Landesregierung „mit Entschlossenheit, Einsatzbereitschaft und aller Kraft“ an.

Mobilität

Auch für das Thema Mobilität habe man einen Plan: „Wir wollen eine bessere Verbindung von Straße und Schiene, um die Verkehrswege schneller und sicherer, und die Fahrzeiten für die Menschen kürzer zu machen.“ Deshalb investiere man mehr als 3 Milliarden Euro in ein Mobilitätspaket, womit man nicht nur die Straßen ausbauen wolle, sondern auch verstärkt den Öffentlichen Verkehr und die E-Mobilität. Und man gehe auch „neue Wege“, führte Mikl-Leitner aus, daß man die Waldviertel-Autobahn und die Verlängerung der U-Bahn ins Wiener Umland prüfe. „Damit wir in Niederösterreich der Mobilität keine Grenzen setzen und unser Land noch besser vernetzen.“

Gesundheit

Weiters gehe es um die bestmögliche gesundheitliche Versorgung im Land, führte die Landeshauptfrau aus, daß in den 27 Standorten der Landeskliniken internationale Spitzenmedizin geboten werde und man ein

Innenpolitik

dichtes Versorgungsnetz im niedergelassenen Bereich habe. Auf das könne man stolz sein, man dürfe sich aber nicht zurücklehnen, denn das Thema Gesundheit sei für jeden Einzelnen das Allerwichtigste. Die ärztliche Versorgung in allen Regionen des Landes sei Sorge und Herausforderung zugleich, daher handle man in Niederösterreich vorausschauend und starte als erstes Bundesland ein gezieltes Maßnahmen-Paket, das die Versorgung mit Landärzten in allen Regionen des Landes garantiere. „Damit auch unsere Landsleute im ländlichen Raum bestens versorgt werden. Denn nur wenn die medizinische Versorgung stimmt, bleibt das Land ein Platz zum Bleiben. Und genau das ist unser Ziel!“, betonte Mikl-Leitner, daß man eine nachhaltige Gesundheitsversorgung wolle.

Familie

Zum Thema Familie, sagte Mikl-Leitner, daß man, was die Kinderbetreuung im Allgemeinen betreffe, schon heute vorbildlich in Niederösterreich sei. Wenn es um die Betreuung der Kleinsten gehe, habe man ein blau-gelbes Familienpaket geschnürt, das bedeute noch mehr Unterstützung für die Gemeinden beim Ausbau und Betrieb und für die Tageseltern und Eltern selbst. Das Ziel seien 100 neue Kleinstkinder-Gruppen im ganzen Land, um Familie und Beruf besser vereinbaren können.

Weiterentwicklung

Neben diesen vier Themenbereichen gebe es noch ein weiteres großes Ziel für die nächsten fünf Jahre: „Die Weiterentwicklung unserer Landesstrategie dort, wo es jetzt schon gut läuft. Und die Entwicklung einer neuen Landesstrategie dort, wo es heißt, bestehende Herausforderungen zu neuen Chancen für unser Land zu machen.“ Für die künftige Landespolitik gebe es drei Prinzipien: „Zum Ersten: Wir werden neue Herausforderungen neu beantworten“, sagte Mikl-Leitner, daß das bedeute alte Antworten in Frage zu stellen, nach neuen Antworten zu suchen und neue Möglichkeiten zu schaffen.

„Zum Zweiten: Wir müssen Räume neu denken“, führte Mikl-Leitner aus, daß die Region „Niederösterreich und Wien“ eine der am schnellsten wachsenden Ballungsräume in ganz Europa sei und man die Aufgabe habe, etwa in Fragen des Verkehrs, der Gesundheit, der Pflege und der Kinderbetreuung die Zusammenarbeit zu intensivieren. „Denn wo das Leben keine Landesgrenzen



Sehen Sie hier ein kurzes Video von der Konstituierenden Sitzung des NÖ Landtags
http://www.noel.gv.at/noel/Landtag_Angelobung_neue_LR_WEBSITE_korr.mp4

kennt, darf die Politik keine neuen Grenzen ziehen.“

„Und zum Dritten: Wir wollen unseren Platz im neuen Europa stärken.“ Man werde internationale Netzwerke nutzen, das Wissenschaftsland erweitern und Niederösterreich zu einer Vorbildregion im digitalen Zeitalter machen.

Miteinander. Niederösterreich.

„Miteinander. Niederösterreich“ sei ihr politischer Grundsatz, betonte die Landeshauptfrau, daß das Miteinander „die beste Basis für die kommenden Aufgaben“ sei. Erstmals habe man ein Arbeitsübereinkommen mit der SPÖ und eines mit der FPÖ abgeschlossen, das werte sie als Erfolg, denn man dürfe nicht vergessen: „Wir sind dafür gewählt, um für dieselben Menschen zu arbeiten. Wir sind dafür gewählt, um demselben Land zu dienen.“ Als Bitte und Appell richtete sie an alle Mitglieder der Landesregierung und alle Abgeordneten im NÖ Landtag: „Leben wir dieses Miteinander zum Wohle unseres Bundeslandes Niederösterreich!“ Bei ihrem Amtsantritt habe sie sagen können: „Wir bauen auf das beste Niederösterreich, das wir jemals hatten.“ In fünf Jahren wolle sie sagen: „Wir haben das modernste Niederösterreich, das es jemals gab. Dafür will ich arbeiten! Mit den Menschen – für Niederösterreich!“

Die folgende Debatte

Abgeordnete Indra Collini (NEOS) eröffnete die Debatte und sagte, sie stehe heute „mit Stolz und voller Demut“ am Rednerpult, denn sie sei die erste von NEOS, die im Landtag sprechen dürfe. Sie stehe hier „voll der Sorge“, nannte sie als Beispiel „den enormen Schuldenberg, der uns den Weg in

die Zukunft versperrt“. Sie stehe hier aber auch „voll des Mutes“, denn NEOS hätten es sich zur Aufgabe gemacht, die verkrusteten Strukturen im Land aufzubrechen. Man wolle ein Land, in dem die Menschen die besten Chancen hätten – jetzt und auch in Zukunft. NEOS sehe sich als Reformkraft und Motor. Man wolle sich „stark machen für eine nachhaltige Politik im Sinne der nachfolgenden Generationen“. Man wolle sich auch „für mehr Demokratie starkmachen“, deshalb gehöre auch der Proporz abgeschafft. Die Landeshauptfrau und ihr Regierungsteam hätten von den NEOS Vorschußlorbeeren bekommen, hielt Collini fest, daß man aber ein konkretes Regierungsprogramm vermisste. Sie freue sich auf eine „konstruktive Zusammenarbeit“.

Abgeordnete Helga Krismer-Huber (Grüne) meinte, es sei der Landeshauptfrau nicht gelungen, hier mit dem Landtag die Debatte zu führen. Es gehe dabei um den Respekt gegenüber der Opposition. Im Landtag würde es keine Räume geben, wo sich die Opposition einbringen könne. Die Grünen hätten mehrfach darauf hingewiesen, daß die Mindestsicherung nicht vor dem Verfassungsgerichtshof halte. Eine Freiheitliche Partei habe in der Landesregierung die Kompetenzen Asyl und Mindestsicherung erhalten. Deshalb sei die Landesregierung nicht von der Grünen Partei gewählt worden. Das Demokratiepaket müsse man sich nochmals ansehen, weil sich dadurch das Land weiter entwickeln könne.

Klubobmann Martin Huber (FP) sagte, der Wählerwille müsse zur Kenntnis genommen werden. In den kommenden fünf Jahren würden wichtige Entscheidungen anstehen. Die Sicherheit sei das zentrale Thema der Freiheitlichen. Das umfasse die Sicherheit im engeren Sinn aber auch die Ernährungssicherheit. Die Kritik an der Landesregierung sei immer getrieben von der Sorge um das Land. Aufgabe sei es, Arbeitsplätze zu schützen und zu schaffen. Aktuelle gebe es Probleme in den Landeskliniken bei den Neubauten. Solche Vorkommnisse müßten in Zukunft verhindert werden. Eine flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung müsse sichergestellt werden. Der Pflegeregeß sei abgeschafft worden, die soziale Sicherheit im Bundesland müsse weiter aufrechterhalten werden. Die Klein- und Mittelbetriebe und der Bauernstand müßten geschützt werden, hier sei ein großes Umdenken notwendig.

Klubobmann Reinhard Hundsmüller (SP) sagte, die Landeshauptfrau habe heute einen

Innenpolitik

Vertrauensvorschuß von der Sozialdemokratie erhalten. Er zeigte sich erfreut über die „hervorragende Mischung aus neuen und erfahrenen Abgeordneten“. Die kommenden fünf Jahre würden richtungsweisend sein und man könne Niederösterreich in allen Bereichen zu einem Vorzeigebundesland machen. Dies sei durch einen gelebten Wettbewerb der besten Ideen aller Parteien im Landtag zu schaffen. Die Sicherung des sozialen Netzes, die Kinderbetreuung, die Themen Gesundheit und Pflege sowie die Digitalisierung würden die wichtigen Bereiche sein. Es müsse verhindert werden, daß junge heimische Ärzte ins Ausland gingen. Es gelte jetzt, die Zukunft zu gestalten. Die Digitalisierung sei dabei wohl die essenziellste Querschnittsmaterie unserer Zeit. Sie verbinde so viele Punkte und reiche von der Bildung bis hin zur Frage des Wirtschaftsstandortes.

Klubobmann Klaus Schneeberger (VP) gratulierte den neu gewählten Landtagspräsidenten. Beim scheidenden Präsidenten Hans Penz bedankte sich der Klubobmann für die hervorragende Tätigkeit. Besonders gratulierte er der Landeshauptfrau zum eindeutigen Votum durch den Landtag. Er freue sich auf gemeinsame erfolgreiche Jahre im Sinne der NiederösterreicherInnen. Glückwünsche sprach er auch den Mitgliedern der Landesregierung aus. Am 19. April des Vorjahres habe Erwin Pröll mit breiter Zustimmung des Landtages die Hauptverantwortung für das Bundesland an Johanna Mikl-Leitner übergeben. Seither habe die Landeshauptfrau diese Aufgabe mit ihrer persönlichen Handschrift gemeistert und im Miteinander Akzente gesetzt. Er erinnerte u. a. an die Aufwertung der Minderheitenrechte im Landtag, die Deregulierungsoffensive und die Dezentralisierungsvorhaben. Als Symbol des Miteinanders bezeichnete der Klubobmann den Auftrag an ihn, mit den anderen Parteien einen gemeinsamen Wahltermin zu vereinbaren. So sei es zum „kürzesten Wahlkampf aller Zeiten“ gekommen. Am 28. Jänner habe die Landeshauptfrau von den niederösterreichischen Landsleuten einen eindrucksvollen Vertrauensvorschuß erhalten und die absolute Mehrheit errungen. Johanna Mikl-Leitner habe es geschafft, in kürzester Zeit die Herzen der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher zu erobern. Bürgernähe und die erfolgreiche Entwicklung des Landes hätten auch einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, erinnerte er u. a. an die hohe Lebensqualität. Mit der heutigen Konstituierung werde ein neues Kapitel in der erfolgreichen Entwicklung Niederös-



Foto: HBF / Peter Lechner

Angelobung von Johanna Mikl-Leitner zur Landeshauptfrau von Niederösterreich durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen http://www.noel.gv.at/noe/Angelobung_LH.mp4

terreichs aufgeschlagen. Anschließend folgte auch die Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Bundesrates.

Konstituierende Sitzung der NÖ Landesregierung

Im Anschluß an die konstituierende Sitzung des Niederösterreichischen Landtages trat am Nachmittag die Niederösterreichische Landesregierung unter dem Vorsitz von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Dabei wurde auch die Änderung der Geschäftsordnung mit den Ressortzuständigkeiten der Regierungsmitglieder beschlossen.

Neben Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner gehören der Niederösterreichischen Landesregierung auch Stephan Pernkopf als Landeshauptfrau-Stellvertreter für Energie, Landeskliniken und Landwirtschaft und Franz Schnabl als Landeshauptfrau-Stellvertreter für Kommunale Verwaltung, Konsumentenschutz und Bau- und Verkehrsrecht an. Die weiteren Mitglieder der Landesregierung sind: Petra Bohuslav als Landesrätin für Wirtschaft, Tourismus und Sport, Ludwig Schleritzko als Landesrat für Finanzen und Mobilität, Christiane Teschl-Hofmeister als Landesrätin für Bildung, Familien und Soziales, Martin Eichtinger als Landesrat für Wohnen, Arbeit und internationale Beziehungen, Ulrike Königsberger-Ludwig als Landesrätin für Soziale Verwaltung, Gesundheit und Gleichstellung und Gottfried Waldhäusl als Landesrat für Integration und Veranstaltungswesen.

Angelobung durch Bundespräsidenten

Die Landeshauptfrau wurde am 23. März neuerlich von Bundespräsident Alexander Van

der Bellen angelobt worden. Die erste Landeshauptfrau in der Geschichte Niederösterreichs erschien, wie schon bei der erstmaligen Angelobung am 24. April 2017, damals fünf Tage nach der Übernahme der Funktion an der Spitze des Landes von Erwin Pröll (ÖVP), mit mehreren Familienmitgliedern – u.a. ihrer Mutter und einer Tochter – in der Hofburg. Nach Wien gekommen waren ausserdem Landesamtsdirektor Werner Trock, ÖVP-Klubobmann Klaus Schneeberger, der Landesgeschäftsführer der Volkspartei, Bernhard Ebner, und der am Vortag als Landtagspräsident verabschiedete Hans Penz.

Alexander Van der Bellen erwähnte mehrere Treffen mit der Landeshauptfrau seit der erstmaligen Angelobung vor fast einem Jahr als „Begegnungen, an die ich mich sehr gerne erinnere“ und gratulierte herzlich. Weil Johanna Mikl-Leitner „kein leichtes Amt“ habe, wünschte er ihr Kraft für dessen Ausübung.

Die Landeschefin bekräftigte ihre Bestellung mit Handschlag und den Worten „Herr Bundespräsident, ich gelobe, so wahr mir Gott helfe“ sowie mit ihrer Unterschrift.

In einem Statement nach einigen Minuten im Büro von Alexander Van der Bellen bezeichnete Johanna Mikl-Leitner die Angelobung als „Schluß- und Höhepunkt einer intensiven Phase“, die im Jänner mit dem Wahlkampf im Bundesland begonnen hatte. Gleichzeitig handle es sich um den „Start in die nächsten fünf Jahre“. Einmal mehr bekräftigte die Landeshauptfrau ihr Ziel, Niederösterreich „im Miteinander“ weiter dynamisch entwickeln zu wollen. ■

<http://www.noel.gv.at>

<http://www.bundespraesident.at>

Quellen: NÖ Landeskörrespondenz, APA/PRK

Kärnten-Koalition: SPÖ und ÖVP sagen Ja

Landeshauptmann Peter Kaiser und Landesrat Christian Benger: »Werden erfolgreich eingeschlagenen Weg für Kärnten gemeinsam weitergehen!«



Foto: KK

Gruppenfoto nach der Einigung auf die »Kärnten-Koalition« (v.l.): LAbg. Andreas Scherwitzl (SPÖ), LAbg. Alfred Tiefnig (SPÖ), Klubobmann LAbg. Ferdinand Hueter (ÖVP) [der Herr hinter Hueter ist zu sehr abgedeckt], BR Ana Blatnik (SPÖ), [hinter ihr, verdeckt] Hermann Lipitsch (SPÖ), zukünftiger LAbg., Klubobmann LAbg. Herwig Seiser (SPÖ), [hinter Seiser, verdeckt], LAbg. Jakob Strauss (SPÖ), LAbg. Herbert Gaggl (ÖVP), LHstv.in Gaby Schaubig (SPÖ), Günther Goach, Vors. FSG Kärnten, LH Peter Kaiser, Landesrat Christian Benger, [hinter Kaiser, größtenteils verdeckt] LHstv.in Beate Prettnner (SPÖ), [neben ihr, von Benger verdeckt] BR Christian Poglitsch, Leo Murer (Büro Kaiser) Bgm.in Silvia Häusl-Benz (ÖVP), Martin Gruber (ÖVP), LAbg. Markus Malle (ÖBP) NR Angelika Kuss-Bergner (ÖVP) und NR Gabriel Obermosterer (ÖVP)

Die SPÖ wird gemeinsam mit der ÖVP eine starke Kärnten-Koalition bilden und den erfolgreich eingeschlagenen Weg für unser Bundesland konsequent weitergehen!“ Mit diesen Worten gab SPÖ-Landespartei vorsitzender Landeshauptmann Peter Kaiser am 28. März – auf den Tag genau nach fünf Jahren als die Zukunftscoalition im Kärntner Landtag angelobt wurde –, nach insgesamt sechs Verhandlungstagen und rund 30 Stunden Verhandlungen in großer Runde die Entscheidung für eine rot-schwarze „Kärnten-Koalition“ bekannt. Voraussetzung dafür ist freilich noch eine – wie im Wertekompaß der SPÖ vorgesehen – Zustimmung der Delegierten bei der Kärnten-Konferenz der SPÖ-Kärnten, die am 7. April im Klagenfurter Lakeside Park stattfinden wird. Auch die ÖVP wird über die Koalitionsvereinbarung abstimmen lassen – ihr Landespartei vorstand tagt ebenfalls am 7. April.

Kaiser strich im gemeinsamen Pressestatement mit ÖVP-Obmann Christian Benger die zügige und konstruktive Entscheidungsfindung in den Verhandlungen hervor: „Mir war es wichtig, sehr gut vorbereitet in die Verhandlungen zu gehen und diese mit der ÖVP auf Augenhöhe so zu führen, daß jeder-

zeit das Bekenntnis, Kärnten gemeinsam positiv weiterzuentwickeln, im Vordergrund stand. Wir haben harte aber faire und respektvolle Gespräche geführt und werden am Ende ein gemeinsames Regierungsprogramm vorlegen, mit dem wir Kärnten in den nächsten fünf Jahren tatsächlich auf die Überholspur bringen!“

Und Christian Benger ergänzte: „Mir war es wichtig, daß die ÖVP Regierungsverantwortung übernimmt und das Land mitgestaltet. Auf Grund der sehr konstruktiven Gespräche findet sich zum jetzigen Stand die ÖVP in ihren Kernkompetenzthemen klar wieder. Das Wesen einer Koalitionsregierung ist das Verhandeln und ist der Kompromiss, der dann in einem gemeinsamen Arbeitspapier bzw. Regierungsprogramm niedergeschrieben wird mit dem wesentlichen Ziel, Kärnten voran zu bringen.“

Beide, Kaiser und Benger, sprachen auch den Verhandlungsteams auf beiden Seiten ihren Dank aus. „Daß wir bei allen ideologischen Unterschieden gemeinsam in der Lage und Willens sind, Debatten so zu führen, daß man sich jederzeit in die Augen schauen kann und sein gegenüber respektiert, das hat uns schon bisher ausgezeichnet. Die gemein-

same Vergangenheit hat doch zusammengeschweißt und einiges vereinfacht“, so Kaiser und Benger unisono.

Fixiert wurden von den Koalitionspartnern in spe bereits Zahl und Verteilung der Regierungsmitglieder, nämlich fünf für die SPÖ, zwei für die ÖVP. Wer die neuen Regierungsmitglieder sein werden, werde man laut Beschlüssen der Parteigremien (SPÖ am 9. April und ÖVP am 7. April) bekanntgeben – sowie eine grobe Referatseinteilung samt Abteilungsplanung.

Verschränkung soll Arbeit für Kärnten noch effizienter machen

Wie intensiv und zielorientiert die Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP geführt wurden, zeigt der Umstand, daß neben dem grundsätzlichen Ja der beiden Parteien für eine gemeinsame „Kärnten Koalition“ auch dem Ziel des Landeshauptmannes nach einer Verschränkung von Regierungsreferaten, Abteilungen und Landtagsausschüssen Rechnung getragen wurde. ■

<http://www.kaernten.gv.at>

Lesen Sie über die Angelobung der Regierung in der Ausgabe 174 unseres „Österreich Journal“ pdf-Magazins (E: 30. April).

Tirol hat eine neue Landesregierung

Platter: »Wir wollen entschlossen regieren und Tirols Zukunft sichern«
Neu gewählte Tiroler Landesregierung vom Tiroler Landtag angelobt.



Foto: Land Tirol / Berger

Die neue Tiroler Landesregierung (v.l.): LR Bernhard Tilg, LRin Beate Palfrader, LRin Patrizia Zoller-Frischauf, LH Günther Platter, LHStvin Ingrid Felipe, LHStv Josef Geisler, LRin Gabriele Fischer und LR Johannes Tratter

Am 28. März wurde die neu gewählte Tiroler Landesregierung im Rahmen der konstituierenden Landtagssitzung von Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann angelobt. Als bewegenden persönlichen Moment bezeichnete Landeshauptmann Günther Platter die Abgabe seiner Regierungserklärung: „Wir wollen entschlossen regieren und Tirols Zukunft sichern. Wir haben unsere Programme und Versprechen der letzten Jahre gehalten – den erarbeiteten Vorsprung nehmen wir nun als Ausgangspunkt für die weitere Arbeit.“

Wohnen, Verkehr, Standort und Soziales

Vor den weiteren Regierungsmitgliedern LHStvin Ingrid Felipe, LHStv Josef Geisler, LRin Beate Palfrader, LRin Gabriele Fischer, LRin Patrizia Zoller-Frischauf, LR

Bernhard Tilg und LR Johannes Tratter sowie den 36 Abgeordneten des Tiroler Landtages nahm LH Platter in der Regierungserklärung Bezug auf vier Schwerpunktthemen der kommenden Gesetzgebungsperiode: Wohnen, Verkehr, Standort und Soziales. „Es geht darum, daß sich alle Tirolerinnen und Tiroler Wohnen leisten und wieder mehr Menschen Wohnungseigentum schaffen können“, so Platter. Ein besonderes Hauptaugenmerk liege auf dem Transit: „Wir werden alles daran setzen, langfristige Lösungen für die Transitproblematik in Tirol zu finden. Gleichzeitig gilt es, die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung Tirols sowie den weiteren Ausbau der Digitalisierung bis in die entlegensten Regionen des Landes zu forcieren. Die wirtschaftliche Entwicklung und der sorgsame Umgang mit Natur und Umwelt schließen sich nicht aus. Lebensqualität

und Wohlstand, Wachstum und Umweltschutz gehören in Tirol untrennbar zusammen“, so Platter.

Die Sicherung sozialer Standards, auch in Bezug auf die Gesundheitsversorgung und qualitätsvolle Pflege, der soziale Zusammenhalt zur Sicherung des sozialen Friedens und die Sicherung der stabilen Finanzlage sind für die Tiroler Landesregierung wesentlich: „Sicherheit und Stabilität sind für die positive Entwicklung unseres Landes maßgeblich – die nächsten fünf Jahre werden wir uns nach Kräften für die Anliegen der Tirolerinnen und Tiroler einsetzen“, so Platter.

Einen besonderen Dank sprach er in seiner Rede dem langjährigen Landtagspräsidenten Herwig van Staa aus, der nach 16 Jahren aus der Landespolitik ausschied.

Platter rief in seiner Regierungserklärung rief alle Landtagsfraktionen auf, sich für die

Innenpolitik

Interessen der TirolerInnen stark zu machen und sich vor allem bei den zentralen Themen Wohnen und Verkehr nicht auseinanderdividieren zu lassen: „Die Menschen haben kein Verständnis für politisches Hick-Hack. Sie wollen und haben ein Recht darauf, daß wir uns gemeinsam um die großen Herausforderungen kümmern, mit denen sie tagtäglich konfrontiert sind. Das muß auch unser Anspruch an uns selbst sein.“

„Worauf es aber letztlich insbesondere ankommt ist folgendes“, so der Landeshauptmann abschließend: „Tirol ist ein wunderschönes Land, in dem selbstbewußte und engagierte Tirolerinnen und Tiroler leben. Und dieses Land müssen wir in den kommenden fünf Jahren entschlossen regieren und die Zukunft dieses Landes sichern. Dazu lade ich Sie alle herzlich ein, diesem Bekenntnis zu folgen und uns dabei zu unterstützen!“

Sonja Ledl-Rossmann: erste Landtagspräsidentin Tirols

Zuvor stellte der Landtag in seiner konstituierenden Sitzung die personellen Weichen für die kommende Legislaturperiode. Nach 76 Sitzungen als Landtagspräsident und 16 Jahren in der Landespolitik schied Herwig van Staa, der auch die Sitzung am 28. März eröffnet hatte, aus der Landespolitik aus. Erstmals in der Geschichte steht mit der 43jährigen Außerfermerin Sonja Ledl-Rossmann, die mit den Stimmen von 34 der insgesamt 36 Abgeordneten gewählt und von ihrem Amtsvorgänger Herwig van Staa vereidigt wurde, eine Frau an der Spitze des Tiroler Landtags.

VP-Team 2018: jünger und weiblicher

Das Team der Tiroler Volkspartei im Landtag ist nach der Wahl 2018 nicht nur von 16 auf 17 Abgeordnete gewachsen, sondern auch wesentlich jünger und weiblicher geworden. Mit einem Durchschnittsalter von 46,5 Jahren startet die Tiroler Volkspartei mit dem jüngsten Abgeordnetenteam aller Zeiten in die neue Gesetzgebungsperiode. Die jüngste VP-Mandatarin ist dabei die 23jährige Sophia Kircher aus Götzens. Die Zahl der Frauen im Abgeordnetenteam der Tiroler Volkspartei hat sich zudem von drei auf nunmehr sechs verdoppelt. Als Klubobmann an der Spitze des VP-Teams steht mit dem Umhauener Bürgermeister Jakob Wolf ein erfahrener Politikveteran, der seit 2003 im Landtag sitzt und bereits in der vergangenen Legislaturperiode als Klubobmann tätig war. ■

<http://www.tirol.gv.at>



Foto: ÖVP Tirol

Tirol erste Landtagspräsidentin Sonja Ledl-Rossmann



Foto: Land Tirol / Berger

Landeshauptmann Günther Platter mit Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe



Foto: Land Tirol / Berger

LT-Präsidentin Sonja Ledl-Rossmann, LHStvin Ingrid Felipe und LH Günther Platter mit Schützenlandeskommandant Fritz Tiefenthaler beim landesüblichen Empfang am Landhausplatz.

Öffentliche Finanzen 2017

Öffentliches Defizit 0,7 %, öffentlicher Schuldenstand 78,6 % des BIP

Im Jahr 2017 wurde laut Statistik Austria ein Rückgang des öffentlichen Defizits auf 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. 2,6 Mrd. Euro (2016: 1,6 % des BIP bzw. 5,6 Mrd. Euro) verzeichnet. Die Staatsausgaben stiegen im Vergleich zu 2016 um 1,3 % bzw. 2,3 Mrd. Euro, die Staatseinnahmen wuchsen um 3,1 % bzw. 5,3 Mrd. Euro. Mit Ende des Jahres 2017 verringerte sich der öffentliche Schuldenstand in absoluten Zahlen und betrug 290,3 Mrd. Euro, die Schuldenquote (= Verhältnis der Staatsschulden zum BIP) fiel auf 78,6 % (2016: 83,6 % des BIP bzw. 295,2 Mrd. Euro).

Staatseinnahmen stark gestiegen

Die Staatseinnahmen 2017 (insgesamt 178,6 Mrd. Euro) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 Mrd. Euro oder 3,1 %. 87,4 % der Staatseinnahmen stammten aus Steuern und Sozialbeiträgen, die 2017 in Summe 156,2 Mrd. Euro betrugen (Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr: 3,4 % bzw. +5,2 Mrd. Euro). Bei den Produktions- und Importabgaben (inklusive Mehrwertsteuer) lag die Steigerungsrate 2017 bei +2,0 % bzw. +1,0 Mrd. Euro. Die Einnahmen aus Einkommen- und Vermögensteuern zeigten 2017 einen starken Anstieg (+4,7 % bzw. +2,2 Mrd. Euro), welcher vor allem auf Zuwächse bei der Lohnsteuer um 1,0 Mrd. Euro und der Kapitalertragsteuer um rund 400 Mio. Euro gegenüber 2016 zurückzuführen war. Die Steigerungsrate bei der Lohnsteuer näherte

sich somit wieder dem Niveau vor der Steuerreform 2016 an (von 2015 auf 2016 war das Lohnsteueraufkommen aufgrund der Steuerreform stark zurückgegangen).

Staatsausgaben relativ gering angestiegen

Die Staatsausgaben (insgesamt 181,2 Mrd. Euro) stiegen im Jahr 2017 um 1,3 % oder 2,3 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr. Rund 45 % der Ausgaben des Staates entfielen 2017 auf Sozialausgaben, die um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr anwuchsen. Die nächstgrößeren Positionen waren mit einigem Abstand der Personalaufwand mit 22 % (+3,0 % bzw. +1,2 Mrd. Euro) und der Sachaufwand mit 13 % (Steigerung um 0,6 % bzw. um rund 100 Mio. Euro). Der Anteil der Förderungen an den Staatsausgaben belief sich auf 10 % und blieb somit annähernd auf dem Niveau von 2016; die Investitionen (Anteil: 6 %) stiegen 2017 um 5,1 % auf 11,2 Mrd. Euro an. Die Zinsausgaben (Anteil: 4 %) verringerten sich 2017 um 8,9 % bzw. rund 700 Mio. Euro.

Bundesebene mit geringerem Defizit

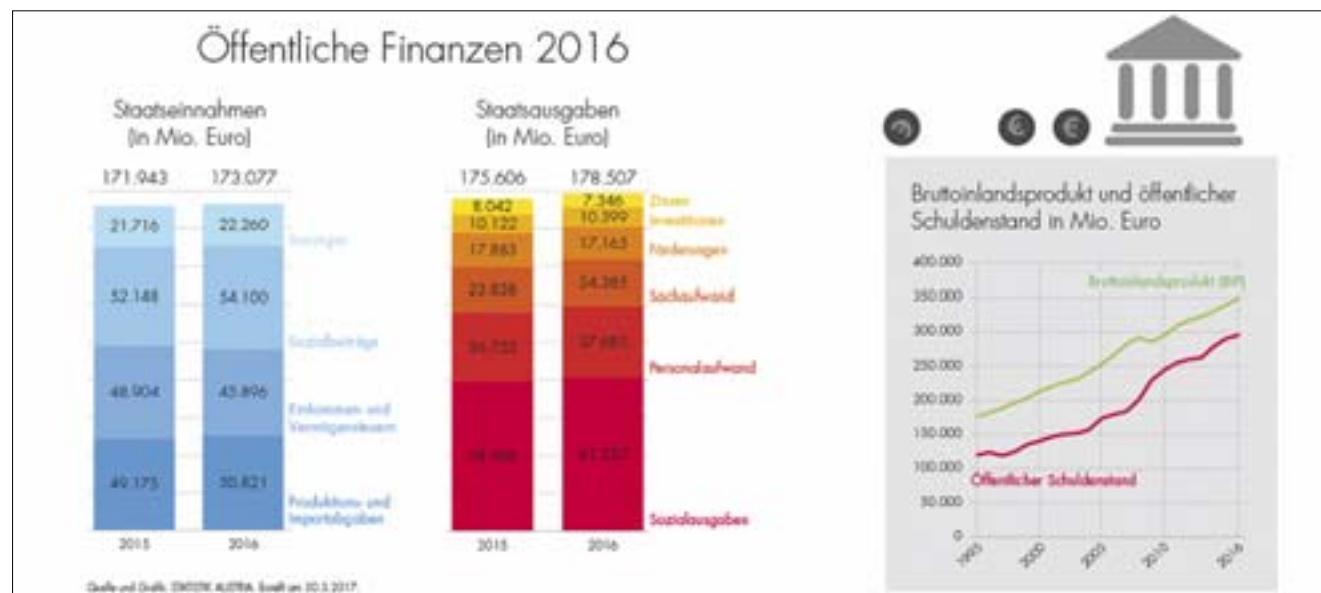
Die Bundesebene (Gebietskörperschaft, Bundeskammern und sonstige Bundeseinheiten) erzielte 2017 mit 2,8 Mrd. Euro ein wesentlich geringeres Defizit als 2016 (4,4 Mrd. Euro). Auf Landesebene (Gebietskörperschaft, Landeskammern und sonstige Landeseinheiten) konnte 2017 ein Überschuß

von 142 Mio. Euro (2016: Defizit von 1,2 Mrd. Euro) erreicht werden. Der Grund für diese deutliche Veränderung ist, daß 2016 ein Vermögenstransfer in Höhe von 1,2 Mrd. Euro vom Land Kärnten an den vom Bund kontrollierten Kärntner Ausgleichszahlungsfonds im Zuge der HETA-Abwicklung enthalten war. Die Gemeindeebene einschließlich Wien verzeichnete 2017 ein Maastricht-Defizit von 160 Mio. Euro; 2016 war das Defizit auf Gemeindeebene mit 227 Mio. Euro höher ausgefallen. Ein Überschuß von 271 Mio. Euro im Jahr 2017 wurde beim Sektor Sozialversicherung beobachtet (2016: 282 Mio. Euro).

Schuldenquote fällt auf 78,6 % des Bruttoinlandsprodukts

Ende 2017 betrug die Staatsverschuldung 290,3 Mrd. Euro oder 78,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit lag die Staatsverschuldung um 4,9 Mrd. Euro unter dem Vorjahreswert, das entspricht einer Reduzierung der Schuldenquote (= Verhältnis der Staatsschulden zum BIP) von 4,9 Prozentpunkten. Von der Art der Verschuldung entfielen im Jahr 2017 1,6 Mrd. Euro auf Einlagen, 244,0 Mrd. Euro auf Anleihen und 44,7 Mrd. Euro auf Kredite.

Detaillierte Ergebnisse bzw. weitere Informationen zum öffentlichen Defizit, zum öffentlichen Schuldenstand sowie zu Staatseinnahmen und -ausgaben finden Sie hier: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/index.html



SMART Pannonia Mid-term-Konferenz

Niessl: »Das Burgenland soll von grenzüberschreitenden Bahnprojekten weiter profitieren.« – Entwicklung der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen



Foto: Bgld. Landesmedienervice

Bei der SMART Pannonia Mid-term-Konferenz in Sopron (v.l.): Landeshauptmann Hans Niessl mit Staatssekretär Péter Kiss-Parcu und Attila Barcza, Präsident des Ausschusses für Tourismus und Sport der Stadt Sopron

Mit zahlreichen österreichischen und ungarischen Verkehrsexperten fand am 8. März in Sopron die SMART Pannonia Mid-term-Konferenz statt. Das INTERREG-Projekt „SMART Pannonia“ stellt die Basis für das Projektmanagement und die Projektsteuerung für alle grenzüberschreitenden Verkehrsplanungen im Burgenland dar.

Das Burgenland setzt den seit Jahren forcierten konsequenten Ausbau des öffentlichen Verkehrs fort. Eine zentrale Rolle im Ausbau der Verkehrsinfrastruktur nehmen Schienenprojekte auf überregionaler Ebene ein. Landeshauptmann Hans Niessl betonte in seiner Eröffnungsrede die Wichtigkeit von grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen insbesondere zwischen dem Burgenland und Ungarn.

„Seit Jahren besteht im Verkehrsbereich – sowohl auf politischer, als auch auf Verwaltungsebene – eine intensive und kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Regierung in Budapest. Durch diese gute Kooperation beider Länder konnten bereits einige Projekte

umgesetzt werden – weitere befinden sich in der Entwicklungs- und Umsetzungsphase“, so der Landeshauptmann.

Vor 5 Jahren wurde in Győr mit dem damaligen Staatssekretär – und jetzigen Außenminister – Peter Szijjártó eine Vereinbarung zur Entwicklung grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen unterzeichnet. Fünf Jahre später kann eine durchaus positive Bilanz gezogen werden. Niessl: „Bei sehr vielen Projekten – etwa den INTERREG-Projekten ‚SMART Pannonia‘, ‚CrossBorder Roads‘ oder ‚CrossBorder Rail‘ gibt es heute eine sehr gute Zusammenarbeit. Es herrscht uneingeschränkte Einigkeit darüber, daß diese Projekte zu einer dynamischen, positiven wirtschaftlichen Entwicklung beitragen und nicht zuletzt auch den Menschen dieser Region bessere Lebensbedingungen bringen. Wir haben bereits gute Fortschritte erzielt und wir werden uns weiterhin für den Lückenschluß im Bahnbereich und die grenzüberschreitende Modernisierung von Verkehrsverbindungen stark machen.“

Infrastrukturprojekte zwischen Ungarn und dem Burgenland

Ein sehr großes Projekt ist die Bestandsanierung bzw. der teilweise Neubau der Strecke Szombathely – Oberwart – Friedberg. Voraussetzung für die Umsetzung sind allerdings Fördermittel und eine Vorfinanzierung durch die EU (EIB). Eine Schätzung der Gesamtprojektkosten ergab einen Bedarf von rund 130 Millionen Euro. Weitere Projekte sind die Modernisierung der Bahnstrecke Mattersburg – Sopron sowie Szentgotthard – Jennersdorf – Graz. Außerdem muß auch die Raaberbahn den Streckenteil Staatsgrenze – Sopron elektrifizieren und den Bahnhof Sopron adaptieren (zusätzliche Bahnsteige, Personentunnel). Der Umbau des Bahnhofs in Sopron ist nötig, wenn das hinkünftig angedachte Betriebs- und Fahrplankonzept (ab 2026) umgesetzt werden soll.

Große Unterstützung für den Ausbau dieser Verkehrsinfrastrukturprojekte soll von der Europäischen Union kommen. Um das Ma-

ximum an EU-Mitteln ausschöpfen zu können sei es wichtig, sinnvolle Projekte – wie die Elektrifizierung der Bahnstrecke Jennersdorf-Szombathely sowie die Neuerrichtung der Strecke von Oberwart nach Szombathely – auf die Beine zu stellen und über den eigenen Tellerrand zu blicken, so der Landeshauptmann: „Der Verkehr macht nicht vor Staatsgrenzen halt. Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur müssen grenzübergreifend bewertet werden. Verbesserung der internationalen Bahnanbindung des Burgenlands im Personen- und Güterverkehr bedeuten eine höhere Standortqualität für Betriebe und eine höhere Lebensqualität für die Bevölkerung.“ Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur seien auch ein zentrales Element zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Das INTERREG-Projekt „SMART Panonia“ stellt die Basis für das Projektma-



v.l.: Botschafter János Perényi mit Sopron-Bürgermeister Tamás József Fodor, Landeshauptmann Hans Niessl und Staatssekretär Péter Kiss-Parciu

nagement und die Projektsteuerung für alle grenzüberschreitenden Verkehrsplanungen

dar.
<https://www.interregeurope.eu/>

Botschafter der Slowakischen Republik zu Besuch im Burgenland



v.l.: Honorarkonsul von Marokko, Josef Derhaschnig, Proconsul Senator Stanislav Kamenar, LH Hans Niessl, S.E. Peter Mišík, Botschafter der Slowakischen Republik in Österreich, Alfred Tombor-Tintera, Honorarkonsul der Slowakischen Republik, u. Landesamtsdirektor Ronald Reiter

Zu seinem offiziellen Antrittsbesuch empfing Landeshauptmann Hans Niessl den neuen Botschafter der Slowakischen Republik in Österreich, S. E. Peter Mišík, am 21. März in Eisenstadt. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem Botschafter, an dem auch Landesamtsdirektor Ronald Reiter teilnahm, stand vor allem die gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit in wirtschaft-

lichen Belangen sowie Tourismus, Natur und Umwelt.

Niessl betonte die traditionell guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern in den verschiedensten Bereichen. Das Burgenland wolle die gute Zusammenarbeit mit der Slowakei fortführen und noch vertiefen. Aktuell gibt es Kooperationen auf verschiedenen Ebenen bei EU-geförderten

grenzüberschreitenden Projekten, etwa bei Mobilität und Umwelt, bei Sprachen- und Bildungsfördermaßnahmen, aber auch im Tourismus, wo man den Fokus auf Ökomobilität, Wassermanagement und Kultur setzt. Ziel dieser gemeinsamen Projekte ist die kommunale Stärkung in den Nachbarregionen.

<http://www.vienna.mfa.sk/web/en>

6.679 Einsätze – 103.811 Einsatzstunden

Landeshauptmann-Stv. Tschürtz und Landesfeuerwehrkommandant LBD Alois Kögl präsentierten Feuerwehrleistungsbilanz 2017

Rund 18 Mal pro Tag ist im Burgenland die Hilfe einer Feuerwehr notwendig. Jede einzelne der 324 burgenländischen Feuerwehren ist damit extrem wichtig. Das bestätigt auch die Einsatzstatistik 2017, die am 7. März von Feuerwehrreferent LH-Stv. Tschürtz und Landesfeuerwehrkommandant Landesbranddirektor (LBD) Alois Kögl präsentiert wurde.

„Wenn es brennt oder wenn ein Unfall passiert ist, dann wird schnelle und vor allem professionelle Hilfe erwartet – sehr oft auch von den Freiwilligen Feuerwehren. Im Burgenland ist das statistisch gesehen alle 78 Minuten oder 18,2 Mal pro Tag. Insgesamt 6.679 Einsätze schlugen im Jahr 2017 zu Buche. Bedenkt man, daß die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren im Burgenland diese Einsätze allesamt in ihrer Freizeit und unbezahlt erledigen, ist das eine beachtliche Leistung, die ihresgleichen sucht“, so Feuerwehrreferent LH-Stv. Tschürtz.

In der Regel sind die ersten Einsatzkräfte längstens in 10 Minuten nach der Alarmierung am Einsatzort, der Dank des engmaschigen Netzes an Feuerwehren, oft nur wenige Kilometer entfernt ist. In 95 Prozent der Einsätze kann die erstarrückende Feuerwehr den Einsatz allein bewältigen und benötigt keine Unterstützung von den Nachbarwehren, was nicht zuletzt dem guten Ausbildungs- und Ausrüstungsstand der 17.165 burgenländischen Feuerwehrmitglieder zu verdanken ist. Dank dieser raschen und professionellen Hilfe konnten im Vorjahr 289 Personen von den burgenländischen Feuerwehren gerettet werden, 75 bei Bränden und 214 bei technischen Einsätzen.

Vor allem technische Einsätze schlugen sich mit 5.166 Einsätzen bzw. 77 Prozent massiv in der Einsatzstatistik nieder. Neben Verkehrsunfällen bescherten 2017 die Wetterkapriolen den Feuerwehren zahlreiche technische Einsätze, denn ein Viertel der technischen Einsätze fiel im Vorjahr auf Einsätze nach Unwettern und Stürmen. Vor allem das Freimachen von Verkehrswegen und umgestürzte Bäumen beschäftigten dabei die Feuerwehren.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann-Stv. Tschürtz und Landesfeuerwehrkommandant LBD Alois Kögl präsentierten am 7. März die Feuerwehrleistungsbilanz 2017

Damit die Feuerwehr auch hinkünftig ihre professionelle Hilfe anbieten kann und einsatztaktisch sowie auch technisch bestens ausgebildet ist, werden an der Landesfeuerweherschule eine große Zahl an Weiterbildungen angeboten. Im Vorjahr waren es insgesamt 178 Lehrgänge, bei denen 5.382 Florianjünger begrüßt werden konnten.

Zur Unterstützung der Entscheidungsträger des Landes Burgenland in strategischen Sicherheitsfragen und zur regelmäßigen operativen Abstimmung mit den burgenländischen Blaulichtorganisationen, wie dem Landesfeuerwehrkommando, der Landespolizeidirektion, den Rettungsorganisationen, aber auch dem Militärkommando Burgenland wurde auf Initiative von Tschürtz vor kurzem ein Landessicherheitsrat als Koordinationsplattform installiert. Dabei kommt der „Feuerwehr als Krisenmanager der Zukunft“ eine Schlüsselrolle zu, so Tschürtz wörtlich, der plant, daß beim Auftreten eines „Blackouts“, eines längerfristigen Stromausfalls, die Feuerwehren in den Gemeinden die Möglichkeit

haben sollen, als zentrales Organ das jeweilige Feuerwehrhaus als „Sicherheitsinsel“ mittels Notstromaggregat zu beleuchten und damit als erste und konkrete Anlaufstelle für die Bevölkerung zu fungieren.

Um die Feuerwehren des Burgenlandes aber auch gesetzlich auf modernster Basis zu unterstützen, kündigte Feuerwehrreferent Tschürtz für den 15. März 2018 die Vorlage eines Erstentwurfs für ein neues Feuerwehrgesetz an, das dann in Begutachtung gehen und im kommenden Herbst beschlossen werden soll. Hinsichtlich des geplanten Umbaus und der Sanierung der Landesfeuerwehrzentrale in Eisenstadt wurde die BELIG von Tschürtz bereits beauftragt, eine erste Bestandsaufnahme vorzunehmen.

Für den Nachwuchs

Auch junge Menschen können in die Orts- (Stadt-)feuerwehr aufgenommen werden – frühestens aber in dem Kalenderjahr, in dem sie das 10. Lebensjahr vollenden. ■

<http://www.lfv-bgld.at/>

Frischzellenkur für Kneippkurhaus Marienkron

Kneippkurhaus Marienkron in Mönchhof wird saniert – 13 Mio. Euro. Investitionen

Foto: Bgld. Landesmedien service



v.l.: Abt Maximilian Heim OCist. vom Stift Heiligenkreuz, Bgm. Josef Kolby, Martin Bischof, Elisabethinen Linz, Landesrat Alexander Petschnig, Äbtissin em. Priorin M. Ancilla Betting OCist., Landeshauptmann Hans Niessl, Waltraud Klasnic, Landeshauptfrau a. D., Christian Lagger, Geschäftsführer des Krankenhauses der Elisabethinen Graz, und Pater Markus Rauchegger OCist., Generalökonom Stift Heiligenkreuz

Das Kneipp-Kurhaus Marienkron in Mönchhof wird umfassend saniert und ausgebaut. Landeshauptmann Hans Niessl, Tourismuslandesrat Alexander Petschnig, Äbtissin em. Priorin M. Ancilla Betting OCist. und Abt Maximilian Heim OCist. vom Stift Heiligenkreuz nahmen am 14. März gemeinsam mit weiteren Vertretern der Eigentümer den Spatenstich für das 13 Mio. Euro-Bau-Projekt vor. Zum 50-Jahr-Jubiläum seiner Eröffnung im kommenden Jahr soll das neue Kurhaus seinen Betrieb aufnehmen. Fasten und Ernährung sollen künftig eine noch wichtigere Rolle spielen, und es wird eine Kooperation mit der Charité Berlin geben.

„Das Kurhaus Marienkron gilt als Leit- und Vorzeigebetrieb im Bereich Gesundheitstourismus und genießt sowohl in Fachkreisen als auch bei Kurgästen einen ausgezeichneten Ruf weit über die Grenzen hinaus. Es stellt einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor für die Region dar und ist ein wichtiger regionaler Arbeitgeber. Mit dem heutigen Spatenstich wird die Grundlage für die Festigung seiner Rolle als Top-Adresse für Gesundheitstourismus und für seine weitere erfolgreiche Entwicklung gelegt. Ich wünsche einen unfallfreien Bauverlauf und alles Gute für die Zukunft“, sagte Niessl.

„Ich bin überzeugt, daß der Pioniergeist, der hier im Kurhaus Marienkron über die letzten fünf Jahrzehnte geherrscht hat, mit

dem Neubau auch in Zukunft strahlen wird. Dem weiter wachsenden Trend zum Gesundheitstourismus wird damit in perfekter Weise Rechnung getragen. Qualität ist in diesem Bereich der entscheidende Faktor – das allseits anerkannte und geschätzte Angebot wird durch den Ausbau auf ein noch höheres Qualitätsniveau gehoben. Auch ich wünsche dem Projekt einen guten Bauverlauf und weiterhin viele zufriedene Gäste“, so Petschnig.

Die zuletzt stark angegriffene Bausubstanz des vor 49 Jahren eröffneten Hauses machte den Abriss von zwei Dritteln der verbauten Wohnfläche erforderlich. Neugestaltet werden die Bereiche Eingang und Empfang, Regeneration mit Hallenbad und Saunalandschaft sowie der Therapiebereich, saniert werden alle Zimmer und der künftig um eine Schauküche und eine Brotbackstube erweiterte Speisesaal. Alle Räume erhalten Klimaanlage, die Barrierefreiheit wird massiv verbessert. Für die ökologische Nachhaltigkeit sorgt die Einbindung alternativer Energiesysteme (Photovoltaik und Wärmerückgewinnung über die gesamte Heiz- und Kühlleistung), und es wird sehr stark auf natürliche Materialien wie Stein und Holz gesetzt.

Bei aller Modernität sehe man sich auch weiter der Tradition verpflichtet. Kneippen und Spiritualität sollen auch weiterhin die Schwerpunkte bleiben. Stand bereits in den letzten Jahren das Thema Fasten und Ernäh-

rung immer stärker im Fokus, wird das Thema Darm, nachweislich ein zentraler Faktor der Gesundheit, künftig eine wichtige Rolle spielen. Das Behandlungskonzept wird mit neuesten medizinischen Erkenntnissen verknüpft, je nach gesundheitlichen Störungen werden spezielle Fastenkuren angeboten. Das Kurhaus wird mit Prof. Andreas Michalsen, Leiter der Naturheilkunde an der Charité Berlin, intensiv zusammenarbeiten. Gemeinsame Studien zwischen Marienkron und der Charité sollen den fachlichen Austausch und die wissenschaftliche Begleitung mit einem der führenden Fastenärzte der Welt und damit ein innovatives Zukunftskonzept gewährleisten.

Die Investitionen in den Neubau und die Sanierung des Kurhauses belaufen sich auf 13 Mio. Euro. Das Projekt wird von der Wirtschaft Burgenland GmbH im Auftrag des Landes im Rahmen des Additionalitätenprogramms „2014 – 2020“ gefördert. Bauträger ist die Porr AG, Architekt und Generalplaner das Frauenkirchner Zivilingenieurbüro Werner Thell. Rechtzeitig zum 50jährigen Jubiläum soll der Betrieb im Frühjahr 2019 wieder gestartet werden.

Durchschnittlich 30.000 Nächtigungen im Jahr verzeichnete man in den letzten Jahren, die Auslastung lag jeweils zwischen 60 und 65 Prozent. ■

<http://www.marienkron.at>

»INTRO Shopping Center Siegendorf« eröffnet

Rund 16 Mio. Euro wurden investiert und 100 neue Arbeitsplätze geschaffen.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Mit dem Durchschneiden des Bandes ist das neue »INTRO Shopping Center Siegendorf« offiziell eröffnet (v.l.): SPAR- Geschäftsführer Dir. Alois Huber, Projektbetreiber Peter Krenmayer von der PAC Immobilien Consulting GmbH, LH Hans Niessl, LRin Astrid Eisenkopf, Bgm. Rainer Porics, AK-Präsident Gerhard Michalitsch und WK- Regionalstellenobmann Franz Nechansky

Das neue „INTRO Shopping Center Siegendorf“ wurde am 22. März feierlich eröffnet. In Anwesenheit von Landeshauptmann Hans Niessl, Landesrätin Astrid Eisenkopf, Bgm. Rainer Porics, Projektbetreiber Peter Krenmayer von der PAC Immobilien Consulting GmbH, SPAR-Geschäftsführer Dir. Alois Huber, Vertretern der Mieterunternehmen, aus der Politik und Wirtschaft, der Bevölkerung und zahlreicher Kunden wurde das Einkaufszentrum offiziell seiner Bestimmung übergeben. Das „INTRO“ in der Gewerbezone Siegendorf beherbergt auf knapp 8.000 m² zwölf Geschäfte in den Branchen Lebensmittel, Textil und Gastronomie. Rund 16 Mio. Euro wurden investiert und 100 neue Arbeitsplätze geschaffen. Für die Kunden sind 400 Parkplätze vorhanden.

„Mit der heutigen Eröffnung wird die dynamische Entwicklung im Wirtschaftsraum Burgenland, besonders aber im Bezirk Eisenstadt-Umgebung, fortgesetzt und Kaufkraft bleibt in der Region. Mit seinem Branchenmix, der gelungenen architektonischen Gestaltung und dem Standort ist das INTRO ein wichtiges Zukunftsprojekt für die Gewerbezone Siegendorf und die gesamte Region. Ich bedanke mich bei den Investoren für das unternehmerische Engagement, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, gratuliere zur gelungenen Umsetzung des neuen INTRO Shopping Centers Siegendorf und wünsche den Unternehmen viel Erfolg und alles Gute für die Zukunft“, sagte Niessl.

Das INTRO Shopping Center Siegendorf ist in weniger als einem Jahr Bauzeit entstanden. Bauträger war die Firma conTrust, bauausführendes Unternehmen die Leyrer + Graf Baugesellschaft m.b.H. Beim Bau habe die Qualität Vorrang vor dem Preis gehabt und seien viele burgenländischen Firmen zum Zug gekommen, erklärte Projektbetreiber Peter Krenmayer von der für die Vermittlung der Geschäftsflächen zuständigen PAC Immobilien Consulting GmbH. Die größte Herausforderung sei die Verkehrserschließung gewesen, diese sei nun mit dem Turbokreisverkehr optimal gelöst. Krenmayer hob insbesondere die vorbildliche reibungslose und rasche Abwicklung aller behördlichen Be-

willigungen hervor. Dem Grundsatz „enkeltauglich bauen“ sei bei dem Projekt vollinhaltlich entsprochen worden, man setze hier auf langfristigen Erfolg, so SPAR-Geschäftsführer Huber.

Für Gewerbetreibende ist der Standort bei der ehemaligen Zuckerfabrik besonders attraktiv, nicht zuletzt, weil viele Nachbarn aus Ungarn zum Einkaufen kommen. Das große Einzugsgebiet – Eisenstadt, Mattersburg, Ungarn –, der Anschluß an die A3, ein durchschnittlicher Tagesverkehr von 19.000 Fahrzeugen belegen das enorme Potential des Standortes für Investoren. ■

<http://www.siegendorf.at>

<http://www.intro-shopping.at>

Tourismus auch im Februar spitze!

Die neuesten Zahlen der Statistik Burgenland belegen, daß der burgenländische Tourismus im Februar mit einem Plus von 1,3 % bei den Gästekünften und einem Plus von 4,2 % bei den Nächtigungen spitze war.

Die Statistik Burgenland veröffentlichte die überaus erfreulichen Tourismuszahlen für den Monat Februar. Mit 50.128 Ankünften konnten um 1,3 % mehr Gäste begrüßt und mit 148.660 um 4,2 % mehr Nächtigungen gezählt werden. Auf Jahressicht Jänner und Februar ergibt das ein Plus von 2,0% bei den Ankünften (99.476) und ein Plus von 4,5% bei den Nächtigungen (301.116).

„Die Zahlen belegen einen fulminanten Start in das Jahr 2018 und bestätigen das Burgenland als Ganzjahresdestination“ freut sich Tourismuslandesrat Petschnig.

Den höchsten Gästezuspruch verzeichnete im Februar Bad Tatzmannsdorf mit 9.192 Ankünften und 40.891 Nächtigungen, gefolgt von Tourismusverband Lutzmannsburg Mittelburgenland mit 10.159 Ankünften und 22.439 Nächtigungen und die Golf- und Thermenregion Stegersbach mit 9.106 Ankünften und 21.279 Nächtigungen.

Im Jänner und Februar des heurigen Jahres zeigt sich dieselbe Reihung. ■

<http://www.burgenland.info>

Landesgruppenkonferenz des Städtebundes in Mattersburg

Foto: Stadtgemeinde Mattersburg



Der neue Landesvorstand (v.l.): Bgm. Vinzenz Knor, Güssing; MD Gerda Török, Eisenstadt; Bgm. Georg Rosner, Oberwart; Bgm. Rudolf Geissler, Oberpullendorf; Bgm. Thomas Steiner, Eisenstadt; Bgm. Josef Ziniel, Frauenkirchen; Bgm. Ingrid Salamon, Mattersburg; Generalsekretär Thomas Weninger; Bgm. Elisabeth Böhm, Neusiedl; Geschäftsführer Amtsleiter Karl Aufner, Mattersburg; Amtsleiterin Katja Massing, Oberwart, und Bgm. Dieter Posch, Neudörfel.

58 Delegierte aus 15 Mitgliedsgemeinden trafen einander am 14. März in der Bauernmühle in Mattersburg zur Landeskonferenz der Städtebund-Landesgruppe Burgenland. Dabei wurden u.a. der Rechnungsabschluß 2017 sowie der Voranschlag 2018 einstimmig angenommen.

Die Mattersburger Bürgermeisterin Ingrid Salamon (SPÖ) wurde als Obfrau eindrucks-

voll bestätigt, ebenso ihr Stellvertreter Bgm. Thomas Steiner aus Eisenstadt. Zum zweiten Stellvertreter wurde Bgm. Vinzenz Knor aus Güssing gewählt. Kassier ist Bgm. Georg Rosner aus Oberwart, Landesgeschäftsführer der Mattersburger Amtsleiter Karl Aufner.

Schwerpunkt der Tätigkeit waren einerseits intensive Schulungen für Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung über die Akademie

Burgenland, dabei nahmen 212 Personen an Schulungen teil. Eine interne Schulungsreihe mit der Unterstützung des KDZ wurde eigens für die Amtsleiter unter dem Motto „Führungskräftewerkstatt“ gestartet.

„Die vorrangigen Zukunftsthemen für den Städtebund sind die IT-Sicherheit in den Gemeinden sowie eine Entbürokratisierungsoffensive“, erklärt Obfrau Ingrid Salamon. ■

Eisenstadt hat Überschuß von 1,45 Mio. Euro erwirtschaftet

Mit einem Überschuß von 1,45 Millionen Euro bilanzierte Eisenstadt das Jahr 2017. „In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wirklich ein bemerkenswertes Ergebnis. Es zeigt eindeutig, daß sich die Eisenstädter auf den soliden finanziellen Kurs, den wir eingeschlagen haben, verlassen können, zumal es auch 2017 zu keiner Neuverschuldung in Eisenstadt kommt“, so Bürgermeister Thomas Steiner und Finanzstadtrat Michael Freismuth am 20. März nach dem Beschluß des Rechnungsabschlusses 2017.

Durch den sorgsamen Umgang mit den Gemeindefinanzen in den letzten Jahren ist man weiter in der Lage, in die Lebensqualität zu investieren. „Wir sparen dort wo es möglich ist, um dort, wo es notwendig ist, investieren zu können“, erklärt Steiner.

„Die Einnahmen des Jahres 2017 belaufen sich in Summe (ordentlicher und außerordentlicher Haushalt) auf rund 43 Millionen Euro. Die Ausgaben hingegen auf 41,6 Millionen. Damit weist die Stadt Eisenstadt einen Soll-Überschuß von rund 1,45 Millionen Euro auf. Das Reinvermögen der Stadt hat sich gegenüber dem Jahr 2016 um rund 2,8 Millionen Euro erhöht“, berichtet Freismuth.

Der Rechnungsabschluß einer Gemeinde ist ein ganz besonders wichtiges Instrument der Kontrolle für eine Stadt. Während das Budget eine Prognose in die Zukunft ist, stellt der Rechnungsabschluß dar, welche Ausgaben und Einnahmen tatsächlich geflossen sind. „Wir haben unsere Gelder sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig eingesetzt, haben investiert, wo es nötig war und gespart, wo es möglich war. Dank dieser verantwortungsvollen Politik steht Eisenstadt auf gesunden finanziellen Beinen. Diesen Weg werden wir weitergehen“, so Steiner.

Kommunaler Naturschutzbeauftragter

Eisenstadt hat seit 19. März als erste Gemeinde im Burgenland einen eigenen Naturschutzbeauftragten. Mit Manfred Cadilek konnte ein ausgewiesener Experte auf diesem Gebiet gewonnen werden. Cadilek wird in dieser ehrenamtlichen Tätigkeit bei naturschutzrelevanten Themen und Vorhaben in der Stadt zu Rate gezogen werden können. Außerdem soll er als Ansprechpartner für Gemeindebürgern dienen und ihnen Fragen aus dem Bereich des Umwelt- und Naturschutzes beantworten.

Förderung für Kindergarten und -krippe

Eine finanzielle Erleichterung für Familien bringt das neue Fördermodell für Kindergarten, Kinderkrippe und das Tagesheim. „Durch eine Anhebung der Einkommensgrenzen kommen mehr Eltern in den Genuß der Unterstützung. Das ist ein wichtiger Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit, insbesondere für schwächere Einkommensgruppen“, betont der Bürgermeister.

Die Gesamtkosten für die Kinderbetreuung in Eisenstadt liegen bei 3,7 Millionen Euro. Lediglich 5 Prozent eines Kindergartenplatzes müssen von den Eltern selbst bezahlt werden. Der Rest wird von Stadt (1,8 Mio.) und Land (1,25 Mio.) getragen.

Ehrenringe für ehemalige Vizebürgermeister

Außerdem beschloß der Gemeinderat, den Ehrenring der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt an die ehemaligen Vizebürgermeister Josef Mayer, Christian Schmall und Werner Krischka, in Anerkennung ihrer Verdienste für die Stadt Eisenstadt, zu verleihen. ■

<http://www.eisenstadt.at>

Mattersburgs Rechnungsabschluß 2017

Bei der Gemeinderatsitzung am 22. März wurde der Rechnungsabschluß der Stadtgemeinde Mattersburg für das Jahr 2017 beschlossen. Er knüpft nahtlos an die sehr guten Ergebnisse der letzten Jahre an und weist trotz hoher Investitionen weiterhin eine gute Finanzlage auf. An Gesamteinnahmen standen im Ordentlichen Haushalt 14.075.916,73 Millionen Euro und im Außerordentlichen Haushalt 1.400.652,72 Euro zur Verfügung. Am Jahresende bestanden keine offenen Verpflichtungen seitens der Gemeinde. Einziger Wermutstropfen ist der negative Kassenstand, der aber durch Einnahmehaußenstände ausgeglichen wird. „Wir haben auch im vergangenen Jahr gute Arbeit geleistet und unsere Aufgaben sparsam, wirtschaftlich und zweck-

mäßig erfüllt. Mit der Umsetzung wichtiger Infrastrukturprojekte wurde in die Zukunft investiert – ohne dabei die Finanzen aus dem Blick zu verlieren. Bei den Leistungen für Bürger und Vereine hat es keine Kürzungen gegeben“, so Bürgermeisterin Ingrid Salamon.

Die Freie Finanzspitze beträgt 1.207.809,40 Millionen Euro. „Dieser Betrag ist seit Jahren zufriedenstellend hoch, das ist sehr positiv“, so Finanzstadtrat und Vizebürgermeister Otmar Illedits. Die Finanzspitze spiegelt die Finanzierungsmöglichkeiten einer Gemeinde wider. Die größten Investitionsposten für 2017 waren der Ausbau und die Modernisierung des Kindergartens Walbersdorf, das Haus der Musik und die Maßnahmen für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes.

Bevölkerung und Wirtschaft schätzen den Standort Mattersburg

Die hohe Standortqualität von Mattersburg als Wohn- und Wirtschaftsstandort spiegelt sich in der Entwicklung des wichtigsten Einnahmepostens, der Ertragsanteile, so wie bei den eigenen Gemeindeabgaben, vor allem bei der Kommunalsteuer, wider. „Investitionen in die Infrastruktur gehören zu den entscheidenden Zukunftsinvestitionen, die den Erfolg, die Qualität und die Stärke eines Standortes ausmachen. Wir schaffen die Rahmenbedingungen dafür, daß Betriebe gedeihen und die Menschen sich wohlfühlen in Mattersburg. Die Entwicklung gibt uns recht“, so Salamon. ■

<http://www.mattersburg.gv.at>

Die Waffen der Krieger und der Schmuck der Frauen

Die Archäologin Dorothea Talaa hat in den letzten Jahren im Ried Stückl in Mattersburg einige großartige historische Funde gemacht, die am 8. März in der Bauernmühle der Bevölkerung gezeigt wurden.

„Seit Beginn der Grabungsarbeiten im Jahr 2008 hat die Stadtgemeinde Mattersburg in das Projekt 113.000 Euro investiert. Es kamen sensationelle Funde zu Tage. Die Geschichte der Stadt wurde durch diese Ausgrabungen neu geschrieben,“ erklärt Bürgermeisterin Ingrid Salamon.

Der awarische Friedhof von Mattersburg wurde im Zuge der Grabungen 2010 gefunden und wird seitdem in größerem Umfang archäologisch untersucht, wobei bis Jahresende 2017 137 Körpergräber ausgegraben werden konnten. Bis jetzt konnten drei Schwertkämpfer mit Waffe, drei Bogenschützen mit ihrem Bogen, 6 Krieger mit Kampfkeil und weitere 23 Krieger ausgegraben werden, denen man Pfeile mitgegeben hatte, um sie für das jenseitige Leben entsprechend auszurüsten.

Zum Schmuck der awarischen Frauen zählen neben goldenen auch silberne und bronzene Ohrgehänge, Glasperlenketten und Halsschmuck aus Silberblechperlen, verzierte Armreifen aus Bronze, Fingerringe aus Silber und Bronze, zum Teil mit eingravierten bis jetzt nicht entzifferten Zeichen, die vielleicht die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Clan oder einer Familie bedeuten. „Einige Schmuckstücke, die bislang in Österreich noch nicht in awarischen Gräbern gefunden wurden, deuten darauf hin, daß die



Grabungsleiter Ingomar Herrmann, Bürgermeisterin Ingrid Salamon und Archäologin Dorothea Talaa präsentierten die Funde aus dem Ried Stückl.

Trägerinnen möglicherweise im 7. Jahrhundert aus dem Schwarzmeer- bzw. Kaukasusgebiet in das Gebiet von Mattersburg eingewandert sind,“ berichtet Talaa.

Im Rathaus in Mattersburg sind seit Juni 2016 Funde früherer Grabung zu besichtigen.

Ausgestellt sind die Beigaben der awarischen Gräber und die Funde aus der Siedlung.

Die Ausstellung kann jederzeit während der Amtsstunden im Rathaus besichtigt werden. ■

<http://www.mattersburg.gv.at>

Neue Neusiedler See Card

LR Petschnig: »Die jetzt ganzjährige Gültigkeit der Neusiedler See Card ist für den Tourismus im gesamten Burgenland von immenser Bedeutung.«



Foto: Bgld. Landesmedien service

v.l.: Alois Lang vom Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel, Karl Wessely, Direktor für nationale und internationale Kontakte und Sponsoring der Esterházy Betriebe, Neusiedler See Tourismus-Geschäftsführer Stefan Schindler, Landesrat Alexander Petschnig, Landtagspräsident und LAG-Obmann Christian Illedits, 2. Landtagspräsident und LAG-Obmann-Stv. Rudolf Strommer und Franz Kast vom Weinwerk Burgenland

Sie gilt in Österreichs Tourismus als „Grand-Dame aller Gratis-Mehrwertkarten für Gäste“. Dabei ist sie aber noch lange nicht in die Jahre gekommen. Ganz im Gegenteil: Seit 1. März 2018 gilt die Neusiedler See Card jetzt 365 Tage im Jahr! 760 Partnerbetriebe aus dem Beherbergungsbereich rund um den Neusiedler See geben diesen beliebten „Sesam-Öffne-Dich“ schon ab einer Nächtigung kostenlos aus. Und sie ist jetzt entsprechend auch ein probates Mittel, den Ganzjahrestourismus am größten Steppensee Mitteleuropas weiter zu stärken bzw. die Vorzüge der Region auch in den Nebensaisonen ins Bewusstsein zu rufen.

Über 50 Gratisleistungen können die Neusiedler See Card-Gäste dabei nutzen und dazu noch eine Vielzahl an besten Bonusleistungen wie etwa „Volle Fahrt zum halben Preis“ bei den Radfahren am See. Besonders vorteilhaft ist die Card auch schon jetzt im „frühesten Frühling Österreichs“: Freier Eintritt für Exkursionen im Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel und im Welterbe Naturpark Neusiedler See-Leithagebirge – wie das ganze Jahr hindurch. Im Sommer dann ganz besonders beliebt ist das sogenannte „Bäderhopping“ durch die inkludierten Eintritte in die Strand- und Freibäder rund um den See.



Foto: NTG / steve.haider.com

In der Card enthalten ist zum Beispiel freier Eintritt für Exkursionen im Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel und im Welterbe Naturpark Neusiedler See-Leithagebirge

Land Burgenland wie auch Burgenland Tourismus begrüßen diese Ausweitung

„Die jetzt ganzjährige Gültigkeit der Neusiedler See Card ist für den Tourismus im gesamten Burgenland von immenser Bedeutung. Schließlich zählt die Destination Neusiedler See nicht nur zu den größten und erfolgreichsten ihrer Art in Österreich und für mehr als die Hälfte der Nächtigungen im

Burgenland. Gemeinsam arbeiten wir auch an einer Ausweitung der Saisonen bzw. ganzjährigen Vermarktung. Daß die Nächtigungsgäste nunmehr auch in den Randsaisonen am Neusiedler See diese Mehrwert-Karte nutzen können, ist der richtige Schritt! Ich denke dabei etwa an die sehr erfolgreichen Martini-loben-Wochenenden! Vielleicht ist die Nutzbarkeit der Neusiedler See Card auch im No-

»Burgenland Journal«

venner ein Anreiz, den Aufenthalt in der Region zu verlängern. Ich kann nur betonen, daß sowohl das Land Burgenland wie auch Burgenland Tourismus diese Ausweitung der Nutzbarkeit nur begrüßen. Entsprechend wird dies auch in die Marketing- und Kommunikationskanäle aufgenommen!“, so der für Wirtschaft und Tourismus zuständige burgenländische Landesrat Alexander Petschnig.

Offene Pforten

Aber auch viele Pforten von Sehenswürdigkeiten, Museen und Ausstellungen öffnen sich ganz einfach: etwa das Schloß Esterházy in Eisenstadt und das Dorfmuseum in Mönchhof! Wein und Wellness – etwa die St. Martins Therme oder Weinverkostungen in Vinotheken – sind ebenso inkludiert. Apropos St. Martins Therme: In den Wintermonaten sind sogar drei Stunden Gratis-Eintritt in der Card inkludiert! In den Sommermonaten gibt es 20 Prozent Rabatt auf den Thermeneintritt. Natürlich darf dabei der Zutritt zur Summer-Island, der Südseeinsel mitten im Seewinkel nicht fehlen!

Nachhaltigkeit groß geschrieben

Nachhaltig und in einer Weinregion ganz besonders wichtig: Der öffentliche Verkehr rund um den romantischen Steppensee kann mit der Card nun ebenfalls ganzjährig genutzt werden! Somit sind die Fahrten im Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) mit Bus und Bahn, sowie die „Gmoa“-Busse mit der Neusiedler See Card gratis! Stadtführungen in Rust, Eisenstadt und sogar im ungarischen Sopron sowie in Bratislava und in Kapuvár runden das Angebot kulturell ab! Attraktive Ermäßigungen bieten zudem wie erwähnt viele Schifffahrtsunternehmen mit ihren Radfahren und weitere Bonuspartner.

Regionalität und Vernetzung als Erfolgskonzept für heimischen Tourismus

„Die Neusiedler See Card stärkt den nordburgenländischen Wirtschaftsfaktor Tourismus und trägt wirksam dazu bei, das Burgenland als Ganzjahresdestination zu positionieren“, befürwortet Landtagspräsident Christian Illedits die Angebotserweiterung. In seiner Eigenschaft als Obmann der LAG nordburgenland plus, die das fast 200.000 Euro schwere Projekt zu knapp 60 Prozent fördert, begrüßt er die nunmehr an 365 Tagen im Jahr gültige Vorteilskarte. Diese trage wesentlich zur Vernetzung der Angebotsstruktur und damit auch zur touristischen Wertschöpfung in der Region bei. „Durch derartige Kooperationen schaffen unsere Ho-



Foto: <http://www.oesterreichfotos.at> / Michael Mössmer

Viele Pforten von Sehenswürdigkeiten, Museen und Ausstellungen öffnen sich ganz einfach: etwa das Schloß Esterházy in Eisenstadt (oben) und das Dorfmuseum in Mönchhof (unten)



Foto: <http://www.oesterreichfotos.at> / Michael Mössmer

teliers, Gastronomen, Produzenten und Naturanbieter einen starken Auftritt der Region Neusiedler See. Das touristische Erfolgsgeheimnis für ländlich strukturierte Regionen lautet Vernetzung,“ so Illedits. Mit der Neusiedler See Card werde dies vorbildlich umgesetzt.

Auch Rudolf Strommer, LAG-Obmann-Stellvertreter, zweiter Landtagspräsident sowie selbst als Neusiedler See Card-Beherbergungspartner in Illmitz involviert, bricht für die ganzjährige Gästecard eine Lanze: „Die Neusiedler See Card ist seit ihrer Markteinführung zu Beginn des Jahrtausends bereits ein hervorragendes Marketingtool für

uns als Vermieter am See. Sowohl als Touristiker wie auch als in der Politik Tätiger kann ich die Ausweitung über das ganze Jahr nur begrüßen. Schließlich sollen unsere Nächtigungsgäste auch in den Nebensaison-Zeiten die Vorteile der Freizeitangebote am See in gleicher Weise konsumieren können!“

Neue Veranstaltungen

Ganz neu dabei in diesem Jahr sind u.a. das Felsentheater Fertőrákos, Adventmärkte in der Region, das Weinerlebnis Illmitz, das Martiniloben in Neusiedl am See, Weinverkostungen im Haus am Kellerplatz in Purbach am Neusiedler See sowie in der Elfen-

»Burgenland Journal«

hof-Vinothek Rust und das Futura Erlebniszentrum in Ungarn im benachbarten Mosonmagyaróvár. Es gibt aber auch Neusiedler See Card-Bonuspartner in Wien: Time Travel etwa oder auch der Donauturm und der Tierpark Schönbrunn! Alles in allem also 365 Tage pannonische Vielfalt inklusive.

Garant für Weiterentwicklung

Die Neusiedler See Tourismus GmbH war und ist Garant dafür, daß die Neusiedler See Card seit ihrer Markteinführung Anfang des zweiten Jahrtausends immer wieder weiterentwickelt wurde. Die nunmehrige ganzjährige Laufzeit ist unter der Leitung des neuen Geschäftsführers Stefan Schindler finalisiert worden: „Für mich als Geschäftsführer, der ich jetzt bald ein Jahr die Geschicke der Neusiedler See Tourismus GmbH leiten darf, war von Anfang an klar, daß wir den Ganzjahrestourismus am See mit allem Mitteln fördern und stärken müssen. Die bestens eingeführte und genutzte Neusiedler See Card als wichtiges Instrumentarium dafür hat sich förmlich angeboten!“

Starke Partner

Einer der wichtigsten Partner der Neusiedler See Card war und ist jetzt noch mehr der Nationalpark Neusiedler See-Seewinkel und der Welterbe Naturpark Neusiedler See-Leithagebirge. Im Jahr des 25jährigen Jubiläums des Nationalparks begrüßt auch Alois Lang, zuständig für Ökotourismus und internationale Zusammenarbeit, daß die Neusiedler See Card jetzt das ganze Jahr über genutzt werden kann: „Bei uns beginnt zwar jetzt so richtig die Saison, weil der Frühling praktisch schon um die Ecke schaut und sich immer mehr Zugvögel einfinden. Aber: Der Nationalpark und damit auch die Führungen gibt es das ganze Jahr über. Zu den unterschiedlichsten Themen. Somit ist es auch für uns wichtig, daß das wohl wichtigste ‚Verbindungsstück‘ zu den Vermietern, eben die Neusiedler See Card, auch das ganze Jahr über gültig ist. Wir versprechen uns eine Menge und vor allem eine große Steigerung der Besucherzahlen in den Nebensaisonen. Schließlich haben wir mit Abstand die qualitativsten Naturführungen im Osten von Österreich. Vor allem auch die Schulen, die hier am See ihre Zelte aufschlagen, werden die ganzjährige Neusiedler See Card sehr schätzen.“

Franz Kast vom Weinwerk Burgenland in Neusiedl am See, ein Partner der ersten Stunde, ist ebenso überzeugt, daß die ganzjährige Gültigkeit der Neusiedler See Card einen



Die Neusiedler See Card eröffnet den Gästen nicht nur die Welt der burgenländischen Weins, sondern – und die Welt der St. Martins Therme & Lodge, auch im Winter.



enormen wirtschaftlichen Effekt hervorrufen wird: „Es ist von enormer Wichtigkeit, daß die Neusiedler See Card jetzt auch ganzjährig genutzt werden kann. Schließlich ist gerade die Zeit des jungen, frischen Weines, eine Zeit in der touristischen Nebensaison. Wir bieten ja als Partner der Card z.B. vier kostenlose Weinproben und weitere 5 Prozent bei den Einkäufen. Ich gehe davon aus, daß die Nutzung der Gästecard deshalb bei uns enorm steigen wird!“

Daß auch die Kultur einen entsprechend breiten Raum findet, dafür sorgt die Neusiedler See Card ebenfalls. Der für Sponsoring und Kooperationen zuständige Geschäftsführer der Esterházy Betriebe, Karl Wessely, kann sich seine touristisch interessanten Einrichtungen ohne die Neusiedler See Card eigentlich nicht mehr vorstellen. Immerhin ist Esterházy seit 2010 – also von

Beginn an – ein begeisterter Partner der Card. „Neben den Besuchen der Schulklassen zu Lehrzwecken sind sicherlich jene Gäste, die mit der Neusiedler See Card zu uns kommen, in der Überzahl! Durch die jetzt ganzjährige Nutzbarkeit wird sich diese Anzahl wohl noch einmal signifikant erhöhen. Sowohl das Haydn ticket wie auch der Besuch unseres Wein-Museums und unserer Sommer-Matinee (60 Prozent der 3.000 Matinee-Gäste kommen mit der Card) sind für Gäste, die nach Eisenstadt kommen, mit der Neusiedler See Card kostenlos. Für die Besucher ist die Card also von enormen Vorteil und auch wir profitieren davon, da neben der gesteigerten Besucherfrequenz in den nicht integrierten Ausstellungen auch eine Umwegrentabilität für das gesamte Schloßquartier mit seiner Gastronomie gegeben ist.“ ■

<https://www.neusiedlersee.com>

Praktizierte Nächstenliebe bis zum Jenseits

»Arsen und Spitzenhäubchen« von Joseph Kesselring im 15- Jubiläums-Jahr der Intendanz von Wolfgang Böck bei den Schloss-Spielen in Kobersdorf



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Erich Uiberlacker, Bühnenbild und Lichtgestaltung, Intendant Wolfgang Böck, Werner Prinz, Inszenierung, Beate Pauer-Zinggl, Prokuristin der Energie Burgenland, Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil, Thomas Mersich, Kaufmännischer Leiter der Schloss-Spiele Kobersdorf, und Klaus Schütz, Bürgermeister Kobersdorf

Zwei betagte Schwestern haben ihre Bestimmung in praktizierender Nächstenliebe gefunden: Sie befördern Männer, die am Leben keine Freude mehr haben, wohl-tätig ins Jenseits. Bis heute hat Joseph Kesselrings Stück „Arsen und Spitzenhäubchen“ nichts von seiner unfassbaren Komik verloren. Mit Lust am Nervenkitzel hält diese verblüffende Kriminalgeschichte die Lachmuskeln des Publikums hartnäckig in Bewegung.

Nun hat Wolfgang Böck die legendäre schwarze Komödie für das 15. Jubiläums-Jahr seiner Intendanz der Schloss-Spiele Kobersdorf ausgewählt. Gespielt wird von 3. (Premiere) bis 29. Juli 2018. „Die Erfolgs-story der Schloss-Spiele Kobersdorf ist untrennbar mit dem Namen Wolfgang Böck als erfolgreicher Intendant, aber auch als hervorragender Schauspieler verbunden. Böck, der Professionalität, seine persönlichen Kontakte und seine langjährige Erfahrung einbringt, hat sich mit diesem Stück, mit dem er Amerika ins Burgenland holt, die Latte wieder sehr hoch gelegt, um die knapp 100 Prozent an Auslastung aus dem Vorjahr auch heuer wieder zu erreichen“, betonte Kulturlandesrat Hans Peter Doskozil am 8. März bei der Präsentation der diesjährigen Produktion in der Energie Burgenland in Eisenstadt gegenüber Medienvertretern.

Werner Prinz zeichnet für die Inszenierung, Erich Uiberlacker für das Bühnenbild und die Lichtgestaltung, Alexandra Burgstaller für die Kostüme, Oliver Binder für die Dramaturgie und Karin Gollowitsch für die Produktionsleitung verantwortlich.

Für das Schauspielensemble konnte Intendant Wolfgang Böck, der selbst die Rolle

des Teddy Brewster übernehmen wird, u.a. Erika Mottl, Gertrud Roll, Alexander Jagsch, Clemens Aap Lindenberg, Wolf Bachofner, Dagmar Bernhard, Lisa Stern, Andrea Köhler und Michael Reiter gewinnen.

Als Hauptsponsor fungiert die Energie Burgenland, die diese bereits langjährig währende Kooperation auch 2018 fortführt, denn die Energie Burgenland und die Schloss-Spiele Kobersdorf verbindet bereits seit dem Jahr 2002 eine enge Partnerschaft.

Wie man einen Theaterbesuch in Kobersdorf auch mit einer motorisierten Ausfahrt unter Gleichgesinnten verbinden kann, zeigt Intendant Wolfgang Böck, wenn er an ausgewählten Tagen die Spitze der Konvois mit einem klassischen Jaguar bzw. einem Motorrad anführt, um theaterbegeisterte FahrerInnen zum Vorstellungsbuchung nach Kobersdorf zu geleiten. Fixpunkte im Begleitprogramm der Schloss-Spiele sind deshalb auch 2018 die Biker-Fahrt am 14. und die Oldtimer-Fahrt am 22. Juli, wobei man heuer, so Geschäftsführer Thomas Mersich, voraussichtlich den insgesamt 2.000. Biker begrüßen wird können. Der Kartenverkauf für die aktuelle Saison läuft mit derzeit 70 Prozent sensationell gut an und liegt damit bereits um 20 Prozent über dem Vergleichszeitpunkt des Vorjahres. ■

<http://www.schlossspiele.com>



Foto: Schloss-Spiele Kobersdorf / Vogus

Auch 2018 lädt Wolfgang Böck zur traditionellen Biker-Fahrt

Sehnsucht, Hoffnung, Verlangen und die größte Geige der Welt

Die Seefestspiele Mörbisch und Peter Edelmann präsentieren im Sommer 2018
Gräfin Mariza in einer spektakulären Inszenierung auf der weltweit größten
Operettenbühne.

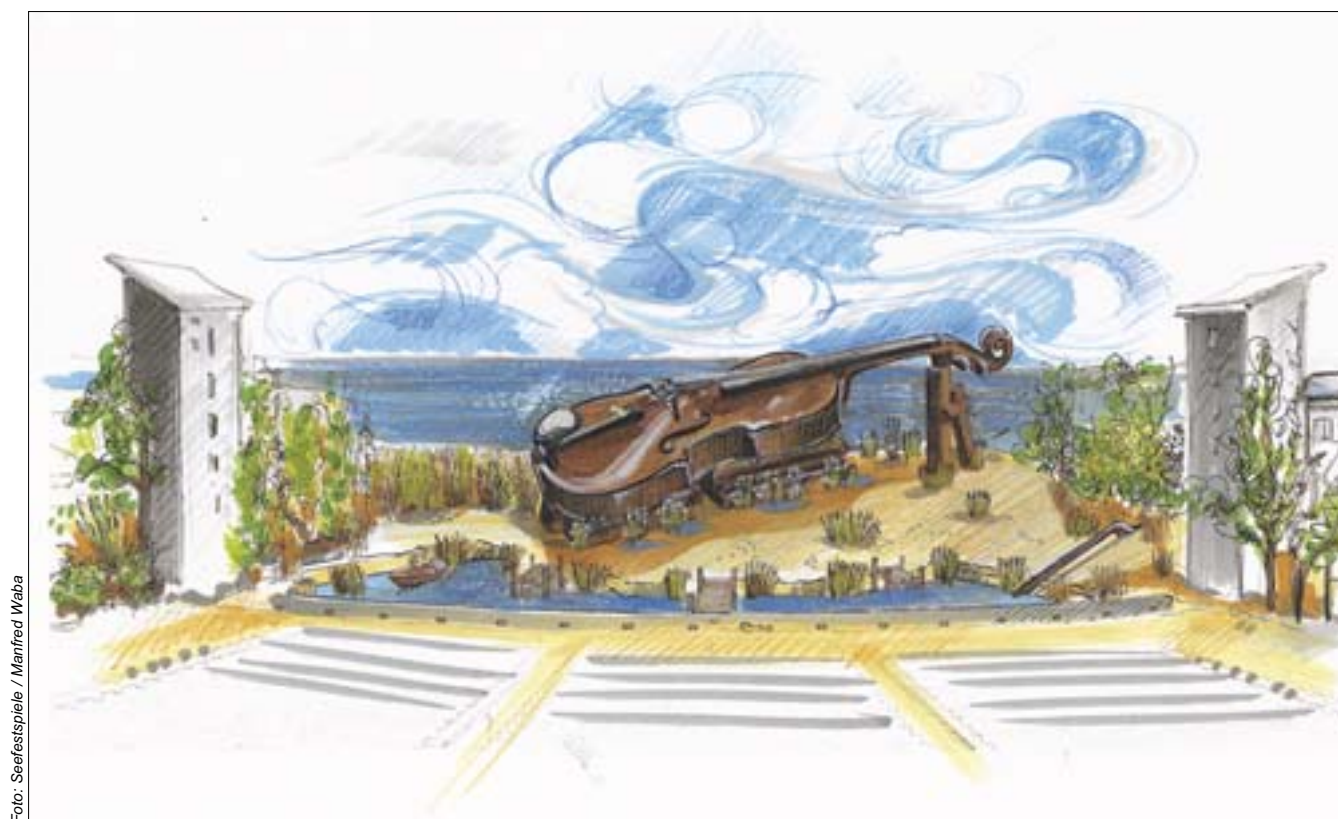


Foto: Seefestspiele / Manfred Waba

*Der kolossale Bühnenbildentwurf von Manfred Waba für die weltgrößte Operettenbühne
in Mörbisch am See mit der weltgrößten Geige: sie ist 45 Meter lang und 12 Meter hoch.*

Die Entscheidung die Mariza zu spielen war nicht schwer. Gehört dieses Werk doch zu den meist gespielten und beliebtesten Operetten der goldenen Operettenära. In der Gräfin Mariza ist jede Nummer ein musikalischer Hit und das Milieu, die ungarische Puszta, paßt wie kaum eine andere Operette nach Mörbisch“, schwärmt Peter Edelmann über Emmerich Kálmáns Operettenklassiker.

Peter Edelmann, international erfolgreicher Sänger und seit September Künstlerischer Leiter der Seefestspiele Mörbisch, fasziniert die Seebühne seit seinem ersten Auftritt 1993 als Danilo (Die lustige Witwe). Der damalige Intendant Harald Serafin holte ihn für zwei weitere Produktionen – Die Fledermaus (1996) und Der Zigeunerbaron (2000) – an den Neusiedler See. Als Künst-

lerischer Direktor, der sich – auch international gesehen – gerne als „Botschafter“ für das Genre Operette engagiert, empfindet er es als große Ehre, seine ganze Erfahrung und Wissen in die Planung der kommenden Produktionen einfließen zu lassen. „Ich liebe dieses Genre über alles! Das wird auch für unsere Besucher bei den Vorstellungen spürbar sein. Wir möchten unser Publikum vor allem eines: unterhalten, verführen, interessieren, besingen und belustigen“, freut sich Peter Edelmann auf seine erste Mörbisch-Saison.

Inszenierung: Mörbisch geigt auf!

„Höre ich Zigeunergeigen, wird es mir ums Herz so eigen, wachen alle Wünsche auf“, singt Gräfin Mariza in ihrem Auftrittlied und bringt so die Sehnsucht zum Ausdruck, einmal das Glück der Liebe kennen-

zulernen. „In keinem anderen Stück steht die Geige so im Mittelpunkt wie in Emmerich Kálmáns mitreißender Operette Gräfin Mariza. Mit feurigen Csárdás-Rhythmen und melancholischen Zigeunerklängen verbindet dieses Instrument das weite Feld zwischen Lachen und Weinen und beschert uns ein Wechselbad der Gefühle“, so Regisseur Karl Absenger über das Stück.

„In der Neuinszenierung des Stückes für die Seebühne Mörbisch wird die Geige daher nicht nur akustisch, sondern auch optisch im Mittelpunkt stehen. Eine überdimensionale Geige bildet die Kulisse für die bewegende Liebesgeschichte zwischen der Gräfin Mariza und ihrem vermeintlichen Verwalter, dem Grafen Tassilo. Wir werden die Gräfin Mariza so anlegen, daß wir ausverkaufte Vorstellungen haben: hervorragenden Darstel-

»Burgenland Journal«

lerInnen, eine großartiges Ballett, traumhafte Kostüme und ein spektakuläres Bühnenbild“, gewährt Absenger, der bereits zum vierten Mal Regie in Mörbisch führt, Einblicke in die heurige Produktion.

„Die Aufgabe war ein Bühnenbild zu schaffen, das den See zur Geltung bringt, in die Landschaft paßt und natürlich dem Stück gerecht wird. So suchten wir nach einem poetischen Stimmungsbild mit hoher Symbolkraft und sehr schnell war die Idee einer Geige als Bühnenbild geboren. Um der riesigen Seebühne gerecht zu werden ist daraus nichts Geringeres als die größte Geige der Welt geworden: 45 Meter lang und 12 Meter hoch. Durch ein ausgeklügeltes mechanisches System läßt sich das Bühnenbild aufbrechen und verwandelt sich so in die verschiedenen Schauplätze, die das Stück benötigt“, läßt Manfred Waba, bekannt für seine fantastischen Bühnenbilder, hinter die Kulissen des Entstehungsprozesses dieses imposanten Bühnenbildes blicken.

„Besonders das Aufeinandertreffen zweier Welten, einmal der ungarischen Folklore und zum Zweiten der dekadenten Städter machen den besonderen Reiz der Kostümausstattung aus. Federn, Boas, Seide, Pelz, Pailletten und edelste Perlstickereien auf der einen und Plisse, Rüschen, Bänder, bestickte Westen und Mieder in wunderschönen Farbkombinationen auf der anderen Seite. Echte Highlights werden natürlich die Kostüme der Gräfin Mariza – feinst aus Seide, Strass, Tüll und Federn gearbeitet. Daneben opulent, die Grä-

fin Božena im schrägen Texaslook. Und dann die besonderen Auftritte des Balletts. Von LED-Kostümen und großen Revueauftritten bis hin zur Folklore bilden die Auftritte einen reizvollen Bilderbogen“, macht Kostümbildnerin Karin Fritz Lust auf den Besuch in Mörbisch.

„Es ist sehr wichtig für mich, daß die Choreografie mit der Aussage und der Seele des Stückes zusammen atmet: die Energie und Leidenschaft, das Spiel, die Vielseitig-

keit, Lebenslust und Glück, Reichtum an Stilen, Weiblichkeit und Männlichkeit muß sich in den Tänzen widerspiegeln. Ich arbeite für das Publikum und deshalb muß die Choreografie über die Unterhaltung hinaus auch Freude bereiten. Und hoffentlich manchmal auch die Herzen des Publikums berühren“, so Choreografin Johanna Bodor.

„Emmerich Kálmán ist ein als ernsthafter Musiker sehr unterschätzter Komponist, dem man gerne nachsagt, die leichte Muse kit-



Foto: Seefestspiele Mörbisch

Bei der Präsentation der spektakulären Inszenierung (v.l.): Günter Fruhmann (Klavier), Christoph Filler (wird den Baron Kolomán Zsupán geben), Rinnat Moriah (Lisa), Kostümbildnerin Karin Fritz, Bühnenbildner Manfred Waba und der Künstlerische Leiter, Peter Edelmann.

Das Bild unten bietet einen Überblick über das Gelände der Seefestspiele Mörbisch.



Foto: Seefestspiele Mörbisch / Jerzy Bin

schig darzustellen. Die Wahrheit ist aber, daß seine Partituren wahre kompositorische Meisterwerke sind, die sich ganz nebenbei auch noch weltweit als Gassenhauer ins Kollektiv einprägen. Er schafft es, volkstümliche Musik in ein symphonisches Korsett zu bringen und es manchmal auch zu sprengen. Durch ihn ist Zigeunermusik auf die Bühnen der Welt gekommen und hat Weltstatus erreicht. In der Folge wurde seine Musik verkitscht, verzerrt und ins volkstümliche verdreht. Das gilt es wieder gut zu machen und zu berichtigen“, sieht der Musikalische Leiter Guido Mancusi die große Herausforderung für ihn und das Orchester der Seefestspiele Mörbisch.

Die Besetzung

In dieser Inszenierung sind zu sehen: Vida Miknevičiute und Julia Koci als Gräfin Mariza, Horst Lamnek als Fürst Populescu, Andreas Sauerzapf und Christoph Filler als Baron Kolomán Zsupán, Alexander Geller und Roman Payer als Graf Tassilo, Katerina von Bennigsen und Rinnat Moriah als Lisa, Julian Looman als Karl Stefan Liebenberg, Melanie Holliday als Fürstin Božena, Franz Suhrada als Penížek, Peter Horak als Tscheko, Mila Janevska als Manja und Verena Te Best als Ilka von Dambössy.

Der Inhalt

Die ebenso reiche wie schöne Gräfin Mariza kann sich ihrer Verehrer und Mitgiftjäger kaum erwehren. Deshalb erfindet sie einen Verlobten, nur leider gibt es tatsächlich einen Baron mit diesem Namen, der zu Marizas Entsetzen nicht abgeneigt ist, sie zu heiraten. Und das just in dem Moment, wo sie auf ihrem Landgut den neuen Verwalter Tassilo kennen gelernt hat, der ihr - Standesunterschied hin oder her – viel besser gefällt als alle Verehrer zuvor.

Kinder-Operette für Schülerinnen und Schüler

Bereits im Jänner wurde im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz des Landesschulrates für Burgenland sowie den Seefestspielen Mörbisch in der Musik-NMS Rosental in Eisenstadt ein neues Projekt für Kinder vorgestellt: Die „Gräfin Mariza“ soll im Juni diesen Jahres als Kinderproduktion in Mörbisch aufgeführt werden. Die Schülerinnen und Schüler, im Alter zwischen 8 und 12 Jahren, dürfen dabei in die Welt der Operette eintauchen und die einmalige Seebühne kennenlernen.

Die Aufführungen finden am 25. sowie 26. Juni statt und werden zu drei verschiede-



Foto: Seefestspiele Mörbisch

v.l.: Amtsführender Präsident des Landesschulrates Heinz Josef Zitz, Peter Edelmann und Landesrätin Astrid Eisenkopf mit Schülerinnen und Schülern der NMS Rosental bei der Präsentation der geplanten

nen Uhrzeiten (9 Uhr, 10:30 Uhr, 12:30 Uhr) starten. Das Stück wurde speziell für Schülerinnen und Schüler produziert und soll in gekürzter Form (Dauer ca. 1 Std.) für kurzweilige Unterhaltung bei den jungen Besucherinnen und Besuchern sorgen.

„Mit dieser Kooperation möchten wir das Interesse für Operetten und Musik im Allgemeinen bei unseren Schülerinnen und Schülern stärken, und vielleicht kommt das eine oder andere bislang verborgene Talent dadurch zum Vorschein“, so der Bildungsdirektor für Burgenland, Heinz Josef Zitz. Es ist sehr wichtig, daß die vielseitigen Interessen der Kinder durch solche Maßnahmen gefördert werden. Der Schulunterricht soll mit der anschließenden Führung am Festspielge-

lände und einem Blick hinter die Kulissen, auch für Abwechslung bei den Kleinsten sorgen. „Es ist jedes Mal beeindruckend, wenn Aufführungen vor der imposanten Kulisse des Neusiedler Sees auf der Seebühne stattfinden“, so Zitz weiter.

Jugendlandesrätin Astrid Eisenkopf ergänzte: „Musik verbindet und das auch schon im jungen Alter. Durch die erste Kindervorstellung auf der Seebühne können Schülerinnen und Schüler in die Operette reinschnuppern und dadurch die faszinierende Welt der klassischen Musik entdecken. Das junge Publikum wird behutsam an die Welt der Operette herangeführt und die Seefestspiele Mörbisch sind um ein Highlight reicher“.

„Ich bin sehr froh und stolz, daß wir erstmals eine Aufführung für Kinder auf die Beine gestellt haben“, betonte der Künstlerische Direktor der Seefestspiele Mörbisch, Univ.-Prof. Peter Edelmann, der sich bereits seit vielen Jahren mit großer Begeisterung als „Botschafter der Operette“ engagiert. Dazu gehört für ihn, dieses urösterreichische Kulturgut Kindern näher zu bringen und diese altersgerecht für diese Kunstgattung zu begeistern.

„Ich danke allen Sponsoren und Kooperationspartnern, die dieses wichtige Projekt unterstützen“, so Edelmann. „Ich bin mir sicher, daß die Schulkinder diese Aufführung lieben werden. Die spannende Geschichte der exzentrischen Gräfin Mariza, gespickt mit schwungvollen Liedern und gemeinsamen Tänzen wird den jungen Besuchern unvergeßlich in Erinnerung bleiben“.

<http://www.seefestspiele.at>



© Seefestspiele Mörbisch

Perle des Südburgenlandes – Der Bezirk Güssing

Herliche Hügellandschaften, wanderbare Wälder und erneuerbare Energie, das alles und noch viel mehr zeichnet den Bezirk Güssing aus. Das Autorenduo Petra Werkovits und Peter Vukics hat deshalb eine Reise durch den Bezirk Güssing unternommen und seine Erfahrungen in Buchform gegossen.



© Petra Werkovits und Peter Vukics

In Gemeindeämtern des Bezirkes erhältlich



Foto: Christine Schmid

Ein Beispiel für die vielen wunderbaren Aufnahmen aus dem Bezirk Güssing

Den Anstoß für dieses außergewöhnliche Buchprojekt gab letztendlich der Erfolg ihrer Publikation „Jennersdorfer Impressionen“, die den Jennersdorfer Bezirk in Anekdoten und in Dialogform beschreibt. Petra Werkovits und Peter Vukics bilden seit Jahren ein schreibendes Team, wobei das Burgenland stets eine zentrale Rolle in ihren erfolgreichen Publikationen einnimmt.

Die Neuauflage Ihres Erstlingswerks „Das Künstlerdorf Neumarkt an der Raab“ wurde im Mai 2017 im Rahmen der Biennale in Venedig präsentiert, ihre Publikation „Generation 21“ wurde 2015 mit dem German Design Award in Gold ausgezeichnet.

Bestellungen bitte unter der Telefonnummer ++43 / (0)664 / 4556991 oder per Mail an office@kulturundkommunikation.at

Wir beginnen unsere Reise durch den Bezirk Güssing in Bildein. Der Ort trägt den Beinamen „Das Dorf ohne Grenzen“, weil oder obwohl wir uns hier in direkter Nachbarschaft zu Ungarn befinden.

Bildein liegt im Pindtetal und an der durch den Ort fließenden Weinstraße, doch bei näherer Betrachtung versteht sich das traditionelle Dörfchen „Pindtendorf“ für das Tal. Hier beginnt jene kleine Landschaft, die als ungarische Pindtendorf spirituell und geistlich gesehen ist. Je weiter wir uns vom Ort aus entfernen, desto stärker wird die Orientierung. Jeder Mensch, der hier lebt, hat eine Erfahrung durch.

Man würde gerne nach Österreich, aber wir sind in Ungarn oder nach in Österreich sind. Selbst wir die letzten Häuser des Dorfes hinter uns lassen, gehen wir auf Feldern, neben den Feldern und Gärten, aber wir sind in Ungarn. Jeder Mensch, der hier lebt, hat eine Erfahrung durch.

Kling von dir, dass du die ersten Schritte unternimmst, dass du dich in den Sommer in großer Zahl. Vor allem im Monat August kommt Bildein, was um Veranstaltungskalender des Ortes liegt. Du wirst die Menschen finden, die gibt es Kulturveranstaltungen, aber vor allem findet das picture an Festival statt. Bei diesem mehrjährigen Musikfestival treten auch internationale Größen auf, unheimlich Bildein für Kunstfreunde ein, jeder Begrüßung. Manche werden es schon wissen haben, picture an als sehr hohe Überzeugung des Wortes „Bildein“ bezeichnet mit dem wichtigsten Punkt des Festivals.



© Petra Werkovits und Peter Vukics

Diese Seite über Bildein soll Ihnen einen kleinen Vorgeschmack auf das Buch »Güssing – Die Perle des Südburgenlandes« geben.

Konjunktur auf dem Höhepunkt

Institut für Höhere Studien (IHS): Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 – 2019

Angetrieben vom breitflächigen weltweiten Konjunkturhoch sollte die heimische Wirtschaft weiterhin kräftig expandieren. Für die Jahre 2018 und 2019 wird ein Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 2,8 % bzw. 1,9 % erwartet. Während sich die Investitionskonjunktur merklich verlangsamt, stützen die Exporte und der private Konsum den Aufschwung. Die lebhaft Konjunktur bietet weiterhin noch gute Voraussetzungen für einen nachhaltigen Budgetkurses und dringend notwendige Strukturreformen.

Die österreichische Wirtschaft ist im Vorjahr um 2,9 % gewachsen. Dabei blieb das Expansionstempo im Jahresverlauf äußerst hoch. Laut Trend-Konjunktur-Komponente

beliebte sich das Wachstum im dritten und vierten Quartal auf jeweils 0,9 % gegenüber dem Vorquartal. Treiber der Konjunktur waren die Ausrüstungsinvestitionen sowie die Exporte, die von der weltweit kräftigen Nachfrage, insbesondere nach Investitionsgütern, profitierten. Die vom starken Beschäftigungsanstieg gestützte private Konsumnachfrage blieb robust. Die äußerst lebhaft Investitionsnachfrage verlor im Jahresverlauf etwas an Dynamik, während das Exportwachstum gegen Jahresende merklich zulegte. Die vorliegenden Indikatoren deuten auf eine Fortsetzung der sehr regen Wirtschaftsentwicklung in der ersten Jahreshälfte 2018 hin. Allerdings gibt es auch Anzeichen, daß die Industriekonjunktur ihren Höhepunkt bereits

erreicht haben dürfte. Insgesamt gesehen erwartet das Institut weiterhin eine Verlangsamung der Konjunkturdynamik im Jahresverlauf. Vor diesem Hintergrund sollte die österreichische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt 2018 um 2,8 % zulegen. Im nächsten Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt laut Prognose um 1,9 % steigen. Für den gesamten Euroraum wird ein Wachstum von 2,3 % bzw. 1,9 % erwartet.

Im Vorjahr expandierte die Weltwirtschaft breitflächig in hohem Tempo und der Welthandel gewann merklich an Fahrt. Die kräftige Wirtschaftsdynamik setzte sich auch im vierten Quartal fort. So betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorquartal sowohl in den USA als auch im Euroraum 0,6 %. Die

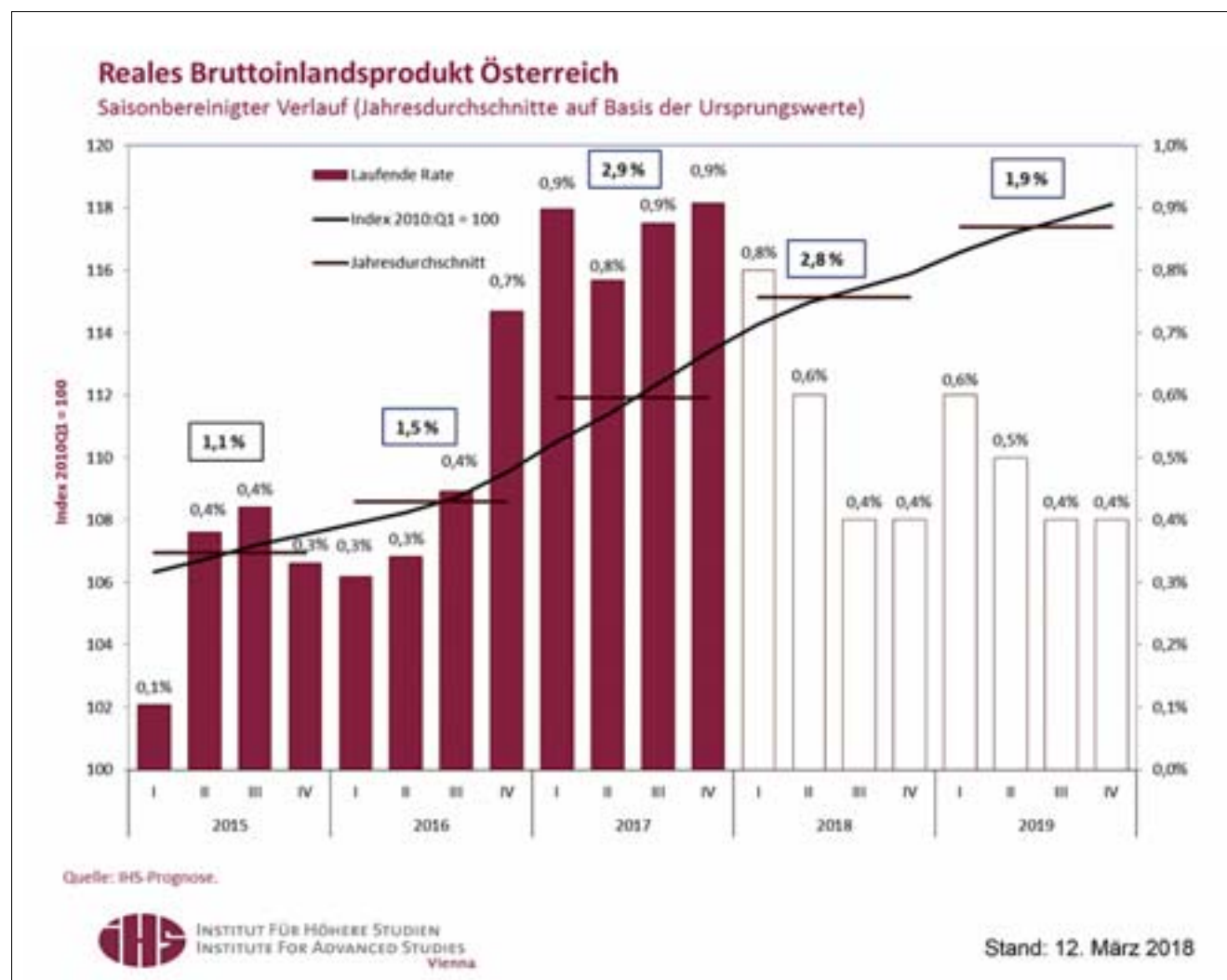


Foto: IHS



Martin Kocher, Professor für Verhaltensökonomik an der Universität Wien und Direktor des Instituts für Höhere Studien IHS: »Um es sportlich auszudrücken. Wir sind auf dem Höhepunkt der Formkurve und müssen schauen, diese Form weiter aufrechtzuerhalten.«

starke Nachfrage nach Investitionsgütern treibt den Welthandel. Die Konjunkturindikatoren lassen auch für die kommenden Monate ein robustes Wachstum der Weltwirtschaft erwarten. Im Großen und Ganzen sollte auch die Wirtschaftspolitik weiterhin anregend wirken, da die expansive Geldpolitik erst langsam zurückgefahren wird. Allerdings ist die Volatilität auf den Finanzmärkten gestiegen und die Konjunkturrisiken haben sich leicht erhöht.

Das Institut erwartet somit das folgende internationale Konjunkturprofil. Nach einem Wachstum von 2,3 % im Vorjahr sollte die US-Wirtschaft in den Jahren 2018 und 2019 um 2,5 % bzw. 2,2 % zulegen. Weiterhin schwungvoll dürfte die Konjunktur im Euroraum mit Zuwachsraten von 2,3 % bzw. 1,9 % ausfallen. Auch in den Schwellenländern bleibt die Konjunktur wohl aufwärts gerichtet.

So werden für die chinesische Wirtschaft Zuwachsraten von 6,7 % bzw. 6,3 % erwartet. Ausgehend von einem Wachstum von 3,7 % im Vorjahr, dürfte die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum um 3,8 % bzw. 3,5 % expandieren.

Mit einer Rate von 1,4 % verzeichnete der private Konsum in Österreich im Vorjahr ein robustes Wachstum. Die merklich steigenden Realeinkommen, die weiter verbesserte Arbeitsmarktlage und das hohe Konsumentenvertrauen sollten den privaten Konsum auch weiterhin stützen, sodass für das

aktuelle Jahr mit einer Zunahme des privaten Konsums um 1,4 % gerechnet wird. Im Jahr 2019 könnte das Konsumwachstum 1,2 % ausmachen. Dies impliziert einen Anstieg der Sparquote, ausgehend von 6,5 % im Vorjahr, auf 7,1 % im Jahr 2019.

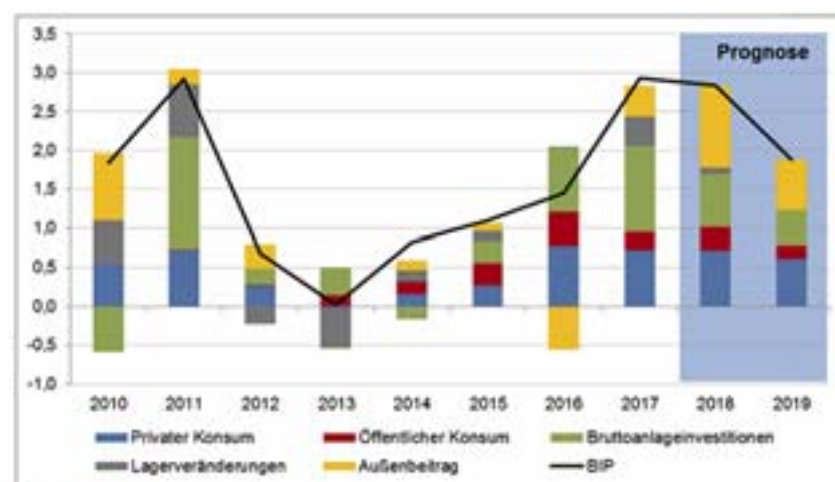
Die Investitionen entwickelten sich im Jahr 2017 äußerst lebhaft, allerdings hat die Dynamik im Jahresverlauf nachgelassen. Die Ausrüstungsinvestitionen sind um 6,7 % gestiegen, die Bautätigkeit wurde um 2,6 % ausgeweitet. Die guten Konjunkturaussichten, die günstigen Finanzierungskonditionen

und die hohe Kapazitätsauslastung werden die Investitionskonjunktur zwar weiter stützen, diese sollte allerdings etwas weniger schwungvoll als im Vorjahr ausfallen. Dafür spricht auch, daß die Aufschwungsphasen der Investitionskonjunktur in der Vergangenheit nur relativ kurz waren. Daher sollte sich das Expansionstempo der Ausrüstungsinvestitionen in diesem und im nächsten Jahr auf 3,5 % bzw. 2,3 % abschwächen. Die Bauinvestitionen dürften um 2,3 % bzw. 1,5 % ausgeweitet werden. Für die Bruttoanlageinvestitionen ergeben sich somit Zuwächse von 2,9 % bzw. 1,9 %, nach 4,8 % im Vorjahr.

Angetrieben von der weltweiten Investitionskonjunktur hat sich die Dynamik des Welthandels im Vorjahr deutlich beschleunigt. Die österreichische Exportwirtschaft konnte von dem verbesserten internationalen Umfeld profitieren. Die Güterexporte haben um 6,1 % zugelegt. Im Prognosezeitraum dürfte die Exportdynamik mit Zuwachsraten von 5,8 % bzw. 4,5 % kräftig bleiben. Für die Gesamtexporte laut VGR werden Wachstumsraten von 5,2 % bzw. 4,2 % erwartet. Insbesondere aufgrund der schwächer werdenden heimischen Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen sollte sich die Dynamik bei den Gesamtimporten laut VGR mit Zuwächsen von 3,5 % bzw. 3,3 % etwas verlangsamen. Somit dürfte von der Außenwirtschaft ein positiver Wachstumsbeitrag ausgehen.

Im Jahresdurchschnitt 2017 hat die Inflationsrate 2,1 % betragen. Dieser Wert wird auch für dieses Jahr erwartet. Die kräftige Konjunktur könnte den Preisdruck zwar etwas erhöhen und die Lohnstückkosten wer-

Wachstumsbeiträge (in Prozentpunkten)



Institut für Höhere Studien
Institute for Advanced Studies
Wien

Wirtschaft

Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2017	2018	2019
Bruttoinlandsprodukt, real	2,9	2,8	1,9
Privater Konsum, real	1,4	1,4	1,2
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	6,1	3,1	1,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	4,8	2,9	1,9
Ausrustungsinvestitionen, real	6,7	3,5	2,3
Bauinvestitionen, real	2,6	2,3	1,5
Inlandsnachfrage, real	2,6	1,9	1,3
Exporte i,w,S., real	5,7	5,2	4,2
Waren, real (laut VGR)	6,1	5,8	4,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,6	1,8	1,5
Importe i,w,S., real	5,4	3,5	3,3
Waren, real (laut VGR)	5,0	3,5	3,3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	3,9	1,0	1,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2,0	1,9	1,2
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*	8,5	7,8	7,7
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*	5,5	5,2	5,2
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1,5	2,8	2,5
Preisindex des BIP	1,5	1,9	1,9
Verbraucherpreisindex	2,1	2,1	2,2
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP*	-0,6	-0,6	-0,4
3-Monats-Euribor*	-0,3	-0,2	0,1
10-Jahres-Rendite öst, Staatsanleihen*	0,6	0,9	1,2

Quelle: Statistik Austria, Berechnungen des IHS

* absolute Werte

Zinsen geprägt. Da zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung noch kein Budget vorlag, wurde vom Institut im Großen und Ganzen der finanzpolitische Status quo als Ausgangspunkt unterstellt. Bereits bekannte Maßnahmen der Regierung, wie etwa der Familienbonus, wurden berücksichtigt, wobei allerdings gemäß der Ankündigung eine Gegenfinanzierung durch Ausgabenkürzungen angenommen wurde. Unter diesen Annahmen ergibt sich für die Jahre 2018 und 2019 ein gesamtstaatliches Defizit laut Maastricht von 0,6 % bzw. 0,4 % des BIP. Aus Sicht des Instituts sollte in der gegenwärtigen Konjunkturlage ein Budgetüberschuß erzielt werden, Anstrengungen der Regierung zur Budgetkonsolidierung werden daher begrüßt. Positiv wird auch eine Absenkung der im internationalen Vergleich relativ hohen Abgabenbelastung gesehen. Allerdings muß auch die hohe Staatsverschuldung zurückgeführt werden, sodaß zusätzliche Strukturreformen, etwa in den Bereichen Pensionen und Finanzausgleich, notwendig wären. Hinsichtlich der Budgetstruktur sollte, wie immer wieder angemerkt, zukunftsorientierten produktivitätserhöhenden Bereichen, wie etwa Bildung, Digitalisierung und Forschung, noch höhere Priorität eingeräumt werden.

Im Vergleich zur Dezember-Prognose haben die Risiken für die Weltkonjunktur zugenommen. Die Unsicherheiten über das Tempo der Normalisierung der Geldpolitik der US-Notenbank haben zu steigenden Volatilitäten an den internationalen Finanzmärkten geführt. Eine stärker protektionistisch orientierte Handelspolitik der US-Regierung würde den Welthandel spürbar verlangsamen und letztlich auch das Wachstumspotential der USA reduzieren. Dem gegenüber wird die Steuerreform die Wirtschaftsdynamik in den USA kräftigen, aber das Handelsbilanzdefizit der USA tendenziell weiter erhöhen. Die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU bilden weiterhin das größte Konjunkturrisiko für Europa. Die Einschätzung der heimischen Konjunkturdynamik erscheint gegenwärtig gut abgesichert. Aufgrund des kräftigen Wirtschaftswachstums zum Jahreswechsel (statistischer Überhang) und des hohen Niveaus der Konjunkturindikatoren besteht auch die Möglichkeit, daß sich die Wirtschaft besser entwickelt als hier unterstellt. Allerdings würde eine merkliche Eintrübung der Weltkonjunktur die heimische Investitions- und Exportnachfrage spürbar dämpfen. ■

<http://www.ihs.ac.at>

den wohl etwas anziehen. Demgegenüber sollte aber der kräftigere Euro den Auftrieb der Importpreise dämpfen. Der heimische Preisauftrieb dürfte damit weiterhin um einen halben Prozentpunkt stärker als im Durchschnitt des Euroraums ausfallen. Für das kommende Jahr wird eine nahezu unveränderte Inflationsrate von 2,2 % erwartet.

Erstmals seit dem Jahr 2011 ist die Arbeitslosenquote im Vorjahr gesunken. Der kräftige Konjunkturaufschwung hat die Beschäftigungsnachfrage angetrieben. Auch in diesem Jahr ist mit einer äußerst starken Beschäftigungsausweitung zu rechnen. Traditionell wird in Österreich nur ein Teil der

neugeschaffenen Stellen aus dem Arbeitslosenpool besetzt. Das Auseinanderklaffen der von der Wirtschaft nachgefragten und von den Arbeitslosen angebotenen Qualifikationen bremst den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Ausgehend von 8,5 % im Vorjahr sollte die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition in diesem Jahr auf 7,8 % fallen und im Jahr 2019 annähernd auf diesem Wert verharren (7,7 %). Dies impliziert Werte von jeweils 5,2 % für die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition, nach 5,5 % im Vorjahr.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum insbesondere vom konjunkturellen Umfeld und den niedrigen

Konjunktur läuft, doch Risiken durch globalen Protektionismus

UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator hält im Februar mit 4,6 Punkten den hohen Vormonatwert knapp unter Allzeithoch – Nach dynamischem Start ruhigeres Wachstumstempo ab Jahresmitte erwartet: BIP-Anstieg 2018 mit 2,6 Prozent kaum niedriger als 2017

Die Hochstimmung in der heimischen Wirtschaft hält zu Beginn des Frühlings an. Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator weist mit 4,6 Punkten im Februar keine Veränderung gegenüber dem hohen Wert des Vormonats auf und liegt damit weiterhin nur ganz knapp unter dem Allzeithoch von Ende 2017. „Die Konjunkturstimmung ist weiterhin ausgezeichnet und lässt für das erste Halbjahr 2018 ein Wachstumstempo ähnlich dem starken Wachstum von 2017 mit 2,9 Prozent erwarten. Der Konjunkturrückgang scheint mittlerweile jedoch überschritten. Die österreichische Wirtschaft dürfte daher ab der Jahresmitte etwas an Schwung verlieren, zumal die Unsicherheit durch die von den USA ausgelösten Spannungen im globalen Handel zunimmt“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

Konjunkturrisiko Handelskonflikt

Die Ankündigung der Einführung von Zöllen auf Importe der USA von Stahl und Aluminium durch Präsident Donald Trump sehen die Ökonomen der UniCredit Bank Austria als potentiellen Risikofaktor für den kräftigen, synchron laufenden, globalen Aufschwung, von dem die österreichische Wirtschaft derzeit stark profitiert. Österreich wäre von den angekündigten Zöllen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zwar zumeist stärker betroffen, die direkten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen wären jedoch vorläufig gering. Die heimischen Exporte von Stahl und Aluminium in die USA betrugen 2017 etwas mehr als 400 Millionen Euro. Das entspricht nur rund 0,1 Prozent der gesamten österreichischen Wirtschaftsleistung.

„Die angekündigten US-Zölle auf Stahl und Aluminium werden die österreichische Wirtschaft voraussichtlich wenig belasten. Allerdings droht ein Teufelskreis wechselseitiger protektionistischer Maßnahmen“, meint Bruckbauer und ergänzt: „In unserem wahrscheinlichsten Risikoszenario, das von zunehmenden protektionistischen Maßnah-



men durch zielgerichtete Reaktionen, aber nicht von einem regelrechten Handelskonflikt ausgeht, verringert sich die Dynamik des Welthandels von aktuell rund 4,5 Prozent um einen Prozentpunkt. Das globale Wirtschaftswachstum würde demnach um bis zu einen Prozentpunkt auf eine Bandbreite von 3,0 bis 3,5 Prozent sinken.“

Optimismus am Bau und im Dienstleistungssektor lässt nach

Unabhängig vom Risiko eines zunehmenden Protektionismus hat das ausgezeichnete österreichische Exportumfeld zu Frühlingsbeginn gegenüber den Vormonaten etwas von seinem Glanz eingebüßt. Der mit den heimischen Außenhandelsanteilen gewichtete Indikator für die globale Industriestimmung ist erstmals seit dem Sommer 2016 zurückgegangen. Insbesondere die Entwicklung in den wichtigen Märkten Deutschland und Frankreich sowie in einigen osteuropäischen Ländern hat den Aufwärtstrend beendet. Dennoch ist die heimische Industrie angesichts hoher Auftragsbestände weiterhin in Rekordlaune.

Auch der Optimismus der heimischen Konsumenten ist angesichts der anhaltenden

Verbesserung der Lage am heimischen Arbeitsmarkt ungebrochen. „Die Konjunkturstimmung hat sich in Österreich bis zum Jahresbeginn 2018 kontinuierlich verbessert. Mit Frühlingsbeginn ist der Aufwind jedoch abgeflaut und das Stimmungsbild wird uneinheitlicher. Im Dienstleistungssektor und am Bau zeigt sich aktuell sogar eine leichte Eintrübung der Stimmung, was sich trotz Rekordwerten bei Verbrauchern und in der Industrie in der Stagnation des UniCredit Bank Austria Konjunkturindikators im Februar bei 4,6 Punkten niedergeschlagen hat“, so Bruckbauer.

Positive Aussichten für 2018

Angesichts des guten Starts ins Jahr und des weiterhin positiven Stimmungsumfelds wird die österreichische Wirtschaft im ersten Halbjahr 2018 das hohe Wachstumstempo des Vorjahres voraussichtlich halten und einen BIP-Anstieg um rund 3 Prozent erreichen können.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte jedoch das Wachstumstempo der österreichischen Wirtschaft etwas ruhiger ausfallen. Der konjunkturelle Rückenwind durch die Auslandsnachfrage droht nachzulassen. Der UniCre-

Wirtschaft

dit Global Leading Indicator, der eine Reihe von makroökonomischen Frühindikatoren aus unterschiedlichen Ländern und Sektoren in einer Zahl kombiniert, weist aktuell auf eine Verlangsamung der Welthandelsdynamik hin, obwohl die Zollankündigungen von US-Präsident Trump darin zeitlich noch gar nicht erfaßt sind.

„Mit etwas weniger Rückhalt aus dem Exportgeschäft wird das Wirtschaftswachstum in Österreich in der zweiten Jahreshälfte 2018 geringer ausfallen als zu Jahresbeginn, zumal auch die Inlandsnachfrage an Schwung einbüßen dürfte. Mit 2,6 Prozent wird das Wirtschaftswachstum in Österreich 2018 trotzdem sehr kräftig sein und das zweite Jahr in Folge über dem langfristigen Durchschnitt liegen“, meint UniCredit Bank Au-

stria Ökonom Walter Pudschedl. Darüber hinaus wird das Wirtschaftswachstum wie schon 2017 über dem Durchschnitt im Euro-Raum liegen und auch jenes in Deutschland abermals übertreffen.

Eurostärke dämpft Inflation

Nach durchschnittlich 2,1 Prozent im Jahr 2017 hat sich die Teuerung in den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres auf 1,8 Prozent verringert. Maßgeblichen Anteil an der trotz der kräftigen Konjunktur rückläufigen Inflation hat der Kursanstieg des Euro gegenüber dem US-Dollar. Der Anstieg der Rohölpreise im Jahr 2017 von durchschnittlich über 20 Prozent im Jahresvergleich setzt sich zu Beginn 2018 unverändert auf rund 67 US-Dollar pro Barrel fort.

Allerdings sorgte der stärkere Euro, der im gleichen Zeitraum um rund 15 Prozent gegenüber dem US-Dollar zulegte, für ein Gegengewicht. Bedingt durch die niedrige Preisbasis im Sommer 2017 wird der Ölpreis zur Jahresmitte jedoch für einen moderaten Auftrieb der Teuerung sorgen. „Nach dem Rückgang auf 1,8 Prozent zu Jahresbeginn wird die Inflation Mitte 2018 wieder über 2 Prozent liegen, trotz des anhaltend dämpfenden Effekts des steigenden Eurokurses. Im Jahresdurchschnitt 2018 sollte die Inflation mit 2,0 Prozent sogar geringfügig niedriger als im Vorjahr sein“, so Pudschedl. Die Ökonomen der UniCredit Bank Austria gehen davon aus, daß der Euro Ende 2018 die Marke von 1,30 zum US-Dollar deutlich übersteigen wird. ■

Wirtschaftswachstum läßt Kundenkredite in allen Segmenten steigen

Informationen der Österreichischen Nationalbank zu Krediten, Einlagen und Zinssätzen österreichischer Banken

Das Kreditwachstum inländischer Unternehmen stieg 2017 in einem positiven wirtschaftlichen Umfeld auf den höchsten Wert seit Mai 2009 an. Auch die Kreditvergabe an private Haushalte entwickelte sich in Österreich äußerst positiv. Nicht zuletzt aufgrund historisch niedriger Zinssätze gab es 2017 neben den schon über die letzten Jahre hinweg steigenden Volumina im Bereich der Wohnbaufinanzierung auch eine Ausweitung bei Konsumkrediten.

Im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlichte die Österreichische Nationalbank (OeNB) aktuelle Entwicklung bei Krediten, Einlagen und Zinssätzen. Dabei berichtete Johannes Turner, Direktor der OeNB-Hauptabteilung Statistik, daß „das Jahreswachstum der an inländische Unternehmen vergebenen Kredite im Dezember 2017 mit 4,8 % den höchsten Wert seit Mai 2009 (5,5 %) erreichte, was auch im Zusammenhang mit steigenden Anlageinvestitionen stehen dürfte. Ab November 2017 trugen erstmals seit 2014 alle Laufzeitenkategorien positiv zum Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen in Österreich bei.“

Mit 143 Mrd. EUR wies das Kreditvolumen nichtfinanzieller Unternehmen bei österreichischen Banken im Dezember 2017 den historisch höchsten Wert auf. Zusätzlich

finanzierten sich österreichische Unternehmen mit rund 15 Mrd. EUR bei Banken mit Sitz in anderen Euroraum-Ländern, wobei der größte Anteil davon mit rund 11 Mrd. EUR auf Banken mit Sitz in Deutschland entfiel. Die dort mit 1,27 % gegenüber 1,46 % in Österreich günstigeren Kreditkonditionen bei Großkrediten (über 1 Mio. EUR) könnten dabei eine Rolle spielen. Auch bei den privaten Haushalten entwickelte sich die Kreditvergabe in Österreich mit einer Jahreswachstumsrate von 3,5 % positiv. Neben den schon über die letzten Jahre positiven Wachstumsraten im Bereich der Wohnbaufinanzierung drehte 2017 auch die Jahreswachstumsrate der Konsumkredite ins Plus, was vor allem auch mit dem steigenden privaten Konsum zusammenhängt.

Haushalte sichern sich das geringe Zinsniveau ab

„Die Zinskonditionen im Neugeschäft lagen in Österreich sowohl für private Haushalte im Bereich der Konsumkredite (4,69 %) wie auch für Klein- und Mittelbetriebe (1,89 %) unter jenen des Euroraums. Historisch niedrige Zinssätze waren weiterhin bei Wohnbaukrediten zu verzeichnen (1,85 %), wobei es in diesem Segment zwischen den Ländern des Euroraums nur geringe Unter-

schiede zu beobachten gab“, so Johannes Turner.

Im Umfeld historisch niedriger Zinssätze sicherten sich private Haushalte das günstige Zinsniveau weiterhin mit vermehrten Fixzinsbindungen im Kreditbereich längerfristig ab, was insbesondere im Neugeschäft bei Wohnbaukrediten zu erkennen ist. Lag der Anteil von Krediten mit anfänglicher Zinsbindung von über 10 Jahren im Jahr 2012 noch bei 2 %, stieg dieser im Jahr 2017 auf 27 % deutlich an.

Steigendes Einlagenvolumen der Haushalte

Trotz weiterhin vorherrschender negativer Realzinsen stieg auch das Einlagenvolumen privater Haushalte im Jahr 2017 weiter an. Insgesamt betrug das Wachstum im Jahr 2017 3,4 % und entsprach damit einer Ausweitung um 8 Mrd. EUR auf insgesamt 244 Mrd. EUR. Verantwortlich dafür waren – wie schon in den Jahren zuvor – ausschließlich täglich fällige Einlagen. Grund für die geringe Attraktivität längerfristig gebundener Einlagen dürften die geringen Zinssaufschläge für Einlagen mit Bindungsfrist sein. Parallel dazu investierten private Haushalte 2017 im Ausmaß von netto 3,7 Mrd. EUR in Investmentfonds. ■

Immobilienpreise in Wien

Mariahilf knapp 2.000 Euro pro Quadratmeter teurer als Simmering – Wohneigentum in Wien kostet im Schnitt 3.870 Euro pro Quadratmeter – 4 Prozent mehr als vor einem Jahr

Geringe Bautätigkeit und hoher Zuzug haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, daß Wohnraum in Wien knapp wurde und die Preise für Immobilieneigentum stiegen. Doch inzwischen wird mehr gebaut, und das zeigt Wirkung: Von 2016 auf 2017 kletterten die Kaufpreise um 4 % – das ist die niedrigste Steigerung seit 2013/14. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Auswertung von immowelt.at, einem der führenden Immobilienportale Österreichs. Dafür wurden die Angebotspreise von Eigentumswohnungen und Häusern in Wien und den einzelnen Stadtteilen untersucht. Demnach zahlen Wiener aktuell im Mittel 3.870 Euro pro Quadratmeter für Wohneigentum. 2016 waren es 3.730 Euro.

Größter Preissprung in Mariahilf

Beim Blick auf die einzelnen Wiener Bezirke gibt es deutliche Unterschiede. Insbesondere die zentrumsnahen Stadtteile liegen preislich am oberen Ende.

Einen großen Sprung hat Mariahilf gemacht: 4.900 Euro pro Quadratmeter kostet hier das Wohnen – 18 % mehr als vor einem Jahr. Zahlreiche Neubauwohnungen und hochwertig sanierte Immobilien, die sich aktuell am Markt befinden, sind Gründe für die große Steigerung. Hinzu kommt, daß der 6. Bezirk schon allein wegen der guten Lage ein hohes Preisniveau aufweist.

Gleiches gilt auch für Neubau, Josefstadt und Wieden. Alle drei Bezirke bewegen sich preislich oberhalb der 4.500-Euro-Grenze. Während sich die Kaufpreise in Neubau (+1 %) und Wieden (+7 %) innerhalb eines Jahres leicht erhöhten, haben sie sich in Josefstadt (-6 %) wieder an den Markt angeglichen.

Innere Stadt: kaum bezahlbarer Wohnraum

Der teuerste aller Bezirke ist wenig überraschend die Innere Stadt. Exklusive Penthäuser und luxussanierte Altbauwohnungen bestimmen im 1. Bezirk die Angebotslage. Immobilienpreise im Millionenbereich sind keine Seltenheit. Das führt zu durchschnittlichen Kaufpreisen von 7.240 Euro pro Quadratmeter. Derartig hochpreisige Immobilien

sind aber lediglich für eine verschwindend kleine Zielgruppe von Interesse. Bezahlbarer Wohnraum ist hingegen nur sehr schwer zu finden.

Niedrigste Preise im Süden

Wie groß die Preisschere zwischen den einzelnen Bezirken ist, zeigt der Blick auf den Süden Wiens. In Simmering und Favoriten liegen die Quadratmeterpreise gerade einmal knapp über 3.000 Euro. Käufer zahlen somit rund 2.000 Euro weniger als in Mariahilf. Doch inzwischen rücken auch diese Bezirke stärker in den Fokus der Käufer. In Simmering kletterten die Preise innerhalb eines Jahres um 12 % – die drittgrößte Steigerung aller Bezirke.

Eine weitere Alternative für Bauunternehmer und Anleger wird immer mehr Transdanubien. Beide Stadtteile sind im Aufschwung, es entsteht eine Neubausiedlung nach der anderen. Diese Objekte drängen inzwischen auf den Markt. Die Folge: Sowohl Floridsdorf (+7 %) als auch Donaustadt (+5 %) verzeichnen überdurchschnittlich hohe Preissteigerungen.



Foto: <http://www.oesterreichfotos.at/> / Michael Mössmer

Mit durchschnittlich 7.240 €/m² sind Immobilien in der Inneren Stadt kaum leistbar.

Die Kaufpreise in den 23 Wiener Bezirken im Überblick

	Kaufpreis / m ² in €		
	2016	2017	+/-
Innere Stadt	7.240	7.240	0%
Leopoldstadt	3.980	4.130	+4%
Landstraße	4.040	4.230	+5%
Wieden	4.210	4.500	+7%
Margareten	3.760	3.970	+6%
Mariahilf	4.170	4.900	+18%
Neubau	4.700	4.750	+1%
Josefstadt	4.930	4.640	-6%
Alsergrund	4.410	4.310	-2%
Favoriten	2.970	3.070	+3%
Simmering	2.690	3.010	+12%
Meidling	3.380	3.330	-1%
Hietzing	4.110	4.180	+2%
Penzing	3.500	3.560	+2%
Rudolfsheim-Fünfhaus	3.710	3.740	+1%
Ottakring	3.300	3.730	+13%
Hernals	3.730	3.890	+4%
Währing	4.100	4.340	+6%
Döbling	4.060	4.190	+3%
Brigittenau	3.370	3.550	+5%
Floridsdorf	3.430	3.680	+7%
Donaustadt	3.600	3.790	+5%
Liesing	3.540	3.680	+4%
Wien gesamt	3.730	3.870	+4%

Berechnungsgrundlage

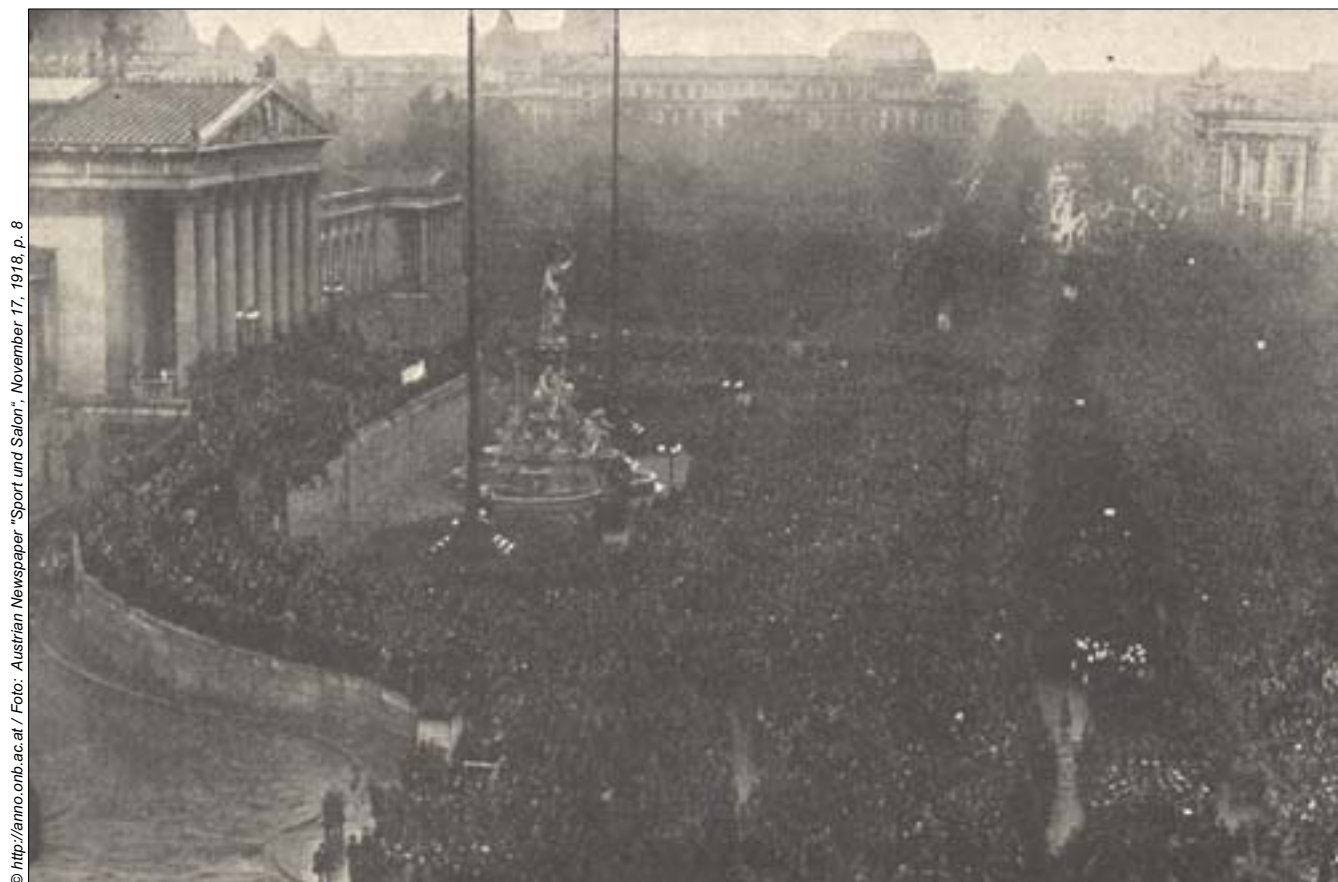
Datenbasis für die Berechnung der Kaufpreise in den 23 Bezirken Wiens waren 158.000 auf immowelt.at inserierte Angebote. Dabei wurden nur die Angebote berücksichtigt, die stark nachgefragt wurden. Die Preise sind jeweils Angebots-, keine Abschlußpreise. Die Preise geben den Median der in 2016 und 2017 angebotenen Wohnungen und Häuser wieder. Der Median ist der mittlere Wert der Angebotspreise.

Die Immobilienplattform immowelt.at ist laut Google Analytics (01/2018) mit 1,5 Millionen Visits pro Monat einer der führenden Online-Marktplätze für Häuser, Wohnungen und Gewerbeimmobilien in Österreich. Pro Monat werden dort mehr als 60.000 Miet- und Kaufimmobilien angeboten. Betreiber des Portals ist die Nürnberger Immowelt AG.

<http://www.immowelt.at>

Die Gründung der Republik

Im Vordergrund des Gedenkjahres 2018 steht die 100 Wiederkehr der Gründung der Republik Österreich. Wir gedenken aber auch dem Jahr der Revolution 1848, dem »Anschluß« und dem Novemberpogrom 1938.



© <http://anno.onb.ac.at/> / Foto: Austrian Newspaper "Sport und Salon", November 17, 1918, p. 8

Die Ausrufung der Republik

Der Ausrufung der Republik Österreich am 12. November 1918 um 15 Uhr von der Parlamentsrampe aus waren mehrere wichtige Schritte der Staatsbildung vorausgegangen. Kaiser Karls Völkermanifest vom 16. Oktober 1918, das einen Umbau der Monarchie in einen Bundesstaat ankündigte, kam zu spät, um die Habsburgermonarchie noch zu retten. Es sanktionierte den Zerfall und leitete die Bildung von Nationalräten der einzelnen Nationalitäten ein, der Südslawen, Polen und Tschechen.

Die provisorische Nationalversammlung

Am 21. Oktober 1918 konstituierten sich auch die deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landhauses als „provisorische Nationalversammlung des selbständigen deutschösterreichischen Staates“. Zusammen-

12. November 1918: Ein Blick auf die Parlamentsrampe während der Ausrufung der Republik Deutschösterreich, im Bild unten ein Blick auf den damaligen Franzensring (der hieß später Dr.-Karl-Renner-Ring, 2012 wurde er auf Universitätsring umbenannt) und das Burgtheater



© <http://anno.onb.ac.at/> / Foto: Austrian Newspaper "Sport und Salon", November 17, 1918, p. 9

Gedenkjahr 2018

mengesetzt war diese aus 111 deutschnationalen, 70 christlichsozialen und 39 sozialdemokratischen Abgeordneten des alten Reichsrates. Der eigentliche Akt der Staatsgründung Österreichs, dessen Grenzen vorerst nicht feststanden, erfolgte am 30. Oktober: ein Staatsrat wurde eingerichtet, ein provisorisches Grundgesetz beschlossen und ein beanspruchtes Staatsgebiet definiert. Am 31. Oktober wurden die Staatsfarben rot-weiß-rot und ein vorläufiges Staatswappen (ein mit Hämmern versehener Stadtturm im Roggenkranz) festgelegt.

In Wien amtierten nunmehr parallel zwei Regierungen, die kaiserliche unter Ministerpräsident Heinrich Lammasch und die neue österreichische unter Staatskanzler Karl Renner. Was die Gesetzgebung betraf, so bestand der Reichsrat vorerst zwar weiter, setzte aber keine Initiativen mehr. Das Abgeordnetenhaus trat am 12. November zu einer letzten Sitzung zusammen. Aber auch die Provisorische Nationalversammlung trat erst wieder am 12. November zusammen. Der Waffenstillstand von Villa Giusti am 3. November wurde von der kaiserlichen Regierung abgeschlossen.

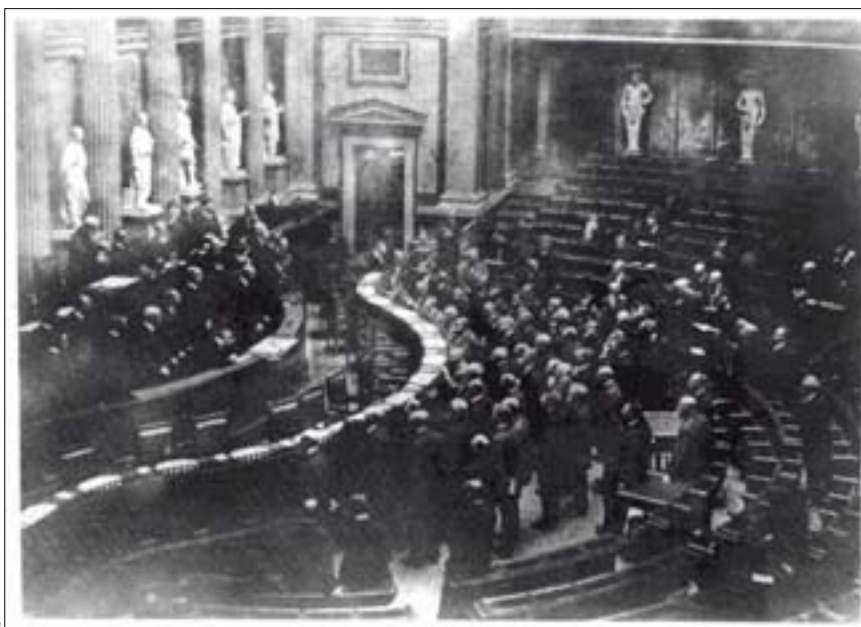
Neue Landesgewalten

Auch in den Ländern bildeten sich neue Landesgewalten. Schon am 22. Oktober versammelten sich im Niederösterreichischen Landhaus die Vertreter der autonomen Landesverwaltungen. Für die Länder wurden analog zur provisorischen Nationalversammlung „provisorische Landesversammlungen“ eingerichtet. Die neu konstituierten Länder erklärten ihren Beitritt zum neuen Staat.

Die Proklamierung der Republik

Am 12. November versammelte sich eine mehr als hunderttausendköpfige Menschenmenge vor dem Parlament an der Wiener Ringstraße, von wo aus Präsident Franz Dinghofer und Staatskanzler Karl Renner, begleitet von den beiden anderen Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung Karl Seitz und Prälat Johann Nepomuk Hauser am Nachmittag des 12. November die Republik proklamierten. Bereits am Tag davor hatte Kaiser Karl auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften verzichtet und die Entscheidung über die zukünftige Staatsform den Österreichern anheimgestellt.

Artikel I des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform von Deutsch-Österreich lautete: Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik, Artikel II, Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen



Letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses (österreichischer Reichsrat) am 12. November 1918



Bericht in »Die Neue Zeitung« – den Link auf die gesamte Ausgabe finden Sie hier: http://www.oesterreichjournal.at/Links/Links_173_29032018.htm

Republik. In Artikel 9 des am 12. November beschlossenen Gesetzes über die Staats- und Regierungsform wurden die Grundsätze des Wahlrechts für die zu wählende konstituierende Nationalversammlung festgelegt. Sie sollte „auf der Verhältniswahl und auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts“ beruhen.

Das Frauenwahlrecht

Die ersten wirklich gleichen Wahlen mit Frauenwahlrecht erfolgten 16. Februar 1919. Anlässlich der konstituierenden Nationalversammlung zogen am 4. März 1919 die ersten

acht weiblichen Abgeordneten ins Parlament ein: Anna Boschek, Emmy Freundlich, Adelheid Popp, Gabriele Proft, Therese Schlesinger, Amalie Seidel und Maria Tusch für die Sozialdemokratische Partei sowie Hildegard Burjan für die Christlichsoziale Partei. 1927 wurde Olga Rudel-Zeynek mit ihrer Wahl zur Bundesratspräsidentin sogar die weltweit erste Frau, die an der Spitze einer parlamentarischen Körperschaft stehen durfte.

Der am 10. September 1919 unterzeichnete Friedensvertrag von Saint-Germain gab dem neuen Staat den Namen „Republik Österreich“ und beinhaltete ein Anschlußverbot. Allen politischen und sozialen Problemen zum Trotz – Revolutionsgefahr, Grenzkonflikte, Hyperinflation – wurden zwischen 1918 und 1920 wichtige sozialpolitische Materien wie die Einführung des Achtstundentags, der Arbeitslosenversicherung, des Arbeiterurlaubs, der Betriebsräte, der Arbeiterkammern, des Mieterschutzes und die Verbesserung des Kollektivvertragsrechts und des Jugend- und Frauenschutzes geregelt. ■

Bundeskanzleramt – Österreich 100

<https://www.oesterreich100.at>

Haus der Geschichte Österreich

<https://www.hdgoe.at>

Österreichische Nationalbibliothek

<http://www.onb.ac.at>

Wir danken den verantwortlichen Stellen dieser Institutionen für die Zurverfügungstellung von Informationen und Bildern.

Lesen Sie in der „Österreich Journal“-Ausgabe 174 über das Jahr 1948 – Internationale Menschenrechte für die Republik.

Das demokratische Wunder

Das 100jährige Jubiläum der Republik Österreich bietet Gelegenheit, die turbulenten Ereignisse des Jahres 1918 neu zu bewerten. Daß nämlich gerade in der ersten Phase der jungen Republik Erstaunliches gelang.

Heidemarie Uhl^{)} im ÖAW-Interview*

Bereitete die Ausrufung der Republik im Jahr 1918 den Weg in die Zukunft des Landes? Oder ist sie doch nur der Auftakt einer Chronologie des Scheiterns, die letztlich in den „Anschluss 1938“ mündete? Heidmarie Uhl, Historikerin am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) hat dazu eine klare Meinung. Denn nach dem Ende der Habsburgermonarchie und dem Zusammenbruch des alten staatlichen Gefüges hätte Österreich leicht in Chaos und Gewalt versinken können. Stattdessen gelang, so ist sie überzeugt, eine vergleichsweise friedliche Umwandlung in eine demokratische Republik. Welche politischen Leistungen dahinter steckten und warum wir den Geist von 1918 nicht hoch genug einschätzen können, schildert Uhl im Gespräch.

Wir feiern heuer 100 Jahre Republik. Wann genau hat denn die Republik Österreich Geburtstag?

Heidemarie Uhl: Es gibt zwei Gründungsdaten: den 30. Oktober, als eine provisorische Regierung gegründet wurde, und den 12. November, als die Republik ausgerufen wurde. Aber weder der eine noch der andere ist heute ein Nationalfeiertag.

Warum nicht?

Uhl: Das hat damit zu tun, daß die Sozialdemokratie den 12. November als Festtag für sich reklamierte und die beiden anderen Parteien der jungen Nationalversammlung, die Christlichsozialen und die Deutschnationalen, sich von 1920 an nur mehr begrenzt mit der Republik Österreich identifizieren wollten.

Österreich galt 1918 ja in weiten Teilen der Bevölkerung als nicht überlebensfähig. Heute könnte man sagen: das war ein klarer Irrtum. Oder?

Uhl: Wenn man hinterfragt, welche legitimen Optionen Österreich damals hatte, so



Foto: ÖAW / Heibert Corn

Historikerin Heidmarie Uhl

mag eine davon durchaus gewesen sein, Teil von Deutschland zu werden. Zumindest bis zum Ende der Vertragsverhandlungen in Versailles und St. Germain war das jedenfalls nicht undenkbar. 1918 wird heute aber vielfach pauschal mit dem Beginn des Scheiterns der ersten Republik gleichgesetzt – eine Chronologie, die mit dem 12. November begann und mit dem „Anschluss“ 1938 endete.

1918 wird heute oft mit dem Beginn des Scheiterns der ersten Republik gleichgesetzt.

Man könnte über 1918 aber auch eine ganz andere Geschichte erzählen. Nämlich die eines demokratischen Wunders.

Wurde diese Chronologie des Scheiterns nicht erst aus der Retrospektive über das Jahr 1918 gestülpt?

Uhl: Wir erzählen Geschichte natürlich immer ex post. Aber man könnte über 1918 auch eine ganz andere Geschichte erzählen. Nämlich die eines demokratischen Wunders, das sich in den Jahren bis 1920 abspielte.

Ein demokratisches Wunder am Ende des Ersten Weltkrieges?

Uhl: Die Umwandlung Österreichs in dieser tiefen Krisensituation verlief – im Vergleich mit anderen Ländern am Ende des Ersten Weltkrieges – relativ unblutig. Österreich hat diese Krise tatsächlich einigermaßen gut gemanagt. Die ersten zwei Jahre der Republik waren zugleich eine formative Phase beispielsweise für die Verfassung, für politische Institutionen oder auch für das Frauenwahlrecht und soziale Errungenschaften wie Arbeitslosenversicherung und 8-Stundentag. Das alles wird erst ersichtlich, wenn man 1918 nicht in einer Chronologie des Scheiterns betrachtet, sondern in seinem Eigenwert.

Armut, Zusammenbruch der Ordnung und ein politisches Machtvakuum – eigent-



© Österreichische Nationalbibliothek

4.v.l. (sitzend): Karl Renner, er leitete im September 1919 die österreichische Delegation bei den Verhandlungen in Saint-Germain, 2.v.l.: Rudolf Carl Freiherr von Slatin Pascha

^{*)} Priv. Doz. Mag. Dr. phil. Heidmarie Uhl forscht am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) unter anderem zu Erinnerungsräumen und zur Transformation gesellschaftlicher Erinnerungen im 20. Jahrhundert.

Gedenkjahr 2018

lich der klassische Weg hin zu einem „failed state“. Warum ist es 1918 gelungen, das abzuwenden?

Uhl: Es ist gelungen, weil die drei Parteien, die Sozialdemokraten, die Christlichsozialen und die Deutschnationalen, sich in dieser ersten Phase der Republik selbst ermächtigt und Verantwortung übernommen haben. Zunächst konstituierten sich die Abgeordneten der deutschsprachigen Wahlkreise in der Monarchie zu einer Nationalversammlung. Von da an wurde eng zusammengearbeitet, alle drei Parteien faßten so gut wie alle Beschlüsse gemeinsam. Es herrschte ein Geist der Zusammenarbeit, der quer über die politischen Lager hinweg wirkte.

Natürlich muß man sehen, daß diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit durch eine von außen erzwungene Krisensituation bedingt war: die Sorge vor dem revolutionären Druck, die Furcht, daß die russische Revolution (von 1917, Anm.) auf Österreich überspringen könnte. Immerhin gab es ja die großen Jännerstreiks von 1918 und Rätebewegungen in Ungarn und Deutschland. Und doch ist die erste Phase der Republik ein außerge-

wöhnlicher Moment in der Geschichte Österreichs, den man neu würdigen müßte.

Gedenkjahre sind Momente der Selbstreflexion in der Gesellschaft und bieten zugleich Gelegenheit, die Geschichte neu zu entdecken.

2018 werden mehrere Gedenkjahre begangen: 400 Jahre 30jähriger Krieg, 170 Jahre Revolutionsjahr 1848, 100 Jahre Republik, 80 Jahre „Anschluß“ an das Dritte Reich. Welchen Sinn und welche Funktion erfüllen Gedenkjahre?

Uhl: Gedenkjahre sind Momente der Selbstreflexion in der Gesellschaft und bieten zugleich Gelegenheit, die Geschichte neu zu entdecken. Es gibt den Spruch: Jede Zeit entdeckt ihre Geschichte neu. Und genau dazu sind Gedenkjahre da: um traditionelle Geschichtserzählungen auf den Prüfstand zu stellen und das in der Geschichte zu reflektieren, was für die Gegenwart wichtig ist.

Was ist vor diesem Hintergrund vom Gedenkjahr 2018 zu erwarten?

Uhl: Im Jahr 2018 wird der große Bezugspunkt zur Vergangenheit die Demokra-

tie sein. Nachdem Demokratie heute Gefahr läuft, rückgebaut zu werden und weil die repräsentative Demokratie immer stärker unter Legitimationsdruck steht, kann das Gedenkjahr die Frage, was unsere Demokratie ist und was sie sein soll, wieder stärker ins Bewußtsein rufen.

Ein Blick zurück auf das erste Jahrhundert der Republik Österreich: Wie steht Österreich heute im Vergleich zu 1918 da?

Uhl: Österreich ist heute einer der reichsten und sichersten Staaten. Man kann gewiß von einem Erfolgsmodell sprechen. Wenn man Österreich zugleich in seinem internationalen Umfeld betrachtet, wird klar, daß die größte Leistung der letzten 100 Jahre war, daß Europa letztlich zu einem Friedensprojekt geworden ist.

Nationale Animositäten sind zu schätzenswerten nationalen Besonderheiten geworden, kulturelle Unterschiede werden nicht mehr zu Feindbildern stilisiert. Und der Garant dafür, daß Konflikte heute anders als kriegerisch ausverhandelt werden, ist die Europäische Union.

<https://www.oew.ac.at/ikt/home/>

Die Achter-Jahre – in Originaltönen und Videos

Onlineplattform mit audiovisuellen Quellen

Das Jahr 2018 ist in Bezug auf die historisch-politischen Zäsuren und Wendepunkte der österreichischen Geschichte von mehrfacher Bedeutung. Das Gedenkjahr 2018 dient als Anlaß, über politische Entwicklungen der Vergangenheit und deren Auswirkungen auf unsere Gegenwart und Zukunft zu reflektieren.

Eine Onlineplattform mit Quellen aus dem Bestand der Österreichischen Mediathek macht Geschichte hör- und sichtbar und erinnert an historische Wendepunkte, Brüche und markante Ereignisse der politischen Geschichte Österreichs.

Im Gegensatz zu früheren historischen Wendepunkten steht uns für die Erinnerung an historische Ereignisse des 20. Jahrhunderts durch die aus diesem Zeitraum vorhandenen audiovisuellen Medien eine besondere Quellengattung zur Verfügung, die eine grundsätzlich neue Qualität der Erinnerbarkeit und der Vergegenwärtigung ermöglichen.

Die Österreichische Mediathek des Technischen Museums Wien bewahrt als österreichisches audiovisuelles Archiv diesen Schatz an historischen Medienquellen zur Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Auf dieser Plattform werden dauerhafte Onlineausstellungen veröffentlicht, die der Darstellung markanter Ereignisse und Diskussionen in der österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts gewidmet sind und diese mit Archivaufnahmen aus dem Bestand der Mediathek illustrieren. Geplant sind Onlineausstellungen zu folgenden Themen:

- 12. November 1918 – der Geburtstag der Republik Österreich (ab Oktober 2018)
- In der Ausstellung „100 Jahre – 100 Töne“ werden Aufnahmen aus lebensgeschichtlichen Interviews präsentiert (ab 11/2018)
- 13. März 1938 – der „Anschluß“ an das nationalsozialistische Deutsche Reich (seit 02/2018)
- 1968/1978 – das Erwachen der österreichischen „Zivilgesellschaft“ (ab 05/2018)
- 1988 – Vergangenheitsbewältigung in Österreich: Die Bedeutung des „Bedenkjahres 1988“ für die österreichische Vergangenheitsbewältigung. (ab 10/2018)
- Praha/Wien – Die audiovisuellen Echos des Jahres 1918 in Wien und Prag. (ab 11/2018)

<https://www.mediathek.at/gedenkjahr-2018>



Foto: Technisches Museum Wien / Österreichische Mediathek

Rede des Bundespräsidenten anlässlich des Gedenkens an den 12. März 1938

Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 12. März 2018 zum Staatsakt in der Hofburg: »Wenn die Zahl derer, die Zeugnis ablegen können ständig abnimmt, gerade dann ist die Auseinandersetzung mit dieser dunklen Vergangenheit unseres Landes uns Pflicht und Verpflichtung.«



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen am Rednerpult beim Gedenkakt zum 80. Jahrestag des 12. März 1938 in der Wiener Hofburg

Das Ende Österreichs – 1938 – kam nicht überraschend.

Als in der Nacht vom 11. auf den 12. März deutsche Truppen die Grenze zu Österreich überschritten, wurde für die einen eine Hoffnung erfüllt, für die anderen eine bange Befürchtung Gewißheit.

Es war der Schlußstrich unter ein verzweifelter, unbeholfenes und teilweise halberziges Ringen, die Eigenständigkeit Österreichs zu erhalten.

Mit diesem Schlußstrich öffnete sich gleichzeitig das Tor zu Enteignung, Verschleppung, Gewaltexzessen, Folter, Krieg und industriellem Massenmord.

Das dunkelste Kapitel in der Geschichte unseres Landes wurde aufgeschlagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Vielen Dank, daß Sie heute in die Wiener Hofburg gekommen sind, um gemeinsam der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Österreich zu gedenken.

Wir tun dies im Bewußtsein, daß auch 80 Jahre nach den damaligen Ereignissen unsere ganze Aufmerksamkeit gefordert ist, wenn wir begreifen wollen, wie es zu dieser Katastrophe kommen konnte.

Wie die niedrigsten Gefühle und Regungen von den Herzen der Menschen Besitz ergreifen konnten; wie Nachbarn zu „Volksfeinden“, wie Väter zu Massenmördern werden; wie Menschen gleichzeitig Mozart hören und den Gashahn aufdrehen konnten.

Die deutsche Wehrmacht kam über Nacht.

Nicht über Nacht kam die Verachtung für die Demokratie, kamen Militarismus, Intoleranz und Gewalt.

Sie hatten sich schleichend in Österreich eingenistet.

Es war eine kontinuierliche Aushöhlung von Humanismus und Rechtsstaatlichkeit; ein politisches und gesellschaftliches Multiorganversagen, ausgelöst durch die Krankheiten:

steigende politische Polarisierung, weltanschauliche Unversöhnlichkeit, Rassismus, und Antisemitismus.

Und genau deswegen, sehr geehrte Damen und Herren, weil der 12. März 1938

Gedenkjahr 2018

Foto: HBF / Peter Lechner



Bundespräsident Alexander Van der Bellen: »Österreich hat Mitverantwortung für die Gräueltaten des Nationalsozialismus.«

eine Vorgeschichte hat, und letztlich den Kulminationspunkt einer katastrophalen Entwicklung darstellt, genau deswegen müssen wir auch heute noch genau hinsehen wie es so weit kommen konnte und entschlossen unsere Lehren daraus ziehen.

Die Lehre, daß auch Demokratien anfällig für Populismus und Demagogie sind.

Die Lehre, daß Diskriminierung ein erster Schritt zu Entmenslichung ist.

Die Lehre, daß Rassismus und Antisemitismus nicht einfach verschwinden, sondern auch heute im Kleinen wie im Großen weiter existieren.

Die Lehre schließlich, daß es wichtig ist, rechtzeitig die Stimme zu erheben – klar und unmissverständlich – und gegen jede menschenverachtende Ideologie aufzustehen.

Und daher sind wir Alle gefordert, Sie und ich, unsere Sinne zu schärfen, und zu versuchen wachsam und sensibel die allfälligen Zeichen an der Wand zu erkennen.

Meine Damen und Herren!

Österreich hat Mitverantwortung für die Gräueltaten des Nationalsozialismus.

Österreicherinnen und Österreicher waren nicht nur Opfer, sondern auch Täterinnen und Täter, oft in führenden Positionen.

Österreich hat sich – mitunter sehr spät – zu dieser Verantwortung bekannt und wird dies auch in Zukunft tun. Darum verbeugen wir uns in Demut vor allen Opfern des Nationalsozialismus.

Sehr geehrte Damen und Herren!

1945 haben viele gesagt: Die Nazivergangenheit könne noch nicht aufgearbeitet werden, jetzt müsse der demokratische Neuanfang in Angriff genommen werden. Das

Eingestehen von Schuld und die Aufarbeitung kämen zu früh.

Heute sagen manche, wir sind doch schon viel zu weit entfernt von den damaligen Ereignissen. Viele, ja die allermeisten von uns, waren damals doch noch gar nicht geboren. Es braucht keine Aufarbeitung mehr.

Dann stellt sich allerdings die Frage: Wann wäre denn der richtige Zeitpunkt, um sich mit dem schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte auseinanderzusetzen?

Wann?

Die Antwort ist ganz einfach: gestern, heute und morgen!

Denn es gibt keine Entschuldigung für selbstverschuldete Unwissenheit für Wegschauen, für historische Ignoranz, oder gar für Relativierungen. Daß man „das Alles ja so gar nicht wissen konnte“, das haben wir schon zu oft gehört.

Heute können wir wissen. Deswegen sollen und müssen wir uns dieses Wissen aneignen. Und wir dürfen die Augen, die Ohren nicht verschließen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Österreich steht zu seiner Verantwortung.

Österreich wird daher die Erinnerung an die Schrecken von Nationalsozialismus, Krieg, Verfolgung und Holocaust wachhalten.

Wir haben aus der Geschichte gelernt und wir werden diese Lehre an kommende Generationen weitergeben.

Gerade, wenn das Elend von Krieg und Totalitarismus nicht mehr aus eigenem Erleben bezeugt werden kann; wenn die Zahl derer, die Zeugnis ablegen können ständig abnimmt, gerade dann ist die Auseinandersetzung mit dieser dunklen Vergangenheit unseres Landes uns Pflicht und Verpflichtung.

Es mag stimmen, daß die Geschichte sich nicht wiederholt.

Das bedeutet jedoch nicht, daß Lehren aus ihr ein für allemal gezogen wären, daß die Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde ein abgesichertes Gemeingut wäre.

Meine Damen und Herren!

Es gibt, und darauf möchte ich besonders am heutigen Tag hinweisen, in Österreich auch eine Tradition der Courage und des Charakters.

Menschen, die große Bürden und Gefahren auf sich genommen haben, um anderen zu helfen;

Menschen die aufgestanden sind, wenn andere sich nicht getrauten;

Menschen, die Widerstand geleistet haben;

Menschen, die auch in schwierigen Zeiten Mitmenschlichkeit und Haltung bewiesen haben.

Sie können und sollen uns heute als Vorbild dienen.

Ich sage dies besonders in Richtung Jugend. Einer Jugend, die erfreulicherweise im Frieden aufgewachsen ist; deren Maxime nicht das Gehorchen, sondern das kritische Hinterfragen sein soll. Deren Handlungen nicht durch das blinde Befolgen von Befehlen, sondern durch humanistische Werte legitimiert sein sollen.

Deswegen kann es auch nicht darum gehen, unsere Werte einer offenen, demokratischen Gesellschaft nur zu verteidigen.

Nein.

Wir müssen sie, ganz im Gegenteil, ausbauen, stärken und immer fester im Selbstverständnis jeder und jedes Einzelnen verankern.

Selbstbewußt und selbstbestimmt, weltweit und solidarisch, friedliebend und tolerant.

Das ist das Bild, dem sich Österreich verpflichtet sieht.

Unsere Kinder und Kindeskinde werden – so hoffe ich – dieses Bild weiter mit Leben erfüllen und in die Zukunft tragen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte Sie nun ersuchen, sich von den Plätzen zu erheben und mit mir still der Opfer des Nationalsozialismus gedenken.

Ich danke Ihnen.

Soweit die Rede des Bundespräsidenten im Wortlaut.

Gedenkjahr 2018



tionalsozialismus unternommen haben und die diesen Schrecken sogar aktiv unterstützt haben“, so Sebastian Kurz.

Ehrliches Gedenken muß auch unangenehme Dinge beim Namen nennen

Daß sich Österreich als Opfer des Nationalsozialismus betrachte gelte für jene, die im Widerstand gekämpft hätten und die immer ein glühendes Vorbild sein werden. Jene Menschen, die am Heldenplatz gestanden und gejubelt hätten, seien jedoch keine Opfer gewesen, ebenso wie auch jene, die zugehört haben, als ihre Nachbarn beraubt, ermordet und vertrieben wurden. „Ehrliches Gedenken muß auch diese Dinge beim Namen nennen“, so der Bundeskanzler.

Österreich ist sich seiner historischen Verantwortung erst sehr spät bewußt geworden

„Österreich hat lange gebraucht, um sich seiner Vergangenheit offen und ehrlich zu stellen. Wir haben erkannt, daß Österreicher nicht nur Opfer, sondern auch Täter waren und dieser Erkenntnis konkrete Taten folgen lassen. Wir müssen uns auch eingestehen, daß Österreich zu lange weggesehen hat und sich erst sehr spät seiner historischen Verantwortung bewußt geworden ist“, so Kurz.

Bundesregierung unterstützt Errichtung eines Shoah-Erinnerungsortes

Auch wenn die Mehrzahl der Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zurückgeholt wurde, blieben viele trotz dem erlittenen Leid ihrer alten Heimat verbunden. „Einer von ihnen ist Kurt Tutter, der sich seit Jahren für ein Erinnerungsdenkmal engagiert, auf dem alle jüdischen Opfer der Shoah aus Österreich mit ihrem Namen verewigt werden sollen. Wir als Bundesregierung haben uns entschlossen, die Errichtung eines solchen Erinnerungsortes zu unterstützen, um so einen persönlichen Ort des Gedenkens zu schaffen“, so Sebastian Kurz.

Die österreichische Bundesregierung habe es sich außerdem zur Aufgabe gemacht, sich im heurigen Gedenkjahr der Vergangenheit zu stellen und so an die dunklen Seiten unserer Geschichte zu erinnern. „Wir dürfen aber nicht beim Gedenken stehen bleiben. Wir müssen auch aus der Vergangenheit lernen. Die wichtigste Lehre ist, daß wir aktiv unseren Rechtsstaat und unsere demokratischen Grundwerte schützen und gegen jede Art von Extremismus und Intoleranz entschlossen ankämpfen müssen. In Österreich darf es dafür keinen Platz geben“, so der Bundeskanzler abschließend.

Bundeskanzler Sebastian Kurz: »In Österreich darf es keinen Platz für Extremismus und Intoleranz geben.«

„Genau heute vor 80 Jahren erfolgte der Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Österreich. Damit begann die nationalsozialistische Terrorherrschaft in unserem Land. Insbesondere für die jüdische Bevölkerung hat damals ein beisspielsloser Leidensweg begonnen, der uns bis heute beschämt und betroffen macht. Es war der Auftakt zu einem nie dagewesenem Verbrechen, der Shoah“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Nur 18 Monate später sollte das NS-Regime Europa und die ganze Welt in den Schrecken des Zweiten Weltkriegs stürzen, dem größten Verbrechen an der Menschlichkeit. Viele würden diese Zeit jedoch nur aus

den Geschichtsbüchern kennen. Vom Leid, das damals viele Menschen erlitten hätten, würden sie aber erst durch persönliche Gespräche mit Überlebenden erfahren. „In den letzten Jahren ist mir bewußt geworden, daß meine Generation einer der letzten ist, die noch solche Gespräche führen kann. Unsere Generation hat daher eine ganz besondere Verantwortung, genau hinzuhören, was war, sich das Gehörte zu Herzen zu nehmen und es auch an andere Generationen weiterzugeben“, so Kurz.

Der Bundeskanzler erinnerte auch daran, daß jeder Mensch Verantwortung für das trage, was er tue, aber auch dafür, was er unterlasse. „So sollten wir uns heute daran erinnern, daß es auch in Österreich viele Menschen gegeben hat, die nichts gegen den Na-



Bundeskanzler Sebastian Kurz (l.) und Vizekanzler Heinz-Christian Strache beim Staatsakt

Gedenkjahr 2018

Foto: BKA / Andy Wenzel



Am 12. März 2018 nahm Bundeskanzler Sebastian Kurz (3.v.r.) gemeinsam mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen (m.) und Bundesminister Gernot Blümel (2.v.r.) an der Präsentation der Klanginstallation »The Voices« am Heldenplatz teil. Im Bild mit der Klangkünstlerin Susan Philipsz (4.v.r.), dem Kurator Kasper König (l.), der Direktorin des Hauses der Geschichte Österreich Monika Sommer-Sieghart (2.v.l.), der Generaldirektorin des Belvedere Stella Rollig (3.v.l.), dem Direktor des Kunsthauses Bregenz Thomas D. Trummer (4.v.l.) und der Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek Johanna Rachinger (r.).

Subtile Klänge mit starker Botschaft

Bundespräsident Alexander Van der Bellen übergab am 12. März gemeinsam mit Bundeskanzler Sebastian Kurz und Bundesminister Gernot Blümel die Klanginstallation „The Voices“ der Öffentlichkeit, ein Werk der schottischen Künstlerin und Turner-Preisträgerin Susan Philipsz, die bei der Übergabe auch anwesend war. Das Projekt, mit dem das Haus der Geschichte Österreich erstmals, schon Monate vor der Eröffnung im November 2018 an die Öffentlichkeit geht, wird einen subtilen Klangraum für Erinnerungen und Emotionen auf dem geschichtsträchtigen Platz schaffen. Von 12. März bis in den November 2018 kann man die ätherischen Klänge täglich um 12.30 Uhr und um 18.30 Uhr hören.

Nach der Begrüßung von Dr. Johanna Rachinger, Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek, betonte Monika Sommer, Direktorin des Hauses der Geschichte Österreich, in ihrer Rede, daß die Soundinstallation unterstreicht, wie das Haus der Geschichte Österreich seine Arbeit als „Diskussionsforum“ für alle Interessierten ausrichtet: überparteilich, sachlich-analytisch, diskursiv, wissenschaftlich am Punkt der Zeit und international vernetzt.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen zeigte sich in seinem Beitrag erfreut darüber, daß die Klanginstallation die „politische und historische Bedeutung des Ortes in das Ästhetische transferiert“. Dabei sieht er „die Intensität und Beklemmung sowie die Erinnerung an die Ereignisse“ nicht verloren oder geschmälert.

Foto: Haus der Geschichte Österreich / eSeL.at - Lorenz Seidler



Haus der Geschichte Österreich-Direktorin Monika Sommer und Klangkünstlerin Susan Philipsz

„Wenn wir heute zurückblicken, vor allem auf das Leid, das der Nationalsozialismus den Menschen gebracht hat, so können wir es nur gutmachen, in dem wir aus der Geschichte lernen“, bekräftigte Bundeskanzler Sebastian Kurz bei der Eröffnung der temporären Klanginstallation. „Wir müssen uns gegen Antisemitismus auf allen Ebenen und in allen Formen wenden, für unsere Grundfreiheiten und unsere Rechtsstaatlichkeit eintreten und diese entschieden gegen Intoleranz verteidigen.“

Kulturminister Gernot Blümel unterstrich auch die Wichtigkeit der Kunst im Prozeß des Gedenkens: „Es geht immer auch um die Freiheit der Kunst. Künstler sind wichtige Seismographen der Gesellschaft, spüren schon leise Bewegungen und können somit

auch einen bedeutenden Beitrag zur Erinnerung leisten.“

Zweisprachiges Booklet zum Gratis-Download

Begleitend zur künstlerischen Intervention ist ein pdf-Booklet in Deutsch und Englisch erschienen <http://bit.ly/2FvPKB> mit historischen Hintergründen auf den Punkt gebracht von Historikerin Heidemarie Uhl, einer kunsthistorischen Betrachtung von Jurymitglied Thomas D. Trummer und einem Interview mit Susan Philipsz von Eva Meran. Neben einem Vorwort von Direktorin Monika Sommer und Historiker Oliver Rathkolb haben auch die Spitzen der Österreichischen Politik Geleitworte beige-steuert. ■

<http://www.hdgoe.at>

Shoah – wie war es menschlich möglich?

Ausstellung im Rahmen des Gedenk- und Erinnerungsjahrs 2018, kuratiert von der Gedenkstätte Yad Vashem – Museumsabteilung, Jerusalem von 11. April – 30. Juni

Karl Lueger (1897-1910), Bürgermeister von Wien, nützte die Ängste des Kleinbürgertums und der Gewerbetreibenden vor Konkurrenzdruck und Industrialisierung, indem er die Verantwortung dafür dem Einfluß der Juden zuschrieb. Er war damit der erste Politiker, der Antisemitismus erfolgreich als Mittel der Politik einsetzte. „Der Abgeordnete Popper hat behauptet, der Antisemitismus wird einmal zugrunde gehen. Gewiß, meine Herren, wird er einmal zugrunde gehen, aber erst dann, wenn der letzte Jude zugrunde gegangen sein wird.“ – Das ist ein Zitat von Lueger aus der Rede in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten des österreichischen Reichsrats am 26. Mai 1894, Stenographisches Protokoll Seite 14622.

Antisemitismus in Österreich vor 1938

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts entstanden in Europa die ersten Ideen von biologisch verschiedenen „Menschenrassen“, darunter auch die Vorstellung des Bestehens einer besonderen, von anderen Menschen unterschiedenen jüdischen „Rasse“. Dies wurde zur Grundlage des heute nach wie vor vorhandenen und verbreiteten rassistisch begründeten Antisemitismus, der JüdInnen bestimmte, angeblich angeborene negative Eigenschaften zuschreibt und sie für vermeintliche oder tatsächliche Mißstände in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur verantwortlich macht.

Schon in den Stunden vor und vor allem dann nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Österreich in den Morgenstunden des 12. März 1938 fielen alle Schranken – gewalttätiger Antisemitismus und Haß auf politische Gegner brachen hervor. JüdInnen wurden aus Wohnungen gezerrt und unter dem boshaften Beifall der Umstehenden öffentlich gedemütigt.

Geschäfte wurden beschmiert und geplündert, Nationalsozialisten und deren Sympathisanten nutzten die ersten Wochen nach dem „Anschluß“ zu schrankenlosen Bereicherungen.

Die Propaganda für die inszenierte Volksabstimmung am 10. April 1938 über den



Foto: Privatsammlung Alfred Klein-Wiesenberg

Aufruf zur Volksabstimmung über den »Anschluß« Österreichs an das Deutsche Reich

„Anschluß“ Österreichs an Nazi-Deutschland war allgegenwärtig.

Erst im Mai 1938 wurden diese „Arisierungen“ in geregelte Bahnen gelenkt, um Gewinne aus den Beraubungen auch für den NS-Staat und für verdiente NS-Unterstützer zu sichern. Dieser Raubzug sowie Berufsverbote und Wohnungskündigungen sollten jegliche Existenzgrundlage der jüdischen Bevöl-

kerung zerstören und diese möglichst rasch aus dem Deutschen Reich vertreiben. Außerdem konnten so in ihrem Ausmaß auch von HistorikerInnen nur schwer zu beziffernde Werte unter der Bevölkerung verteilt werden.

Unzählige ÖsterreicherInnen profitierten auf diese Weise auf die eine oder andere Art von dieser nationalsozialistischen Beraubungspolitik – sie erhielten Wohnungen, Mö-

Gedenkjahr 2018

Foto: DÖW



Wahlplakat 1932

bel, sonstige Vermögenswerte, Arbeitsplätze, unliebsame geschäftliche Konkurrenz wurde beseitigt. Das NS-Regime konnte sich so die Unterstützung zahlreicher „Volksgenossen“ sichern.

Die Ausstellung

Die Ausstellung „Shoah – wie war es menschlich möglich?“ von Yad Vashem erzählt die gesamte Geschichte der Shoah. BesucherInnen erhalten einen fundierten historischen Überblick über die schrecklichen Ereignisse dieses präzedenzlosen Menschenverbrechens an den JüdInnen in Europa zwischen 1933 und 1945. Die Ausstellung nimmt sich der wichtigsten Aspekte der Shoah an, läßt ZeitzeugInnen zu Wort kommen und zeigt dabei auch persönliche Geschichten.

19 Tafeln wurden dazu von der Museum Division von Yad Vashem entwickelt, vier weitere Tafeln mit Österreich-Bezug wurden in Wien hinzugefügt, deren Erarbeitung von Univ. Doz.in Brigitte Bailer-Galanda und Universitätsprofessor Oliver Rathkolb wissenschaftlich begleitet wurde.

Neben den chronologischen Ereignissen widmet die Ausstellung sich auch thematischen Kapiteln: der jüdische Reaktion, der Haltung der Mehrheit der Menschen, der „Gezeiten unter den Völkern“.

„Es war mir ein großes Anliegen, diese wichtige Ausstellung gerade im Gedenkjahr 2018 nach Wien zu bringen und hier zu zeigen“, sagt Milli Segal, Ausstellungsleiterin für Österreich. „Ich bedanke mich sehr herzlich beim Beirat für das Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 und dem BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung, für die Förderung sowie bei Univ. Prof. Dr. Heinz Engl, Rektor der Universität Wien, für die Bereitschaft, die Ausstellung an der Universität zu zeigen. Mein großer Dank gilt auch Univ. Doz.in Dr.in Brigitte Bailer-Galanda und Univ. Prof. DDr. Oliver Rathkolb für die Unterstützung beim Zustandekommen der Österreich Tafeln.“

„Ich bin selbst Jüdin der 2. Generation, der Generation, die ohne Großeltern und mit Eltern, die mit Glück die Shoah überlebt haben, aufgewachsen ist“, so Milli Segal. „Es ist mir wichtig, aufzuzeigen, was geschehen kann, wenn Menschenverachtung und das Nicht-zurückschrecken vor Mord an Unschuldigen die Oberhand gewinnt. Es gibt keine Sicherheit, daß solche Gräueltaten nicht wieder geschehen können! Daher dürfen wir nicht aufhören, durch Projekte wie diese Ausstellung, dafür Sorge zu tragen, daß wir uns erinnern.“

Shoah – wie war es menschlich möglich?

11. April – 30. Juni 2018

Mo – Fr 8 – 22 Uhr, Sa/So 8 – 19 Uhr

Ort: Universität Wien – Hauptgebäude
1010, Wien, Universitätsring

Der Eintritt ist frei

Dies Ausstellung wurde von der Museumsabteilung Yad Vashem (Bereich Wanderausstellungen) produziert.

<http://www.millisegal.at>



Foto: Yad Vashem

Zweitklässler beim Sportunterricht, Riga, Lettland, 1933. Nur sieben der 37 Abgebildeten haben den Holocaust überlebt...

Spatenstich zur Sanierung der SchafbergBahn

Landeshauptmänner Thomas Stelzer und Wilfried Haslauer:
»Oberösterreich und Salzburg machen Schafbergbahn fit für die Zukunft.«



Foto: SchafbergBahn & WolfgangseeSchiffahrt

Die SchafbergBahn ist die steilste Zahnradbahn Österreichs. Sie führt seit 1893 von St. Wolfgang auf den 1.783 Meter hohen Schafberg.

Mit einem feierlichen Spatenstich fiel am 6. März der offizielle Startschuß für die Sanierung der SchafbergBahn. Die Trasse wird bis Ende 2022 erneuert. Die Gesamtkosten von 18 Millionen Euro teilen sich die Salzburg AG, das Land Salzburg und das Land Oberösterreich.

Eine Besonderheit der SchafbergBahn ist, daß sie durch zwei Bundesländer führt: Die Talstation in St. Wolfgang liegt in Oberösterreich, die Strecke auf den knapp 1.800 Meter hohen Gipfel liegt großteils auf Salzburger Gebiet. Die Bahn aus dem 19. Jahrhundert hat für beide Länder eine enorme touristische Bedeutung.

„Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern Oberösterreich und Salzburg geht weit über gute Nachbarschaftsbezie-

hungen hinaus. Wenn Regionen miteinander kooperieren, tun sie das mit dem Ziel, die Strukturen den Bedürfnissen der Menschen anzupassen und um Verbesserungen für die Menschen zu erreichen. Genau das wollen wir auch mit der Sanierung der SchafbergBahn. Sie ist eine wichtige touristische Attraktion hier im Salzkammergut. Das soll auch so bleiben. Dafür heben wir die SchafbergBahn auf den neuesten Stand der Technik und investieren gemeinsam 18 Millionen Euro“, sagte Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer.

„Durch die gute länderübergreifende Zusammenarbeit von Oberösterreich und Salzburg können wir die SchafbergBahn fit für die Zukunft machen“, erklärte Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer. „Bei

der Sanierung der Gesamtanlage geht es um 18 Millionen Euro. Der Aufwand wird geteilt. Je ein Drittel bringen die Projektpartner Salzburg, Oberösterreich und die Salzburg AG auf. Auf mehrere Jahre aufgeteilt, können wir das schultern.“

Die Salzburg AG betreibt die SchafbergBahn seit April 2006. Im Sommer fahren täglich bis zu 2.000 BesucherInnen mit der Zahnradbahn zum Gipfel des Berges. „Die Saison 2017 war touristisch gesehen sehr erfolgreich“, hält Leonhard Schitter, Vorstandssprecher der Salzburg AG fest. „So konnten wir 309.171 Fahrgäste mit der SchafbergBahn, die einen Tourismusmagneten für das gesamte Salzkammergut darstellt, auf den Aussichtsberg bringen. Seit 125 Jahren befördert die SchafbergBahn auf einer

Chronik

Länge von 5,85 Kilometern BesucherInnen aus aller Welt sicher und komfortabel auf den 1.783 Meter hohen Gipfel. Die steilste Zahnradbahn Österreichs überwindet dabei in einer 35minütigen Fahrt einen Höhenunterschied von knapp 1.190 Metern.“

Arbeiten am Gleisbett

Die Vorarbeiten zur Trassensanierung haben bereits 2017 begonnen, um in den nächsten fünf Jahren die Infrastruktur zu erneuern und die Gleise neu zu verlegen. Gleichzeitig werden notwendige Sicherungsmaßnahmen vorgenommen. Ab 2020 werden acht Weichen erneuert. Weiters muß die Infrastruktur des Talbahnhofs umgebaut werden. Insbesondere werden die Gleisanlagen im Bahnhofsbereich erneuert. Auch die Bergstation wird ab 2021 barrierefrei erreichbar sein. Für den Sommertourismus bestehen während der fünfjährigen Bauzeit keine Behinderungen.

Bürgermeister Franz Eisl aus St. Wolfgang sieht in SchafbergBahn und Wolfgangsee-Schiffahrt die idealen Partner für den gesamten Tourismus am Wolfgangsee: „Mit der Investition in die touristische Attraktion SchafbergBahn bleibt der Schafberg als wichtiger Ausflugsberg für die Region erhalten.“

Zahnradbahn und WolfgangseeSchiffahrt feiern Jubiläum

Zur Feier des 125jährigen Jubiläums der SchafbergBahn und des 145jährigen Bestehens der WolfgangseeSchiffahrt gibt es ein abwechslungsreiches Angebot: Von „Fine and Dine“ als Genußerlebnis auf dem Schiff bis hin zu wöchentlichen Führungen hinter die Kulissen von Schiff und Bahn. ■

<http://www.schafbergbahn.at>



Foto: Günter Freund

Horst Ebner (Vorstand Salzburg AG), Leonhard Schitter (Vorstandssprecher Salzburg AG), Landeshauptmann Thomas Stelzer, Landeshauptmann Wilfried Haslauer, Bürgermeister Franz Eisl (St. Wolfgang)



Foto: SchafbergBahn & WolfgangseeSchiffahrt / Volkmar Ruhdorfer

Die MS Österreich auf dem Wolfgangsee – im Hintergrund der malerische Markt St. Wolfgang



Foto: SchafbergBahn & WolfgangseeSchiffahrt

Die nostalgische Dampflokomotive »Z 4« auf dem Weg zur Spitze des Schafbergs. Sechs Stück davon wurden zwischen 1893 und 1894 gebaut.

Neue(r) Kinderbürgermeister(in)

Graz ist eine der wenigen Städte Europas, die Kindern und Jugendlichen Beteiligung durch ein KinderParlament ermöglicht.

Als neue Kinderbürgermeisterin und neuer Kinderbürgermeister im Amt sind Mahir Hadzipasic (14 Jahre) und Madeleine Stolz (12 Jahre). Die beiden fungieren seit 9. März als Ansprechpersonen für die KinderparlamentarierInnen, behandeln deren Anfragen und vertreten sie nach außen. In Anwesenheit von Kurt Hohensinner, Grazer Stadtrat für Jugend und Familie, und Ingrid Krammer, Leiterin des Amtes für Jugend und Familie, stimmten zahlreiche Kinder und Jugendliche über ihre neue Vertretung in der Stadt ab. Die Angelobung wurde im Anschluß an die Wahl von Verena Ennemoser, der Leiterin der Grazer Präsidentschaft, vorgenommen. Die Amtszeit beträgt jeweils ein Jahr, gewählt werden immer ein Mädchen und ein Bub, die gleichberechtigt und gemeinschaftlich „regieren“.

Stadtrat Kurt Hohensinner sieht das KinderParlament als „wichtige Initiative der Stadt Graz, die das Mitreden und Diskutieren für die Jüngsten möglich macht. Das KinderParlament beschäftigt sich ausschließlich mit Fragen, die Kinder bewegen und stärkt damit die Selbstinitiative und positive Teilhabe. Darüber hinaus lernen die Kinder auch das Funktionieren der Stadt und verschiedene städtische Angebote kennen.

Hauptziel ist es themenspezifische Projekte unter Begleitung des Kinderbüros gemeinsam zu bearbeiten und im Sinne der Kinder umzusetzen. So konnten etwa im vergangenen Jahr zum Thema Umwelt Bäume gepflanzt oder im Bereich Gesundheit die Forderung nach rauchfreien Spielplätzen aufgestellt werden.“

Auch Amtsleiterin Ingrid Krammer findet die Beteiligung von Kindern wichtig: „Für ein gelingendes Miteinander in der Gegenwart und in der Zukunft, sollte es selbstverständlich sein, daß Kinder die Möglichkeit haben, Fragen die sie betreffen, zu diskutieren und gemeinsame Projekte in ihrer Wohnumgebung zu gestalten. Das Grazer KinderParlament ist eine derartige Initiative.“

„Kinder sind Teil unseres gesellschaftlichen Lebens. Sie haben Anliegen, Wünsche und Bedürfnisse. Das KinderParlament gibt ihnen die Chance, von den Erwachsenen gehört zu werden“, so Thomas Plautz, Geschäftsführer des Kinderbüros.



Grazer Kinder sollen sich durch das Kinderparlament schon frühzeitig als ExpertInnen in Planung und Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbringen können.



Fotos: Stadt Graz /Foto Fischer

v.l.: Verena Beshy (Vize-Kinderbürgermeisterin), "die große" Vize-Bürgermeisterin Martina Schröck, Kinderbürgermeisterin Alexandra Lang, Kinderbürgermeister Lukas Leitner, Magistratsdirektor-Stv. Ursula Hammerl, Luki Lindsperger, Vize-Kinderbürgermeister

Durch das Grazer KinderParlament soll Kindern eine kontinuierliche und nachhaltige Beteiligung ermöglicht werden. Kinder sollen sich schon frühzeitig als ExpertInnen in Planung und Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbringen können.

Das Kinderbüro

Das Kinderbüro wurde 1998 als Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche gegründet, um ihre Rechte auf Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention in der

Gesellschaft besser bekannt zu machen und umsetzen zu können. Ziel ist, daß die Rechte von Kindern in allen gesellschaftlich relevanten sozialen Systemen bewußt gelebt werden. Das Kinderbüro zeichnet sich durch seine erfolgreiche Zusammenarbeit mit verschiedenen ProjektpartnerInnen aus Politik, Verwaltung und Privatwirtschaft aus. Gefördert wird das Kinderbüro vom Land Steiermark (Abt. 6 Bildung und Gesellschaft). ■

<https://www.graz.at>

<https://kinderbuero.at>

Cityjet Zugtaufe am Wiener Hauptbahnhof

Alle Züge aus dem ersten Cityjet Abruf sind auf Schiene: ÖBB und Siemens taufen den 101. Cityjet.



Foto: ÖBB / Marek Knopp

Die ÖBB und Siemens übergaben den 101. Cityjet aus dem ersten Bestellabruf für den Regelbetrieb. Evelyn Palla von ÖBB Personenverkehr und Arnulf Wolfram von Siemens Österreich taufen den neuen Cityjet auf den Namen „Austrian Spirit“. Ausgewählt wurde der Name von der ÖBB-Community in einem Voting.

Teil des modernen Lebensstils

Der Nah- und Regionalverkehr in Österreich erlebt seit Jahren ein ständiges Wachstum vom Neusiedlersee bis zum Bodensee. Um das weiter steigende Mobilitätsbedürfnis der KundInnen der ÖBB zu erfüllen, müssen entsprechende Maßnahmen getroffen und die Flotte muß auf den neusten Stand gebracht werden.

„Der Siemens Cityjet ist unser modernster Nahverkehrszug. Die ÖBB setzen hier europaweit einen neuen Qualitätsstandard im öffentlichen Nahverkehr. Wir sind sehr stolz darauf, mit diesem Zug unseren Nahverkehrskunden tagtäglich ein Stück modernste Mobilität anbieten zu können. Für den 101. Cityjet haben wir uns deshalb etwas ganz Besonderes einfallen lassen“, so Evelyn Palla, Mitglied des Vorstands der ÖBB-Personenverkehr AG.

Arnulf Wolfram, Leiter Mobility bei Siemens AG Österreich: „Der Cityjet bietet un-

serem Kunden ÖBB durch den Einsatz hochwertiger Technologien besonders hohe Wirtschaftlichkeit im Betrieb und Wartung, die Fahrgäste erhalten ein deutliches Plus beim Thema Komfort. Wir freuen uns, einen klaren Beitrag zu größerer Attraktivität des öffentlichen Verkehrs leisten zu dürfen.“

Der ÖBB Cityjet Desiro ML

Das Äußere des Zuges im rotweißen „Cityjet“-Design ist bereits ein Versprechen auf das hohe Komfort-Niveau im Inneren: ergonomische Sitze mit genügend Beinfrei-

heit, Leselampen und Steckdosen, genügend Ablagefläche für Gepäck, Rollos, eine intelligente Klimaanlage und WLAN sowie das onboard-Portal Railnet Regio – das ganze barrierefrei. Von den 165 bei Siemens bestellten hochmodernen ÖBB Cityjet Desiro ML sind ab mit 19. März 101 Züge in der Ostregion, der Steiermark, Oberösterreich, Kärnten und Salzburg für im Einsatz. Die 64 noch ausstehenden Züge aus dem zweiten Abruf werden bis Mai 2019 ausgeliefert und in den Bundesländern Wien, Kärnten und Salzburg zum Einsatz kommen.

ÖBB: Österreichs größter Mobilitätsdienstleister

Als umfassender Mobilitätsdienstleister bringt der ÖBB-Konzern jährlich 461 Millionen Fahrgäste und 111 Millionen Tonnen Güter umweltfreundlich ans Ziel. 92 Prozent des Bahnstroms stammen aus erneuerbaren Energieträgern, zu 90 Prozent aus Wasserkraft. Die ÖBB gehörten 2016 mit rund 96 Prozent Pünktlichkeit zu den pünktlichsten Bahnen Europas. Konzernweit sorgen 40.265 MitarbeiterInnen bei Bahn und Bus (zusätzlich rund 1.900 Lehrlinge) dafür, daß täglich rund 1,3 Millionen Reisende sicher an ihr Ziel kommen. Strategische Leitgesellschaft des Konzerns ist die ÖBB-Holding AG. ■ <http://www.oebb.at>



Foto: ÖBB / Marek Knopp

Evelyn Palla, ÖBB Personenverkehr, und Arnulf Wolfram, Siemens Österreich

Salzburger Festspiele gratulieren Christa Ludwig

Die Salzburger Festspiele gratulieren Kammersängerin Christa Ludwig, die am 16. März, ihr 90. Lebensjahr vollendet hat, ganz herzlich zum Geburtstag.

Vor über 90 Jahren gaben uns die Gründerväter der Festspiele den dramaturgischen Auftrag: „Oper und Schauspiel und von beidem das Höchste“ mit auf den Weg“, sagte Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler. „Es waren Ausnahmekünstler wie Christa Ludwig, die uns halfen, diesem hohen Auftrag gerecht zu werden und die den Salzburger Festspielen ihren Weltruf eintrugen. Fast vier Jahrzehnte lang hat Christa Ludwig in Opern, Oratorien und Liederabenden Salzburger Aufführungsgeschichte geschrieben.“

Bereits mit ihrem Debut bei den Salzburger Festspielen im Jahr 1955, mit gerade einmal 27 Jahren, vermochte es die Mezzosopranistin, sowohl Publikum als auch Kritiker zu verzaubern. Sie war gleich in zwei Opern zu sehen: Als Zweite Dame in Mozarts Die Zauberflöte unter dem Dirigat von Georg Solti und als Komponist in Strauss' Ariadne auf Naxos unter Karl Böhm. Über diesen Auftritt schrieb etwa Walther Friedländer in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Was man von Christa Ludwig hören und sehen kann, fordert zum Vergleich mit den bedeutendsten Vorbildern heraus: präziseste Führung des Organs, höchstes klangliches Ebenmaß und feinste Schattierungen, dazu ein Spiel das dem Ungestüm der Figur ganz gerecht wird. Christa Ludwig ist eine große Sängerin geworden.“

In den darauffolgenden Jahren festigte Christa Ludwig ihren Ruf als die maßstabsetzende Persönlichkeit im Mozart- und Richard-Strauss-Fach. Sie war zu sehen als Cherubino in Le Nozze di Figaro, als Dora-bella in Così fan tutte, als Octavian im Rosenkavalier oder als Ariadne in Ariadne auf Naxos. 1969 stand sie erstmals als Marschallin im Rosenkavalier auf der Bühne des Grossen Festspielhauses und die Kritiken waren hymnisch.

Die großen Dirigentenpersönlichkeiten waren in Salzburg ihre künstlerischen Weggefährten. Sie musizierte mit Herbert von Karajan, Karl Böhm und Leonard Bernstein. Alle drei haben Christa Ludwig geliebt, verehrt und auf Dirigenten Händen getragen.



© Wikipedia // CC-by-sa-3.0 // Foto: Franz Johann Morgenbesser

Kammersängerin Christa Ludwig, im Bild anlässlich ihrer Ernennung zur Ehrenpräsidentin der Hilde Zadek Stiftung in Wien

„She is simply the best, and the best of all possible human beings“, „Sie ist einfach die beste, und die beste aller möglichen Menschen“, sprach Leonard Bernstein Millionen von MusikliebhaberInnen auf der ganzen Welt aus dem Herzen.

Beeindruckende 166 Mal – 126 Opernvorstellungen, 21 Liederabende, 18 Orchesterkonzerte und eine Matinee – trat Christa Ludwig bei den Salzburger Festspielen auf, um 1993 mit einem letzten Liederabend Abschied von der Festspielbühne zu nehmen.

Doch jeder Abschied ist ein neuer Anfang, denn die Kammersängerin gibt seitdem regelmäßig Meisterklassen im Rahmen des „Young Singers Project“ der Salzburger Festspiele. Auch heuer wieder wird auch zur Freude des Salzburger Festspielpublikums am 21. Juli eine öffentliche Masterclass in der Aula stattfinden. Kostenlose Zählkarten für die Meisterklasse bekommen Sie ab 7. Juli im Salzburger Festspiele SHOP · KARTEN TICKETS, Hofstallgasse 1. <http://salzburgerfestspiele.at/>

Wr. Landespolizeivizepräsident Karl Mahrer offiziell verabschiedet

Landshauptfrau Johanna Mikl-Leitner: »Danke für all das, was du für die Republik geleistet hast und alles Gute für deine neue Aufgabe!«

Unter dem Motto „Jedes Ende ist ein neuer Anfang“ feierte der Abgeordnete zum Nationalrat Karl Mahrer am 9. März in der Landespolizeidirektion Wien seinen offiziellen Abschied als Polizist nach mehr als 43 Dienstjahren, zuletzt in der Funktion als Landespolizeivizepräsident, und gleichzeitig den Beginn seiner politischen Arbeit im Nationalrat. Gekommen waren zahlreiche Weggefährten aus Polizei, Politik, Kultur, Wirtschaft und Medien, unter ihnen Landshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Stadtrat Michael Ludwig, Stadtrat Markus Wölbitsch, der ehemalige Vizebürgermeister und Klubobmann Johann Gudenus, Brigitte Bierlein, Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes, die Volksanwälte Gertrude Brinek und Peter Fichtenbauer, Michaela Kardeis, Generaldirektorin für die öffentliche Sicherheit, und der Wiener Landespolizeipräsident Gerhard Pürstl.

Landshauptfrau Mikl-Leitner sprach von „unglaublich vielen Herausforderungen“ während ihrer Zeit als Innenministerin und nannte als Beispiele das Staatsschutzgesetz, den Ausbau der Bereitschaftseinheit, die Flüchtlingskrise, den schrecklichen Amoklauf am Annaberg und die gesamte Strukturreform. Sie habe immer gewußt, daß sie sich auf die Polizei verlassen konnte und die Polizei habe sich auch immer auf sie verlassen können.

Mahrer könne „mit sehr viel Genugtuung und Zufriedenheit“ auf seine Karriere als Polizist und Verantwortungsträger in der Polizei zurückblicken, so Mikl-Leitner. Er habe sein Amt immer so verstanden, „über alle Parteigrenzen hinweg zu arbeiten“, er habe seine Aufgabe mit „Vernunft, Kompetenz und Hausverstand“ erfüllt. Mahrer bringe nun eine große Kompetenz ins Parlament ein. „Für all das, was du für die Republik geleistet hast, ein herzliches Danke“, wünschte die Landshauptfrau Mahrer „alles Gute für deine neue Aufgabe“.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka sagte, Mahrer sei „ein Polizist vom Scheitel bis zur Sohle“, „ein begnadeter Netzwerker“ und habe „eine zutiefst christliche Einstel-



Foto: NLK / Filzwieser

Landshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit Gerhard Pürstl (l.) und Karl Mahrer

lung“. Mit ihm habe das Parlament erstmals nicht nur einen Sicherheitssprecher, sondern auch einen richtigen Polizeisprecher. „Herzlichen Dank für deine Arbeit und für deinen Einsatz für die Republik“, wünschte Sobotka Mahrer alles Gute für seinen Wechsel von der Exekutive zur Legislative.

Wiens Stadtrat Michael Ludwig betonte, daß Mahrer „für eine Art der Sicherheitspolitik, die Zukunft hat“ stehe. Er hob die gemeinsame Enquete „Gemeinsam.Sicher Wohnen“ hervor und betonte Mahrers Stärke als Netzwerker zu fungieren. Mahrer habe „über Parteigrenzen hinweg gute Kontakte gepflegt“, das sei beispielgebend.

Landespolizeipräsident Gerhard Pürstl sagte, Mahrer habe der Wiener Polizei „seinen eigenen Stempel aufgedrückt“. Er betonte Mahrers Gabe zu kommunizieren, durch die er die Polizei immer ins positive Licht gerückt habe. Mahrer sei immer bereit gewesen, für die Polizei da zu sein. Bei seiner Arbeit seien „Menschenrechte und Ordnung im Vordergrund gestanden“. Mahrer sei „sehr fordernd gewesen“ – nicht nur gegenüber seinen MitarbeiterInnen, sondern auch gegenüber sich selbst. Mahrers Karriere sei wie im Bilderbuch verlaufen, skizzierte Pürstl dessen wichtigste Stationen.

Als Vertreter seiner neuen beruflichen

Heimat sagte Stadtrat Markus Wölbitsch: „Wir sind sehr froh, daß wir deine Expertise bei uns im Team haben.“ Mahrer sei „eine große Bereicherung für die ÖVP im Bund und in Wien“.

In seinen Dankesworten sagte Mahrer, daß der Polizeiberuf „ein besonderer Beruf“ für ihn gewesen sei. „Jedes Ende ist ein neuer Anfang“, führte Mahrer aus, daß er mit Wehmut auf seine langjährige Tätigkeit bei der Polizei zurückblicke, gleichzeitig aber „Spannung und Freude“ in Hinblick auf seine neue Aufgabe empfinde. Besonders hob er die Aktion „Gemeinsam.Sicher“ hervor, ein Projekt, das nun „Teil des Regierungsprogramms, Teil der Polizeistruktur und Teil der Polizeikultur“ sei.

Karl Mahrer hat am 31. Dezember 1974 als Sicherheitswachebeamter in Ottakring seinen Dienst bei der Polizei begonnen. Dort war er 1981 dienstführender Beamter und von 1984 bis 1987 leitender Beamter in den Sicherheitswacheabteilungen Josefstadt und Favoriten. Es folgten viele weitere Funktionen und Karrieresprünge ehe Mahrer 2005 zunächst stellvertretender Landespolizeikommandant in Wien und schließlich 2009 Landespolizeikommandant in Wien wurde. Seit 2012 war er Landespolizeivizepräsident in Wien. ■

Josef Krainer-Preise 2018

Große Krainer-Preise für Elisabeth Gürtler-Mauthner und die EAV



Foto: steiermark.at / Fischer

LH Hermann Schützenhöfer und Gerald Schöpfer zeichneten gemeinsam mit Michael Krainer die diesjährigen PreisträgerInnen aus.

In der Aula der Alten Universität verlieh Steiermarks Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer am 19. März die Josef Krainer-Preise 2018. Die Preisverleihung nahm Schützenhöfer gemeinsam mit Gerald Schöpfer, dem Obmann des Josef Krainer-Gedenkwerks, sowie Michael Krainer vor. Mit Landtagspräsidentin Bettina Vollath, der Zweiten Landtagspräsidentin Manuela Khom sowie dem Dritten Landtagspräsidenten Gerhard Kurzmann sowie Landeshauptmann a.D. Waltraud Klasnic und Landtagspräsident a.D. Franz Majcen wohnten zahlreiche Ehrengäste der feierlichen Überreichung bei.

Der Große Josef Krainer-Preis wurde heuer Elisabeth Gürtler-Mauthner sowie der Band „EAV“ (Erste Allgemeine Verunsicherung) mit Klaus Eberhartinger, Thomas Spitzer, Kurt Keinrath, Franz Kreimer, Reinhard Stranzinger, Alvis Reid und Aaron Thier verliehen. Schützenhöfer: „Ich freue mich sehr, heute besondere Persönlichkeiten mit dem Josef-Krainer-Preis auszeichnen zu können. Die ‚EAV‘ ist im Laufe ihres 40jährigen Bestehens zu einer echten Institution in der österreichischen Musikgeschichte geworden und begeistert mit ihren Songs heute noch tausende Fans weit über die steirischen Landesgrenzen hinaus.“ Auch der zweiten Preisträgerin, Elisabeth Gürtler-Mauthner, gratulierte der steirische Landeshauptmann herzlich: „Die Anmut der weißen Lipizzaner, die

Strahlkraft des Wiener Opernballs und der elegante Charme eines Stückchens Sacher-torte sind jene Dinge, die vielen wohl sofort einfallen, wenn sie an Elisabeth Gürtler-Mauthner denken. Es ist insbesondere ihrem Engagement zu verdanken, daß das Lipizzanergestüt im weststeirischen Piber sich längst zu einem touristischen Höhepunkt und zugleich kulturellen Aushängeschild der Steiermark etabliert hat.“

Im Rahmen der Dankesworte betonten Klaus Eberhartinger und Thomas Spitzer: „Der Josef-Krainer-Preis ist der erste steirische Preis, den wir erhalten, das hat nunmehr 40 Jahre gedauert, umso mehr freuen wir uns darüber. Wir danken Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer sowie auch dem Präsidenten des Steirischen Gedenkwerks Gerald Schöpfer sehr herzlich. Wir waren im Laufe der Jahre bereits bei einigen Preisverleihungen, aber haben noch nie eine so tolle, gestraffte und angenehme derartige Veranstaltung erlebt.“

Auch Elisabeth Gürtler Mauthner nahm den Großen Josef-Krainer-Preis mit Freude in Empfang: „Ich nehme den Preis mit grosser Dankbarkeit an. Ich fühle mich besonders geehrt, mich in die Liste zahlreicher großer Persönlichkeiten, die bisher mit dem Josef-Krainer-Preis ausgezeichnet wurden, einzureihen. Für seine langjährige Unterstützung des Lipizzanergestüts Piber aber natür-

lich auch für die heutige Auszeichnung möchte ich Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer sehr herzlich danken.“

Weitere Josef-Krainer-Preise

Neben den Großen Josef-Krainer-Preisen wurden auch neun Josef-Krainer-Förderungspreise sowie zwei Josef-Krainer-Würdigungspreise verliehen. Die Würdigungspreise erhielten der Mathematiker Christoph Aistleitner sowie Claudia Haagen-Schützenhöfer, die für ihre Forschungsarbeit im Bereich der Didaktik der Physik ausgezeichnet wurde. Mit den Förderungspreisen wurden der Medizintechniker Christoph Birkel, Philipp Kainz im Bereich der Medizinischen Wissenschaften, die Materialphysikerin Ruth Konetschnik, der Naturwissenschaftler Alexander Melzer, die Physikerin Veronika Obersteiner, die Philosophin Andrea Ploder, der Physiker Daniel Scheiber, der Musikwissenschaftler Malik Sharif sowie der Rechtswissenschaftler Matthias Zussner ausgezeichnet. Den PreisträgerInnen gratulierte Schützenhöfer: „Ich bin stolz, die besonderen Leistungen der Geehrten mit diesem Preis, der einen so großen Namen trägt, auszeichnen zu können und gratuliere ihnen allen sehr herzlich dazu.“

<http://www.steiermark.at>

<http://www.eav.at>

<http://www.srs.at/start-piber/>

Sobotka und Lessing trauern um Johannes Schwantner

Mit großer Trauer und Betroffenheit haben Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, Hannah M. Lessing, am 13. März vom plötzlichen Tod des langjährigen Kuratoriumsmitglieds und engagierten antifaschistischen Kämpfers Professor Johannes Schwantner erfahren.

„Johannes Schwantner hat im Laufe seiner langjährigen Tätigkeit für den Nationalfonds Hervorragendes geleistet. Nicht zuletzt seine Leistungen für die Vermittlung von Geschichte an Jugendliche direkt an den Stätten des Holocaust waren beispielgebend“, so der Präsident des Nationalrats.

„Sein Engagement und seine laute Stimme für die antifaschistische Jugendarbeit waren beispielgebend. Sowohl bei der Arbeit mit den Gedenkdienern, die als ‚kleine Botschafter‘ Österreichs ihren Zivildienst geleistet haben, als auch in der Erinnerungsarbeit hat sich Schwantner bleibende Verdienste erworben“, so Generalsekretärin Lessing.

Schwantner war Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver Anti-



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Johannes Schwantner anlässlich der Präsentation der Rosa Jochmann Homepage im Parlament

faschistInnen, seit 2010 Mitglied des Gesellschaftlichen Beirats zur Neugestaltung der österreichischen Länderausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und seit 2013 Mitglied des Kuratoriums des Natio-

nalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus. In diesen Funktionen war Schwantner stets ein wichtiger Ansprechpartner für den Nationalfonds. ■

<https://www.nationalfonds.org>

Wien zeichnet Direktorin des Tiergartens Schönbrunn aus

Mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurde Prof. Dagmar Schratter, die Direktorin des Tiergartens Schönbrunn, am 12. März von Bürgermeister Michael Häupl im Rathaus ausgezeichnet.

„Der Tiergarten Schönbrunn unter der Leitung von Dagmar Schratter ist eine Wiener Institution mit Weltruf. Das beweisen die vielen Auszeichnungen als bester Zoo Europas in den letzten zehn Jahren. Er ist Fixpunkt für Touristen aus der ganzen Welt und viele WienerInnen verbinden mit ihm schöne Kindheitserinnerungen. Auch zur zoologischen Forschung leistet der Tiergarten einen wesentlichen Beitrag“, würdigte Bürgermeister Michael Häupl die Leistungen Schratters.

Umwelt- und Tierschutzstadträtin Ulli Sima lobte die Verdienste Schratters um den Tier- und Artenschutz: „Der Tiergarten Schönbrunn leistet wichtige Arbeit zum Artenschutz und setzt auf Aufklärung und Bewusstseinsbildung – auch schon bei den Kleinsten. Dies ist für Dagmar Schratter auch als Obfrau des Vereins ‚Tierschutz macht Schule‘ ein Anliegen, mit dem wir als Stadt im Rah-



Foto: PID / Martin Votava

Bürgermeister Michael Häupl überreicht Prof. Dagmar Schratter das Goldene Ehrenzeichen

men des Umweltbildungsprogramms EULE immer wieder sehr erfolgreich kooperieren.“

Als Laudator für Schratter gab sich ihr Vorgänger als Tiergarten-Direktor, Helmut Pechlaner, im Festsaal des Wiener Rathauses die Ehre und würdigte die beeindruckenden Leistungen und großen Erfolge Schratters.

Dagmar Schratter führt mit dem Schönbrunner Tiergarten sowohl den ältesten als auch einen der modernsten Zoos der Welt. Der Tiergarten ist außerdem ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor, da er zu den beliebtesten Tourismusattraktionen der Stadt zählt. ■

<http://www.zoovienna.at>

Ein Geschenk weiterschicken

Ausstellungen, Wanderbühnen, neue Kompositionen in Kirchenmusik und ungewöhnliche Kooperationen zeichnen das vielfältige Programm der 800-Jahr Feier der Diözese Graz-Seckau aus.

Das Jubiläum sei ein „Geschenk, das die Katholische Kirche Steiermark an alle weitergeben möchte“, sagte der Bischof der Diözese Graz-Seckau, Wilhelm Krautwaschl, bei der Präsentation des Programmguides am Josefitag, dem 19. März, im steirischen Pressclub. Für ihn sei der neue Programmguide Hilfe im „Hineinwachsen in das Diözesanjubiläum.“ Das Feiern liege der Katholischen Kirche, ist es doch im Kern Christus, der uns immer wieder zusammenrufe. Bischof Krautwaschl: „Die Freude über das uns in all der Geschichte so reich Geschenkte hat seinen Grund in der Freude des Evangeliums. Und auch wenn wir klar unsere Verfehlungen, unsere Sünden benennen und in den verschiedensten Veranstaltungen auch darstellen, es ist die Freude, die uns weiterträgt und unsere Geschichte in eine Zukunft hineinschreibt“, so der 58. Bischof der 1218 im obersteirischen Seckau gegründeten Diözese.

Jubiläum bedeutet Zukunft

Thomas Bäckemberger, Generalsekretär des Weg2018 Büros, welche die umfangreichen Vorbereitungen des Jubiläums koordiniert, sieht das Engagement für das Jubiläum als Investition und Ausblick in die Zukunft der Diözese Graz-Seckau. „Daß Kirche sich ändern muß, wenn sie in Zukunft noch Relevanz haben will, wird vielen immer bewusster. Deshalb nutzen wir das Jubiläum, um existenzielle Fragen in neuer Form zu stellen und gemeinsam nach hilfreichen Antworten für das Leben im Hier und Jetzt zu suchen – an anderen Orten, mit ungewohnten Formaten und Kooperationen mit neuen Partnern.“

Kein Glaube an die Zukunft ohne Geschichte

Johannes Rauchenberger, hauptverantwortlicher Kurator des Diözesanjubiläums, sagte zur Herausforderung der Gestaltung: „Jubiläen können etwas Selbstherrliches haben. Jubiläen können langweilig und verstaubt sein. ‚Geschichte‘ hat den Ruf von Vergangenen, Kirchengeschichte erst recht.“ Mit den fünf Ausstellungen an historisch starken Orten dieses Landes habe man es anders angelegt. Die Grundfrage, die ihn bis heute fasziniere, sei: „Wie erzähle ich Geschich-



v.l.: Bischofsvikar Heinrich Schnuderl, Thomas Bäckemberger, Generalsekretär Weg 2018, Bischof Wilhelm Krautwaschl und Kurator Johannes Rauchenberger



Blick vom Schloßberg mit dem Grazer Dom, der Katharinenkirche und dem Mausoleum

te?“ „Denn ob es uns offen bewußt ist, oder ob es noch im Unbewußten liegt: Identität und Selbstverständnis hängen von der Deutung unserer eigenen Geschichte(n) ab, auch als Kirche. Wer seinen Glauben an die Zukunft geschichtslos beantworten will, den holen die ‚Geister der Vergangenheit‘ ein.“

Umfangreiches Programm

Höhepunkt des Jubiläums wird der große Festgottesdienst auf dem „Platz der Versöh-

nung“ am Sonntag dem 24. Juni um 10 Uhr im Grazer Stadtpark sein. Bereits am Samstag wird die Katholische Kirche Steiermark an verschiedenen Plätzen der Innenstadt Bühnen mit Musik, Talk und Unterhaltung bespielen, wie es auch eine „Kirchenmeile“ durch die Herrengasse mit ungewohnten Einblicke in kirchliche Einrichtungen geben wird. Den Abschluß des Jubiläums bildet die Aufstellung eines künstlerisch gestalteten Jubiläumskreuzes am 2018 Meter hohen Him-

Religion und Kirche

melkogel am 1. September mit der Open-Air-Aufführung von Haydns „Die Schöpfung“.

Zentral sind acht Bühnen in den Regionen, Start Judenburg, 30. April, wie fünf grosse Ausstellungen, die Geschichte und Gegenwart in der Auseinandersetzung von zeitgenössischer mit sakraler Kunst verbinden, Beginn mit 12. April der beiden Ausstellungen in Graz „Glaube Liebe Hoffnung“ und „Last & Inspiration“. Die Katholische Kirche Steiermark kooperiert mit sehr vielen Partnern, allen voran mit dem Kunsthaus Graz.

Zur Diözese Graz-Seckau

Die Geschichte der Diözese Graz-Seckau ist eng mit der Stiftskirche von Seckau in der Obersteiermark verbunden: Mit der Gründung eines Suffraganbistums durch den Salzburger Erzbischof Eberhard II. im Jahr

1218 erlangte das am 16. September 1164 von Bischof Hartmann von Brixen den Heiligen drei Königen geweihte Gotteshaus den Rang einer Kathedrale und gewann jahrhundertlang Bedeutung als Bischofsitz und Grabstätte. Erst nach der Aufhebung des Chorherrenstiftes 1782 wurde der Bischofssitz nach Graz verlegt.

Der Anstoß für die Gründung des Bistums Seckau kam 1217 aus Salzburg: Im Herbst des Jahres reiste Propst Karl von Friesach im Auftrag von Erzbischof Eberhard nach Rom, um über die Errichtung einer Diözese zu verhandeln.

Die Bistumsgründung ist urkundlich nicht direkt belegbar, kann aber aufgrund zweier Quellen auf den Sommer 1218 datiert werden – einerseits durch die päpstliche Erlaubnis (22. Juni 1218) und durch ein entsprechendes päpstliches Schreiben vom 8. Juli

1218 an das Stift Seckau, andererseits durch die erste Nennung von Bischof Karl (25. September 1218) bzw. schließlich durch die weltliche Bestätigung von König Friedrich II. vom 26. Oktober 1218. Als „Gründungsväter“ des neuen Bistums gelten somit der Salzburger Erzbischof Eberhard II., Papst Honorius III. und König Friedrich II.

Die heutigen Diözesangrenzen sind mit denen des Bundeslandes Steiermark weitestgehend identisch und umspannen 16.386 km². Die Diözese umfaßt 22 Dekanate mit 388 Pfarren (einschließlich 2 Lokalien und 1 Expositur). 339 davon sind in insgesamt 124 Pfarrverbänden zusammengeschlossen. In den steirischen Pfarren leben ca. 1.232.000 Menschen, 826.543 davon sind KatholikInnen. ■

<http://www.800-jahre-graz-seckau.at>
www.katholische-kirche-steiermark.at

Salzburger Pfarrer Wolfgang Rehner ist neuer steirischer Superintendent

Der Salzburger Pfarrer Wolfgang Rehner wird neuer Superintendent der Evangelischen Kirche A.B. in der Steiermark. Rehner wurde am 10. März von den Delegierten der steirischen Superintendentenversammlung in Bruck an der Mur im 2. Wahlgang mit der nötigen Zweidrittelmehrheit gewählt. Er erhielt 61 von 75 Stimmen. Der Wahl gestellt hatten sich auch die Pfarrer Andreas Gerhold (Stainz), Heribert Hribernig (Markt Allhau) und Paul Gerhart Nitsche (Graz-Kreuzkirche).

Vor den Delegierten der steirischen Pfarrgemeinden sprach Wolfgang Rehner von „Halt und Hoffnung“, die er als Superintendent vermitteln wolle. „Abbau verwalten ist nicht mein Geschäft“, so Rehner wörtlich. Als Evangelische Kirche „sind wir nicht für uns selbst da, sondern immer mit anderen und für andere“. Vor 22 Jahren sei er als „Wirtschaftsmigrant“ in die Steiermark gekommen und hier heimisch geworden, „dafür bin ich dankbar“.

Die Wahl eines neuen Superintendents war notwendig geworden, da der bisherige Amtsinhaber Hermann Miklas im August nach 19 Jahren in den Ruhestand tritt. Das Amt des Superintendents entspricht dem des Diözesanbischofs in der Römisch-katholischen Kirche.

„Ich freue mich, daß es gelungen ist, mit Wolfgang Rehner einen guten Nachfolger zu



Wolfgang Rehner, designierter steirischer Superintendent, ist derzeit Pfarrer in Salzburg.

finden“, sagte der amtierende Superintendent Miklas, für den ist es ein „Zeichen der demokratischen Reife, daß wir solche Wahlvorgänge trotz unterschiedlicher Ausgangspositionen in guter und geordneter Form gestalten können“. Jede christliche Kirche komme anders zu ihrer Leitung, aber: „Alle hoffen darauf, daß der Heilige Geist wirkt.“

Beeindruckt von der „klaren Mehrheit und breiten Unterstützung“ zeigte sich Superintendentenalkurator Michael Axmann, der das weltliche Pendant zum Superintendenten bildet und die Wahl geleitet hatte. „Persönlich

freue ich mich auf die Zusammenarbeit, wenn Wolfgang Rehner so gestärkt aus der Wahl hervorgeht“, so Axmann.

„Die Herausforderung, vor denen Kirchen stehen verlangen nach einer qualitätsvollen spirituell fundierten Leitung, die darauf achtet, daß das Evangelium glaubwürdig gelebt wird“, betonte Bischof Michael Bünker nach der Wahl. Wolfgang Rehner bringe dazu „die besten Voraussetzungen mit, nicht zuletzt durch die Erfahrungen in einem anderen europäischen Land.“ ■

<https://evang.at>

»Cuisine Royale« zu Gast auf Schloß Artstetten

Die kulinarische Fernsehserie »Cuisine Royale« gibt Einblicke in die Küchegeheimnisse und Feste des Adels. In einer aktuellen Folge wurde Fürstin Anita Hohenberg und ihre Familie von *arte* auf Schloß Artstetten in Niederösterreich besucht.



Foto: Schloss Artstetten / D. Mayrhofer

Spitzenkoch Johann Lafer in der Küche auf Schloß Artstetten – umringt vom Kamerateam des französisch-deutschen Fernsehsenders *arte*

Das märchenhafte Schloß Artstetten war Sitz und Sommerresidenz des Hauses Habsburg. Zum Geburtstag ihrer Tochter Gräfin Alix ließ die Fürstin den in Deutschland lebenden Spitzenkoch aus der Steiermark, Johann Lafer, er wurde übrigens 2012 vom Auslandsösterreicher Weltbund zum „Auslandsösterreicher des Jahres“ gewählt, – Lieblingsrezepte der Habsburger neu interpretieren – mit Zutaten aus der Region.

Fürstin Anita Hohenberg lebt mit ihrer Familie auf Schloß Artstetten in Niederösterreich, hoch über der Donau, nur eine Autostunde von Wien entfernt. Anita Hohenberg ist die Urenkelin von Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich, der am 28. Juni 1914 in Sarajevo einem Attentat zum Opfer fiel. Im Schloß befindet sich seine letzte Ruhestätte. Im Ort wird sie von allen Fürstin Anita genannt, obwohl es in Österreich eigentlich keine Adelstitel mehr gibt. Sie kam 1958 als Tochter von Franz Herzog von Hohenberg und Elisabeth von Bourbon-Parma, Prinzessin von Luxemburg und Nassau, zur Welt.

Die Fürstin hat vier Kinder und ist in zweiter Ehe mit Andreas Graf Bardeau verheiratet. Vor einigen Jahren hat Anita Hohen-



Foto: Schloss Artstetten / D. Mayrhofer

Gräfin Alix de la Poeze d'Hambure-Fraye und Johann Lafer auf Schloß Artstetten

berg die Führung des Familienunternehmens ihrer Tochter übergeben. Gräfin Alix de la Poeze d'Hambure-Fraye war Innenarchi-

tektin in Paris, bevor sie nach Artstetten zurückkam. Gemeinsam mit ihrem Ehemann François-Xavier Fraye, der aus einer alten französischen Militärfamilie stammt, will sie das Schloß in die Zukunft führen. Das Paar hat vier Kinder.

Anlässlich des Geburtstags ihrer Tochter Alix lud die Fürstin zu einem festlichen Dîner aux Chandelles ins Schloß Artstetten, zu dem Adelige aus ganz Österreich angereist waren. Johann Lafer nahm sich trotz seines vollen Terminkalenders Zeit für diesen Anlaß, denn Gräfin Alix wünschte sich, den Starkoch einmal live in der Küche zu erleben.

Um den passenden Wein zu seinem Menü zu servieren, fuhr Johann Lafer zu einem Freund und Winzer ins Traisental: dem ehemaligen österreichischen Finanzminister Hans Jörg Schelling, der sich dort mit dem Stiftsweingut Herzogenburg einen alten Traum erfüllt. ■

Hier können Sie den *arte*-Beitrag (übrigens auch andere) sehen:

<https://www.arte.tv/de/videos/074557-004-A/cuisine-royale/>
Informationen zum Schloß Artstetten:

<http://www.schloss-artstetten.at>

Next-Generation Biopharmazeutika

Einer internationalen Kooperation des Austrian Centre of Industrial Biotechnology, der BOKU Wien und dem Boyce Thompson Institute in New York gelang ein Meilenstein bei der Herstellung moderner Biopharmazeutika.

Die Herstellung von Next-Generation Biopharmazeutika und Impfstoffen war bisher mit zahlreichen Herausforderungen verbunden. Das Austrian Centre of Industrial Biotechnology und die BOKU Wien haben gemeinsam mit dem Boyce Thompson Institute in New York eine neue Produktionsplattform entwickelt, die eine schnellere, ökonomischere und sicherere Herstellung moderner Pharmazeutika verspricht – von Gentherapien bei neurodegenerativen Erkrankungen wie Parkinson oder Alzheimer über die Krebstherapie bis hin zu modernen Präventiv-Impfstoffen gegen das Influenza-, HIV-, Dengue- oder Zika-Virus.

Moderne Biopharmazeutika werden häufig auf Basis verschiedener Designer-Proteine wie virus-ähnlicher Partikel (VLP) hergestellt und wachsen auf eukaryotischen Organismen wie Hefen oder Insektenzellen. VLPs. Eine der vielen Anwendungen von VLPs ist etwa, als Impfstoff den Körper bei der Bildung von Antikörpern gegen verschiedene Erreger zu unterstützen. Das Immunsystem muß man sich dabei als Memoryspieler vorstellen, der die Oberflächen des jeweiligen Virus erkennt, und, sobald in Kontakt mit ihm, Resistenzen ausbildet. Dieses Prinzip machen sich VLPs zunutze: Sie imitieren die Oberfläche des Virus und täuschen eine Infektion vor, ohne den Körper zu schädigen. Das gefährliche, für die Ansteckung verantwortliche Erbgut im Inneren der Hülle eines Virus ist nämlich entfernt. Da sich die Oberflächenproteine der VLP gezielt auf verschiedenste Anwendungen maßschneidern lassen, wird die Next-Generation Nanopartikel-Technologie für die Industrie immer interessanter. Allerdings braucht es für die Produktion dieser spezifischen Art von Biomolekülen auch neue, vor allem stabilere Herstellungsverfahren.

„Bisherige Produktionsmethoden (Impfstoffe) werden seit rund 50 Jahren mithilfe von Saatviren hergestellt, das sind lebende Krankheitserreger, die sich in Zellen aus Hühnereiern vermehren. Damit werden etwa zugelassene Influenza-Vakzine produziert.

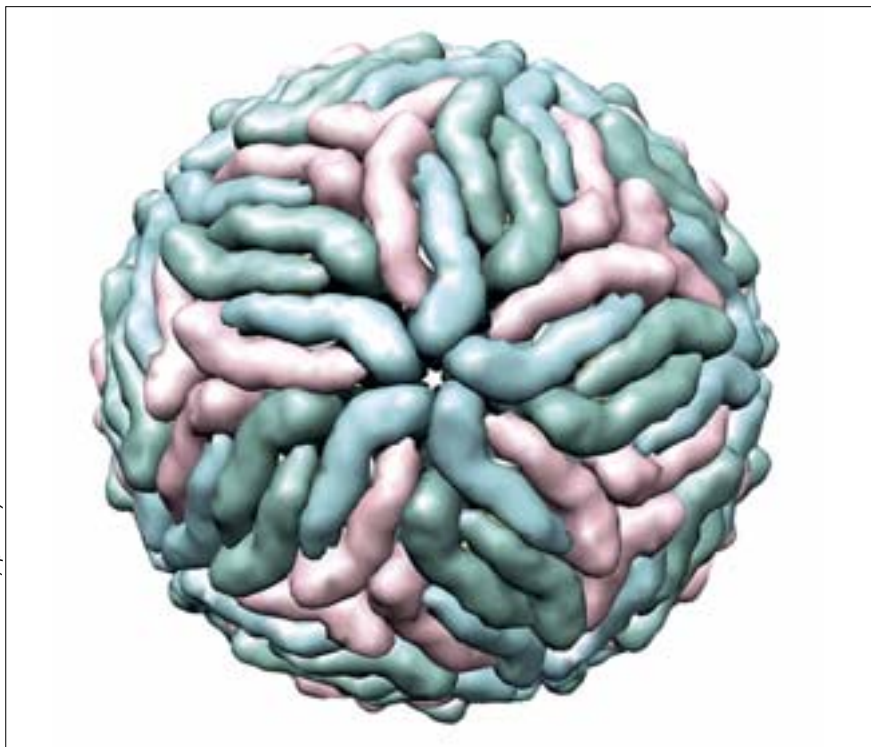


Projektleiterin Prof. Reingard Grabherr,
Institut für Biotechnologie an der BOKU

Durch die Faustregel „Pro Ei eine Impfstoffdosis“ ist die Zahl der Vakzine bei weltweit ca. 150 bis 200 Millionen verfügbaren Eiern begrenzt. Auch bisher eingesetzte alternative Plattformen wie die Impfstoffproduktion in Zellkulturen (z.B. Säugetierzellen) haben den Nachteil, instabil zu sein.

Verbesserte Insektenzelllinie zur Proteinproduktion

In einem Kooperationsprojekt zwischen dem Austrian Centre of Industrial Biotechnology (acib) und dem Boyce Thompson Institute (BTI) an der Cornell University in New York (USA) wird an einer Plattformtechnologie zur optimierten Produktion diverser Proteine geforscht. „Möglich macht das eine vom BTI entwickelte Zelllinie, die, anders als ursprünglich mit Insektenviren befallene Expressionssysteme, erstmals gänzlich virusfrei ist“, erklärt acib-Forscherin und Projektleiterin Reingard Grabherr.



Detail-Abbildung eines Dengue-Virus

Am acib wird der Prozeß im Maßstab einer Pilotanlage getestet. Die genetisch optimierte Insektenzelllinie wird in einem Bioreaktor durch einen ausgeklügelten Fermentationsprozeß zum Wachstum und zur Protein-Produktion angeregt, bevor die Forscher – z.B. bei Impfstoffen – die gewünschte genetische Information für die Produktion der Impfstoff-Partikel auf die Designer Proteine übertragen. Nach ca. vier Tagen werden die von der Zelle produzierten Partikel aufgereinigt. Das Resultat sind Virus Like Partikels.

„Durch die Zusammenarbeit mit dem acib können wir die neuen Zelllinien unter Bedingungen beobachten, wie sie normalerweise in der kommerziellen Produktion vorkommen. Die neue Technologie unter diesen Bedingungen zu testen, stellt für ein universitäres Umfeld ein Novum dar“, freut sich Paul Debbie, Director of technology transfer and licensing am BTI, der die gute Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Prozesstechnikern hervorhebt.

Großes Potential für die Pharmazie

Aktuell sind die Forscher bemüht, die Produktionsplattform für die industrielle Anwendung vorzubereiten. „Um eine noch höhere Prozeßstabilität zu erreichen und Ausfälle zu vermeiden, führen wir Transkriptomik-Analysen durch und schauen, wie sich die ca. 15.000 verschiedenen Gene der Zelle verhalten“, so acib-Forscher Wolfgang Ernst. „Der Prozeß zeigt als neue Plattform-Technologie großes Potential für die pharmazeutische Industrie“, erklärt acib-Arealeiter und BOKU-Forscher Alois Jungbauer, der bereits mit interessierten, internationalen Unternehmen im Gespräch ist.

Mit der neuen Technologie könnte eine breite Palette an Next Generation Biopharmaceuticals schon in wenigen Jahren wesentlich schneller, einfacher und sicherer hergestellt werden. Die Anwendungen von Virus-like Particles eignen sich von Gentherapien bei neurodegenerativen Erkrankungen wie Parkinson oder Alzheimer über die Krebstherapie bis hin zu modernen Präventiv-Impfstoffe z.B. gegen das Influenza, HIV-, Dengue- oder Zika-Virus.

Über acib

Das Austrian Centre of Industrial Biotechnology (acib) entwickelt neue, umweltfreundlichere und ökonomischere Prozesse für die Industrie (Biotech, Chemie, Pharma) und verwendet dafür die Methoden der Natur als Vorbild und die Werkzeuge der Natur als Hilfsmittel. Das acib, eine Non-Profit-



Foto: <http://www.bilderbox.com>

Mit der neuen Technologie könnte eine breite Palette an Next Generation Biopharmaceuticals schon in wenigen Jahren wesentlich schneller, einfacher und sicherer hergestellt werden.

Organisation, ist ein internationales Forschungszentrum für industrielle Biotechnologie mit Standorten in Graz, Innsbruck, Tulln, Wien (A), Bielefeld, Heidelberg und Hamburg (D) sowie Pavia (I), Canterbury (AUS), Neuseeland (NZL) und Taiwan und versteht sich als Partnerschaft von 150+ Universitäten und Unternehmen. Darunter bekannte Namen wie BASF, DSM, Sandoz, Boehringer Ingelheim RCV, Jungbunzlauer oder VTU Technology.

Am acib forschen und arbeiten derzeit 250+ Beschäftigte an mehr als 175 Forschungsprojekten.

Eigentümer des acib sind die Universitäten Innsbruck und Graz, die TU Graz, die Universität für Bodenkultur Wien sowie Joanneum Research. Gefördert wird das K2-Zentrum im Rahmen von COMET – Competence Centers for Excellent Technologies durch das BMVIT, BMFWF sowie die Länder Steiermark, Wien, Niederösterreich und Tirol. Das COMET-Programm wird durch die FFG abgewickelt.

Über die Universität für Bodenkultur Wien

Das „Hochschülchen“ (Rainer Schubert-Soldern), das seit 1896 seinen Sitz auf der Türkenschanze hat, war eine kleine Agrarhochschule, die 1872 gegründet worden war.

Die „grüne Universität im Grünen“ wurde schon früh „alma mater viridis“ - „grüne Nährmutter“ genannt. Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, sowie seit 1945 Gärungstechnik – später Lebensmittel- und Biotechnolo-

gie – und seit 1991 „Landschaftsplanung und Landschaftspflege“ wurden als Studiengänge angeboten.

Heute ist die BOKU eine moderne, international aufgestellte University of Life Sciences mit 8 Bachelor- und 26 Masterstudien für über 12.500 Studierende.

Über die Cornell University

Die Cornell University ist eine amerikanische Privatuniversität und hat ihren Hauptcampus in Ithaca, New York (USA). Sie ist, wie auch Harvard, Yale und Princeton, eine der acht Universitäten der Ivy League und zählt zu den renommiertesten Universitäten der Welt.

Gegründet wurde die Cornell University 1865 von Ezra Cornell, einem Geschäftsmann und Pionier der Telekommunikationsindustrie, und Andrew Dickson White, einem bekannten Gelehrten und Politiker.

Heute studieren mehr als 20.000 Personen an den drei Hauptstandorten in Ithaca, New York City (Humanmedizin sowie Cornell Tech) und Doha (Katar). Cornell ist ein zahlenmäßig großes Mitglied der Ivy League und kann bis heute auf 47 Nobelpreisträger unter den Studenten und Fakultätsangehörigen verweisen. Die Universität schneidet in diversen Rankings regelmäßig unter den besten 15 der Welt ab (diese Info haben wir <https://www.wikipedia.de>) entnommen. ■

<http://www.acib.at>

<http://www.boku.ac.at>

<http://www.cornell.edu>

Heilen mit Licht?

Grazer WissenschaftlerInnen entwickeln Methode zur Zellkontrolle mittels Licht – Neue Therapiekonzepte und Arzneimittelentwicklungen als Zukunftsvision

Das zunehmend an Aktualität gewinnende Feld der Photopharmakologie nutzt durch Licht schaltbare Moleküle (molekulare Lichtsensoren), um die präzise Kontrolle über biologische/pharmakologische Wirkungen zu erlangen. An der Med Uni Graz konnte nun gemeinsam mit KollegInnen des Forschungsverbundes BioTechMed-Graz und in enger Vernetzung mit Arbeitsgruppen an der Johannes Kepler Universität Linz und der Medizinischen Universität Wien ein völlig neuartiges Prinzip entwickelt werden, welches künstliche Fettmoleküle zur Kontrolle von Zell- und Organfunktionen nutzt. Darin sehen die WissenschaftlerInnen einen wichtigen Ansatz zur Entwicklung neuer Therapiekonzepte. Die Forschungsergebnisse wurden aktuell im „Journal Nature Chemical Biology“ veröffentlicht.

Lichtsteuerung: Eingriff in den Zellstoffwechsel möglich

Methoden zur Kontrolle und Steuerung von Zell- und Gewebefunktionen durch Licht haben in den letzten Jahren große Aufmerksamkeit erreicht und werden stetig weiterentwickelt. Die Möglichkeit des zeitlich und räumlich hochpräzisen Eingriffs in den Zellstoffwechsel mit optischen Methoden hat bahnbrechende Bedeutung in der Grundlagenforschung erlangt und wird zunehmend auch für Anwendungen in der Medizin, so zB. für den effizienten und berührungsfreien Eingriff in Gehirn- und Herzfunktionen aber auch zur lokalen Steuerung von Immunzellen und damit zur Tumorbehandlung adaptiert. „Die ursprünglich rein genetische Strategie (Optogenetik) ist mittlerweile um eine Reihe verwandter Technologien erweitert worden. Insbesondere die Photopharmakologie, also der Einsatz von lichtkontrollierten Pharmaka und die Optochemogenetik, bei der in bestimmten Körperzellen spezifische Sensitivität für photopharmakologische Intervention erzeugt wird, etablieren sich derzeit als neue biomedizinische Technologien“, erklärt Univ.-Prof. Klaus Groschner, Lehrstuhl für Biophysik an der Medizinischen Universität Graz. Diesen Ansatz verfolgen Klaus Groschner, Michaela Lichtenegger und Oleksandra Tiapko an der Med Uni Graz gemeinsam mit PD Toma Glasnov von Insti-



Foto: Med Uni Graz

In den letzten fünf Jahren haben die Grazer WissenschaftlerInnen ein völlig neuartiges photopharmakologisches und optochemogenetisches Prinzip entwickelt.

tut für Chemie der Karl-Franzens-Universität Graz im Forschungsverbund BioTechMed-Graz.

Grazer Entwicklung zur kontrollierten Zellsteuerung

In den letzten fünf Jahren haben die Grazer WissenschaftlerInnen ein völlig neuartiges photopharmakologisches und optochemogenetisches Prinzip entwickelt, welches innerhalb der Forschungscommunity auf großes Interesse stößt. „Wir nutzen künstliche, durch Licht steuerbare Fettmoleküle – sogenannte optisch schaltbare Lipide bzw. Photolipide – um Zell- und Organfunktionen gezielt kontrollieren zu können“, beschreibt Klaus Groschner das Verfahren. In der aktuellen wissenschaftlichen Arbeit wurden spezielle Lipidrezeptoren, Moleküle der TRP Ionenkanalfamilie, detailliert untersucht. „TRP-Kanäle bestehen aus verschiedenen Proteinen und sind entwicklungsgeschichtlich sehr alt und kommen beispielsweise schon in Hefezellen vor. Beim Menschen spielen sie vor allem in der Geschmackswahrnehmung sowie dem Temperatur- und Schmerzempfinden eine große Rolle“, erklärt Klaus Groschner.

Die Grazer ForscherInnen konnten mit Hilfe neu entwickelter Photolipide den Mechanismus der Lipidsensitivität dieser TRP-Kanäle aufklären und aus diesem Wissen die Rezeptoren als Zielstrukturen für optische Interventionen – also durch Licht gesteuerte Eingriffe – etablieren. Die lipidempfindlichen TRP Moleküle werden sowohl im Gehirn als auch im Herz-Kreislauf- und Immunsystem exprimiert und können durch gezielte genetische Veränderungen zu einem höchstempfindlichen (Super)rezeptor für künstliche Photolipide modifiziert werden, ohne dabei die Reaktion auf den normalen (physiologischen) Fettstoffwechsel wesentlich zu verändern. Damit erscheint eine weitere Stufe der Präzision und Spezifität der Zellsteuerung durch Licht erreicht.

„Die erhaltenen Erkenntnisse und die neu etablierte Technologie sollen nun zur Entwicklung von neuen Therapiekonzepten sowie raschen/hocheffizienten optischen Screeningverfahren in der Pharmakologie bzw. Arzneimittelentwicklung zum Einsatz kommen“, blickt Klaus Groschner in die Zukunft. ■

<https://www.medunigraz.at>

<https://www.nature.com/articles/s41589-018-0015-6>

Deutliche Belastung der Umwelt bereits in der Bronzezeit

Die von Menschen verursachten Eingriffe in die Umwelt und einhergehende Umweltverschmutzung haben dazu geführt, daß wir vom Anthropozän, einem neuen geologischen Zeitalter sprechen.

Foto: Universität Wien / Erich Draganits



Die neuen Erkenntnisse der Geowissenschaftler lassen auf ein »Frühes Anthropozän« schließen.

Geowissenschaftler der Universität Wien und der Universität für Bodenkultur Wien haben mittels Archivanalysen herausgefunden, daß der menschliche Einfluß auf die Umwelt schon wesentlich früher begonnen hat, als bisher angenommen. Die erhöhte Konzentration von Schwermetallen in Eisbohrkernen deutet auf ein „Frühes Anthropozän“ ab der Bronzezeit hin. Die Ergebnisse dazu sind kürzlich in der Fachzeitschrift „The Anthropocene Review“ erschienen.

Schwermetallanreicherungen sind nicht nur Umweltgifte, sondern können auch als Anzeiger für einen möglichen neuen Abschnitt der Erdgeschichte – dem Anthropozän als Zeitalter des Menschen – verwendet werden. Der Einfluß des Menschen auf das System Erde hat sich aber nicht plötzlich manifestiert, sondern ist über Jahrhunderte und Jahrtausende graduell und langsam gewachsen, bis er in der „Großen Beschleunigung“ nach dem Zweiten Weltkrieg massiv zugenommen hat.

Die Geowissenschaftler Michael Wagerich von der Universität Wien und Erich Draganits von der Universität für Bodenkultur Wien haben sich aktuell mit der Frage beschäftigt, ob bereits frühere Spuren des Menschen in geologischen Archiven zu finden sind.

Eisbohrkerne geben Aufschluß

Wie die aktuelle Studie aufzeigt, finden sich die bisher ältesten Spuren für unbestritten menschlichen Einfluß beispielsweise in Eis-

bohrkernen der Nordhemisphäre. Dabei konnten erhöhte Konzentrationen von Schwermetallen, wie Kupfer und Blei, die eindeutig vom menschlichen Erzabbau und der Verhüttung aus der Kupfer-, Eisen- und Römerzeit stammen, nachgewiesen werden. „Man kann sich die plakative Frage stellen, ab wann der Mensch begonnen hat, die Erde zu vergiften“, so der Geologe Michael Wagerich: „Eine Antwort darauf finden wir in vielen geologischen Archiven.“ Das älteste Signal dafür ist etwa 3.200 bis 2.500 Jahre alt und wird der phönizisch-griechischen Kupfer- und Silberproduktion zugeordnet. Die damit einhergehende Bleianreicherung konnte etwa in einem Eisbohrkern aus dem arktischen Kanada nachgewiesen werden, der ungefähr das Dreifache der natürlich vorkommenden Bleiwerte beinhaltet.

Erdwissenschaften, Archäologie und Geschichte forschen zusammen

Vor rund 2.000 Jahren zeigt sich sogar eine noch stärkere Bleikontamination mit bis zu fünffach erhöhten Ausgangswerten, welche auf die intensive römische Metallproduktion zurückgeht. Diese wurde vor allem auf der iberischen Halbinsel nachgewiesen – die Isotopenzusammensetzung des Bleis läßt dabei direkt auf die Herkunft aus Erzlagerstätten im heutigen Spanien schließen. „Die Verschmutzung durch Blei und andere Metalle wurde nicht nur durch Flüsse verbreitet, sondern auch in der Atmosphäre

in Form von Aerosolen, die vor allem bei der Metallerzeugung, dem Rosten bzw. Verhüten des metallführenden Erzes entstanden sind“, erklärt Erich Draganits und ergänzt: „Die neuen Erkenntnisse machen eine interdisziplinäre Kooperation von Erdwissenschaften, Archäologie und Geschichtswissenschaften notwendig.“

„Wir sehen eine sehr frühe Anreicherung von Schwermetallen durch bronzezeitlichen bis römischen Bergbau. Allerdings ist das Ausmaß wesentlich kleiner und nicht global, wie später ab der Industriellen Revolution und besonders mit dem verbleiten Benzin in den 1950er Jahren“, so Wagerich. Die aktuellen Forschungsergebnisse sind auch ein Beitrag zur generellen Debatte über die Bedeutung des Anthropozäns sowie der Diskussion über den genauen Startpunkt dieses, und durch welche geologischen Signale eine Definition möglich wäre.

Derzeit setzt die internationale Arbeitsgruppe, deren Mitglied Michael Wagerich ist, mehrheitlich einen Beginn des Anthropozäns um die 1950er-Jahre fest, da hier die ersten Nachweise von durch Atombombenversuche freigesetzte Radionuklide, wie etwa Plutonium, erbracht wurden. Die wesentlich älteren Bleifreisetzungen bestimmen aber einen Zeitraum, der als „Frühes Anthropozän“ schon Eingang in die Fachliteratur gefunden hat. ■

<https://www.univie.ac.at>

<http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/2053019618756682>

Suche nach dem Ursprung von Planetenatmosphären

Neue Exoplanetenmission ARIEL mit Beteiligung der Universität Wien



© ESA/STFC RAL Space / UCL / Europlanet-Science Office

Künstlerische Darstellung des Fluges von ARIEL zu seinem Bestimmungsort außerhalb der Erdbahn.

Die Europäische Weltraumagentur ESA hat das Weltraumobservatorium ARIEL als neue Exoplanetenmission mit geplantem Start im Jahr 2028 ausgewählt. Das Institut für Astrophysik der Universität Wien ist maßgeblich an der Mission beteiligt. ARIELs Ziel ist es, fundamentale Fragen zur Entstehung und Evolution von extrasolaren Planetensystemen zu beantworten. Während ihrer vierjährigen Mission wird ARIEL 1.000 Planeten in der Umlaufbahn um andere Sterne beobachten und die chemische Zusammensetzung von Planetenatmosphären untersuchen.

ARIEL wurde in einem internationalen Konsortium von über 60 Instituten aus 15 ESA-Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, entwickelt. Der Leiter der Österreichischen Beteiligung, Manuel Güdel von der Universität Wien, sagt: „Auch, wenn wir bisher ca. 3.800 Exoplaneten entdeckt haben, so bleiben ihre Eigenschaften und ihre Zusammensetzung noch immer rätselhaft. ARIEL wird eine genügend große Anzahl dieser Planeten untersuchen, um die komplexen chemischen Vorgänge in ihren Atmosphären zu charakterisieren. Damit können wir die Frage beantworten, wie diese Planeten um andere Sterne aufgebaut und wie sie entstanden sind.“

ARIEL wird verschiedene Planeten in der Größe von Jupiter oder Neptun sowie sogenannte Supererden (Planeten im Größenbereich zwischen der Erde und Neptun) be-

obachten. „Der Stern selbst, und insbesondere seine Magnetfelder mit seiner Ultraviolett- und Röntgenstrahlung, sind mitverantwortlich dafür, wie sich Atmosphären verhalten und entwickeln“, erklärt Theresa Lüftinger, ebenfalls vom Institut für Astrophysik der Universität Wien.

Warme und heiße Exoplaneten in einer engen Umlaufbahn um ihren Stern stehen im Zentrum der Aufmerksamkeit der ARIEL-Mission. Gerade auf solchen Planeten kann die Atmosphärenchemie besonders gut untersucht werden. Die bis zu 2.000 Grad heißen Atmosphärenschichten lassen die verschiedenen Moleküle optimal zirkulieren und hindern sie am Absinken in tiefe Schichten oder an der Bildung von undurchsichtigen Wolken. Umgekehrt steigen auch Moleküle aus tiefen Schichten des Planeten in die obere Atmosphäre hinauf, womit sie von ARIEL detektiert werden können und damit Aufschluss über den Aufbau und die Entstehungsgeschichte des Planeten geben.

ARIEL wird mit einem metergroßen Spiegelteleskop sichtbares Licht und Infrarotlicht von Sternen aufnehmen. Ein Spektrometer spaltet das Licht in einen „Regenbogen“ auf, in dem dann die „Fingerabdrücke“ von Atmosphären gasen auftauchen, sobald der Planet an seinem Stern vorbeizieht. Bei der Analyse kommt die Instrumentenexpertise des Instituts für Astrophysik zum Tragen. „Die mit ARIEL geplanten Mes-

sungen von Spektren von Exoplanetenatmosphären sind nur durch das von uns entwickelte hochgenaue Nachführsystem des Teleskops möglich. Die kleinste Abweichung in der Ausrichtung des Instruments würde die schwachen Planetensignale verschmieren“, sagt der Verantwortliche für die Softwareentwicklung, Roland Ottensamer.

ARIEL wird nach derzeitiger Planung im Jahr 2028 vom Weltraumbahnhof Kourou in Französisch-Guayana gestartet und in einer Distanz von rund 1,5 Millionen Kilometern von der Erde geparkt. Dort wird der Satellit vom Sonnenlicht abgeschirmt. Die Mission ist eine weitere in einer Reihe von astrophysikalischen Observatorien mit Wiener Beteiligung. Franz Kerschbaum, Leiter der Weltrauminstrumentierungsgruppe: „Wir können bei ARIEL auf unsere in den letzten zwei Jahrzehnten aufgebaute Erfahrung im Bereich von Flugsoftware für Weltraummissionen aufbauen. Damit sind wir für viele internationale Teams erste Ansprechpartner für solche Problemstellungen geworden.“

Die wissenschaftlichen Entdeckungen von ARIEL werden das Verständnis des Ursprungs und der Evolution von Planetensystemen revolutionieren und den WissenschaftlerInnen helfen, unser eigenes Sonnensystem mit vielen unterschiedlichen Systemen in unserer Galaxie zu vergleichen. ■

<http://space.univie.ac.at>

<http://ariel-spacemission.eu>

Bruck an der Leitha: weltweiter Hotspot der Green Technology

Mikroalgenspezialist ecoduna startet mit Produktion im industriellen Maßstab durch



Foto: Eparella GmbH / APA-Fotoservice/Hörmandinger

Bei der Eröffnung (v.l.): Bgm. Richard Hemmer (Bruck an der Leitha.), Johann Mörwald (ehemals CEO, ecoduna), Bezirkshauptmann Peter Suchanek, Abg. zum NR Angela Baumgartner, Silvia Fluch (COO, ecoduna), Herbert Stava (Aufsichtsratspräsident, ecoduna), Johann Karmel (CEO, ecoduna), Helmut Miernicki (Geschäftsführer, ecoplus), Stefan Chalupa (Geschäftsführer, NÖBEG) und Michael Withalm (NÖBEG)

Ein zukunftsweisenden Schritt setzte die Eparella GmbH, eine Tochter der ecoduna AG, am 15. März bei der Mikroalgenproduktion im industriellen Maßstab. Die neu eröffnete Produktionsanlage für Mikroalgen in Bruck an der Leitha stellt ein einzigartiges Vorzeigeprojekt dar und macht das österreichische Unternehmen zum weltweiten Technologieführer. In Zahlen: Nach erfolgreichen Jahren der Forschung und Entwicklung ist nun, nach 11 Monaten Bauzeit, auf einer Fläche von über 10.000 m² eines der weltweit größten Mikroalgen-Wachstumssysteme entstanden.

Insgesamt soll nach dem Vollausbau – im Jahr 2021 – eine Kapazität von bis zu 300 t Biomasse generiert werden; in der derzeitigen Ausbaustufe sind es jährlich 100 t trockene Algenbiomasse. Die Baukosten betragen 18 Mio. Euro.

Wachstumsmärkte

Bereits heute werden mit Mikroalgen weltweit Umsätze in Milliardenhöhe erwirtschaftet. Durch ihren hohen Gehalt an hochwertigen Fettsäuren (Omega-3 & -6), natürlichen Farbstoffen und wertvollen Proteinen, ist das Potential noch längst nicht ausgeschöpft.

„ecoduna setzt auf rasch wachsende Märkte wie Nahrungs- und Nahrungsergänzungsmittel, Kosmetik und Pharmazie aus Mikroalgen“, erläutert Managing Director Johann Karmel. „Bei Omega3 aus Fischöl ist für die nahe Zukunft durch verschiedene Faktoren mit einer Verknappung zu rechnen. Der dadurch stark wachsende Markt an Alternativen zum derzeitigen Fischölangebot kann durch die von ecoduna hergestellten, hochreinen, veganen und GMO freien Omega3 Öle maßgeblich bedient werden. Weitere

Inhaltsstoffe mit hohem Potential, in denen Mikroalgen als Ausgangsstoff dienen, sind Pigmente, Antioxidantien, Kohlenhydrate und Proteine,“ ergänzt Silvia Fluch, Vorstandsmitglied und Chief Operating Officer.

Das Wettbewerbsumfeld

Derzeit kommt der Großteil der weltweiten Mikroalgenproduktion für den direkten Einsatz im Bereich Ernährung von ca. 90.000 t pro Jahr aus Ostasien, Australien und Nordamerika. In Europa und Afrika werden bisher nur kleine Mengen produziert. Der überwiegende Teil der globalen Produktion sind „Open-Pond-Qualitäten“. Diese Qualitäten sind aufgrund ihrer unkontrollierbaren Wachstumsbedingungen oft stark belastet. Daher ist asiatische Ware, die trotz Auslobung diverser Qualitätszertifikate oft nicht den in Europa geltenden Standards entspricht,

nicht für die Weiterverarbeitung zu Lebensmitteln geeignet.

Mikroalgen, Wasser, CO₂ und Nährstoffe

„Die patentierte und nachhaltige Technologie ermöglicht die Herstellung von hochqualitativem Algenpulver – biologisch und ressourcenschonend. Eine Industrie mit Sauerstoff als Abfallprodukt“, erklärt Fluch, „denn wir produzieren wie die Natur selbst.“ Mikroalgen sind einzellige Lebewesen, die sich bei idealer Versorgung mit CO₂, Licht und Nährstoffen täglich einmal teilen und so, schneller als Landpflanzen, zu hochwertiger Biomasse mit wertvollen Inhaltsstoffen wachsen. Die Anlage kann verschiedenste Mikroalgensorten nach Kundenwunsch produzieren.

Weitgehend kontaminations-freies System

Das patentierte Verfahren von ecoduna erlaubt die Produktion von Mikroalgen mit massiv verbesserter Qualität: So werden die Mikroalgen in einer hochreinen Umgebung in einem geschlossenen, weitgehend kontaminationsfreien System, vermehrt. Ein Faktor, der von den anspruchsvollen Kunden besonders geschätzt wird. „Damit setzt sich ecoduna eindeutig von den Mitbewerbern ab“, sagt Karmel.

Sechs Meter hohe Glasröhren

Die verwendeten Komponenten sind speziell für Mikroalgen entwickelte, sechs Meter hohe mit Algenkultur gefüllte Glasröhren. Der Transport der Algensuspension erfolgt durch ein pumpenloses Verfahren, bei dem gleichzeitig auf die Bedürfnisse der Mikroalge abgestimmte Nährstoffe zugeführt werden. Ein klar kalkuliertes Energiekonzept sowie eine moderne, schonende Erntetechnik zur Sicherstellung der Qualität garantieren ein hochwertiges Endprodukt in einem einzigartigen Produktionssystem.

ecoduna Technologie

Die Erfinder der ecoduna Technologie waren immer bestrebt, die Fehlerquellen der existierenden Photobioreaktor (PBR)-Systeme zu vermeiden und im Gegenzug in Produktionsvorteile umzuwandeln. So wurde im Jahr 2015, nach einigen Jahren kontinuierlicher Entwicklungsarbeit, eine richtungsweisende Entscheidung getroffen. Der Umstieg auf einen neuen Werkstoff – weg von Kunststoff hin zu Glas – stellte einen Wendepunkt im Unternehmen dar. Die Umstellung opti-



Foto: ecoduna

In der ecoduna-Anlage werden 43.000 Glasrohre mit einer Länge von 230 km eingesetzt.

mierte die Lebensdauer der Module und erhöhte zeitgleich die Produktivität der Anlage. Durch diesen letzten Schritt wurde die ecoduna Technologie großserientauglich. Die Beobachtung der Prozesse in der Natur und die Reduktion auf wesentliche Komponenten, welche für die Produktivitätssteigerung verantwortlich sind, gaben den entscheidenden Input für die, auch von der internationalen Algenbranche anerkannte, Technologieführerschaft.

Fakten

- Fläche: 10.000 m²
- Glasröhren: 43.000 Stück mit einer Länge von 230 km
- Jahreskapazität: 100 t Biomasse
- Unternehmen beschäftigt derzeit 26 MitarbeiterInnen
- Geplanter Jahresumsatz der Anlage von ca. 10 Mio.€

Einzigartiges Konzept

- Durch die besondere Geometrie des Photobioreaktors lässt sich die verfügbare und für das Wachstum der Algen benötigte Lichtmenge im Vergleich zu herkömmlichen Systemen optimal nutzen. Somit ist Bruck an der Leitha ein idealer Standort für die Algenkultur in Österreich.
- Ein neues Verfahren zur gleichmäßigen Einbringung und Verteilung von CO₂ und Nährstoffen an mehreren Stellen im System – durch Sensoren genau auf die Anforderungen der Mikroalgenkultur abgestimmt – ermöglicht ideale Wachstumsbedingungen.
- Die geschlossene Ausführung und Verwendung von hochwertigsten Komponenten,



Foto: ecoduna

ecoduna liefert Algenbiomasse an Großhändler und industrielle Abnehmer aus den Bereichen Nahrungsergänzungsmittel, Tierfutter und Kosmetik.

ten, garantiert ein perfektioniertes Endprodukt.

- Durch die Verwendung des Airlift Prinzips kann der Reaktor pumpenfrei betrieben werden. Die eingebrachten Luftblasen mischen das Medium, reinigen das Glas und transportieren CO₂ in das und Sauerstoff aus dem System.

Kernkompetenzen

- Vertikales und pumpenfreies Produktionsverfahren.
- Kontinuierliches Wachstums- und Ernteverfahren.
- Geschlossenes System ermöglicht größtmögliche Reinheit.
- Integration von technologischen und biologischen Prozessen im industriellen Maßstab.

<http://ecoduna.com>

Byzanz & der Westen. 1000 vergessene Jahre

Wir reisen zurück ins Mittelalter – Schauplatz ist das Mittelmeer. Es ist die erste Ausstellung zum wechselvollen Verhältnis zwischen dem Byzantinischen Reich und dem lateinischen Westen. Zu sehen von 17. März bis 11. November 2018.



Foto: Schallaburg / WWW.kpic.at / Klaus Pichler

Der Ausstellungsrundgang beginnt im Innenhof der Schallaburg am Schauplatz Mittelmeer, dem wesentlichen Kommunikationsraum, zwischen den beiden Protagonisten Byzanz und dem Westen.

Die Schallaburg ruft eine faszinierende Geschichte ins Gedächtnis: Sie handelt von Neugier und Vorurteilen, von Gier und Faszination, von zwei Welten, die einander vertraut und doch in vielem so fremd waren – die Geschichte von Byzanz und dem Westen.

Wir reisen zurück ins Mittelalter

Schauplatz ist das Mittelmeer – ein Ort, der seit jeher Kulturen verknüpfte und bereicherte. Das Römische Reich wird im 4. Jahrhundert geteilt: Auf den Trümmern des weströmischen Reiches entsteht eine Vielzahl neuer Staatsgebilde, während das oströmische Reich mit seiner Hauptstadt Konstantinopel zum Weltreich aufsteigt – es wird zum politischen und kulturellen Zentrum.

Byzanz glänzt

Seide, Gold und Elfenbein sind im Westen heiß begehrt! Lange Zeit gilt es als prestigeträchtig, an der Kultur der Byzantiner teilzuhaben – man tauscht sich aus, wird inspiriert und imitiert. Atemberaubende Kunstwerke und bedeutende archäologische Funde aus namhaften Sammlungen wie dem Musée du Louvre, der Schatzkammer von San Marco in Venedig oder dem Israel Museum in Jerusalem machen „Byzanz & der Westen“ zu einer einzigartigen Schau.

Das Ende einer Erfolgsstory

Politische und religiöse Differenzen, Sprachbarrieren und entgegengesetzte Interessen belasten zunehmend die Beziehung zwi-

schen Byzanz und dem Westen. Die Kluft wird immer tiefer. Beide Seiten schüren vorhandene Vorurteile und heben die trennenden Elemente ihrer Kulturen hervor. Ein fatales Spiel, das schließlich mit dem Untergang der einstigen Supermacht Byzanz endet.

Forschung trifft Ausstellung – Vorhang auf für die Wissenschaft

Die Ausstellung „Byzanz & der Westen. 1000 vergessene Jahre“ wurde vom Römisch-Germanischen Zentralmuseum Mainz (RGZM) in Zusammenarbeit mit der Abteilung Byzanzforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie dem Institut für Byzantinistik und Neogräzistik der Universität Wien für die Schallaburg kon-



Kaiser Herakleios als Kreuzfahrer aus dem Musée du Louvre, Paris

zipiert. Das RGZM Mainz tritt nicht nur als kuratierende Instanz auf, sondern ist auch maßgeblich an einem Forschungsnetzwerk beteiligt, das unter anderem die Universität Mainz, aber auch andere Einrichtungen unter dem Namen „Leibniz- Wissenschafts-Campus Mainz“ zusammenfaßt.

Die aktuellen Forschungsergebnisse aller genannten Institute sind direkt in „Byzanz & der Westen“ eingeflossen und machen die

faszinierende Geschichte eines imposanten Weltreiches lebendig. Erstmals beantwortet das Wissenschaftsnetzwerk auch ganz persönliche Fragen – entweder direkt in der Ausstellung oder auch bei Vorträgen und Diskussionsrunden.

Eine chronologische Zeitreise

Die Erzählung in der Ausstellung setzt am Ende des 4. Jahrhunderts bei der Teilung

des Römischen Reiches (395) in West und Ost ein und erstreckt sich über 1000 Jahre, in denen sich das Verhältnis zwischen dem Westen und Byzanz massiv verändert. Die Plünderung Konstantinopels durch die Kreuzfahrer (1204) leitet den Untergang der einstigen Supermacht ein – 1453 wird Konstantinopel schließlich durch die Osmanen erobert; die Geschichte von Byzanz und dem Westen kommt zum Abschluß – in der Ausstellung



Tragarter, Hohe Domkirche Trier – Domschatz

mündet sie in ein offenes Ende: Beispielhaft wird gezeigt, wie Byzanz Europa bis heute prägt – besonders rund um das Mittelmeer.

Mit dieser einzigartigen Mischung von Geschichten, Objekten und historischen Persönlichkeiten macht die Schallaburg 1000 vergessene Jahre erlebbar und schlägt eine Brücke ins Heute.

Der Ausstellungsrundgang beginnt im Innenhof am Schauplatz Mittelmeer, dem wesentlichen Kommunikationsraum, zwischen den beiden Protagonisten Byzanz und dem Westen. Der aus Italien stammende Künstler Angelo Monne hat hier bedeutende Küstenorte des Mittelmeers mit historischen und gegenwärtigen Bezügen großformatig illustriert.

Exponate aus der Ausstellung sind in die Darstellung eingebettet. Die Zeitebenen Antike, Mittelalter und Gegenwart verschwimmen – Epochen treffen aufeinander und prägen bis heute: Venedig (Italien), Zadar (Kroatien), Monemvasia (Griechenland), Konstantinopel (Türkei), Iraklio (Griechenland), Akkon (Israel), Alexandria (Ägypten), Palermo (Italien), Marseille (Frankreich), Karthago (Tunesien) und Portus (Italien).

In der Ausstellung werden unterschiedliche Aspekte der wechselhaften Beziehung zwischen dem griechischen Osten und lateinischem Westen einzeln und in chronologischer Abfolge erzählt.

Drei Übergangsräume sind als Rauminstallation angelegt. Sie widmen sich dem aktuellen Beziehungsstatus, in denen jeweils ein zentraler Aspekt der Geschichte thematisiert wird. Die Protagonisten, Byzanz und der Westen, kommen zu Wort. Sie sprechen miteinander, übereinander und gegeneinander.

In der Ausstellung

Raum 1 – ANKOMMEN

Schlüsselbegriffe sind in unterschiedlichen Mittelmeersprachen zu hören – dieser Raum dient der Einstimmung auf die Geschichte.

Raum 2 – ÜBERBLICK

Welcher Zeitraum wird abgedeckt? Wo befinden wir uns?

Raum 3 – VERSTÄNDNIS

Das Römische Reich umfaßt viele Völker rund ums Mittelmeer – Latein ist die gemeinsame Amtssprache. Als das Weströmische Reich zerbricht, wird im Westen weiter Latein gesprochen. Im östlichen, von Byzanz beherrschten Mittelmeerraum setzt sich hingegen Griechisch durch. Die Kenntnis

der jeweils anderen Sprache geht langsam verloren, die Verständigung wird schwieriger. Das Wissen der anderen Seite wird unzugänglich – es kommt zu immer mehr Missverständnissen.

Raum 4 – BEGIERDEN

Lange Zeit gilt es im Westen als prestigeträchtig, an der Kultur der Byzantiner teilzuhaben. Byzanz glänzt! Seide, Gold, Elfenbein und Reliquien sind im Westen heiß begehrt. Politische Vermählungen und eine diplomatische Geschenkdiplomatie von Byzanz in Richtung Westen stehen im Zentrum.

Raum 5 – BEWEGUNG

Reisende zwischen beiden Welten: Menschen reisen weiterhin von Ost nach West,

vor allem aber von West nach Ost: Viele kommen, um Geld zu verdienen, indem sie für Byzanz kämpfen. Noch mehr machen sich auf den Weg, um die heiligen Stätten zu besuchen. Manche bleiben in der Ferne und beginnen dort ein neues Leben. Andere kehren zurück – in ihrem Gepäck haben sie kostbare Gegenstände, neue Ideen und fantastische Geschichten.

Raum 6 – ÜBERGANGSRAUM Gemischte Gefühle

Zwei Welten, einander vertraut und doch in vielem so fremd. Gegenseitige Wahrnehmung, Faszination, Neugier und Vor-Urteile: welche Auswirkung haben diese Gefühlswelten auf die Kommunikation der beiden Welten?

Raum 7 – GLANZ

Nach dem Zerfall des Römischen Reiches werden die Karten im Westen neu gemischt: Germanische Königreiche breiten sich aus. Alle stehen in Kontakt mit Byzanz – ebenso die fränkischen Merowinger. Handelsbeziehungen machen sich auf – der byzantinische Lebensstil wird innerhalb der Eliten nachgeahmt.

Raum 8 – KONKURRENZ

Die Legitimation von Macht: Es gibt im Westen wieder einen Kaiser, welcher sich auf das römische Erbe beruft – Frankenkönig Karl der Große. Zu Weihnachten 800 krönt der Papst Karl zum Kaiser. Er ist nun der mächtigste Mann Europas – Byzanz ist schockiert, aber machtlos.

Raum 9 – FASZINATION

10. Jahrhundert: Die Deutschen erklären ihr Herrschaftsgebiet zum Heiligen Römischen Reich – aus byzantinischer Sicht eine Unverschämtheit. Trotz aller Konkurrenz gilt aber immer noch das reiche und gelehrte Byzanz als kulturelles Zentrum – der Westen übernimmt wird inspiriert und imitiert: Unter dem Einfluß östlicher Vorbilder gelangen Kunst und Architektur zu bemerkenswerter Blüte.

Raum 10 – GESCHICHTE BACKSTAGE Der Vermittlungsansatz

Eine Gelegenheit um miteinander ins Gespräch zu kommen oder auch Hintergrundinformationen zur Ausstellung zu bekommen: Auf Knopfdruck steht das Ausstellungsteam (Kuratoren, Teams der Vermittlung, Produktion oder auch der Künstl. Leiter) an drei Familientischen und drei Erwachsenentischen



Kreuznagelreliquiar mit Stab
aus dem Domkapitel Essen

© Domschatz Essen, Foto: Jens Nöber, Essen

Antwort u.a. auf: „Was hat die Geschichte von Byzanz & dem Westen mit mir zu tun?“, „Woher wissen wir das alles?“ oder „Was war deine Aufgabe bei dieser Ausstellung?“

Frag nach

Auf einer eigens eingerichteten Online-Plattform kann das Ausstellungspublikum Fragen an das Wissenschaftsteam stellen und bekommt diese (binnen drei Tagen) persönlich beantwortet. Entweder direkt aus der Ausstellung oder via <http://www.schallaburg.at>

Raum 11 – ÜBERGANGSRAUM

Es spitzt sich zu

Im Fokus steht das Auseinanderbrechen. Die beiden Welten – Ost und West treffen aufeinander und geraten aneinander. Immer öfter suchen die beiden Kontrahenten die Konfrontation.

Raum 12 – STANDPUNKTE

Der wahre Glaube: Nichts trennt Byzanz und den Westen mehr als die gemeinsame Religion – den christlichen Glauben. Religiöse Spannungen vermischen sich immer mehr mit den politischen Konflikten. Im Jahr 1054 dann der Skandal: Der Papst und der Patriarch von Konstantinopel schließen einander gegenseitig aus der Kirche aus. In den folgenden Jahrhunderten wird die Kluft immer tiefer.

Raum 13 – MISSTRAUEN

Der Krieg im Zeichen des Kreuzes verändert die Beziehung zwischen Ost und West (beide gehören dem Christentum an). Im Jahr 1095 ruft Papst Urban II. zum Kreuzzug ins Heilige Land auf. Zum einen um dort Pilgerwege zu sichern und zum anderen als Unterstützung der Byzantiner im Kampf – die Kreuzfahrer erobern Jerusalem von den Muslimen und gründen eigene Reiche. In den folgenden 100 Jahren schließen sich zehntausende Ritter aus dem Westen weiteren Kreuzzügen an. So wird auch der Kontakt mit Byzanz eng wie nie zuvor.

Raum 14 – ANEIGNUNG

Als erste westliche Macht scheuen die Normannen die kriegerische Auseinandersetzung mit Byzanz nicht – gleichzeitig werden kulturelle Elemente in Herrschaft und Verwaltung übernommen.

Raum 15 – BRÜCHE

Der vierte Kreuzzug: Die Eroberung und Plünderung Konstantinopels im Jahr 1204 durch eine französische und venezianische



Räuchergefäß aus dem Musée du Louvre, Paris

Flotte läßt das Machtverhältnis zugunsten des Westens kippen. Drei Tage lang plündern die Angreifer die reichste Stadt der christlichen Welt und lassen wenig übrig. Sie teilen die Schätze und das Reich untereinander auf und verbreiten den katholischen Glauben auf byzantinischem Boden. Wie konnte es überhaupt so weit kommen? Das verstehen selbst viele Kreuzfahrer nicht. Denn eigentlich waren sie ja zur Befreiung des Heiligen Landes von den Muslimen aufgebrochen.

Raum 16 – ÜBERGANGSRAUM

Was jetzt?

Die Suche nach Orientierung. Was tun? Wohin? Wer waren und wer sind wir? Was ist von uns geblieben? Byzanz muß sich neu erfinden.

Raum 17 – DOMINANZ

Nach der Plünderung Konstantinopels werden weitere byzantinische Gebiete durch die Kreuzfahrer aufgeteilt. Die Venezianer

bekommen wichtige Hafenstädte und die französischen Kreuzritter die restlichen Gebiete – ihrem neuen griechischen Umfeld verleihen sie ein westliches Antlitz. Eine neue Gesellschaftsordnung und katholische Strukturen setzen sich auf die einst byzantinischen Gebiete durch; es geht um ein Stück innereuropäischer Kolonialgeschichte.

Raum 18 – UMBRUCH

Die Byzantiner erobern im Jahr 1261 Konstantinopel zurück jedoch Byzanz ist nur mehr eine regionale Macht. Einerseits existieren die lateinischen Kolonien weiter, andererseits erlebt Byzanz einen kulturellen und intellektuellen Aufschwung von Wissenschaft, Kunst und Architektur. Als die Osmanen eine immer größere Gefahr darstellen, bleibt den Byzantinern keine Wahl und sie wenden sich um Hilfe an den Westen. Die Bedingung an den Osten lautet: Der byzantinische Kaiser muß die Oberhoheit des Papstes über die orthodoxe Kirche anerkennen.

Kultur

Raum 19 – ERBE

Im Zentrum steht die westliche Wahrnehmung. 1453 fällt Konstantinopel an die Osmanen. Das Byzantinische Reich ist damit Geschichte, sein Erbe wirkt aber weiter: In der orthodoxen Welt ist es allgegenwärtig.

Raum 20 – NACHSPANN

Die Ausstellung endet offen und führt ans Mittelmeer: an den Schauplatz der historischen Erzählung und an unser Mittelmeer von heute, wo die Geschichte weitergeht.

Magazin »Mittelmeer, wohin?«

Die inhaltliche Ausrichtung der Ausstellung wird aufgenommen und mit aktuellen Fragestellungen verknüpft: An welchen Fragen wird sich die Zukunft des Mittelmeerraums entscheiden – und damit vielleicht auch die Zukunft Europas? Was können wir von den Regionen rund ums Mittelmeer lernen, und was können wir umgekehrt für den Mittelmeerraum tun?

Vor dem Hintergrund der historischen Erzählung gibt das Magazin Impulse zur Auseinandersetzung mit der Gegenwart und der Zukunft des Mittelmeerraums. Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, Kunst und Kultur analysieren vergangene und gegenwärtige Entwicklungen, sprechen über Einschätzungen, Hoffnungen und Initiativen. Verschränkt werden diese Beiträge mit Einblicken in den Entstehungsprozess der Ausstellung „Byzanz & der Westen“ und mit der Vorstellung von Forschungsprojekten aus dem Forschungcluster zur Ausstellung.

Für die ganze Familie

Interaktive Spiele, Hörstationen, das Mitmach-Heft und die Familienführung laden Klein und Groß zu einer Entdeckungsreise durch die Ausstellung ein und machen 1000 vergessene Jahre für die ganze Familie erlebbar.

Weitere Informationen

Vermittlung

Die Grundbasis der Vermittlung stellt eine gesprächsbereite und offene Form des Dialogs dar. Speziell beim mündlichen Erzählen wird bewußt, wie sehr diese Geschichte von Emotionen geprägt ist: Die Beziehung von Byzanz und dem Westen zeugt von intensiven Kontakten, von Faszination, von einem Mit- und Nebeneinander auf Augenhöhe.

Im steten Wettstreit empfindet sich jede Seite selbst als überlegen, mißtraut und überverteilt. Ziel der Dialogführung ist es, dieses ambivalente Verhältnis von Byzanz und dem



Fotos: Schallaburg / WWW_kpic.at / Klaus Pichler

Ausstellungsansichten

Kultur

Westen möglichst intensiv erlebbar zu machen. Kern dieser Vermittlung ist die Frage der Identität. Welche Ebenen und Umstände formen diese und wie forme ich meine eigene Identität?

Mitmachheft

Das Mitmachheft richtet sich an alle Altersgruppen, bei der Entwicklung wurde jedoch besonders auf junge Zielgruppen Rücksicht genommen. Es begleitet die BesucherInnen Raum für Raum durch die Ausstellung und Bild für Bild durch die spannende, mitunter auch emotionale Geschichte von „Byzanz & dem Westen“. Fragen und Aufgaben „zum Mitmachen“ führen hin zu den Exponaten und binden die Mitmachstationen in die Erzählung ein.

Mitmachstationen

An mehreren Stellen im Rundgang können Kinder die Raumthemen wie durch spielerisches Experimentieren mit lateinischen und griechischen Buchstaben oder auch durch das Malen einer Ikone vertiefen.

Aktionskarten

Diese Aktionskarten richten sich an Kinder und Erwachsene und bringen Anliegen und Gedanken aus der Ausstellung in Form von Handlungsanweisungen zu den BesucherInnen. Sie fordern auf aktiv zu werden, regen zum Nachdenken an und verweisen in die Ausstellung, schicken in den Arkadenhof und in den Schloßgarten.

Illustrationen

Die Illustrationen in der Ausstellung und im Mitmachheft stammen vom italienischen Illustrator Angelo Monne. Er lebt und arbeitet in Dorgali, Sardinien, und hat unter anderem Projekte und Illustrationen für die Tageszeitung „L'Unità“, die Stadt Rom, den Palazzo delle Esposizioni in Rom, die Universität Roma III oder die „Oberaufsicht für das archäologische Erbe der Stadt Rom“ realisiert. Zuletzt arbeitete er intensiv mit der Wochenzeitung „Internazionale“ zusammen. Seine Illustrationen erzählen eine vielschichtige Beziehungsgeschichte auf den Ebenen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft. Allen Illustrationen dienen Exponate oder historische Darstellungen als Vorlagen.

Die Schallaburg

Die Schallaburg stellt ein imposantes, generationenübergreifendes Gesamtkunstwerk dar, von den ältesten erhaltenen Bauteilen aus dem 11. Jahrhundert bis hin zum Ausbau als

Renaissanceschloß im 16. Jahrhundert. Viele Generationen adeliger Besitzer haben uns ein reiches kulturelles Erbe hinterlassen.

Bedingt durch zwei Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise sowie fehlendes wirtschaftliches Geschick der letzten Besitzer aus der Familie Tinti erlebte die Schallaburg und die dazugehörige Herrschaft in der ersten Hälfte des 20. Jhdts. einen stetigen Niedergang.

Mit dem Staatsvertrag 1955 ging die Schallaburg in den Besitz der Republik Österreich über. 1967 erfolgte der Verkauf der Schallaburg an das Land Niederösterreich. Die Sanierungsarbeiten erstreckten sich von 1968 bis zur ersten Renaissance-Ausstellung 1974 – und die Schallaburg konnte sich als eines der wichtigsten Ausstellungszentren in Niederösterreich etablieren.

Landeshauptfrau eröffnete die Ausstellung



Foto: NLK Pfeiffer

Bei der Eröffnung (v.l.): Guido Wirth (Geschäftsführer der Schallaburg), Martina Affenzeller (Vermittlungskonzept, zunder zwei), Dominik Heher (Kurator: Byzantinist, wissenschaftlicher Mitarbeiter am RGZM), Falko Daim (Kurator: Archäologe, Direktor des Römisch-Germanischen Zentralmuseums in Mainz, RGZM), Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Kurt Farasin (Künstlerische Leitung Schallaburg), Gerhard Karner (Zweite Landtagspräsident), Uli Prugger (Ausstellungsgestaltung, Gruppe Gut), Alfred Reidl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes)

Die Eröffnung der Ausstellung beim feierlichen Festakt nahm Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner am 16. März vor: „Ein wesentliches Markenzeichen im Kulturland Niederösterreich ist die Schallaburg, die zu den erfolgreichsten Ausstellungszentren Österreichs zählt. In bunter und lebendiger Form widmet man sich in den jährlich wechselnden Ausstellungen historischen, zeitgeschichtlichen und ethnologischen Themen. Mit der Kulturvermittlung geht die Schallaburg neue Wege und lädt das Publikum zu einem Austausch, zu einem Dialog ein. Das führt dazu, daß wir Gesellschaft und Geschichte differenzierter betrachten und mit unserer Identität in Beziehung setzen können. Die heurige Ausstellung zeigt, wie Kulturen sich wechselseitig stark beeinflussen aber auch wie eine fehlende Kommunikation zu Mißverständnissen und in weiterer Folge zu Entfremdung und Konkurrenz führen kann. Ein Blick in die Geschichte kann uns helfen, größere Zusammenhänge zu verste-

hen und zeigt, wie sehr unsere Gegenwart von der Historie auch geprägt ist. Die Schallaburg lädt ein, unsere Welt kennenzulernen, und das – in spannender und familiengerechter Aufbereitung“, so die Landeshauptfrau in ihrer Eröffnungsrede.

Kurt Farasin, der Künstlerische Leiter der Schallaburg, meinte in seinen Begrüßungsworten, mit der diesjährigen Ausstellung richte man „den Blick vom Westen auf den Osten“.

Er hob auch die Bedeutung der Schallaburg als Begegnungsraum hervor, besonders für Familien und Kinder habe man viele Angebote entwickelt.

Claudia Rapp vom Institut für Byzantinistik und Neogräzistik an der Universität Wien informierte über die Geschichte der Byzantinistik-Forschung in Österreich und meinte: „Ausstellungen wie diese zeigen uns, welche verschiedenen Möglichkeiten es gibt, die Perspektive zu wechseln.“

<http://www.schallaburg.at>

Gedenken an Egon Schieles 100. Todestag

Das Leopold Museum zeigt bis 4. November 2018 in dieser opulenten Jubiläumsschau eine Gegenüberstellung von Egon Schiele, Günter Brus und Thomas Palme.



© Leopold Museum, Wien / Foto: Leopold Museum, Wien

Egon Schiele, »Versinkende Sonne«, 1913, Öl auf Leinwand, 90 × 90,5 cm

Anlässlich Egon Schieles 100. Todestages widmet das Leopold Museum, das die weltweit umfangreichste und bedeutendste Sammlung des Ausnahmekünstlers beherbergt, dem herausragendsten Vertreter des

„Österreichischen Expressionismus“ eine besondere Ausstellung: Mit insgesamt rund 200 Objekten, darunter Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen, Skizzen, Briefe und Fotografien, setzt die Jubiläumsschau neun themati-

sche Schwerpunkte rund um Egon Schieles Œuvre und schafft durch zahlreiche dokumentarische Archivalien Zugang zu seiner Persönlichkeit. Während beinahe neun Monaten ist der umfassende Sammlungsbestand

zu sehen, wobei Papierarbeiten aus restauratorischen Gründen in drei Durchläufen gezeigt werden und einzelne herausragende Werke internationaler Sammlungen als „noble Gäste“ die Schau bereichern.

„An keinem anderen Ort hat man die einzigartige Gelegenheit, die Entwicklung dieses bahnbrechenden Künstlers des beginnenden 20. Jahrhunderts in einer derart repräsentativen Auswahl – von seinen ersten Arbeiten, über die seinen Weltruhm begründende expressionistische Periode, bis hin zum Spätwerk des früh verstorbenen Künstlers – verfolgen zu können,“ so Hans-Peter

Wipplinger, Direktor und Kurator der Ausstellung.

Der Auftakt der Präsentation widmet sich dem „Selbst“ sowie dem „Ich“ – dem Selbstporträt und Schieles sensitivem Erleben der Welt. Auch im Themenspektrum „Mutter und Kind“ kommt es zu radikalen Bildkompositionen, die von Schieles fortwährender, ambivalenter Auseinandersetzung mit dem Sujet der Mutter und seinem obsessiven Bezug zu Buben und Mädchen zeugt.

Einen weiteren Fokus setzt die Jubiläumsschau im Leopold Museum auf „Spiritualität“ und zeigt den Künstler als Su-

chenden, der nach Identitätserneuerung und Offenbarung strebt.

„Im österreichischen Expressionismus ist die Persönlichkeit der Künstler (Gerstl, Kokoschka, Schiele) in ihr Werk und ihr spezifisches Schaffen integriert. Egon Schiele ging es daher in Einem um das Werk wie um die eigene Entwicklung. Dabei verschränkte sich ein bewußtes und willentliches Etwas-aus-sich-machen-Wollen mit einer rezeptiven Hingabe an organisch und geistig auf ihn eintreffende Prozesse. Dem Sammler Rudolf Leopold ist zu danken, daß er über die Kunstwerke hinaus auch historische Fotos, Briefe und Gedichte Schieles gesammelt hat, sodaß in der Jubiläumsausstellung nicht nur das künstlerische Werk, sondern auch die Persönlichkeit des Künstlers spürbar wird, die als Basis hinter dem kreativen Prozeß steht,“ erläutert Diethard Leopold, Kurator der Ausstellung.

Die Präsenz des Todes, der Wechsel von Werden und Vergehen, sowie spirituelle Akteure finden sich immer wieder in Schieles Werken. So setzt die Jubiläumsschau einen weiteren Fokus auf Spiritualität und zeigt den Künstler als Suchenden, der nach Identitätserneuerung und Offenbarung strebt.

Auch Schieles Beziehungen zu und sich im Laufe der Zeit wandelnde Darstellungen von „Frauen“, ob Partnerinnen oder Modelle, werden in zwei Räumen veranschaulicht. Selbst in seinen „Landschaften“, einem weiteren Schwerpunkt, zielte der Künstler darauf ab, die „Seele“ der Dinge zu vermitteln. „Städtebilder“ sind ein zentrales Thema, vor allem vom mittelalterlichen Städtchen Krumau in Südböhmen, dem Geburtsort von Egon Schieles Mutter. Schließlich zeigt die Ausstellung stilistisch facettenreiche, mit viel Sensibilität geschaffene und keineswegs klassische „Porträts“.

Gegenüberstellung von Egon Schiele, Günter Brus und Thomas Palme

Im Grafischen Kabinett des Leopold Museum begegnen einander drei Künstler, die eine Obsession für das Zeichnen eint: „Die Ausstellung ‚Absturzträume‘ führt drei grosse Zeichner aus drei unterschiedlichen Generationen zusammen, die den menschlichen Körper und die gesellschaftlichen Kräfte, die auf ihn wirken, ins Zentrum ihrer künstlerischen Auseinandersetzung gestellt haben,“ erklärt Roman Grabner, Kurator der Ausstellung.

Egon Schiele und Günter Brus, der heuer seinen 80. Geburtstag feiert, haben in nur wenigen Jahren ein radikales und revolutionä-



© Leopold Museum, Wien / Foto: Manfred Thumberger

Egon Schiele, »Moa«, 1911; Bleistift, Aquarell, Deckfarbe auf Papier, 47,8 x 31,5 cm

© Leopold Museum, Wien / Foto: Manfred Thumberger



Egon Schiele, Selbstbildnis mit Lampionfrüchten, 1912; Öl, Deckfarbe auf Holz, 32,2 × 39,8 cm

näres Hauptwerk geschaffen, das den Grundstock ihrer internationalen Bedeutung und Ankererkennung bildet, in ihrer jeweiligen Zeit jedoch zu Ablehnung, Verurteilung und Verhaftung geführt hat. Thomas Palme teilt mit ihnen die Erfahrung von Zurückweisung, Ausgrenzung und zermürbenden Gerichtsprozessen und setzt die Linie fort, die beide begonnen haben.

**Ich bin Mensch, ich liebe
den Tod und liebe das
Leben. Egon Schiele.**

1890–1905

Egon Schiele kommt am 12. Juni 1890 in Tulln als einziger Sohn von Adolf (1850–1904) und Marie Schiele (1862–1935), geb. Soukup, zur Welt. Die Mutter stammt aus der südböhmischen Stadt Krumau (heute Český Krumlov), der Vater aus einer norddeutschen Familie. Als Stationsvorstand von Tulln wohnt dieser mit seiner Familie in einer Dienstwohnung im ersten Stock des Bahnhofsgebäudes.

Nach zwei älteren Schwestern, Elvira (1883–1893) und Melanie (1886–1974), wird 1894 Gertrude (†1981) geboren. Sie steht Egon schon früh Modell.

Zwischen 1896 und 1900 besucht Egon Schiele die Volksschule in Tulln. Er zeichnet bereits eifrig Züge und den Bahnhof. 1901 wird er aufs Realgymnasium in Krems

geschickt, doch wechselt er wegen mangelnden Schulerfolgs 1902 an das Ober-gymnasium in Klosterneuburg. Schieles schulische Leistungen bleiben mäßig, er widmet sich lieber seinen Skizzenbüchern.

Ab 1902 verschlechtert sich der Gesundheitszustand des Vaters. Im Herbst 1904 wird er dienstunfähig und die Familie übersiedelt nach Klosterneuburg. In der Silvesternacht desselben Jahres stirbt Adolf Schiele an syphilisbedingter progressiver Paralyse. Sein Tod stellt einen großen Verlust für den Sohn dar.

Sein konservativer Onkel Leopold Czihakzek übernimmt die Vormundschaft. Ab dieser Zeit nützt Egon gemeinsam mit seiner Schwester Gerti die Freikarte der Staatsbahn, die den beiden Halbwaisen zusteht. Mehrmals fahren sie nach Triest, wo ihre Eltern die Hochzeitsnacht verbracht hatten.

1906–1908

Wegen des schlechten Schulerfolgs werden für Egon Schiele andere Ausbildungswege in Erwägung gezogen, einige Lehrer befürworten eine künstlerische Ausbildung. Im Herbst 1906 bewirbt er sich erfolgreich um die Aufnahme an der Akademie der bildenden Künste in Wien, der renommiertesten Kunsthochschule der Monarchie. In der Folge übersiedelt er gemeinsam mit seiner Mutter und den Schwestern nach Wien. Unter seinen Kommilitonen findet er schnell Gleichgesinnte.

Schiele sucht im Jahr 1907 erstmals Kontakt zu Gustav Klimt, dem gefeierten Meister des Wiener Jugendstils. Klimt wird einer seiner wichtigsten Impulsgeber und vermittelt ihm Kontakte zu Sammlern. Ab 1907 mischen sich in Schieles Palette die vom Jugendstil propagierten Farbtöne und Flächenformen und auch das quadratische Format prägt zunehmend seine Bildwerke: Der Einfluss von Klimt ist unverkennbar.

Im Mai 1908 beteiligt sich Egon Schiele in Klosterneuburg erstmals an einer Ausstellung. Heinrich Benesch, Zentralinspektor der Südbahn, wird auf den jungen Künstler aufmerksam. Obwohl nicht wohlhabend, sollte Benesch einer der wichtigsten Sammler von Schieles Papierarbeiten werden – heute der Schiele-Bestand der Wiener Albertina.

© Leopold Museum, Wien / Foto: Manfred Thumberger



Egon Schiele, Liebespaar, 1913; Weicher Bleistift, Aquarell, Gouache auf Papier, 31,8 × 47,9 cm

1908/09 rückt Schiele in die Allgemeine Malklasse von Christian Gripenkerl auf, einem der Hauptvertreter der Wiener Ringstraßenmalerei. Das Verhältnis zum konservativen Professor ist von Anfang an schwierig, und Schiele erhält in fast allen Fächern nur ein „Genügend“.

1909

Auf Einladung von Gustav Klimt erhält Schiele im Sommer 1909 die Möglichkeit, in der Internationalen Kunstschau in Wien auszustellen. Dadurch ergeben sich Kontakte zum Architekten und Designer Josef Hoffmann und der Wiener Werkstätte. Nach gravierenden Auseinandersetzungen mit Gripenkerl gründen einige Studenten die Neukunstgruppe – Schiele ist Präsident und Sekretär zugleich.

Ihre erste Gruppenausstellung findet Ende 1909 im Kunstsalon Pisko am Schwarzenbergplatz statt. Anton Faistauer entwirft das Ausstellungsplakat, Egon Schiele verfaßt das Manifest: „Es gibt nur wenig, ganz wenig Neukünstler. Erkorene. Der Neukünstler muß unbedingt er selbst sein; er muß Schöpfer sein; er muß unvermittelt, ohne all das Vergangene und Hergebrachte zu benutzen, ganz allein den Grund in sich haben, auf dem er baut.“

1910

Das Jahr 1910 markiert für Egon Schiele den Durchbruch zur eigenen, einzigartigen Ausdruckskunst. Der Bruch mit der Akademie bedeutet auch eine Abkehr von den ästhetisch-dekorativen Konventionen des Jugendstils. Er vollzieht in einer Serie von rasch entstehenden Aquarellen und Gemälden die Wende zu einem Expressionismus radikalster Art. In einem Brief an den Kunsthistoriker Josef Strzygowski schreibt Schiele im November 1910: „Ich bin durch Klimt gegangen bis März. Heute glaub ich bin ich der ganz andere.“

Fast abrupt treten die von Ornament und Flächenbezug ausgehenden Gestaltungsmuster des Jugendstils in den Hintergrund. Stattdessen macht Schiele den Körper und seine Gebärden zum Bildgegenstand. Betörende Schönheit und tragische Häßlichkeit, scharfkantige Lineatur und denaturierte Koloristik verbinden sich in den gespannten und doch zerbrechlichen Figuren zu einer psychologischen Wahrheitsfindung hinter allem schönen Schein.

Zur selben Zeit verfaßt Schiele unter dem Einfluß von Arthur Rimbaud Gedichte. Poetische Titel begleiten von nun an auch seine



Egon Schiele, *Kauernde mit grünem Kopftuch*, 1914, Bleistift, Gouache auf Papier, 47 × 31 cm

Bilder. Das pantomimische Talent des kurzzeitig sehr engen Freundes Erwin Dominik Osen und dessen exzentrischer Charakter beeindruckten Schiele nachhaltig. Auch die

Tänzerin Moa Mandu steht Schiele öfters Modell. Aus einer Begegnung mit dem Künstler Max „Mopp“ Oppenheimer entwickelt sich eine längere Freundschaft, die



Egon Schiele, *Sich aufstützende Frau in Unterwäsche*, 1917, Schwarze Kreide auf Papier, 29,1 × 45,3 cm



Egon Schiele, *Der Häuserbogen II (»Inselstadt«)*, 1915; Öl auf Leinwand, 110,5 × 140,5 cm

monatelanges gemeinsames Arbeiten und gegenseitiges Modellstehen inkludiert.

Auf der Universitätsfrauenklinik in Wien porträtiert Schiele mit Erlaubnis des dort tätigen Gynäkologen Erwin von Graff Schwangere und Neugeborene – eine weitere Formulierung der ihn in Bann haltenden existenziellen Themen Sexualität, Fruchtbarkeit, Geburt, Gebrechlichkeit und Tod.

Schieles Beiträge für verschiedene Ausstellungen erhalten positive Resonanz. Zunächst findet im Februar 1910 im Klub Deutscher Künstlerinnen in Prag die zweite Ausstellung der Neukunstgruppe statt. Neben Schiele sind nun u. a. Hans Böhler, Anton Faistauer, Albert Paris Gütersloh und Rudolf Kalvach vertreten. Die Gruppe schmiedet weitreichende Pläne an der Schnittstelle von Malerei und Literatur.

Auf Einladung von Josef Hoffmann, dem Leiter der Wiener Werkstätte, nimmt Schiele an der Ersten Internationalen Jagdausstellung in der Rotunde im Wiener Prater teil, die von

Mai bis Oktober 1910 läuft. Schiele zeigt einen heute verschollenen lebensgroßen sitzenden Frauenakt. Angeblich soll sich Kaiser Franz Joseph beim Anblick des Werkes mit den Worten „Das ist ja ganz entsetzlich“ abgewandt haben.

1911

Der Künstler Paris von Gütersloh schreibt einen eindrucksvollen Essay über Schiele. Der Kunstkritiker Arthur Roessler wird Schieles Förderer und publiziert über ihn. Es kommt zur ersten Kollektivausstellung in



Egon Schiele, *Liegende Frau*, 1917; Öl auf Leinwand, 96 × 171 cm

© Leopold Museum, Wien / Foto: Manfred Thumberger



oben: Egon Schiele, »Die Eremiten«, 1912; Öl auf Leinwand, 181 × 181 cm

rechts: Egon Schiele, »Sitzender Männerakt (Selbstdarstellung)«, 1910; Öl, Deckfarbe auf Leinwand, 152,5 × 150 cm

der Galerie Miethke und zur Verbindung mit dem Münchner Kunsthändler Hans Goltz. Im November wird Schiele in die Künstlervereinigung Sema aufgenommen, der auch Paul Klee und Alfred Kubin angehören.

Im Frühjahr lernt er Walburga „Wally“ Neuzil als Modell kennen und lieben. Gemeinsam übersiedeln sie nach Krumau (heute Český Krumlov), in die Geburtsstadt seiner Mutter. Dort beginnt für Schiele eine der künstlerisch fruchtbarsten Zeiten. Doch die freie Lebensgemeinschaft mit Wally Neuzil und das Aktzeichnen im Freien erregen Ärger, und bereits im Frühsommer müssen sie Krumau wieder verlassen. Schiele läßt sich bald darauf in Neulengbach nieder, einer kleinen Landgemeinde in der Nähe von Wien. Er genießt die Natur und gedenkt, für immer dortzubleiben.

1912

Die Zeit des frühen künstlerischen Höhenflugs wird jäh unterbrochen: Im April wird Egon Schiele beschuldigt, ein Mädchen entführt und sich an Jugendlichen vergangen zu

haben. Drei Wochen verbringt Schiele in Untersuchungshaft in Neulengbach.

Schließlich wird er vom Vorwurf des Mißbrauchs freigesprochen, doch weil die Kinder, die ihn in seinem Haus besuchten, dort Aktzeichnungen an den Wänden sehen konnten, verurteilt man ihn zu drei Tagen Arrest. Eine schwere persönliche Krise ist die Folge.

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis im Mai 1912 kehrt Schiele nach Wien zurück.

Im Sommer unternimmt er einige Reisen und besucht alte Lieblingssorte wie Triest, wo Studien nach Booten im Hafen entstehen. Im August fährt er nach München, wo er Werke der deutschen Expressionisten sieht. Wally Neuzil begleitet den Künstler an den Wörthersee in Kärnten und an den Bodensee in Vorarlberg.

In der von Mai bis September stattfindenden Internationalen Sonderbundaussstellung in Köln – eine der bedeutendsten Ausstellungen der Vorkriegszeit, in der über 600 Exponate einen repräsentativen Überblick über das zeitgenössische Kunstschaffen lieferten – werden auch drei Gemälde von Schiele gezeigt.

Im Sommer beginnt ein reger Kontakt zwischen Schiele und dem deutschen Kunst-



© Leopold Museum, Wien / Foto: Manfred Thumberger

mäzen Karl Ernst Osthaus, Museumsgründer und Vorsitzender der Künstlervereinigung Sonderbund. Osthaus organisiert im Hager Folkwang Museum eine Ausstellung und zeigt parallel Werke Wilhelm Lehmbrucks und Egon Schieles. Im Zuge dieser Schau kauft Osthaus das Bild „Tote Stadt“ (VI) für die Sammlung an. Es ist der erste Ankauf eines Schiele-Werks durch ein Museum.

Im Oktober findet Schiele ein geeignetes Atelier in der Hietzinger Hauptstraße 101 im 13. Wiener Gemeindebezirk, das er bis zu seinem Lebensende nützen wird. Schiele läßt die Wände weiß streichen, alle Einrichtungsgegenstände hingegen hält er in verschiedenen Schwarztönen.

Wally Neuzil ist zu dieser Zeit sein wichtigstes, allerdings nie sein einziges Modell. Sie posiert für den Künstler nicht unentgeltlich, sondern bekommt, wie seine anderen Berufsmodelle, die Sitzungen bezahlt. Überdies unterstützt sie ihn bei den alltäglichen Geschäften. Schiele verheimlicht seine Liebesbeziehung mit Wally Neuzil weder vor seinen Gönnern und Sammlern noch vor seiner Familie.

Gustav Klimt stellt den Kontakt zu dem bedeutenden Kunstsammler und Industriellen August Lederer her. Das Ehepaar August und Serena Lederer gehört zu den wichtigsten Sammlern der Werke von Klimt, ihr Sohn Erich wird Schieles Schüler und Freund. Weihnachten und Neujahr verbringt Schiele mit der Familie Lederer auf deren Besitzungen im ungarischen Győr.

1913

Egon Schieles Ansehen als Künstler steigt. Am 17. Januar 1913 wird er in den Bund Österreichischer Künstler, dessen Präsident Gustav Klimt ist, aufgenommen. Ausstellungsbeteiligungen in Budapest, München, Düsseldorf, Dresden und Berlin folgen. Von Juni bis Juli veranstaltet die Münchner Galerie Goltz eine große Einzelausstellung. In Wien nimmt Schiele an der Internationalen Schwarz-Weiß-Ausstellung und an der 43. Ausstellung der Wiener Secession teil. Außerdem wird er Mitarbeiter der Berliner Zeitschrift Die Aktion, in der einige seiner Zeichnungen und Prosagedichte veröffentlicht werden.

Schiele reist erneut nach Triest, besucht Salzburg und München und erholt sich gut einen Monat am Ossiacher See in Kärnten. Gemeinsam mit Wally Neuzil macht er im Frühjahr einen Ausflug nach Maria Laach am Jauerling und trägt sich dort künstlerisch ins Gästebuch ein. Während der Sommermo-



Anton Josef Trčka, Egon Schiele
mit gespitztem Mund, 1914

nate verbringen die beiden eine Woche in Krumau.

1914

Im Haus gegenüber von Egon Schieles Atelier in der Hietzinger Hauptstraße befindet sich die Wohnung der Familie Harms. Anfang 1914 entwickelt sich eine Tändelei mit den beiden Töchtern Edith und Adele.

Über Hans Goltz in München erhält Schiele das Angebot eines längeren Aufenthalts in Paris, er tritt die Reise allerdings nie an. Schiele zieht auch Berlin oder München als künftigen Lebensmittelpunkt in Betracht.

Als Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajevo ermordet wird, erklärt Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Drei Tage später folgt die Generalmobilmachung. Schiele teilt die unter vielen Künstlern verbreitete patriotische Begeisterung für den Krieg nicht.

Er beginnt mit neuen Techniken zu experimentieren. Im Frühjahr läßt er sich vom Maler und Grafiker Robert Philippi in die druckgrafischen Techniken Holzschnitt und Radierung einführen. In Zusammenarbeit mit den Fotografen Anton Josef Trčka und Johannes Fischer experimentiert Schiele mit fotografischen Selbstbildnissen.

Schieles Ausstellungsbeteiligungen nehmen ungeachtet des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges zu. Erstmals nimmt er in diesem Jahr auch an Ausstellungen außerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie teil – in Rom, Brüssel und Paris.

1915–1917

Im Frühjahr 1915 trennt sich Schiele von Wally Neuzil, Edith Harms hatte „klare Verhältnisse“ gefordert.

Ende Mai 1915 muß er erneut zur Muste-

rung und wird für tauglich befunden. Wenige Tage davor heiratet er Edith Harms. Nach einer kurzen Hochzeitsreise wird er mit tausenden anderen jungen Männern einberufen.

Nach der Grundausbildung wird er nach Wien versetzt, wo er Schützengräben aushebt und russische Kriegsgefangene bewacht. Für die künstlerische Tätigkeit bleibt wenig Zeit. Im Dezember 1915 kann er in der Berliner Secession ausstellen. Unter anderem hängt Entschwebung gegenüber von Gustav Klimts Tod und Leben.

Im Mai 1916 wird er in ein Lager für gefangene russische Offiziere nach Niederösterreich versetzt. Er porträtiert diese, jedoch nicht als Teil einer anonymen Masse, sondern zutiefst persönlich und nach ihrem menschlichen Wesen.

Im Januar 1917 erfolgt die Abkommandierung nach Wien; seine Vorgesetzten fördern ihn in seiner künstlerischen Arbeit. Schiele beginnt Projekte für die Zeit nach dem Krieg anzudenken: „Wir wissen, daß die Zeit des kommenden politischen Friedens die große Auseinandersetzung bringen wird zwischen den materialistischen Tendenzen unserer Zivilisation und jenen Resten edler Kultur, die uns das merkantile Zeitalter noch gelassen hat.“

1918

Das Jahr 1918 bringt für Schiele mit der 49. Secessionsausstellung, wo von ihm 19 Ölgemälde und fast 30 Zeichnungen präsentiert werden, den Durchbruch. Er verkauft fünf Gemälde und einige Zeichnungen. Die Österreichische Galerie Belvedere erwirbt das Porträt von Edith – der erste Ankauf eines Schiele-Gemäldes von einem österreichischen Museum.

Sein Ausstellungsplakat für die 49. Secessionsausstellung, Die Tafelrunde, wird zum Manifest der Künstlerfreundschaft. Schiele sitzt der Tafel vor, ihm gegenüber wäre der Platz Gustav Klimt zugedacht gewesen. Doch dieser war am 6. Februar den Folgen eines Schlaganfalls erlegen: „Ein Künstler voll unglaublicher Vollendung – Ein Mensch voll seltener Tiefe – Sein Werk ein Heiligtum.“

Im Oktober erkrankt die schwangere Edith an der Spanischen Grippe und stirbt am 28. dieses Monats. Schiele zeichnet seine Frau am Totenbett. Auch er erkrankt. Am 31. Oktober, am Tag der Beerdigung seiner Gattin, stirbt Egon Schiele. Seine letzten Worte sollten sich bewahrheiten: „Der Krieg ist aus – und ich muß gehn. Meine Gemälde sollen in allen Museen der Welt gezeigt werden.“ ■

<https://www.leopoldmuseum.org>

Cranach natürlich – Hieronymus in der Wildnis

Von 2. März bis 7. Oktober 2018 im Ferdinandeum Innsbruck

© Bayerische Staatsgemäldesammlungen München - Wittelsbacher Ausgleichsfonds



Lucas Cranach d. Ä., *David in der Wüste Siph*, um 1530, 53,7 x 103,1 cm, Malerei auf Buchenholz

Lucas Cranach der Ältere (1472–1553) war neben Albrecht Dürer der wohl bedeutendste Maler seiner Zeit. Das Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum besitzt mit dem „Hl. Hieronymus“ eines seiner herausragenden Meisterwerke. Grund genug dieses Bild zum Zentrum einer außergewöhnlichen Ausstellung zu machen, in der Cranach als Naturmaler umfassend erlebbar wird. In seinen Hieronymusbildern und besonders in seinem Innsbrucker Gemälde widmet sich der Wittenberger Künstler intensiv und kreativ der Naturdarstellung.

Lucas Cranachs Darstellungen nackter Liebesgöttinnen, seine Lutherporträts und Madonnenbilder sind längst Teil des kollektiven Bildgedächtnisses. In Innsbruck ist er mit dem Gnadenbild Mariahilf im Hochaltar des Doms prominent vertreten. Das oft kopierte Werk zählt zu den bekanntesten Marienbildern des Alpenraums. Doch es gibt auch einen ganz anderen Cranach: Cranach, den Naturmaler. Diesen zeigt die Ausstellung.

„Lucas Cranach der Ältere wird vor allem als Maler der Reformation und als Bildgeber für Martin Luther wahrgenommen. Im

Ferdinandeum zeigen wir mit der Ausstellung neue Aspekte aus dem Werk des Malers. Die Schau macht auf Cranachs intensive Naturbetrachtung aufmerksam, die mit zahlreichen Objekten aus unseren verschiedenen Sammlungen interdisziplinär präsentiert wird und die die Ausweitung der Bildmotivik an der Schwelle vom Mittelalter zur Renaissance belegen“, betont Wolfgang Meighörner, Direktor der Tiroler Landesmuseen.

Detailreiche Naturdarstellungen

„Das Motiv des Hieronymus als Büsser in der Landschaft war ein Lieblingsthema der Epoche, dem sich auch Cranach und seine Werkstattmitarbeiter zahlreich widmeten. Innerhalb dieser Bildaufgabe hatten Cranach und seine Zeitgenossen nicht nur die Möglichkeit, einen echten Modeheiligen darzustellen und dabei malerisch über das im Zeitalter Luthers heftig umstrittene Wesen der Buße zu sinnieren. Sie konnten auch, und



Lucas Cranach d. Ä. & Werkstatt, *Grünspecht*, um 1545, 10,1 x 21,3 cm, Federzeichnung mit Deckfarben und Weißhöhung

© Museum Bautzen, Gersdorff-Stiftung, SBD

nicht zuletzt, ihre Fähigkeiten im Naturbild beweisen“, so Agnes Thum und Helena Peñeña, Kuratorinnen der Ausstellung.

In den Gemälden, die im Ferdinandeum gezeigt werden, wird Hieronymus nicht in der Wüste, in die er eigentlich gehören würde, sondern in einem wilden Wald voller Tiere und Fabelwesen dargestellt. Im Detail ist die Natur hier verblüffend realistisch, im Gesamten jedoch geheimnisumwittert und rätselhaft dargestellt. Die Hieronymusbilder eröffnen einen breiten Deutungshorizont. Zum einen wirkt bei Cranach die Symbolik des Mittelalters weiter, in der jede Pflanze, jedes Tier eine geheime Bedeutung hatte. Zum anderen offenbart sich ein neuer Realismus im Kontext der noch jungen Naturwissenschaften.

Der heilige Hieronymus

Der heilige Hieronymus wird in der katholischen Kirche als Kirchenvater verehrt. In der bildenden Kunst wird er in zahlreichen Gemälden als Gelehrter, als Eremit in der Einöde, als Kardinal oder in Gesellschaft der Kirchenväter Ambrosius, Augustinus und Gregor dargestellt. Ein Attribut des Heiligen ist der Löwe. Der Überlieferung zufolge soll Hieronymus einem Löwen einen Dorn aus der Pranke gezogen haben, der darauf zahm und sein treu ergebener Gefährte wurde. Die Hieronymusdarstellung war im Zeitalter Cranachs auf ihrem Höhepunkt, kann aber auch später noch beobachtet werden.

Cranach als Marke

Cranach begann schon früh damit, eine große Werkstatt aufzubauen und etablierte seinen Namen als Marke. Die Auftraggeber für ein Bild bestimmten seine Qualität und den Grad der persönlichen Beteiligung des Meisters. Bei Gemälden von renommierten Kunden wurden feinere Materialien verwendet und Cranach selbst hatte mehr Anteil an der Fertigung. Die Cranach-Werkstatt, die mutmaßlich rund 5.000 Gemälde hinterlassen hat, wurde von seinem gleichnamigen Sohn Lucas Cranach dem Jüngeren fortgeführt.

Beeindruckende Exponate

Die Ausstellung ist mit wichtigen Werken aus verschiedenen Schaffensphasen des Malers bestückt. So sind nicht nur Vertreter der beliebten Hieronymus-Serienmotive zu sehen, sondern auch sämtliche Solitärkompositionen Cranachs zum Thema des Hieronymus in der Wildnis. Als dessen früheste Hie-

ronymusdarstellung gilt ein Gemälde aus dem Kunsthistorischen Museum in Wien. Das Werk von 1502 ist die erste jemals von Cranach datierte Arbeit und entstand lange vor der serienmäßigen Werkstattproduktion. Auf diesen ersten Solitär folgten noch zwei weitere malerische Einzelstücke zum Thema, die ebenfalls in der Ausstellung präsentiert werden. Der „Hl Hieronymus“ der Tiroler Landesmuseen, Cranachs letztes großes Meisterwerk zu dieser Thematik, setzt dabei den fulminanten Schlußpunkt.

Weitere Leihgaben, die den Naturmaler Cranach in anderen thematischen Kontexten anschaulich werden lassen, stammen aus dem Kunstmuseum Liechtenstein, der Gemädegalerie der Staatlichen Museen zu Berlin, dem Museum-Bautzen und dem Germani-

schen Nationalmuseum, Nürnberg. Wunder-schöne Pflanzen- und Tierbücher aus der Bibliothek der Tiroler Landesmuseen und der Universitätsbibliothek Innsbruck von den berühmtesten Illustratoren dieser Zeit zeigen fein ausgearbeitete Abbildungen.

Die Schau zeigt neben beeindruckenden Bildern und Büchern auch Schätze aus den Naturwissenschaftlichen Sammlungen und der Bibliothek der Tiroler Landesmuseen wie zum Beispiel ein Herbar von Hippolyt Guarinoni, das wohl wichtigste Exponat der Naturwissenschaftlichen Sammlungen und gleichzeitig das älteste Herbarium Österreichs. Als Gegenüberstellung zwischen Realität und Malerei dienen Dermoplastiken von verschiedenen Tieren als Anschauungsmaterial.
<http://www.tiroler-landesmuseen.at>



Lucas Cranach d. Ä., Die Ruhe auf der Flucht mit dem Reigen der Engel, um 1513

ÖJ-Rätsel



Der gesuchte Begriff ist der Name eines österreichischen Künstlers (1989-1918)

1 2 3 4 5 6 7

Waagrecht

1 wackelig, 5 österr. Fluss/NÖ, 130 km, 8 Möbel, 10 Abk.: Meterkilogramm, 12 niederl. Maler +1666, 17 Liedermacher, 21 herausfinden, 22 Taxus, 24 modern, 26 Tonbezeichnung, 27 Anrede, 28 Meerestier, 29 Betrieb des Druckereigewerbes, 30 südl. Nadelbaum, kegelförm. Baum Mz., 32 Almhirt, 33 Rakete, die e. Nutzlast trägt, 35 Gärstoff, 39 bayr. Fluss z. Donau, 40 kroat. Insel in d. Adria/Dalmatien, 41 Pflanze Mz., 42 objektiv

Senkrecht

1 Testlektüre, 2 Hautfleck, 3 asiat. Bevölkerungsgruppe, hinterind. Volksstamm, 4 Comic-Figur (... u. Struppi), 6 frz. Münze, 5 Centime, Kleinmünze, 7 Märchenfigur (2 Worte), 9 gr. Furcht, 11 Figur in „Leonce u. Lena“, 13 Posse, 14 Rochenart, 15 Füllwort im Redefluß, 16 frz. Revolutionslied, Nationalhymne, 18 Fliegenschnäpfervogel, 19 Beruf, 20 Oper v. Schillings, 23 Oper v. Lortzing (A.) 1842, 25 TV-Film auf RTL (2 Worte), 31 arkt. Meeresvogel/Schwimmvogel/Seevogel, Vogel Mz., 32 Robbenart, 34 lat. männl. Vorname, 36 Mitgeschöpf, 37 Musikal v. Lloyd Webber, 38 Küchengerät

Die Auflösung dieses Rätsels finden Sie auf der Seite

http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2018/0318/W4/Raetsel_173.htm